



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Magisterarbeit

“They should be taught how to ‘think’ and ‘do’ ”

Hegemoniale Diskursstrategien der Diskurskoalition
Europäische Kommission - ERT

Verfasserin

Dipl. Päd. Birgit Winkler

Angestrebter akademischer Grad
Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 300
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Politikwissenschaft
Betreuer:	Univ. Prof. Dr. Ulrich Brand

Danke an alle, die mich zu dieser Arbeit ermutigt haben.
Danke an alle meine Liebsten, die Bildung und Neugier durch ihre Gespräche und ihr
Vertrauen gefördert haben.
Besonderer Dank gilt meinem Betreuer Ulrich Brand für sachliche und menschliche
Unterstützung bei dieser mir thematisch sehr wertvollen Arbeit.

Inhaltsverzeichnis

I. EINLEITUNG.....	5
I.1 Zum Thema der Arbeit und aktueller Bezug.....	5
I.2 Selbstreflexion.....	7
I.3 Forschungsfrage.....	8
I.4 Aufbau der Arbeit.....	11
II. THEORETISCHER RAHMEN.....	13
II.1 Erkenntnistheoretische Position.....	13
II.2 Begründung der Theoriewahl.....	13
II.3 Gramscianische Begriffe und Konzepte.....	16
II.3.1 Gramscis Werk und das zentrale Hegemonieverständnis.....	16
II.3.2 Hegemoniebegriff im Neogramscianismus.....	20
II.3.3 Hegemoniale Projekte als hegemoniale Diskurse.....	21
II.3.4 Sozialkonstruktivistische Perspektive des Hegemoniebegriffs.....	23
II.4 Neogramscianismus als Kritische Theorie Internationaler Politik.....	24
II.4.1 Defizite in dominierenden Theorien Internationaler Politik.....	24
II.4.2 Transnationalisierung und transnationale kapitalistische Klasse.....	26
II.4.3 Disziplinierender Neoliberalismus und Neuer Konstitutionalismus.....	28
II.5 Hypothesen in Bezug auf die Forschungsfrage und die Analyse.....	29
III. METHODE.....	32
III.1 Begriffsklärungen für das Verständnis der Arbeit.....	32
III.2 Begründung der Methodenwahl.....	35
III.3 Hegemoniebegriff im Kontext Wissenssoziologischer Diskursanalyse.....	38
III.4 Zur Methode: Grundannahmen der Analysemethode in Bezug zu Wissenssoziologie und Hermeneutik.....	39
III.5 Verwendung sozialwissenschaftlicher qualitativer Methodik in der Arbeit.....	42
IV. KONKRETER KONTEXT.....	44
IV.1 Institutionelles Feld.....	44
IV.1.1 Institutionen und Strukturen der EU.....	44
IV.1.2 Lobbying als Einflussfaktor auf das institutionelle Feld.....	46
IV.2 Situativer Kontext der Aussageereignisse.....	49
IV.2.1 Akteure.....	49
IV.2.1.1 Europäische Kommission – EK.....	49
IV.2.1.2 European Round Table of Industrialists – ERT.....	51
IV.2.2 Diskurskoalition EK-ERT.....	53
V. INHALTLICHE ANALYSE.....	57
V.1 EK und ERT – Einzelanalysen.....	57
V.1.1 Zur Analyse.....	57
V.1.2 Zu den Textdokumenten – Textformate.....	59
V.1.2.1 EK-Dokumente.....	59
V.1.2.2 ERT-Dokumente.....	59
V.1.3 EK – Narrative Struktur.....	60
V.1.4 EK – Phänomenkonstellation.....	64
V.1.5 EK – Klassifikationen.....	68
V.1.6 EK – Deutungsmuster.....	74

V.2 Diskursive Formation EK-ERT.....	81
V.2.1 Hierarchisches Verhältnis.....	81
V.2.2 ERT – Narrative Struktur.....	85
V.2.3 ERT – Phänomenkonstellation.....	89
V.2.4 ERT – Klassifikationen.....	93
V.2.5 ERT – Deutungsmuster.....	96
V.2.6 Gemeinsame „Story Line“, doch Unterschiede im Argumentationsstil.....	101
VI. EINBETTUNG IN HISTORISCH-SOZIALEN KONTEXT.....	107
VI.1 Phänomene des sozialen Wandels hin zur Wissensgesellschaft.....	107
VI.1.1 Produktionsformen in Fordismus und Postfordismus.....	107
VI.1.2 Globalisierung und Individualisierung in der Wissensgesellschaft.....	108
VI.1.3 Prekäre Arbeitsverhältnisse und „Digital Divide“.....	110
VI.2 Implementierung des globalen Bildungswettbewerbes.....	113
VI.2.1 Neoliberale Globalisierung und „Transnationaler Bildungsmarkt“.....	113
VI.2.2 Der Handel mit (Aus-) Bildung: Gescheitertes MAI, GATS 1995 und EU- Dienstleistungsrichtlinie.....	115
VI.2.3 Einbettung von EK-ERT in internationale Diskurskoalitionen.....	118
VI.3 Neoliberale Umstrukturierung des europäischen Hochschul- und Bildungsraumes...	120
VI.3.1 Bologna-Prozess und Kontext seines Diskurses.....	120
VI.3.2 Materielle Umstrukturierung: Verschulung kritischer, freier Wissenschaft.....	123
VI.3.3 Ideelle Umstrukturierung: Verändertes Bewusstsein zu Bildung und Studium durch Ökonomisierung.....	125
VII. SCHLUSSFOLGERUNGEN.....	127
VII.1 Hegemoniale Diskursstrategien zum Europäischen Bildungsraum.....	127
VII.2 Zum Bogen der Arbeit und offenen Fragen.....	128
VII.3 Gedanken zum theoretischen Rahmen.....	130
VII.4 Gedanken zur Methode.....	132
VII.5 Zu den Hypothesen.....	133
VIII. LITERATURVERZEICHNIS.....	136
IX. ANHANG.....	149

I. EINLEITUNG

I.1 Zum Thema der Arbeit und aktueller Bezug

Bildung und ihre Verteilung als Machtfaktor, demokratischer Faktor und befreiend-emanzipativer Faktor hat seit jeher die politische Frage nach den Chancen von Gestaltung des eigenen Lebens und v.a. des Zusammenlebens in der Gesellschaft berührt. Bildung und mit ihr verbunden die Beeinflussung der Erziehungsinhalte und Erziehungsmethoden können Mittel werden, um Machtverhältnisse zu stützen und zu konservieren, den Status Quo zu verteidigen und kritisches sowie kreatives Potenzial zu unterdrücken; oder sie können dazu beitragen, das Potenzial jeder Generation bestmöglich und frei zu entfalten (vgl. Gebhardt 1992:92ff; Harten 1997:227ff). Der Bildungsbegriff und alle Themen, die ihn berühren (Zugang zu Bildung, Sinn und Zweck der Bildung, Bildungsinhalte uvm.) bleiben brisantes politisches Thema. Viele Symboliken werden mit ihr verbunden, nicht zuletzt die „gedankliche Freiheit“ des Menschen.

Doch ist „Freiheit“ als unabhängige Determinante oder im Kontext sozial-historischer Gewachsenheit der Individuen zu begreifen: Wie „frei“ sind unsere Gedanken, ist unsere Bildung und Erziehung wirklich?

Geht man von der Annahme aus, dass Inhalte der Bildung zentrale Weichen stellen, so gibt uns unsere Bildung eine Brille der Welt, in der wir leben, ebenso wie jede andere konstruierende Wahrnehmungsselektion. Diese konstruktivistische Sichtweise nützen hegemoniale Diskurse, um Welten und Identitäten zu konstruieren, die dem Ziel und Interesse der hegemonialen Diskursproduzenten entsprechen.

In dieser Arbeit möchte ich einerseits die Interessen einer spezifischen Diskurskoalition recherchieren, die eine entscheidende Rolle in der derzeitigen, u.a. neoliberalen Umstrukturierung des europäischen Bildungswesens – und weiter noch des Bildungsverständnisses, der Bildungsinhalte und der Lehrmethoden im europäischen Hochschul- und Bildungsraum – vorbereitet, andererseits deren Strategien und Methoden der Beeinflussung analysieren, interpretieren und reflektieren.

Diese Diskurskoalition ist die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission (EK) als wichtige Institution der Europäischen Union und dem „European Round Table of Industrialists“ (ERT) als Klub von europäischen Großindustriellen. Für beide Akteure werde ich in der Arbeit ein ausführliches Profil erstellen und dieses auch in notwendige Hintergrundinformationen zum Feld einbetten.

Ob sich der hegemoniale Diskurs „in Kürze“ – wie von den Diskursproduzenten gefordert – neben den leichter durchsetzbaren, materiellen Umsetzungen in Studienprogrammen, Lehrplanreformen und Berufsberatungsdiskursen auch ideell in den Köpfen der europäischen Bevölkerung manifestieren wird, bleibt noch offen. Sicher ist, dass Traditionen des europäischen Bildungsbegriffes (u.a. nach Humboldt¹) und der europäischen Hochschultradition der neoliberalen und neorealistischen Umstrukturierung im Wege stehen und „Hegemoniebarrieren“ darstellen. Sicher ist jedoch auch, dass ein an der Basis angelegter „Angstdiskurs“, wie ihn die EK derzeit präsentiert (Szenarien der Globalisierung und des globalisierten Bildungs- und Arbeitsmarktes), auf einer menschlichen Ebene ansetzt, die rationale sowie traditionelle Überlegungen oft leicht aus den Angeln heben kann.

Derzeit ist das Feld der Umstrukturierung nach „Bologna“² noch sehr umstritten, und es kann noch nicht von einem Siegeszug des hegemonial-neoliberalen Diskurses gesprochen werden, eine Abschätzung seines Ausgangs ist jedoch nicht Ziel und Thema dieser Arbeit. In dieser Arbeit möchte ich v.a. einen reflektierenden Beitrag leisten, um Diskursstrategien, die uns täglich in zahlreichen Abbildungen, neuen „Schlüsselwörtern“, „innovativen“, „effektiven“ und „notwendigen“ Umstrukturierungen, Streichungen und Reformen sowie der Liste zugeschriebener Verantwortlichkeiten an verschiedenste Akteure – v.a. auch als Individuen – umgeben, eine kritische zu Betrachtung widmen, und um zu sehen, welche Interessen, Argumentationen, Symboliken, Ideologien und Mittel der Beeinflussung hinter diesen diskursiven Dispositiven stecken.

Diese kritische Reflexion soll helfen, Argumente und Widersprüche in ein großes Bild zu setzen. Scheinbar kleine Einschränkungen bzw. „logisch“ argumentierte Veränderungen, wie

¹Die EK etwa verweist explizit auf diese Bildungstradition: „Die europäischen Universitäten haben sich lange durch einige große Leitbilder definiert, insbesondere durch das Ideal, das Wilhelm von Humboldt [...] aufgestellt hat [...] Heute distanzieren sich die Universitäten zunehmend von solchen Modellen“ (EK VIII:6). Diese konstruierte „Distanzierung“ ist in den allgemeinen „Paradigmenwechsel“ (EK VII:12) einzuordnen.

²1999 verpflichteten sich 31 MinisterInnen aus 29 europäischen Staaten in Bologna („Bologna-Erklärung“), mit aufeinander abgestimmten Reformen und Zielvorgaben bis 2010 einen kohärenten, kompatiblen und wettbewerbsfähigen europäischen Hochschulraum zu schaffen (vgl. Stapelfeldt 2007:17).

die Gründung privater, elitärer Universitäten, die Verwendung der Begriffe „Elite“ vs. „Masse“, die Einführung von Gebühren und die Umbenennung der StudentInnen in KonsumentInnen, die Bildung als Service konsumieren, können durch eine Gesamtreflexion trotz argumentierter Vorteilhaftigkeiten in ein ihnen angemessenes Licht gesetzt werden.

I.2 Selbstreflexion

Da jede Forschung selbst ein Prozess standortgebundener sozialer und kommunikativer Konstruktion³ von Wissen ist und einen „Diskurs über Diskurse“ führt, der sich nach der jeweiligen wissenschaftlichen Disziplin des Forschungsinteresses richtet („politikwissenschaftlicher Diskurs“) und da dieser Prozess – wie bei jedem hermeneutischen Prozess – von den subjektiven Überzeugungen des Forschenden nicht unberührt bleibt, sind alle Faktoren des Vorfalles offen zu legen und während des Forschungsprozesses selbst zu reflektieren (vgl. Flick 2007b:497; Keller 2005a:264ff).

Für diese Arbeit waren mein Interesse und mein Engagement für kritische Bildung leitend. Kritik empfand ich seit jeher nicht als negativ, wie sie oft abwertend dargestellt wird, sondern als ein Weg, sich selbst eine Meinung zu bilden.

Diese Ansicht finde ich bei dem italienischen marxistischen Literaturwissenschaftler, Philosophen, Journalisten und Politiker Antonio Gramsci⁴ wieder, der Bildung als Ordnungselement des einzelnen Menschen begreift. Sie soll den Menschen befähigen, „Führer seiner selbst“ (GH 10:1375) zu werden und aktiv in Weltauffassung und folglich Weltgestaltung zu agieren. Bildung ist für Gramsci Möglichkeit und Befähigung des Menschen, sein scheinbares Schicksal in eine selbst bestimmte Gesetzmäßigkeit zu übersetzen (vgl. Bernard 2006:16). Nicht die mechanisch von der äußeren Umgebung auferlegten Konstruktionen sollen den Menschen in seiner Tätigkeitssphäre leiten, sondern

³Konstruktivismus und das Prinzip der Selbstreflexivität sind aufgrund ihrer Logik subjektiver Konstruktion von Wirklichkeit eng miteinander verknüpft (vgl. Keller 2005a:265).

⁴Gramsci: geb. 1891 Ales in Sardinien/gest. 1937, Studium der Literaturwissenschaft und der Philosophie, 1982 Beitritt Sozialistische Partei Italiens, 1915 Mitglied der Arbeiterbewegung, regelmäßiger Mitarbeiter der Wochenzeitschrift „Grido del Popolo“ der sozialistischen Turiner Ortsgruppe, Mitglied der Redaktion der Turiner Ausgabe „Avanti“ des Zentralorgans der Partei, Sekretär der sozialistischen Turiner Ortsgruppe mit 26 Jahren, Moskau 1922-23, Wien 1923-24, 1924 Wahl in die Abgeordnetenversammlung in Italien, 1926 Verhaftung trotz parlamentarischer Immunität aufgrund kommunistischer Gesinnung zu über 20 Jahren Zuchthaus, 1929-1936 Verfassen der „Quaderni del carcere“ (Gefängnishefte), gestorben an Hirnblutung durch schlechten Gesundheitszustand in der Haft (vgl. Zogholy 2002:7ff).

seine eigene kritisch und bewusst angeeignete Persönlichkeit (vgl. GH 10:1375). In Erkenntnis und Gestaltung der empirischen Wirklichkeit liegt so die Freiheit des Menschen (vgl. Bernhard 2006:17).

Neben dieser kritisch-emanzipativen Sichtweise gefällt mir auch der sozialkonstruktivistische Zugang der (neo-)gramscianischen Theorie und ihres Bildungsverständnisses. Da ich selbst eine berufspädagogische Ausbildung absolviert habe und hier eine klare Vorprägung und bereits durch Theorie und Praxis festgelegte Haltung meinerseits vorliegt, war mir dieser Punkt besonders wichtig. Für mich sind primäre und sekundäre Sozialisation, wie sie in Familie und später in den Bildungsinstitutionen fortgesetzt werden (beide sind als Transporteure von sozialen Werten zu analysieren) die entscheidenden Punkte der Persönlichkeitsprägung (vgl. dazu auch Tillmann 2000:19), die sich meiner Ansicht nach ein Leben lang nicht negieren lassen, egal auf welche Art die Reaktionen auf beide Sozialisationswege vollzogen werden.

Der gramscianische Ansatz trägt gerade dieser Haltung Rechnung, indem er betont, dass Erziehung nicht losgelöst von der Gesellschaft zu betrachten ist (vgl. Bernhard 2006:11). Weiters sieht er das Individuum nicht als unbeschriebenes Blatt in der Weltgeschichte, das willkürlich wählen und walten könne. Die sozialkonstruktivistische und die sozialhistorische Sichtweise Gramscis ermöglichen einen meiner Ansicht nach sehr differenzierten Blick auf Prozesse zwischen Gesellschaft, Individuum und Beeinflussung bzw. Hegemonie.

Für diese Arbeit habe ich also grundlegende Dispositionen mitgenommen, die ich in einem emanzipativen und sozialisatorischen Bildungsverständnis, der Vorstellung des Konstruktivismus als realitätskonstruierender Vorgang bei Individuen und Gesellschaft bzw. (Internationaler) Politik und der Sympathie mit Kritischer Theorie (in dieser Arbeit im Rahmen Internationaler Politik) zusammenfassen möchte.

I.3 Forschungsfrage

Für einen Interessensbereich, der an Diskursen orientiert ist, gibt es viele mögliche Fragestellungen, die alle nicht minder interessant wären.

Man könne nach Reiner Keller⁵ (2005a) z.B. nach konkreter Diskursproduktion fragen, nach Alltagsreproduktion von Diskursen, nach dispositiven Machtwirkungen oder historischen Diskursverläufen etc. Neben mikroskopischer Einzelfallanalyse bietet sich die Möglichkeit weit angelegter Zusammenhangsanalysen. Es muss also ein Fokus für die Betrachtung eines Diskurses gewählt werden, der sich in der Forschungsfrage konkretisiert (vgl. ebd.:257).

Für meine Arbeit habe ich den Bildungsdiskurs der Diskurskoalition EK-ERT ausgewählt, den ich in seinen hegemonialen Diskursstrategien betrachten möchte. Es stellten sich für mich einige Fragen, die sich auf die europäische Bildungslandschaft als Umfeld des Diskurses bzw. der Diskursproduktion bezogen, etwa Regeln, Kompetenzverteilungen im Bildungsbereich (u.a. national – supranational), Entwicklungen im Diskursverlauf und in Beziehung zu einzelnen Diskursereignissen, etwa zur „Lissabon-Agenda“⁶ 2000. Ein entscheidender, für mich spannender Punkt waren die Interessen der Diskurskoalition: Welche Ziele werden verfolgt? Welche Strategien und Argumente werden dafür eingesetzt?

Ich wollte also am Diskurs selbst arbeiten und aufgrund meines Hangs zu Politischer Theorie und auch sozialpsychologischen Einflüssen reizte mich v.a. das Thema ideell-mentaler Beeinflussung durch Argumentation, Emotion und ideologische Symbolik. Ich wollte mich damit befassen, wie es der Diskurskoalition EK-ERT in Dokumenten gelingt, ein Szenario zu konstruieren, dass jeden ihrer Vorschläge auf moralische Weise rechtfertigt; wie sie sich dabei selbst positioniert, wie sie mit Kritik umgeht; wie sie selektiv konstruiert und was dabei ausgelassen wird; wo sich Widersprüche ergeben und wie sich diese legitimieren; die zentrale Frage sollte lauten: Wie wird argumentiert? Wie wird konstruiert? Wie wird positioniert?

Ich legte schließlich meinen Arbeitsfokus auf eine konkrete Forschungsfrage fest: Mit welchen Argumenten und diskursiven Strategien führt die Diskurskoalition EK-ERT den hegemonialen Bildungsdiskurs?

⁵Keller: PD Dr. phil., Institut für Soziologie und Wirtschaftssoziologie der Universität Augsburg. Arbeitsschwerpunkte: Sozial- und Gesellschaftstheorie, Diskurstheorie und Diskursforschung, Wissens- und Kultursoziologie, qualitative Forschung (vgl. Keller u.a. 2005:349).

⁶Ein Jahr nach der „Bologna-Erklärung“ wurde bei der Tagung des Europäischen Rates in Lissabon der Beschluss gefasst, bis 2010 den größten wettbewerbsfähigsten und dynamischen wissensbasierten Wirtschaftsraum weltweit zu schaffen („European Knowledge Area“) (vgl. Stapelfeldt 2007:17). Man kann davon ausgehen, dass sowohl die europäische „Lissaboner Strategie“, als auch die europäischen und internationalen Abkommen zu Dienstleistungen (GATS, „Bolkestein-Richtlinie“) in Verbindung mit der derzeitigen Umstrukturierung im europäischen Hochschulraum stehen und diese vorantreiben (vgl. Dewe/Weber 2007:120ff).

Diese Frage werde ich in eine ausführliche institutionelle, situative und sozial-historische Betrachtung einbetten, um zu erklären, wie Wahrnehmung im Kontext des EHR und dem Bildungsdiskurs auf europäischer Ebene beeinflusst und konstruiert wird.

Durch die hilfreichen Vorschläge Kellers (2005a) zur Wissenssoziologischen Diskursanalyse stellte sich dieses Vorhaben als spannende Rekonstruktion einer Phänomenkonstitution heraus.

Keller (2005a) sieht im Fragen nach Deutungsschemata, Klassifikationen, moralischen und ästhetischen Wertungen sowie Differenzbildungen und Sinnverkettungen ein tiefes Eintauchen in Argumentationsstruktur und symbolische Wirkungsweise eines hegemonialen Diskurses. Ziel jedes hegemonialen Diskurses ist, Wirklichkeit in spezifischer Weise – entlang der diskursiven Strategie und „story line“ – zu konstituieren. Welche Gegenstände in ihren Zusammenhängen und Eigenschaften als „wirklich“ behauptet werden, soll durch die prozesshafte Ausrichtung an Themen, Schlüsselbegriffen und Referenzphänomenen orientiert sein. Dabei ist nach Keller (2005a) zu fragen, welches Wissen, welche Subjektpositionen und entsprechenden Eigenschaften und welche Positionierungsvorschläge für HandlungsträgerInnen (etwa die Rolle der Universitäten, der Mitgliedsstaaten etc.) konstruiert werden. Die konstruierten Subjektpositionen werden an potentielle Adressaten und an ein Publikum gerichtet. Die Eigenschaften sollen ein Bild entwerfen, das oft ästhetische oder normative Werte enthält, die es – gemäß dem Diskurs – für das Subjekt anzustreben gilt (vgl. ebd.:260).

Gemeinsam mit den Deutungsstrukturen ist auch nach den sprachlich-rhetorischen Mitteln zu fragen. Strategien und Mechanismen der Resonanzzeugung leiten die Analyse (Weckung von Emotionen, Vergleichsziehung etc.) und die Unterscheidung des Einsatzes von Fachsprache, Abstraktion oder Polemisierung. Entscheidend ist aber auch die In-Bezugsetzung dieser Bilder mit dem sozio-kulturellen Kontext des Adressatenkreises, da hier die Wirkung erzielt werden soll (vgl. ebd.:260).

Keller (2005a) fragt also nach zwei Hauptkriterien für die Phänomenkonstituierung: *Welches Wissen wird mit welchen (Stil-)Mitteln erzeugt* (vgl. ebd.:260f)?

Diese Fragen werden auch Erkenntnisziele dieser Arbeit in Bezug zur Forschungsfrage.

I.4 Aufbau der Arbeit

Anfangs stelle ich den theoretischen und methodischen Rahmen der Arbeit als qualitatives politikwissenschaftliches Forschungsgerüst dar. Es werden hier Besonderheiten der verwendeten sozialwissenschaftlichen Ansätze dargestellt, v.a. aber wird die spezifische Theorie- bzw. Methodenwahl begründet hinsichtlich der Relevanz für Thema und Forschungsfrage. Ich werde auch versuchen, Parallelen zwischen dem theoretischen und methodischen Ansatz zu vermitteln.

Als Vorbereitung, Erklärung und Vertiefung für den zentral angelegten inhaltlichen Analyseteil werde ich das institutionelle Feld und den situativen Kontext der Datenproduktion darstellen, Zusammenhänge und Querverbindungen hervorstreichen und den Diskursverlauf der Akteure EK und ERT retrospektiv nachzeichnen. Die Akteure werden auch gesondert voneinander in ihren wesentlichen Merkmalen und Besonderheiten, Interessen und Strategien sowie ihrem Selbstverständnis skizziert, um verstehendes Lesen des nachfolgenden inhaltlichen Analyseteils, der sehr detailliert auf einzelne Phänomene der Datendokumente dieser Akteure eingehen wird, zu erleichtern und der Argumentationsweise dieses Teils gut folgen zu können.

Die Analyse beschäftigt sich mit den von mir ausgewählten EK- und ERT-Dokumenten und ihren Konstruktionen, Symboliken und Mitteln der strategischen rhetorischen Beeinflussung. Hier werde ich die vier zentralen Prinzipien der Phänomenkonstitution nach Keller (2005a) für meine Auswertung und Interpretation verwenden, die sich gliedern in narrative Struktur, Klassifikation, Phänomenkonstellation und Deutungsmuster (vgl. ebd.:235). Ziel der Analyse sind typisierbare Aussagen in den Diskursstrategien der Diskurskoalition.

Die Diskurskoalition bzw. strategische Partnerschaft EK-ERT werde ich durch die Analyse der gemeinsamen „story-line“ (sozusagen ein gemeinsamer roter Faden, eine gemeinsame Erzählung) und der „diskursiven Formation“ (Hierarchien, Gemeinsamkeiten und Unterschiede) überprüfen und interpretieren (vgl. Keller 2005a:64; Schwab-Trapp 2006:269).

Die Analyseergebnisse werde ich schließlich noch in einen sozial-historischen kontextuellen Überblick zu kürzlich vergangenen bzw. gegenwärtigen Diskursereignissen v.a. auf supranationaler und internationaler Ebene einbetten, um das gesellschaftstheoretische Potential von Diskursen begreifbar zu machen.

In den Schlussfolgerungen werde ich noch einmal einen Bogen spannen über alle Teile der Arbeit, die zusammen ein rundes Bild zu Entstehungshintergründen, Wirkungen, Interessen und v.a. Konstruktionsleistungen und Strategien des hegemonialen Diskurses von EK und ERT ergeben sollen. Außerdem werde ich in diesem abschließenden Teil Bezug auf meine zu Beginn der Arbeit gestellten Hypothesen nehmen und diese in Zusammenhang mit meiner Analyse, den Auswertungs- und Interpretationsergebnissen reflektieren.

II. THEORETISCHER RAHMEN

II.1 Erkenntnistheoretische Position

Die erkenntnistheoretische Position dieser Arbeit ist der (soziale) Konstruktivismus, der davon ausgeht, dass Wirklichkeit ein Interpretationskonstrukt ist und daher auch politische Begriffe, Zustände und Normen sozial konstruiert sind (vgl. Simonis 2003:106f).

Die politikwissenschaftliche Forschungsleistung liegt nach Georg Simonis (2003) darin, soziale Konstruktionen zu rekonstruieren, d.h. von individuellen bzw. kollektiven Akteuren (Institutionen, Organisationen u.ä.) aufgebaute und zu „Wirklichkeit“ gemachte Konstrukte zu analysieren (vgl. ebd.:118).

Nach Uwe Flick (2007a) können konstruktivistische Ansätze auf verschiedenen Ebenen angesiedelt werden. Neben den Traditionen von Jean Piaget (1937) und Ludwik Fleck (1935) steht der soziale Konstruktivismus nach Alfred Schütz (1971) und Peter Berger / Thomas Luckmann (1969), der für diese Arbeit relevant ist (vgl. ebd.:151).

Der Konstruktivismus stellt mit seinen Annahmen einen erkenntnistheoretischen Gegenpol zum naturwissenschaftlich orientierten Programm des Positivismus dar. Die Stellung in der Wissenschaftstheorie musste gegenüber der dominanten positivistischen Position lange Zeit immer wieder behauptet werden (vgl. Flick 2007c:100ff).

II.2 Begründung der Theoriewahl

Die hegemonialen Diskursstrategien als Leitmotiv der Forschungsfrage finden sich neben der begründeten Methodenwahl auch zentral bei Antonio Gramsci (1929-1933) und in dem durch seine Ideen bestimmten Neogramscianischen Theorie wieder.

Auch Gramsci (Werk 1916-1936) erkannte Wissen und Erkenntnis als Machtquelle, und betrachtete es als notwendig, das Ensemble der Wissens- und Machtverhältnisse „genetisch“ zu erkennen, also über den gegenwärtigen Existenzpunkt hinaus zu analysieren. Gegenwart

und ihre Individuen sollten nicht nur als Synthese der bestehenden Verhältnisse, sondern auch als Geschichte dieser Verhältnisse verstanden werden (vgl. GH 10:1346).

Der Neogramscianer Bastiaan van Apeldoorn (2000) betont, dass es Anliegen gramscianischer Sichtweise ist, zu analysieren, durch wen und zu welchem Zweck ein Diskurs konstruiert wurde. Grundannahme bleibt dabei das gramscianische Verständnis, dass Ideen stets in sozialen Praktiken verankert sind und diese daher von den (sozialen) Strukturen ihrer handelnden Akteure nicht zu separieren sind. Ideen werden durch menschliches Handeln im Kontext sozialer Machtverhältnisse erzeugt und sind als solche verknüpft mit strategischem Handeln sozialer Akteure (vgl. ebd.:190f).

Man müsse nach Gerhard Roth (1972) diese Ideen so verstehen, dass die herrschende Klasse versucht, beherrschte Klassen zu einem bestimmten kulturellen und ethischen Niveau zu erziehen (z.B. auch Konsumtions- und Arbeitsverhalten), um zu erreichen, dass sich die BürgerInnen mit den Zielen der Klassenherrschaft identifizieren, und sie so selbst gegenüber MitbürgerInnen zu VermittlerInnen der hegemonialen Herrschaft werden⁷. Dadurch zwingen diejenigen, die die hegemonialen Richtlinien (kompetitiv oder auch konkurrenzierend) internalisiert haben, die anderen, sie zu befolgen (vgl. ebd.:103).

Der Kampf um Kultur und kulturellen Wandel ist darum stets ein Kampf um Bewusstsein. Die vorhergehende Ordnung muss an Glaubwürdigkeit und Verbindlichkeit verlieren und Reformen müssen durch einen parallelen institutionellen Wandel (vgl. auch wissenssoziologische Diskursanalyse) zum Kulturwandel führen (vgl. Holz 1992:15).

Bezogen auf den Versuch, einen ideellen Konsens für die hegemonialen Diskurse zu erzeugen, wird die gramscianische Sichtweise auch auf internationaler und globaler Ebene gültig. Während Gramsci (1929-1933) Hegemonie noch auf den Nationalstaat und dessen Herrschende bezog, erweitert sich der Hegemoniebegriff im Neogramscianismus auf die inter- bzw. transnationale Ebene (vgl. Borg 2001:1f). Dieses dadurch erweiterte Feld einer Machtanalyse bietet sich für die Bearbeitung der Forschungsfrage an. Die Aussage, dass jedes Verhältnis von Hegemonie auch notwendigerweise ein pädagogisches, also

⁷Dieses Verständnis der Wirkungen von Hegemonie findet sich bei der Diskursanalyse im Verständnis von materiellen und ideellen Dispositiven wieder (vgl. Keller 2005a:253ff), die in Bezug zu Gramsci auch mit dem Konzept des „Alltagsverstandes“ als ideelle Verinnerlichung eines hegemonialen Diskurses verglichen werden können (vgl. Bernhard 2005:145).

vermittelndes, Verhältnis ist (vgl. GH 10:1335), trifft hier ebenso zu. Ziel der Hegemonie ist dabei nicht die passive Duldung der Herrschaft durch die Beherrschten, sondern die Schaffung eines „Bürgertyps“, der „aktiven Konsens“⁸ (Rotz 1972:103) ausübt.

Alle Organisationen der beherrschten Klasse sollen zu hegemonialen Faktoren „umfunktioniert“ werden (darunter auch Schulen, Universitäten) und zusätzlich mit einer Vielzahl neu gegründeter privater Institutionen den hegemonialen Apparat auf eine breite Basis stellen (vgl. Roth 1972:103). Diesen Umstand finden wir in den EK-Dokumenten wieder, etwa durch die vorgeschlagenen Umstrukturierungsmaßnahmen für die Bildungsinstitutionen und -systeme (betrifft neben „Management“ und „Führung“ auch Lehrinhalte und Lehrmethoden sowie den kulturellen Wandel zum „Unternehmergeist“) und die starke Förderung des Einflusses privater (wirtschaftlicher) Positionen in das Bildungssystem. Im Kontext der neu gegründeten Institutionen zur Sicherung der hegemonialen Diskursreproduktion können auch die Institutionen der Evaluations- und Beratungsindustrie genannt werden, die die Schlüsselpunkte des hegemonialen Diskurses kontrollieren, sanktionieren und reproduzieren.

Eine Verschiebung im Hegemonieverständnis weg vom ursprünglich staatlichen Hegemon bei Gramsci geht einher mit dem Verständnis einer „Hegemonie des transnationalen Kapitals“, wie sie Stephen Gill (1993) untersuchte. Er geht davon aus, dass „transnationale kapitalistische Klassenfraktionen“ zu großen Teilen die Hegemonie der Staaten ersetzen. Seine Annahmen, und die anderer neogramscianischer TheoretikerInnen, decken sich mit der hier vorliegenden Arbeit in einigen Punkten, z.B. in Bezug auf den gewählten Diskursakteur ERT samt dessen Einbettung in transnationale Lobbyingkoalitionen und Netzwerke der größten transnationalen Konzerne als Möglichkeit für transnationale kapitalistische Klassenfraktionen. Nach Gill (1993) versuchen diese Fraktionen im Rahmen privater „Think Tanks“ den hegemonialen Diskurs zu bestimmen (vgl. ebd.:246ff in Borg 2001:2).

Auch das neogramscianische Verständnis von Globalisierung findet sich in der historisch-sozialen Einbettung der Arbeit wieder, indem Globalisierung begriffen wird als komplexes

⁸ Ähnlichkeiten in Begriff und Konzept finden sich im EK-Diskurs wieder, wenn „aktiver Bürgersinn“ vermittelt werden soll: „Die Vermittlung aktiven Bürgersinns über das Bildungssystem birgt das Potenzial [...] Verantwortlichkeit [...] am Arbeitsplatz zu erhöhen“ (EK VII:9). Es bietet sich neben der Vermutung individualisierter Verantwortlichkeit – „Leben selbst in die Hand zu nehmen und - kurz gesagt - aktive Staatsbürger zu werden“ (EK II:8) – ein Vergleich mit dem Erlass zur „staatsbürgerlichen Erziehung“ 1949 als Erziehung zum guten – und unkritischen – Staatsbürgertum an (vgl. Wimmer 1979:127f), erweitert um die „Verantwortung“, am Arbeitsmarkt im Sinne der „Beschäftigungsfähigkeit“ individuell zu bestehen.

Resultat von Strukturveränderungen, in dem politische Strategien und Projekte ebenso wie deren hegemoniale Wahrnehmungsweisen sozial umkämpft werden (vgl. Borg 2001:3). Dieser Kampf um Diskursmacht findet sich auch im Konzept der Wissenssoziologischen Diskursanalyse sehr stark ausgeprägt im Kontext des sozialen Wandels zur Wissensgesellschaft wieder (vgl. Keller 2005a:273ff).

Die neogramscianische Sichtweise supranationaler Organisationen deckt sich mit dem Verständnis der Arbeit. Nach längerer Befassung mit der Forschungsfrage und Recherchen in kritischer Literatur hat sich mein Fokus auf die Eliten (transnationalen) Kapitals gerichtet, die laut neogramscianischer Sichtweise bereits mehr Einfluss auf supranationale Organisationen ausüben als die angehörigen Staaten der Organisationen selbst (vgl. Borg 2001:4). Weitere wichtige Punkte sind gegenwärtige und vergangene Phasen des europäischen Integrationsprozesses aus Sicht Kritischer Integrationstheorie (vgl. Bieling/Steinhilber 2000:102ff; Deppe 2000:331ff; Overbeek 2000:182ff). Die Transformationen hin zu „ExpertInnen“ und hegemonialem Institutionalismus spiegeln auch die Annahmen Wissenssoziologischer Diskursanalyse (Wissens- und Definitionsmacht) als Methodenwahl wieder (vgl. Keller 2005a:86ff).

II.3 Gramscianische Begriffe und Konzepte

II.3.1 Gramscis Werk und das zentrale Hegemonieverständnis

Gramscis geschriebene Werke erstrecken sich über den Zeitraum 1916 bis 1936, wobei die zwischen 1929 und 1936 entstandenen Aufzeichnungen „Quaderni del carcere“ (Gefängnishefte) einen zentralen Platz in seinem Werk einnehmen. Diese sah Gramsci selbst jedoch nicht als abgeschlossenes und endgültiges Werk, sondern verwies selbst auf den Wunsch, sie zu späterem Zeitpunkt zu überarbeiten und zu kontrollieren (vgl. Riechers 1967:13f). Auch die Zensur der Haft im faschistischen Italien zwang Gramsci zu vagen Formulierungen, die oft wechselnde Bezüge herstellten⁹. Folge war die ständige Unbestimmtheit eines zentralen thematischen Bezugspunktes. Durch den ungleich breiteren

⁹Die Romanistin und Slawistin Sabine Kebir (1980) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass aufgrund der Zensur historische Bezüge zu marxistischen Werken fast gänzlich fehlen. Sie empfiehlt kontextuelles und historisierendes Lesen der Gefängnishefte, um Gramscis „Tarnsprache“ in ihrer theoretischen und marxistisch-ideologischen Einbettung zu verstehen (vgl. ebd.:23ff).

Zugang zu Begriffen wie etwa dem der Hegemonie gelang es Gramsci jedoch, das marxistische Denken um wichtige neue Felder zu erweitern (vgl. Anderson 1979:28).

Von 1917-1919 widmete sich Gramsci der Aufgabe, die politische Strategie der sehr unterschiedlichen Erfahrungen der russischen und der westeuropäischen Revolutionen zu analysieren. Erste Erkenntnisse der Analyse waren zuerst, dass im westlichen Kontext politische Macht der herrschenden Klasse nicht ausschließlich bzw. vordergründig in der Kontrolle durch den staatlichen Zwangsapparat angesiedelt war, sondern in einer Vielzahl von Institutionen und Beziehungen in der Zivilgesellschaft verstreut war. Die Herrschaft stützte sich primär auf einen Konsens, der sich erst in letzter Instanz auf den staatlichen Zwangsapparat stützte (vgl. Overbeek 2000:166).

Gramsci erweiterte durch diese Überlegungen den ursprünglich der russischen Sozialdemokratie entlehnten Begriff der Hegemonie („gegemonija“), den er vermutlich während seiner Teilnahme am vierten Weltkongress der „Kommunistischen Internationale“ (Komintern) 1922 in Moskau bereits kannte (vgl. Anderson 1979:24ff) von seiner Anwendung für die Revolution der Arbeiterklasse auf die Mechanismen der bürgerlichen Herrschaft in der kapitalistischen Gesellschaft. In Anlehnung an Niccolò Machiavelli (1940) und seiner Vorstellung der Doppelnatur des Menschen entwarf er ein Denkmodell, das Zwang und Konsens, Herrschaft und Hegemonie sowie Gewalt und Zivilisation gegenüberstellte (vgl. Zogholy 2002:15).

Der marxistische Autor Perry Anderson (1979) weist jedoch ausdrücklich darauf hin, dass Gramsci diese Positionen nicht als Gegenpole verstand, sondern sie als Synthese dachte. Konsens könne in diesem Modell nicht von Zwang getrennt werden, sowie Hegemonie sowohl Staat als auch ziviler Gesellschaft zugeordnet werden müsse (vgl. ebd.:31f).

Hegemoniale Herrschaft in parlamentarisch-demokratischen Gesellschaften kann in diesem Denkmodell nur durch Unterstützung und Anerkennung durch die Beherrschten aufrecht erhalten werden, wodurch sie sich von der Diktatur unterscheidet. Diese Anerkennung müsse im Kampf um Hegemonie in alle Lebens- und Alltagsbeziehungen integriert werden, es müsse sozusagen eine eigene Weltanschauung geschaffen werden, die u.a. durch die institutionellen Apparate vermittelt und durchgesetzt werde. Die Hegemonie realisiert sich also in der Lebensweise der Menschen. Gesellschaftliche Reproduktion stellt sich dabei als

dynamischer und oft widersprüchlicher Prozess dar, der permanent erneuert werden muss (vgl. Zogholy 2002:16ff).

Erst durch die Fähigkeit der hegemonialen oder nach Hegemonie strebenden Gruppe, ihre Ideen, Werte und Normen als führend und als Orientierungspunkt durchzusetzen, wird nach Gramsci gesellschaftlicher Konsens ausgeübt. Herrschaft und intellektuelle sowie moralische Führung gehen dabei ineinander über (vgl. Merkens 2006:7). Für unpopuläre Aktionen¹⁰ wird präventiv eine angemessene „öffentliche Meinung“ geschaffen (vgl. Roth 1972:102). Die Gruppe der „organischen Intellektuellen“ der dominanten sozialen Kräfte nimmt hier eine bedeutende Rolle in der Formulierung, Streuung und Verbreitung dieser moralisch-intellektuellen Ideen ein. Sie transformieren die Ideen zu universalen Ansichten, um untergeordnete Gruppen in eine existierende soziale Ordnung einzubinden (vgl. Overbeek 2000:167).

Jede Gruppe, die sich auf die Herrschaft hin entwickelt, ist nach Gramsci in einen Kampf um die Assimilierung und die „ideologische“ Eroberung eingetreten¹¹. Als „Gehilfen“ der herrschenden Gruppe üben die „organischen Intellektuellen“ Funktionen für Hegemonie aus, etwa die Schaffung bzw. Stabilisierung eines „spontanen“ Konsens in großen Teilen der Bevölkerung und den Aufbau von Vertrauen und Prestige für die „ExpertInnenrollen“ (vgl. GH 12:1497).

Nur ein Gesamtsystem von Ideologien kann die Bedingungen für die Umwälzung der Praxis repräsentieren. Wenn sich eine aufgrund der Ideologie homogene soziale Gruppe bildet, kann sie es schaffen, „Wirklichkeit“ zu etablieren (vgl. GH 8:1045). Dabei spielen moralische Prinzipien eine tragende Rolle, um die Konfiguration zu festigen (vgl. Overbeek 2000:167).

Die „organischen Intellektuellen“, die jede neue Klasse mit sich selbst schafft und in ihrer fortschreitenden Entwicklung heranbildet, sind nach gramscianischer Sichtweise meist auf „Spezialisierungen“ konzentriert, die gerade die Tätigkeiten der neuen Klasse ins zentrale Licht rücken (vgl. GH 12:1497).

¹⁰Diese Annahme entspricht der Einordnung des Themas in die politikwissenschaftliche Kategorie der Herrschaftskonzepte und der Ideologiekritik nach Simonis (2003), bei der auch zentral ist, Zustimmung und Akzeptanz für politisches Handeln zu erreichen. Durch „kollektive“ Überzeugung der Bevölkerung oder maßgeblicher Teile können so auch unpopuläre politische Entscheidungen durchgesetzt werden (vgl. ebd.:104).

¹¹Durch das Streben nach Hegemonie jeder gesellschaftlichen Gruppe bzw. der subalternen Kräfte (vgl. Riechers 1967:405) muss grundsätzlich jedes gruppenspezifische Hegemoniestreben kritisch betrachtet werden (vgl. Merkens 2006:5).

Hier kann man einerseits wieder die Parallele zur gewählten Methode der Arbeit ziehen und auf die Etablierung von ExpertInnenwissen und die Schaffung entsprechender Institutionen hinweisen, wie es die Wissenssoziologische Diskursanalyse mit Institutionen als Zentren des Wissens und somit der Macht zur (Problem- und Lösungs-)Definition als Merkmal sozialen Wandels in der „Wissensgesellschaft“ anspricht (vgl. Blatter/Janning/Wagemann 2007:101; Keller 2005:308). Oder man zieht die Parallele zum konkreten Thema der Arbeit in Bezug zur hegemonialen Diskursproduktion des ERT als privilegierte und elitäre Gruppe von Experten zu wirtschaftlichen Belangen (bzw. spezieller Arbeits- und Beratungsgruppen).

Die gramscianische Annahme, dass jeder geschichtliche Akt nur vom „Kollektivmenschen“ vollzogen werden kann, setzt die Erreichung einer „kulturell-gesellschaftlichen“ Einheit voraus, durch die eine Vielzahl auseinanderstrebender Ansichten und Einstellungen mit heterogenen Zielen für ein und dasselbe Ziel gebündelt werden sollen. Die Basis muss eine gleiche bzw. gemeinsame Weltauffassung sein, eine „Kultur“¹², die emotional oder intellektuell gestützt ist (vgl. GH 10:1335). Diese Form der Hegemonie enthält eine komplementäre Beziehung von Konsens und Zwang, wobei der Zustand des herrschenden Konsens nur im krisenhaften Notfall mit den hinter ihm liegenden Formen und Apparaten des Zwangs (repressive Macht politischer Institutionen/ Staatsapparate) stabilisiert wird (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:102).

Ebenso wie der Hegemoniebegriff im Werk Gramscis (1929-1933) eine dominierende Position einnimmt (vgl. Anderson 1979:10; Zogholy 2002:9), wird der Hegemoniebegriff im Neogramscianismus als Ansatz des transnationalen historischen Materialismus zum leitenden Konzept. Hegemonie ist in diesem Kontext nicht gleichbedeutend mit Strukturen der Dominanz wie im (Neo-)Realismus, sondern beschreibt vielmehr einen Typus gesellschaftlicher Reproduktion, bei dem hegemoniale Herrschaft als „Allgemeinwille“ durch die Beherrschten weitgehend mitgetragen wird (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:102).

¹²vgl. dazu auch „Kultur des Marktes“ (Gill 2000:45f)

II.3.2 Hegemoniebegriff im Neogramscianismus

Eine der theoretischen Fragen des Neogramscianismus ist, wie transnationale Hegemonie funktioniert, auf welchen Ebenen sie wirkt und welche politischen und sozialen Kräfte als ihre Träger auftreten (vgl. Borg 2001:4).

Aus (neo-)gramscianischer Sicht umschließt Hegemonie immer zugleich Konsens und Zwang, Zivilgesellschaft und Staat sowie das Engagement sozialer und politischer Kräfte (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:102). Es sind also nicht nur materielle, sondern v.a. auch ideelle Ressourcen für die Ausübung von Hegemonie notwendig. Werden Vorstellungen sozialer Ordnung durch ein Kollektiv in dem Maße installiert, in dem sie als Normalität in den zivilgesellschaftlichen Alltagsverstand tauchen, spricht der Neogramscianismus von Hegemonie (vgl. Bieling/Steinhilber 2000a:17).

Der ursprünglich neutral besetzte Hegemoniebegriff bei Gramsci, der im Rahmen des nationalstaatlichen Hegemons sowohl egoistisch als auch wohlwollend sein konnte, wird im Neogramscianismus von der Gleichung „Hegemonie = Dominanz“ ersetzt (vgl. Borg 2001:1). In einer Verschiebung der Elemente von Konsens und Zwang zu einer stärker zwangsgestützten Hegemonie spricht Gill (2000) von disziplinierenden Elementen, die eine neue Konstitution der Machtverhältnisse schaffen (vgl. ebd.:42ff), welche durch Ignoranz bzw. Unterdrückung sozialer und politischer Implikationen von abnehmender Legitimierung getragen wird (vgl. Bieling/Steinhilber 2000:116).

Transformationen des Hegemoniebegriffs sind vielfältig und nach Andreas Merkens (2006) in Bezugnahme auf Gramsci auch nicht verwunderlich, da eine so explizit politische Kategorie wie die der Hegemonie stets Ausdruck der Zeit sein muss¹³. Selbst als Begrifflichkeit in politische Deutungskämpfe eingebunden, bleibt der Hegemoniebegriff unweigerlich in einem Verhältnis historisch-spezifischer Einbettung (vgl. ebd.:4).

Im Neogramscianismus könne man nach Hans-Jürgen Bieling und Jochen Steinhilber (2000b) den Hegemoniebegriff in verschiedene Kontextebenen einbetten:

¹³Merkens (2006) betont, dass Gramscis Hegemonieverständnis keine ausgearbeitete Hegemonietheorie ist. Gramsci hinterließ ein nicht abgeschlossenes Werk, das zahlreiche innovative und anregende Ansätze beinhaltet, das jedoch im Bereich des Hegemoniebegriffs keine einheitlich strukturierte Begriffsvollendung, sondern v.a. dessen Ansatz hinterlässt (vgl. ebd.:4).

Der „*historische Block*“ kann verstanden werden als ein relativ kohärentes Ensemble von Zwang- und Konsensinstitutionen der gesamten sozialen Ordnung, einschließlich einer spezifischen gesellschaftlichen Entwicklungsweise, die sich über einen längeren Zeitraum reproduziert (z.B. Fordismus¹⁴ und schließlich Ablösung durch „neoliberale Konfiguration“ und „transnationalen High-Tech-Kapitalismus“).

Der „*hegemoniale Block*“ bezeichnet Allianzen, die über einen längeren Zeitraum hinweg stabil sind und den Lauf von hegemonialen Entwicklungen und Ereignissen entscheidend mitbestimmen. Dieser hat die Definitionsmacht zur vorherrschenden Weltansicht bzw. deren zentraler Ausrichtung und Eckpunkte (vgl. ebd.:105f).

Die „*hegemonialen Projekte*“ liefern politische, moralische und intellektuelle Leitlinien (vgl. Ziltener 2000:76). Sie beeinflussen und verändern Regulationsformen und stellen breite öffentliche Unterstützung für sie her. Sie beeinflussen damit Art und Weise der materiellen als auch der ideologischen Reproduktion und stabilisieren bzw. transformieren so den historischen und hegemonialen Block (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:106).

Die Rolle der Intellektuellen („ExpertInnen“) sieht der Neogramscianismus im Transformationsprozess der Organisation politischer und ideologischer Führung. Sie können hegemoniale und historische Blöcke ebenso schaffen wie dekonstruieren. Machtbeziehungen tragen dazu bei, den historischen Block zu stabilisieren (sie finden sich im Beispiel der EU in den regulativen und distributiven Möglichkeiten der Governance-Struktur). Konsens beruht dabei nicht nur auf diskursiver Vermittlung von Überzeugungen, sondern enthält auch Zwangselemente (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:105f).

II.3.3 Hegemoniale Projekte als hegemoniale Diskurse

Hegemoniale Projekte schaffen durch ihr Zusammenspiel von rationalen Interessen, diskursiven Praktiken und Formen affektiver Imagination einen „motivierenden sozialen Mythos“, der durch starke Ausstrahlungskraft unterschiedliche gesellschaftliche und politische Akteure sowie große Teile der Bevölkerung bindet (vgl. Bieling/Steinhilber 2000a:17).

¹⁴ kapitalistische Form der Massenproduktion nach Henry Ford; 1. Hälfte des 20. Jh. (vgl. Fairclough 2006:340)

Die gramscianische Perspektive sieht in hegemonialen Projekten verschiedene Dimensionen des sozialen und politischen Handelns: Die ideologischen Überzeugungen und die Erzeugung von Gefühlen in Verbindung mit der kulturellen Bedeutung des Diskurses sowie materiellen Interessen erzeugen durch ihr Muster einen Modus des kollektiven Handelns bzw. Verhaltens, der in Kombination mit einer „Vision“ große Teile der Bevölkerung elektrisieren und begeistern kann (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:106f).

Zentraler Aussagepunkt für eine gegenwärtige Analyse europäischer Politik wäre nach Bieling und Steinhilber (2000b) darin zu finden, dass hegemoniale Projekte niemals nur auf materiell hergeleiteten Interessen und den rationalen Strategien sozialer Akteure beruhen. Sie umfassen immer auch Bedeutungen, Interpretationen, kulturelle Formen, Ideologien und subjektive Gefühle und Vorstellungen. Es gibt also neben den „Formen der diskursiven Interaktion“ auch die Seite der „affektiven Imagination“ als zweiten Bereich der Handlungsressourcen. Je nach Bedingungen der Konfiguration werden dabei die interessenbasierten rationalen Strategien durch stärkere oder weniger starke Entwicklung der beiden Dimensionen ergänzt (vgl. ebd.:107).

Die Dimension der affektiven Imagination nimmt teils auf tiefe Emotionen menschlichen Verhaltens Bezug, und muss – ebenso wenig wie die diskursive Interaktion – weder zwingend rational noch irrational sein. Die affektive Imagination weist eine Seite emotionaler Macht (Angst, Aggression, gescheiterte Anerkennung, Verärgerung, Wut ebenso wie Wünsche, Verlangen, Sehnsüchte) auf und auch eine kreative Seite, im Sinne einer Fantasieanregung durch hegemoniale Projekte. Werden Gruppen und Individuen von hegemonialen Projekten mitgerissen, sind sie meist bereit für neue Denkweisen und Perspektiven, sowie für die entsprechenden Umstrukturierungen (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:107f).

Dieses Potenzial u.a. neuer politischer Konzepte und Projekte wird durch die Macht der Diskurse stabilisiert und stimuliert bzw. erzeugt und geformt. Diskurse bestimmen dabei maßgeblich die Bedeutung und den Gehalt sozialer Interaktionen und politischer Entscheidungsprozesse. Konkrete Bedeutungen und Inhalte sind dabei als Interessen bestimmter sozialer und politischer Kräfte zu identifizieren. Die diskursive Interaktion ist in diesem Kontext als grundlegende Ressource zu betrachten. Gelingt es den Akteuren, ihre

spezifischen Interessen als akzeptiertes „allgemeines Interesse“ darzustellen, spricht man von „hegemonialen Diskursen“ (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:108).

Hegemoniale Projekte in Gestalt motivierender sozialer Mythen können für gewöhnlich in einer Reihe aufeinander folgender Schritte oder Diskursphasen beschrieben werden: Initiative, Agenda-Setting, politischer Entscheidungsprozess, Erzeugung öffentlicher Unterstützung sowie letztlich die strukturellen Anpassungen im Kontext ihrer Umsetzung (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:108).

Meist sind an der Initiativsetzung nur kleine Gruppen von Intellektuellen (PolitikerInnen und WirtschaftsvertreterInnen) beteiligt, während das Agenda-Setting erstmals die Beteiligung weiterer Interessensgruppen und der breiteren öffentlichen Unterstützung bedarf. Die Phase bis zur politischen Entscheidung beschränkt sich weitgehend wieder auf elitäre Machtzirkel. Im EU-Kontext müsste die fragmentierte europäische Öffentlichkeit den Schritt im Rahmen des „neuen Konstitutionalismus“ bestätigen, also durch öffentliche Unterstützung und Stabilisierung des hegemonialen Projekts aktiv werden (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:108f).

II.3.4 Sozialkonstruktivistische Perspektive des Hegemoniebegriffs

Werden in der Analyse die Erzeugung, Umsetzung oder die Auswirkungen politischer hegemonialer Projekte fokussiert, verändern sich auch theoretische Reflexionen zum Konzept. Die Hervorhebung aktiver Beteiligung der sozialen Akteure und der politischen Organisationen führt zu einer sozialkonstruktivistischen Dimension im Hegemonieverständnis. Dieses wird dadurch komplexer und umfassender (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:103f).

Die sozialkonstruktivistische Annahme geht bereits auf Gramsci (1929-1933) zurück, der den Menschen als einen geschichtlichen Block von individuellen bzw. subjektiven Elementen und von massenhaften bzw. objektiven oder materiellen Elementen begreift, die das Individuum selbst in einer Beziehung hält (vgl. GH 10:1341). Der Mensch ist somit in ein Ensemble von Kräften eingebettet, das auch durch die Verhältnisse zu anderen Menschen und zur Natur bestimmt und geprägt ist (vgl. GH 10:1348).

Für den Neogramscianismus und das supra-/internationale Feld bedeutet diese Annahme, dass Hegemonie (u.a. in der EU) mehr umfasst als nur stillschweigende Einwilligung der Massen, sondern deren teils aktive Zustimmung und ein selbstmotiviertes Engagement (u.a. Attraktivität konsumistischer Lebensstile¹⁵). D.h., auch wenn neoliberale Kräfte dominierend in der europäischen institutionell verankerten Arena sind, wird diese Arena trotzdem nicht ausschließlich durch diese Kräfte kontrolliert (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:104).

Einer vorschnellen Zuschreibung politischer Strategien, kultureller Aspekte, Ideologien und anderer Phänomene an Klassen bzw. soziale Kräfte kann durch das Hereinnehmen einer sozialkonstruktivistischen Dimension zum Teil vorgebeugt werden und es kann dem Vorwurf der Elitenfixierung im Neogramscianismus entgegen gewirkt werden. Die Gefahr eines sozio-ökonomischen Klassenreduktionismus ist durch die marxistische Prägung in der neogramscianischen Sozialtheorie angelegt, was jedoch nicht nur als reduktionistisch-negativ gelten soll, sondern durch sozialkonstruktivistische Elemente auf tieferer Ebene ergänzt werden kann, reflektiert und wenn nötig korrigiert werden soll durch die Analyse des konkreten politischen Klassenhandelns und dessen Zusammenhang mit sozio-ökonomischen Strukturen (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:104).

II.4 Neogramscianismus als Kritische Theorie Internationaler Politik

II.4.1 Defizite in dominierenden Theorien Internationaler Politik

Aus Sicht des Neogramscianismus gibt es keine umfassende Theorie der europäischen Integration. Jedoch belebte die Dynamik der Europäischen Integration seit der „Einheitlichen Europäische Akte“ (EEA)¹⁶ in den 80er Jahren das kritische Interesse an diesem Feld. Es entstanden zahlreiche neogramscianische Beiträge und ausgedehnte Studien in den 80er und 90er Jahren zu europäischer Integration und Neoliberalismus, es blieb aber bei Teilstudien, die keine umfassende Theorien repräsentierten (vgl. Overbeek 2000:162).

¹⁵Gill (2000) betont in Bezug auf die Attraktivität konsumistischer Lebensstile, dass durch marktbestimmte Bedürfnisse ein Konsens erzeugt wird, der im Rahmen der „Kultur des Marktes“ v.a. in Zusammenhang mit der Verallgemeinerung des Besitzindividualismus, der Privatisierung und der Ökonomisierung von Institutionen zu sehen ist. Ausbreitung der Werbung und des Warenvertriebs sind dabei nicht nur an markenbehaftete Produkte, sondern auch an Universitäten und Schulen gekoppelt (vgl. ebd.:45).

¹⁶Die EEA trat 1987 in Kraft und sollte die Schaffung eines Europäischen Binnenmarktes bis 1993 erleichtern: Um rascher Mobilitäts- und Handelshemmnisse abzubauen, wurde weitläufig das Einstimmigkeitsprinzip durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt. Auch wurde vom Versuch der Harmonisierung von Rechtsvorschriften hin zum Prinzip der gegenseitigen Anerkennung von Normen gewechselt (vgl. Nowotny 2001:29).

Obwohl die Modelle des Intergouvernementalismus, des Supranationalismus, des Institutionalismus und des Realismus den internationalen Diskurs dominieren, weisen ihre Ansätze in wichtigen Fragen Defizite auf. Hauptsächliches Defizit liegt nach van Apeldoorn (2000) dabei auf der Frage, wie weit die (transnationale) kapitalistische Klasse Einfluss auf das sozio-ökonomische Regieren ausübt. Die institutionelle Form der Machtausübung müsse hier erweitert gedacht werden um die grundlegenden sozialen Kräfte, die noch tiefer liegen als die Aufteilung in nationale und supranationale Autoritäten (vgl. ebd.:190).

Die etablierten Integrationstheorien blenden die Macht der Diskurse und Ideen sowie der ideologischen Praktiken in der Konstruktion der europäischen Ordnung aufgrund ihrer rationalistischen Perspektive weitgehend aus. Gerade hier liegt nach van Apeldoorn (2000) aber der wichtige Ansatzpunkt neogramscianischer Theorie: Die Grundannahme des Neogramscianismus, dass Ideen in sozialen Praktiken verankert sind und folglich nicht von Strukturen der Akteure und ihrer Handlungsgestaltung zu separieren sind, führt dazu, Ideen auch im Kontext sozialer Machtverhältnisse zu analysieren, in denen sie durch menschliches Handeln erzeugt werden und mit strategischem Handeln sozialer Akteure verknüpft sind. Die Analyse darf nicht bei dem fertigen Diskurs stehen bleiben, sondern muss herausfinden, durch wen und zu welchem Zweck der hegemoniale Diskurs konstruiert wurde (vgl. ebd.:190f).

Intergouvernementalismus ignoriert die Transnationalität von Diskurs- und Handlungsfeldern. Supranationalismus erkennt die transnationale Ebene und die transnationalen Akteure zwar an, fügt sie jedoch in die funktionale Logik des Integrationsprozesses ein (z.B. supranationale Führung der EK) und spricht ihnen so ihre Autonomie ab. Neogramscianische Analyse geht davon aus, dass globale politische Ökonomie und deren soziale Kräfte weit größeren Einfluss auf die europäische Ordnung ausüben. Sie müssten den Akteuren in der EU und ihren Mitgliedsstaaten zumindest gleich gestellt werden. Der Prozess der europäischen Integration sei kein autonomer Prozess, sondern stehe im Kontext „transnationaler Klassenformierung“¹⁷ (vgl. Overbeek 2000:183).

Das Konzept der Klassenformulierung finden wir bei Kees van der Pijl (1984; 1998) wieder, der die kapitalistischen Eliten zu zentralen Akteuren in der Politik aufsteigen sieht. Die

¹⁷Der Begriff der „Klasse“ transzendiert dabei die Unterscheidung von national und international, d.h. es besteht ein dialektisches Verhältnis zwischen nationalen und globalen Klassenformierungen sowie ihren stützenden Produktionsverhältnissen im Rahmen der Globalisierung des Kapitals (vgl. Overbeek 2000:166).

kapitalistische Produktion und die Finanzbeziehungen werden zunehmend globalisiert. Durch die Transnationalisierung des globalen Kapitalismus werden auch die damit verbundenen Akteure transnational (vgl. van Apeldoorn 2000:191).

II.4.2 Transnationalisierung und transnationale kapitalistische Klasse

Nach Overbeek (2000) bezeichnet der Begriff „transnational“ die *Gleichzeitigkeit* von Prozessen, die simultan auf subnationalen, nationalen und internationalen Arenen statt finden. Eine Abgrenzung zu anderen Begriffen wie „international“ oder „global“ ist deshalb ebenso wichtig wie eine Lösung vom Gedanken der beschränkten Beziehung zwischen einzelnen Staaten (vgl. ebd.:183).

Die Grundlagen zu dieser Perspektive der Transnationalisierung finden sich verstreut bei Marx (1964) in seinen Arbeiten über den Weltmarkt. Die Geschichte der Globalisierung kapitalistischer Klassenbeziehungen begreift er als Geschichte des Kapitalismus im Hegelschen Sinne und somit als Geschichte eines dialektischen Prozesses der Verwirklichung des kapitalistischen Wesens als ein zentral Globales. Die kapitalistische Expansion erfolgte großteils von Europa aus¹⁸ durch Unterordnung nicht-kapitalistischer Ökonomien unter die Vorgaben und Bedürfnisse europäischer Kapitalakkumulation (vgl. ebd.:335ff).

Die kapitalistische Klassenformierung der gegenwärtigen Globalisierung basiert zu einem zentralen Teil auf den (vorwiegend informellen) Bemühungen der organisierten (transnationalen) Eliten. Auch den ERT – als zentral behandelten Akteur dieser Arbeit sowie seine zu großen Teilen informelle Abstimmung mit der EK – kann man nach van Apeldoorn (2000) in das Muster der transnationalen Elite einordnen. Neben der Zusammenführung der wichtigsten Vertreter der europäischen Unternehmerelite trägt darüber hinaus die Abstimmung durch „networking“ zur Stärkung interner Kohärenz und Reproduktion der kapitalistischen Klassenformierung bei. Der ERT treibt also nicht nur den Prozess transnationaler Klassenformierung mit materiellen und ideologischen Machtmitteln voran,

¹⁸Die Klassenformierung als globaler Prozess begann also bereits mit Aufstieg und Expansion des europäischen Kapitals im 16. Jahrhundert. Neben der politischen Macht innerhalb der Nationalstaaten haben sich auch „Klassen für sich“ gebildet, die es schafften, sich transnational zu organisieren, hier v.a. seit dem Aufstieg des Industriekapitals (vgl. Overbeek 2000:166).

sondern verankert zugleich auch den neoliberalen Diskurs im europäischen Integrationsprozess. Das politische Handeln des ERT muss dabei aber, dominiert und gefestigt durch die globalisierte transnationale Elite, in einem umfassenderen Kontext von sozialen Kräften bestimmt werden. TopmanagerInnen und EigentümerInnen des transnationalen Kapitals¹⁹ stehen neben PolitikerInnen und Beamten, die auf nationaler Ebene Schlüsselpositionen besetzen. Es entsteht innerhalb des europäischen Rahmens ein transnationaler Komplex, den van Apeldoorn (2000) als transnationalen Machtblock bezeichnet (vgl. ebd.:190ff).

Als allgemeiner Prozess der Transnationalisierung sozialer Kräfte ist der Prozess transnationaler Klassenformierung nicht auf die kapitalistische Elite beschränkt²⁰. Sie ist jedoch im Zuge der Globalisierung des Kapitals zu einem zentralen Akteur in der Globalpolitik aufgestiegen. Die strukturelle Macht des transnationalen Kapitals und die Zunahme von transnationalen Konzernen als maßgebliche Akteure in der Weltökonomie spiegeln diese Tatsache wider. Die transnationale kapitalistische Klasse übt nach van Apeldoorn (2000) auch strategischen Einfluss auf das europäische sozio-ökonomische Regieren aus. Parallel zur Wiederbelebung des Integrationsprozesses seit Mitte der 80er Jahre entwickelte sich eine zunehmende Partnerschaft zwischen ERT und der EK²¹. Gleichsam als Gradmesser der wachsenden Macht des transnationalen Kapitals bildete sich die „strategische Allianz“ (Hoedeman/Wesselius 2006:59ff) EK-ERT heraus. Diese wurde durch die institutionelle Position und die Kompetenzen der EK, aber auch durch das systemische Demokratiedefizit in der EU gefördert (vgl. ebd.:192ff).

Die Analyse des ERT und seiner Politik bietet sich nach van Apeldoorn (2000) dafür an, sie in Gills (2000) Konzept des „neuen Konstitutionalismus“ und „disziplinierenden Neoliberalismus“ anzusiedeln. Das neue Europa sei zunehmend auf die Interessen einer globalisierten transnationalen Klasse zugeschnitten (vgl. van Apeldoorn 2000:193/213).

¹⁹Um Kapital zu akkumulieren, bedarf der ERT unterstützender Politik und gesellschaftlicher Institutionen jenseits des Marktes, um die ideologische Grundlage, die Leistung einer Gesellschaft in der Akkumulation privaten Reichtums zu sehen, zu stabilisieren und zu legitimieren (vgl. ebd.:190ff/214f). Der ERT schlägt neben steuerlicher Begünstigung von Kapital vor, „to reward good performance without starting a generalised upward wages spiral“ (ERT I:26) (betrifft nicht allgemeine Lohnquote), um „personal success“ (ERT I:9) zu belohnen.

²⁰Auch die Prozesse globaler sozialer Bewegungen (vgl. Schmelzer 2005) fallen in diesen Bereich der Transnationalisierung sozialer Kräfte.

²¹Gegenstück dieser Partnerschaft bildete die schwindende Kraft der Gewerkschaften auf supranationaler Ebene. Da Kapital auf nationaler Ebene zu großen Teilen in (neo-) korporatistische Strukturen eingebettet war, hatten Gewerkschaften auf nationaler Ebene mehr Handlungsspielräume, die auf EU-Ebene immer weiter eingeschränkt wurden (vgl. van Apeldoorn 2000:192).

II.4.3 Disziplinierender Neoliberalismus und Neuer Konstitutionalismus

Für den Prozess globaler neoliberaler Restrukturierung sind nach Overbeek (2000) drei Phasen kennzeichnend: „De-konstruktives Projekt“, „konstruktives Projekt“ und „Konsolidierungsphase“ des Neoliberalismus. Während das „de-konstruktive Projekt“ es schaffte, nach der Krise des Keynesianismus den korporativen Liberalismus und die Sozialdemokratie zu entkräften, führte das „konstruktive Projekt“ die Glaubenssätze des Neoliberalismus ein (Anpassungen, Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung) und verschaffte ihnen zunehmende Gültigkeit und Legitimation. Die „Konsolidierungsphase“ stellte zusätzlich die „Alternativlosigkeit“ und das Attribut „unrealistisch“ den globalen Gesetzen des Kapitals gegenüber (vgl. ebd.:182f).

In dieses Modell fügt sich die Aussage von Bieling und Steinhilber (2000b), wenn sie feststellen, dass die Institutionalisierung der monetaristischen Prinzipien durch den „Vertrag von Maastricht“, die „Konvergenzkriterien“ und den „Stabilitätspakt“²² einen beschleunigten Wandel von ursprünglich konsensualen Elementen zu immer stärker disziplinierenden neoliberalen Elementen der Durchsetzung hervorbrachte (vgl. ebd.:116).

Diese Vermutung ergänzt die Annahme von Gill (2000), dass eine immer größere Machtzentrierung in den europäischen Bereichen der Exekutive und des Verwaltungsapparates²³ einen institutionellen Wandel bewirkte. Diesen beschreibt er mit dem Konzept des „neuen Konstitutionalismus“: Durch schwer durchschaubare und oft informelle Wege der Entscheidungsfindung ist der regionale und auch der internationale Governance-Rahmen bestrebt, ökonomische und politische Prozesse von breiter politischer Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit zu lösen, und separiert davon die Regierungen für die Disziplin des Marktes zu gewinnen. Zentral ist wieder der Aspekt der „Glaubwürdigkeit“²⁴, um für

²²Diese betreffen das Verschuldungsverhalten der Mitgliedsstaaten: Mit dem Maastricht-Vertrag und den fiskalischen Kriterien für die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion (Schuldenquote von max. 60% und Defizitquote von max. 3% des BIP) kommt es zur Verpflichtung, „übermäßige“ Budgetdefizite zu vermeiden. Dafür sieht der „Stabilitäts- und Wachstumspakt 1997“ vor, dass Teilnehmer an der Wirtschafts- und Währungsunion einen nahezu ausgeglichenen oder positiven Haushaltssaldo anstreben müssen (vgl. Genser/Holzmann 2001:256), wodurch das keynesianische volkswirtschaftliche Modell erschwert wird.

²³Diese Annahme bestätigt auch Falkner (2006) in Hinblick auf stark bürokratisierte Strukturen (vgl. ebd.: 82ff).

²⁴So definiert etwa die „World Trade Organisation“ (WTO) Glaubwürdigkeit als die Zuverlässigkeit des institutionellen Rahmens. Der Diskurs zu Glaubwürdigkeit reflektiert die weltweit gewachsene Macht und zugleich Mobilität des Kapitals. Dieser Diskurs bestimmt auch die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion (vgl. Gill 2000:43ff), und im Rahmen dieser Arbeit auch merklich die Entwicklung des Europäischen Hochschulraumes (EHR) bzw. mehr noch des Europäischen Forschungsraumes (EFR).

private Investoren der globalen Märkte attraktiv zu werden. Staat und Arbeit werden für die Disziplin des Marktes an einen „allgemeinen Konsens“ herangeführt (vgl. ebd.:43ff).

„Disziplinierender Neoliberalismus“ verknüpft sich nach Gill (2000) mit den drei „C“ der Macht des Kapitals: “Credibility”, “Consistency” und “Confidence”. Es müsse durch die Regierungen Glaubwürdigkeit erzeugt werden (Neudefinierung der Politik), um Vertrauensmaßstäbe der Investoren zu befriedigen (vgl. ebd.:42f).

Demokratiedefizit und Einschränkung (nationaler) Handlungsräume etwa durch die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) zählen auch zu diesen schützenden Mechanismen für das (internationale) Kapital. Institutionalisierung von Standards oder ökonomische Beitrittsbedingungen mit langfristiger Bindewirkung tragen weiters dazu bei, dass eine zusammenhängende liberale konstitutionelle Struktur in der globalen politischen Ökonomie etabliert werden kann (vgl. Gill 2000:44).

Die Konsequenz des „neuen Konstitutionalismus“ war nach Bieling und Steinhilber (2000) ein technokratischer Diskurs, der durch Ignoranz bzw. Unterdrückung sozialer und politischer Implikationen im Anpassungsprozess eine abnehmende Rechtfertigungsgrundlage schuf (vgl. ebd.:116).

II.5 Hypothesen in Bezug auf die Forschungsfrage und die Analyse

Ich habe sowohl das (neo)gramscianische Hegemoniekonzept als auch die international orientierten Überlegungen zur transnationalen kapitalistischen Klasse zum Verständnis meiner Akteure EK und ERT sowie ihrer hegemonialen Diskurskoalition verwendet.

Nach der breiten Darstellung der theoretischen Grundlage für meine Arbeit aus dem Feld Kritischer Politikwissenschaften stelle ich nun ein Leitgerüst aus Hypothesen an den Beginn der Arbeit, das gedanklich auf der Grundlage (neo)gramscianisch-orientierter Konzepte aufgebaut ist und durch leitende Fragestellungen für mein Thema und meine Forschungsfrage die bereits dargestellte theoretische Grundlage aktualisiert.

Diese Hypothesen sind gedankliche Vorannahmen zum Thema, mit denen ich in meine Arbeit hineingehe und mit deren Hilfe ich mich meiner Forschungsfrage zirkulär annähere. Am Ende der Analyse werde ich diese Annahmen aufgrund der analysierten Erkenntnisse kritisch reflektieren und resümieren (vgl. Atteslander 2000:47ff; Flick 2007b:124f).

Die Hypothesen sollen für die LeserIn und den Leser weiters die Analyse leiten, also in meinem Fall besonders auf die hegemonialen Elemente von Konsens und Zwang in ihrer Relation und Gewichtung in den analysierten Dokumenten aufmerksam machen sowie auf die u.a. inhaltliche und symbolische Ebene der Diskursstrategien in den analysierten Dokumenten hinweisen.

Konkrete theoretische Anknüpfungen zu diesen Hypothesen konnte ich bei Gramscis (1929-1933) Hegemonieverständnis als „Hegemonie gepanzert mit Zwang“, dem Verständnis Bielings und Steinhilbers (2000b) von hegemonialen Projekten und bei Gills (2000) Konzepten zu „disziplinierendem Neoliberalismus“ und „neuem Konstitutionalismus“ finden.

Ganz allgemein nehme ich eine diskursive Koalition, also eine gemeinsame „story line“ (Argumentationslinie) bei den Diskursstrategien von EK und ERT an. Diese Diskurskoalition wird sich in der Analyse durch Fragen behaupten müssen: Welche Gemeinsamkeiten finden sich in den rhetorischen und inhaltlichen Argumentationsstrategien? Wie werden Inhalte und diskursive Stilelemente verändert, angepasst bzw. 1:1 übernommen? Gibt es Hinweise auf eine hierarchische Konstellation?

Bezogen auf das hegemoniale Konzept nach Gramsci (1929-1933) von Konsens und Zwang nehme ich an, dass sich die Ausübung von Hegemonie durch meine gewählten Akteure EK und ERT im Rahmen des hegemonialen Bildungsdiskurses stärker auf Zwangselemente stützt als auf Konsenselemente. Der Konsens wird meiner Annahme nach zwar als Legitimierung der Umsetzungsstrategien vorgeschoben, führt aber bei Nicht-Vorhandensein nicht zu einem Ende des Prozesses, sondern aufgrund seiner Pro-forma Legitimierung nur zu einer weiter ausgedehnten Überzeugungskampagne für bereits durch Zwangselemente festgesetzte Ziele. An die Analyse stellen sich hier die Fragen: Wie weit bestimmen Konsens- bzw. wie weit Zwangselemente die Diskursstrategien der hegemonialen Diskurskoalition und ihrer Akteure? Welche (de-)mobilisierende Wirkung ist mit diesen Diskursstrategien verbunden?

Welche u.a. rhetorischen Mittel kennzeichnen Zwangselemente aus? Welche Inhalte werden federführend?

Die inhaltliche Ebene des Diskurses nehme ich v.a. in einem moralisch-affektiven Bereich an, der durch das Ausspielen von Bedrohungsszenarien (Globalisierung, Arbeitsmarkt) verbunden mit der Schürung existentieller Ängste (Arbeitslosigkeit, Prekarität) und das Verweisen auf Verantwortung und Notwendigkeit argumentiert, nicht aber vorwiegend kognitive oder symbolische Aspekte in seiner Diskursführung verwendet („Angstdiskurs“). Diese Annahme bezieht sich also auf die ideologische Beeinflussung der hegemonialen Diskursführung zur Stabilisierung von (durch Zwang gestützten und *mit Zwang argumentiertem*) Konsens.

Für die Analyse stellen sich die Fragen: Welche Inhalte werden vermittelt, welche Bereiche werden ausgespart? Warum bieten sich bestimmte inhaltliche Bereiche für eine strategische Diskursführung an? Was wird durch diese Diskursführung bewirkt, welche Emotionen werden durch Themen geweckt? Wie wird strategisch für eigene Diskursziele mobilisiert?

Zur strategischen Diskursführung stelle ich noch die Annahme in den Raum, dass ein „Mythos“, wenn nicht sogar mehrere miteinander in Verbindung gebrachte „Mythen“ zu Globalisierung, Wettbewerb und Exzellenz bzw. Leistung/ Arbeit die Strategie der Diskursführung maßgeblich anleiten. Wie bereits Bieling und Steinhilber (2000b) in Bezug zu den hegemonialen Projekten andeuten, werden Mythen dazu verwendet, zu „elektrisieren“ bzw. zu manipulieren, um hegemoniale Diskursziele allgemein durchzusetzen (vgl. ebd.:106f). Diese Strategie der Mystifizierung und Glorifizierung nehme ich auch bei der hegemonialen Diskurskoalition EK-ERT als Strategie an.

Fragen, die sich an die Analyse wenden: Welche Mythen werden ausgespielt bzw. erzeugt? Wie ergänzen sie das diskursive Argumentationsmuster, welche Strategien der Identifizierung und Glorifizierung werden verfolgt? Welche Subjektpositionen werden durch angewandte Mythen verteilt, welches Gesamtbild der Thematik wird konstruiert?

Diese Fragen leiten in Zusammenhang mit den ideellen und materiellen hegemonialen Diskurszielen (die als Teil der Strategie immer mitgedacht werden müssen) durch die Analyse, und nehmen einen Teil der komplexen hegemonialen Diskursstrategie in den Blickwinkel.

III. METHODE

III.1 Begriffsklärungen für das Verständnis der Arbeit

Diskurs als Praktik des Zeichengebrauchs strukturiert Diskursfelder, in denen gesellschaftliche Akteure durch Sprach- und Symbolgebrauch soziokulturelle Bedeutung und soziale Realitäten konstruieren (vgl. Keller 2005a:10). Ursprünglich ein Element linguistischer Analyse ist Diskurs eine Art sprachliches Ereignis, eine Handlung, durch die ideelle und soziale Konstrukte in der sozialen Welt realisiert und aktualisiert werden. Ausgeweitet auf interpersonale Konversation umfasst Diskurs alle Formen des sozialen Dialogs, sei er zwischen Institutionen, Individuen, sozialen Gruppen o.ä. (vgl. Donati 2006:149). Durch die Regeln zusammenhängender (Sprach-) Praktiken werden so ideelle und materielle gesellschaftliche Wissensverhältnisse geschaffen. Bedeutung wird dabei also strukturiert und reguliert (vgl. Keller 2005a:10/182). Es werden „Sagbarkeits- und Wissensräume“ (Link 2006:410) sowie deren Grenzen geschaffen. Der Charakter des Diskurses ist nach Hannelore Bublitz (2006) konstruktiv sowie konstitutiv (wirkmächtig und wirklichkeitskonstitutiv) (vgl. ebd.:258).

Die *Diskursanalyse* ist das methodische Vorgehen zur Beschreibung und Rekonstruktion von Diskursen. Sie rekonstruiert regelhafte Praktiken und deren Machtwirkungen (vgl. Bublitz 2006:258).

Das *Dispositiv* bezeichnet die ideellen oder materiellen Manifestationen eines Diskurses (vgl. Keller 2005a:253ff). Dabei unterscheidet Siegfried Jäger (2006) zwischen der Manifestation des Diskurses in Sprechen/Denken, Tun und Vergegenständlichung. Man kann sich dabei den dispositiven Prozess als rotierend vorstellen, d.h. eine Durchlaufstation von diskursiven Praxen (Wissen wird transportiert), nicht-diskursiven Praxen (Wissen bereits inhärent) und der Sichtbarkeit von Diskursen durch Vergegenständlichung (vgl. ebd.:108f).

Der *Diskursakteur* als individueller oder kollektiver Produzent einer Aussage bezeichnet nach Keller (2004) denjenigen, der durch seine Praktiken einen Diskurs (re)produziert und transformiert, und zwar unter Rückgriff auf spezifische Regeln und Ressourcen (vgl. ebd.:64).

Die *Subjektpositionierung* ist wichtiges Thema dieser Arbeit, da es dabei um die Rollenverteilung und -zuschreibung geht. Sie richtet sich v.a. an die Adressaten der Dokumente bzw. des Diskurses und appelliert an deren Verantwortlichkeit zur Diskursreproduktion und Diskursumsetzung (ideell und materiell) (vgl. Keller 2005a:218). Jäger (2006) weist darauf hin, dass die Positionierungen innerhalb manifestierter, also herrschender hegemonialer Diskurse sehr homogen ausfallen, was als Wirkung des hegemonialen Diskurses in Bezug auf die Selbstbeschreibung und die zugewiesene Rollenübernahme betrachtet werden kann (vgl. ebd.:102).

Die *Diskurskoalition* bezeichnet nach Keller (2004) eine bewusst strategische oder auch unbewusste Gruppierung von Diskursakteuren, die durch ihre gleiche Diskurslinie in ihren Aussagen (etwa bezogen auf die gleiche „story line“) demselben Diskursstrang zugerechnet werden können (vgl. ebd.:64). Hinsichtlich ihrer „strategischen Partnerschaft“ (Hoedeman/Wesseliuss 2006:59) sollen in dieser Arbeit die Akteure EK und ERT in ihrer Diskurskoalition und somit verstärkten Machtposition in der Diskurs(re)produktion im hegemonialen Diskursverlauf betrachtet werden (sie stehen darüber hinaus natürlich noch in einer komplexen Fülle von anderen Diskurskoalitionen²⁵, -verläufen und -(re)produzenten).

Profile der Diskursakteure und Diskurskoalitionen sind Teil des *situativen Kontext* der konkreten Aussageereignisse und Sprecherpositionen (vgl. Keller 2004:96). Hier findet sich die Annahme wieder, dass Diskursbedeutung durch das Verhältnis von Subjekt, Objekt und dem Erscheinungskontext bestimmt ist (vgl. Bublit 2006:248). Die institutionell-organisatorischen (v.a. bei EK) und situativen Positionen, auch in Hinblick auf deren Ressourcen (bei ERT v.a. die ökonomischen und symbolischen Ressourcen), werden recherchiert und die Zusammenhänge der Aussageproduktion beleuchtet (vgl. Keller 2004:96). Sprecherpositionen sind in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse mit Rollensets verknüpft (z.B. hierarchische Posten). Spezialdiskurse als Diskurse innerhalb gesellschaftlicher Teilöffentlichkeiten können durch ihren informellen Charakter die Diskurskoalition verstärken (vgl. Keller 2005a:230).

Das *institutionelle (Macht-)Feld* und organisatorische Setting ist entscheidend für die Wissenssoziologische Diskursanalyse und ist weiterer Teil der Kontextualisierung. Um Situietheit und Materialität einer Aussage zu verstehen, müssen Strukturmerkmale und

²⁵Neben der Partnerschaft mit der EK unterhielt der ERT auch zu Mitgliedern des zunehmend wichtigeren EP engen Kontakt (vgl. Balanyá u.a. 2001:49).

Regeln des institutionellen Settings recherchiert werden. Die Einordnung der ausgewählten Textformate (u.a. Publikum, Wirkung, Verbreitung) in den institutionellen Entscheidungsprozessen muss ebenso analysiert werden wie Themenblöcke, Machtverhältnisse und Sprachformen des spezifischen institutionell-diskursiven Feldes (vgl. Keller 2004:96).

Der *historisch-soziale Kontext* fragt nach gesellschaftlichen Entwicklungen, die das diskursive Feld prägen. Es sollen Prozesse nachgezeichnet werden, die diachron oder synchron den gegenwärtigen hegemonialen Diskurs entwickelten bzw. beeinflussten. Diskursereignisse (und ihre Diskursdispositive wie u.a. Verträge) sollen hier im Diskursverlauf dargestellt werden, ebenso wie historische Diskurskoalitionen. Gesellschaftlich-soziale Lebenswelten werden in ihren Umbrüchen charakterisiert (vgl. Keller 2004:95f), in dieser Arbeit fallen etwa makrosoziologisch die Umstrukturierung im Rahmen der Globalisierung und mikrosoziologisch der Trend zu Individualisierung und Entpolitisierung in diesen Kontextualisierungsbereich (vgl. Fairclough 2006:345ff; Keller 2005a:273ff).

„*Story line*“ bezeichnet nach Keller (2004) den roten Faden eines Diskurses, der verschiedene Bestandteile des Interpretationsrepertoires verknüpft (vgl. ebd.:64). Gerade in Hinblick auf die Forschungsfrage nach dem Argumentationsstil ist das Abstrahieren der „*story line*“ ein entscheidender Schritt der Wissenssoziologischen Diskursanalyse (vgl. Keller 2005a:224).

Werden Diskurse nach denselben Formationsregeln gebildet, spricht man von *diskursiven Formationen*, die sich gegen andere Diskurse abgrenzen (vgl. Bublitz 2006:258). Gerade die gemeinsamen Diskursregeln sind von Interesse. Es besteht ein Unterschied zwischen institutionellen Spezialdiskursen und allgemeinöffentlichen Diskursen in den Formationsregeln und in der Gegenstandskonstitution (vgl. Keller 2005a:224f). Die diskursiven Formationen können in Konkurrenz-, Dominanz- oder (wie im Fall der Arbeit) Koalitionsbeziehungen eingeteilt werden. Zudem besitzen diskursive Formationen historischen Charakter, d.h. Prozesscharakter und Unterworfenheit unter beständigen Wandel von Deutungsangeboten. Vergangenheitsdeutungen werden aktualisiert und zu legitimen Sichtweisen verdichtet bzw. zur Legitimierung von sozialem und politischem Handeln angewandt (vgl. Schwab-Trapp 2006:269).

III.2 Begründung der Methodenwahl

Nach Keller (2005a) soll die Wissenssoziologische Diskursanalyse gewählt werden, wenn sich die Forschungsfrage nicht nur auf die sprachpraktische Konstitution von Texten bezieht, sondern nach zugrunde liegenden Mustern, institutionellen Settings, deren institutionalisierten bzw. informellen Regeln, sowie den Formen und Inhalten der Wissens- und Diskurs(re)produktion fragt (vgl. ebd.:11). Es werden dabei die Ebenen der gesellschaftlichen Wissenspolitiken und deren „Machtwirkungen“ untersucht (vgl. ebd.:182).

Weiters eignet sich die Analysemethode besonders für Fragen des sozialen Wandels²⁶ zu den Phänomenen „Wissensgesellschaft“²⁷, „Informationsgesellschaft“ und „Kommunikationsgesellschaft“ (vgl. Keller 2005a:13) in Verbindung mit institutioneller Wissensproduktion und -verbreitung. Diese Bereiche werden auch zentral von der Fragestellung dieser Arbeit berührt. Hubert Knoblauch (2006) bringt diese Phänomene in Verbindung mit dem Einfluss neuer Medien, die Kommunikation nachhaltig veränderten²⁸ (vgl. ebd.:210).

Hier finden wir in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse den Umstand wieder, dass tradierte Deutungs- und Handlungsmuster in der posttraditionalen Ära an ihrer symbolisch prägenden Kraft verloren haben, und an ihre Stelle vermehrt wissenschaftliche und professionelle Wissensproduktion getreten ist. Die permanente Erzeugung und Verstreuung von Wissen ist zu alltäglicher Praxis geworden, und lebenspraktische konkrete Erfahrungen spielen für Wahrnehmung von Wirklichkeit eine zunehmend geringere Rolle (vgl. Keller 2005a:13f). Gelingt es, hegemoniale Diskurse medienwirksam umzusetzen und entsprechendes „Agenda-Setting“ zu betreiben, können schnell weite Teile der Bevölkerung erreicht und „elektrisiert“ werden (vgl. Bieling/Steinhilber 2000a:17).

Der institutionelle Wandel führte zu neuen Sprecherpositionen und einer Multiplikation der Diskursarenen (Schaffung neuer Ministerien, Kommissionen und internationaler Regime)

²⁶Keller (2005a) schlägt vor, „sozialen Wandel als soziokulturellen Transformationsprozess zu begreifen, der durch Diskurse vermittelt wird“ (ebd.:273). Sozialer Wandel vollzieht sich damit auf Ebene der soziokulturellen Transformation der gesellschaftlichen Wissensregime (vgl. ebd.:273).

²⁷„Wissensgesellschaft“ als Kernkonzept der Wissenssoziologie bezeichnet in der sozialwissenschaftlichen Diagnose den Strukturwandel des Wirtschaftssektors in den reichen Industrieländern in Form einer Verlagerung von der Industrie- zur Dienstleistungsproduktion und parallel auch zu den Feldern der Wissensproduktion, -vermarktung und -vermittlung (vgl. Keller 2005a:86).

²⁸Es kam zu einer Verlagerung der vormals „kleinen Lebenswelt“ zu einer multimodalen Erfahrung technisch vermittelter Kommunikation. Die unmittelbare Wirksamkeit von Handlungen wurde auf eine „sekundäre Wirkzone“ nach Schütz/Luckmann (1969) verlagert (vgl. Knoblauch 2006:210).

(vgl. Keller 2005a:280ff). In Bezug zum Forschungsthema wird hier der Prozess des europäischen Mehrebenensystems mit seinen vielfältigen, oft undurchsichtigen Sprecherpositionen interessant, aber auch der Einfluss des ERT durch sein „Fachwissen“. Auch die Gründungen zahlreicher Beratungsgruppen – als Beispiel in dieser Arbeit die Beratungsgruppe für Wettbewerbsfähigkeit – fallen in diesen Bereich. Norman Fairclough (2006) weist auf einen zunehmenden „Warencharakter“ von hegemonialen Diskursen hin, wenn zahlreiche Ratgeber, Werbemaßnahmen und Dienstleistungen zu dessen Reproduktion bereit gestellt werden und durch die geforderten finanziellen Gegenleistungen wiederum einen neuen Markt schaffen (vgl. ebd.:347f). Die Stabilisierung des Diskurses wird flächendeckend gefestigt.

Transformation betrifft in der „Wissensgesellschaft“ nicht nur das Verhältnis von Sozialstruktur, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, sondern auch Bereiche der Identitätspolitik²⁹ und des Lebensstils sowie den Wandel von z.B. ökonomischen Leitbildern (vgl. Keller 2005a:86ff/283). Dieser Bereich wird in Zusammenhang mit dem hegemonialen Bildungsdiskurs zu Individualisierung und individueller Verantwortlichkeit von Bildungschancen interessant, ebenso wie für die Möglichkeit, diskursiv konfigurierte Wissenspolitiken als Antriebskräfte für sozialen Wandel zu analysieren (vgl. Keller 2005a:308f). Die Identifikation und Identität in Verbindung mit dem hegemonialen Wettbewerbsdiskurs (z.B. Rolle der EU als Global Player) wird im hier analysierten Diskurs mehrmals ausgespielt und hinterlässt ideelle Wirkung.

Im Sinne der sozialkonstruktivistischen Perspektive nimmt die Wissenssoziologische Diskursanalyse bei der Frage nach Identität und Identifikation nicht vollkommene Fremddeterminierbarkeit der Individuen an, sondern geht von einem wechselseitigen Verhältnis des soziokulturellen Kontextes und der Diskursproduktion aus. Diskurse entstehen nicht in leeren, noch unbeschriebenen Räumen, sondern sind Teil komplexer sozialer Gefüge und eingebettet in einen gesellschaftlichen, sozialhistorischen Kontext. Diskurse versuchen in diesen Gefügen – mit unterschiedlichen Ressourcen ausgestattet und in unterschiedlichen institutionellen Sprecherpositionen – eine vorübergehende Fixierung symbolischer Sinn- und Praxisstrukturen zu erringen³⁰ (vgl. Keller 2005a:308f).

²⁹Neue Subjektpositionen für Individuen und Kollektive werden durch neue Sprecherpositionen in Wissensfeldern – mitsamt deren institutionellen Neuerungen – hervorgebracht. Oft ist ein Trend zur Individualisierung von Kollektivverantwortungen in dominierenden Diskursen erkennbar (vgl. Keller 2005a:275ff).

³⁰Die EU als integrativer Prozess ist in ihrer Dynamik ein gutes Beispiel des sozialen Wandels und der Umsetzung symbolischer Ordnungen (manifestiert in zahlreichen Dispositiven) (vgl. Keller 2005a:10/274).

Da sich das Thema der Arbeit mit einer supranationalen Entscheidungs- und Diskursebene befasst und diese darüber hinaus auch in einem transnationalen Kontext gesehen werden muss, greife ich Kellers (2005a) Überlegungen zur „sozial-räumlichen Entgrenzung von Diskursen“ (ebd.:282) auf. Der Nationalstaat wird von seiner Organisation der Diskurs- und Wissensordnungen abgelöst von transnationalen Formationen und Öffentlichkeiten. Durch globale Anliegen ergibt sich ein verstärkter Trend zur Aufhebung etablierter sozialräumlicher Grenzziehungen hin zur Konstitution globaler, internationaler und supranationaler Diskurse. Dadurch verstärkt sich das Machtfeld neuer Wissensregime im Gegensatz zur nationalen Ebene (vgl. ebd.:273ff).

In diesem Zusammenhang ist auch das Auftauchen der „Risikodiskurse“ (Keller 2005a:283) als diskursive Strategie zu Beginn der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts interessant, da (Bedrohungs-)Szenarien³¹ zunehmend auf einem globalen Hintergrund konstruiert werden (vgl. dazu auch Beck 1986:48ff). Diese Tatsache spiegelt sich in dem Diskurs von EK und ERT wieder, wenn der globale Bildungs- und Arbeitsmarkt als unsicher, überschwemmt und als Wettbewerbsschauplatz dargestellt wird. Die Szenarien zum Verlieren des Anschlusses, zum Rückstand und zum raschen und notwendigen Aufholen können nur auf dem Hintergrund einer globalen – verunsichernden – Arena Effekte bei den Diskursadressaten bewirken. Durch den globalen Diskurs kann ein „Gegenspieler“ zum Supranationalen konstruiert werden, mit dem es im Wettbewerb zu stehen gilt (supranationale Identität durch „Wir“-Gefühl). Auch der supranationale Diskurs an sich ist Thema der Arbeit: u.a. ergibt sich die Rolle der EK als Verteilerin von Subjektpositionen an die nationale Ebene (Regierungen, Bildungssysteme, Bevölkerung) und die private Wirtschaft. Ihre Rolle als Diskursproduzent ist von supranationalen Interessen bestimmt, die Kompetenzen und Einflussbereiche des Mehrebenensystems (etwa souveräner nationaler Diskurs) verschwimmen zusehends (vgl. ebd.:275f).

Interessant ist beim Risikodiskurs die Frage nach der Instanz und Autorität, die festlegt, wo Risiken liegen und wie harmlos oder gefahrenvoll Situationen und deren Nebenfolgen sind, wo Verantwortungen liegen und welches „ExpertInnenwissen“ für die Problemlösung als relevant herangezogen werden soll (vgl. Keller 2005a:275f). In dieser Arbeit stellt sich diese

³¹Die Globalisierung diskursiver Praktiken kann nach Jürgen Habermas (1981) in Richtung einer diskursiven Kolonialisierung der Lebenswelten gedeutet werden. Dabei wirken expertenbasierte Diskurse in die Alltagspraktiken ein. Die Multioptionalität der Globalisierung wird ständiger Begleiter des Individuums, erzeugt auch durch die soziokulturellen und arbeitsmarktinduzierten Prozesse der Individualisierung und Enttraditionalisierung, worauf Beratungs- und Versicherungsdiskurse reagieren (vgl. Keller 2005a:283).

Frage im Fall des ERT. Frank Nullmeier (2006) spricht von der Konstruktion und Etablierung von Handlungsweisen als „politische Notwendigkeiten“, die als alternativlos präsentiert werden (vgl. ebd.:296). Es stellt sich dabei immer die Frage, welche anderen Möglichkeiten und Diskurse es noch gibt, und warum gerade ein Diskurs so dominant wurde (vgl. Fairclough 2006:342).

Abschließend sei noch auf das Konzept einer „Politik der Diskurse“ (Keller 2005a:308) hingewiesen, das speziell die *politischen* Implikationen kultureller Prozesse betont. Paolo R. Donati (2006) sieht politischen Diskurs als Ort der Erzeugung politischer Ideologie, an dem ideelle Elemente produziert werden, durch die die Realität sinnhaft verstanden und gestaltet wird (vgl. ebd.:149). Es geht dabei um die zentrale, inhärent politische Qualität von Sinnzuschreibungen in diskursiven Prozessen, etwa die Möglichkeit der Ein- und Ausschließung von Akteuren im Bereich der diskursiven Formationen (vgl. Keller 2005a:308). Diese Frage stellt sich meiner Meinung nach bei jeder diskursiven Formation, im Falle dieser Arbeit bezieht sie sich v.a. auf privilegierte, intransparent-informelle Kontakte und die gesellschaftlichen Gruppen, die davon ausgeschlossen bleiben.

III.3 Hegemoniebegriff im Kontext Wissenssoziologischer Diskursanalyse

Der (neo-)gramscianische Hegemoniebegriff deckt sich in vielen Anknüpfungspunkten mit der Wissenssoziologischen Diskursanalyse als Untersuchungsmethode. Gerade die Konzentration auf das Wissenskonzept als Machtpotenzial (im Sinne der Definitions- und Deutungsmacht) findet in beiden Ansätzen ein Zentrum.

Wenn mit der Wissenssoziologischen Diskursanalyse die Formen und Inhalte der Wissens- und Diskurs(re)produktion als Ebenen der gesellschaftlichen Wissenspolitiken untersucht werden (vgl. Keller 2005a:11/182), findet sich in dieser Untersuchung auch klar das Konzept der hegemonialen Projekte wieder (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:108).

Hegemoniale Projekte werden durch die Macht der Diskurse stabilisiert, stimuliert und geformt. Diskurse bestimmen dabei maßgeblich die Bedeutung und den Gehalt sozialer Interaktionen und politischer Entscheidungsprozesse, wodurch die diskursive Interaktion zur grundlegenden Ressource hegemonialer Projekte wird. Gesellschaftliche Unterstützung ist

essenziell, um Hegemonie zu erlangen und zu stabilisieren. Gesellschaftlicher Diskurs wird ein zentrales Machtmittel („Agenda-Setting“): Was besprochen wird, was Thema ist und was nicht, wird ein Instrument hegemonialer Projekte, um Wahrnehmungen zu steuern und auf hegemoniale Ziele und Interessen zu konzentrieren (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:108).

Das „anerkannte“ Wissen von ExpertInnen, die in Zeiten der Wissensgesellschaft, der Risikodiskurse (meist ausgewählte Mobilisierungsdiskurse von hegemonialen Akteuren) und der globalen und supranationalen Diskurse hervortreten und an Deutungsmacht gewinnen, finden wir bei den (neo-)gramscianischen Überlegungen zu den „organischen Intellektuellen“ der historischen und der hegemonialen Blöcke wieder, die „Konsens“ durch ihre Definitionsmacht der vorherrschenden Weltsicht vorbereiten bzw. stützen (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:105f; GH 12:1497).

Die gesellschaftlichen Wissensvorräte, die in der sozialkonstruktivistischen Sichtweise der Wissenssoziologie angesprochen werden, können in Zusammenhang mit einem hegemonialen Diskurs gesehen werden, der sich gesellschaftlich langfristig durchgesetzt hat bzw. eine vorübergehende Fixierung symbolischer Sinn- und Praxisstrukturen (vgl. Keller 2005a:308f) errungen hat.

Wissensproduktion und -vermittlung führen somit zur (Re-)Produktion sozialer Strukturen (vgl. Knoblauch 2006:211), wobei der gesellschaftliche Konsens („Allgemeinwissen“) u.a. durch das anerkannte ExpertInnenwissen repräsentiert wird. Haben sich die hegemonialen Interessen dabei schließlich als „allgemein“ durchgesetzt (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:108), manifestiert sich ihre „Realität“ und Wirkmächtigkeit in zahlreichen materiellen Dispositiven (zugleich Diskursreproduktionsmechanismen, etwa Gebäude, Gesetze, räumliche Veränderungen etc.), sowie ideell in den Köpfen der Rezipienten (vgl. Keller 2005a:253ff).

III.4 Zur Methode: Grundannahmen der Analysemethode in Bezug zu Wissenssoziologie und Hermeneutik

Die Wissenssoziologische Diskursanalyse kann aufgrund ihres Forschungsinteresses in die Tradition soziologischer Wissensanalyse gestellt werden. Sie wird von Keller (2005a) in der

Mitte zwischen handlungs- und strukturtheoretischen Traditionen der Wissenssoziologie angesiedelt. Es geht um eine Verbindung von einerseits Foucaultschem³² Interesse an institutionellen Spezialdiskursen und andererseits dem Interesse des Symbolischen Interaktionismus³³ an öffentlichen Diskursen (vgl. ebd.:10/184).

Die sozialkonstruktivistische Wissenssoziologie greift zur Erklärung der Entstehung und Institutionalisierung gesellschaftlicher Wissensvorräte darauf zurück, dass die institutionelle Strukturierung des Wissens und der Wirklichkeit von den Individuen sozialisatorisch angeeignet und als Rollenangebot mehr oder weniger eigenwillig angenommen wird. Es zeigt sich hier die Grundannahme, dass Wirklichkeit in Bewusstseinstätigkeiten konstituiert wird und historische Welten gesellschaftlich konstruiert werden. Dieser Ansatz von Peter Berger und Thomas Luckmann (1969) zu kollektiven Wissensvorräten wird zentral für die Wissenssoziologische Diskursanalyse (vgl. Keller 2005a:182/216; Keller 2006:117).

Für die hermeneutische sozialwissenschaftliche Analyse ergibt sich hier die Überzeugung, dass gesellschaftliche Wirklichkeit nur verstehend angemessen beschrieben werden kann („interpretatives Paradigma“). Gesellschaft wird dabei begriffen als eine durch Handelnde konstituierte Wirklichkeit, die erst durch eine Nachzeichnung von Sinnsetzung und relevanten Bezugsrahmen durch die handelnden Subjekte entschlüsselt werden kann (vgl. Kelle 1997:44ff; Keller 2006:118; Schröer 1997:109).

Wird die Analyse auf die gesellschaftliche Herstellung einer „Ordnung der Dinge“ im Medium diskursiver Wissenspolitiken gerichtet, findet sich der Konstruktivismus als Grundhaltung diskurstheoretischer Programme wieder. Die „vorübergehend fixierten Kristallisationen“ werden verstanden als sozial-diskursive Konstruktion von Deutungs- und Handlungsstrukturen. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse erweitert die herme-

³²Vorbild für eine Befassung mit gesellschaftlichen Effekten von Diskursen wird Michel Foucault (1988) und seine „Archäologie des Wissens“, erweitert werden seine Gedanken um die Betonung handelnder Akteure im Prozess der Diskursproduktion und -rezeption. Es wird dadurch eine Strukturierungshypothese in die wissenssoziologische Analyse eingeführt (vgl. Keller 2005a:10/93).

³³Der Symbolische Interaktionismus geht von einem symbolvermittelten Charakter aller Interaktionen aus, sowie von der überindividuellen Verstrickung von Situationsdefinitionen und dem Prozess kollektiver Aushandlung von Wirklichkeit. Menschen konstituieren durch Deutungs- und Handlungsmuster eine gemeinsame Realität, die „Welt“. Kennzeichnend ist die soziale Objektiviertheit der Bedeutungen, da sie in Interaktion entstanden sind und durch Weitergabe verfestigt wurden (vgl. Keller 2006:118). Ziel ist die Rekonstruktion von Bedeutungen. Symbolischer Interaktionismus gilt dabei als Prototyp interpretativer Soziologie. Im Mittelpunkt steht nicht Struktur, sondern das Handeln (vgl. Richter 2001:18). Der Symbolische Interaktionismus bezieht sich in der Wissenssoziologie auf öffentliche Arenen und begreift deren stattfindende Auseinandersetzungen als konflikthafte Diskurse zwischen sozialen Akteuren (vgl. Keller 2005a:182ff).

neutische wissenssoziologische Perspektive dadurch auf ein Feld, das bis dahin vernachlässigt wurde: die historisch orientierten Gesellschaftsanalysen (vgl. Keller 2005a:9f). Das Ziel wissenssoziologisch angelegter Hermeneutik bleibt dabei erhalten, und zwar die Konzentration auf das „Typische“, das „Typisierbare“, das rational rekonstruiert werden soll (vgl. Schröer 1997:113).

Die Entwicklung des wissenssoziologischen Diskursbegriffs und damit das Verständnis seiner Wissens(re)konstruktion vollzog sich etappenweise: Ausgehend von der Annahme einer *sozialen Bedingtheit* des Wissens erweiterte sich diese Sicht zur Annahme der *sozialen Konstruktion* des Wissens. Die nächste Etappe erweiterte das Konzept zur *kommunikativen Konstruktion* von Wirklichkeit (vgl. Keller 2005a:19ff). Knoblauch (2006) beschreibt die Wissenssoziologie in diesem Kontext mit der kommunikativen Wende seit den 70er Jahren bzw. dem kommunikativen Paradigma (ebd.:210f). Die Vorstellung der kommunikativen Konstruktion ergänzte schließlich die Wende zur *diskursiven Konstruktion* von Wirklichkeit, welche die grundlegende Annahme der Wissenssoziologischen Diskursanalyse darstellt (vgl. Keller 2005a:19ff).

Aussageereignisse müssen sich dieser Vorstellung gemäß erst bewähren und die Annahme, dass Sprache dem Wesen der Dinge entspricht, wird erweitert um die Annahme einer Abhängigkeit von praktisch-pragmatischen Bewährungsproben der Sprache bei unterschiedlichen Evidenz- und Konsistenzprüfungen, bei denen sie sich durchsetzen muss. Je nach Ressourcenlage bringen sich die Mitstreiter in praktisch-symbolischen Kämpfen um Legitimitäts- und Geltungsansprüche ein (vgl. Keller 2005a:266). Fragestellungen verschieben sich zusehends in Richtung der kommunikativen Vermittlung gesellschaftlichen Wissens. Diese umfasst die Vorgänge der Wissensproduktion und -vermittlung, sowie die gleichzeitige (Re)Produktion sozialer Strukturen (vgl. Knoblauch 2006:211).

Die Diskursanalyse versucht hier v.a. Tiefenschärfe zu erreichen: Ziel ist das Verstehen des komplexen Wechselspiels zwischen Wirklichkeitskonstruktion, Wirklichkeitsobjektivierung und den Interessen sowie Strategien sozialer Akteure als kontingenten sozialen Ordnungsprozess. Die Analysemethode versteht sich dabei als klassisches wissenssoziologisches Programm gesellschaftlicher Selbstbeobachtung und Selbstaufklärung (vgl. Keller 2005a:10/16).

III.5 Verwendung sozialwissenschaftlicher qualitativer Methodik in der Arbeit

Qualitative Forschung hat den Anspruch, Konstruktionen aus Sicht handelnder Akteure (u.a. kollektiver Akteure, Organisationen) zu beschreiben. Dafür gibt es unterschiedliche qualitative Forschungsperspektiven: Flick, Kardoff und Steinke (2007) empfehlen für die Beschreibung der Herstellungsprozesse von sozialen Ordnungen und Situationen die Diskursanalyse als Interpretationsmethode und die Analyse von Dokumenten als Datenerhebungsmethode im Rahmen der theoretischen Positionierung des Konstruktivismus (vgl. ebd.:14f).

In dieser Arbeit erfolgte die Analyse rückblickend, d.h. es wurde ein Basisdesign retrospektiver Betrachtung gewählt, das einen Prozess analysiert, der bereits begonnen hat und noch nicht abgeschlossen ist (vgl. Flick 2007b:255; Flick 2007c:180f).

Das gewählte Forschungsdesign orientiert sich an dem Konzept des „theoretischen Sampling“ (Flick 2007c:158), weshalb auch die Zusammenstellung des Korpus prozessorientiert durchgeführt wurde. Da die Korpuswahl in meinem Fall bereits Teil der Beantwortung der Forschungsfrage darstellt, habe ich folgende Kriterien für dessen Auswahl getroffen:

Minimale Kontrastierung, d.h. es sollte eine minimale Abweichung bei der thematischen und inhaltlichen Dimension der Dokumente geben;

Relevanz und Repräsentativität, d.h. es wurden Dokumente nach ihrer Repräsentativität für die Forschungsfrage ausgewählt (vgl. Flick 2007c:167; Keller 2004:81).

Ziel der Analyse dieses Korpus ist eine typisierbare Aussage (vgl. Keller 2005a:201).

Der Interpretations- und Analyseprozess meiner Daten erfolgte nach dem wissenssoziologischen Muster „interpretativer Analytik“ (Keller 2004:93)³⁴. In einem zirkulären Auswertungsprozess gemäß einer offenen Forschungslogik qualitativer Sozialforschung (vgl. Flick 2007c:122ff; Keller 2004:93) habe ich eine Datenmenge von knapp 400 Seiten³⁵ kodiert und ausgewertet sowie in der Methode des konstanten Vergleichs (vgl. Flick 2007c:476) hinsichtlich der Analysekonzepte nach Keller (2005a) interpretiert (vgl. ebd.:235ff).

³⁴ ...d.h. einer Kombination aus der Erschließung des Kontextes eines Aussageereignisses bzw. Diskurses, der Bedeutungsdimensionen von Aussagen sowie den Modi ihrer Erscheinungen (vgl. Keller 2004:93).

³⁵ Davon 267 Seiten EK-Dokumente, 130 Seiten ERT-Dokumente (insgesamt 397 Seiten Datenmenge).

Andrea D. Bührmann (2005) empfiehlt, Diskurse systematisch und umfassend in ihrem Kontext zu erforschen, und nach ihrem gesellschaftlichen Entstehungs- und Ursachenbereichen zu fragen, um die historisierte und gesellschaftstheoretische Situiertheit als Frageperspektive nicht zu verspielen³⁶ (vgl. ebd.:243f).

Auch Keller (2004) betont, dass die Analyse von Ebenen im „Außerhalb“ der Textkorpora zentraler Unterschied der sozialwissenschaftlichen zur sprachwissenschaftlichen Diskursforschung sei und nicht als Randbedingung der Interpretation, sondern als eigenständiges Feld der Datenerhebung und Feinanalyse betrachtet werden müsse³⁷ (vgl. ebd.:65).

Daher habe ich den institutionellen, situativen und historisch-sozialen Kontext ausführlich (soweit im Rahmen der Diplomarbeit möglich war) behandelt und die Kontextualisierungsteile als eine Umrahmung bzw. Einbettung des Analyseteils betrachtet.

Der Rahmen der Diskurssetzung, das diskursive Feld mit seinen (institutionellen) Besonderheiten, Akteuren und der Koalition EK-ERT, soll in den Analyseteil einleiten und diesen vorbereiten. Der sozial-historische Kontext soll noch einmal inhaltliche Themen des Analyseteils erfassen und diese in Beziehung zum gegenwärtigen bzw. jüngst vergangenen sozio-kulturellen Wandel stellen.

Am Ende der Rekonstruktion der Diskurslinie von EK und ERT möchte ich in einer Schlussfolgerung noch einmal Bezug nehmen auf die im theoretischen Rahmen formulierten Hypothesen und auch ein abschließendes Resümee über den Bogen der Arbeit ziehen, um die zentralen Punkte der Fragestellung(en) zu beantworten.

³⁶Ohne die umfassende Kontextualisierung riskiert die Analyse zudem, einem linguistischen Idealismus zu verfallen (vgl. Bührmann 2005:244).

³⁷Sie ist von entscheidender Bedeutung für Fragen gesellschaftlicher Diskursverhältnisse, die als Definitions- und Machtverhältnisse verstanden werden (vgl. Keller 2004:65).

IV. KONKRETER KONTEXT

IV.1 Institutionelles Feld

IV.1.1 Institutionen und Strukturen der EU

Das institutionelle Feld der EU entstand über einen Prozess völkerrechtlicher Verträge seit 1952 und befindet sich noch im permanenten Integrationsprozess. Die Entwicklung der EU in ihrer Prozesshaftigkeit bringt immer weitere Neuerungen im materiell-politischen und im institutionellen Bereich (vgl. Falkner 2006:83). Die fünf zentralen Institutionen der supranationalen Organisation sind: Europäische Kommission (EK), Rat der EU, Europäisches Parlament (EP), Europäischer Gerichtshof (EuGH) und Rechnungshof der EU (vgl. Amt der amtlichen Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften 2004:15).

Die Rollen von EK, Rat und EP werden oft als „institutionelles Dreieck“ bezeichnet, da sich hier die zentralen Entscheidungsfindungs- und Rechtsetzungsprozesse der EU abspielen. Diese Struktur ist aber nicht mit einer klassischen Gewaltenteilung politischer Systeme zu vergleichen, da etwa mitgliedstaatliche Regierungen (Exekutiven) im Rat Legislativfunktionen innehaben und das EP nur in Teilbereichen vollwertige legislative Kompetenz besitzt (vgl. Chabera 2006:10). Weiters ist eine hohe Informalität des Systems zu erwähnen (vgl. Aigner 2002:19ff), die sich durch große Bereiche intransparenter Entscheidungsfindung verstärkt. Neben den Organen der EU existieren auch vier unterstützende und ergänzende Hilfsorgane, die über beratende, aber nicht bindende Kompetenzen verfügen: Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), der Ausschuss der Regionen (AdR), die Europäische Zentralbank (EZB) und die Europäische Investitionsbank (EIB) (vgl. Chabera 2006:36ff). Hier muss wiederum hinsichtlich der ökonomischen Ressourcen der Sprecherpositionen (vgl. Keller 2004:70) unterschieden werden, da etwa die EZB und die EIB weit mehr Einfluss auf zentrale Politikbereiche der Gemeinschaft haben als der AdR.

Die EU ist als Organisation sowohl supranational als auch international. Supranational wird kompetenzrechtlich nur ein Teil der Gemeinschaft geregelt, v.a. sensible Bereiche bleiben im Kompetenzbereich der Mitgliedsstaaten (internationale Regelung). Die Aufteilung der EU-Bereiche wurde mit dem Maastricht-Vertrag 1991 im Art. 3 EUV als einheitlicher

institutioneller Rahmen festgeschrieben und wird als „Tempelkonstruktion“ (Filzmaier u.a. 2006:260; Jopp/Schmuck 1996:249) mit drei „Säulen“ dargestellt:

Die *Erste Säule* (supranational) oder Europäische Gemeinschaft (EG) setzt sich zusammen aus den früheren supranationalen Organisationen Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). Sie basiert auf den geänderten Gründungsverträgen und den Bestimmungen zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Da die Entscheidungen im Bereich dieser Säule ausschließlich den EU-Organen vorbehalten bleiben, wird die Säule auch als „integrative“ Säule bezeichnet. Seit dem Vertrag von Maastricht befindet sich auch der Bereich Bildungspolitik und Kultur sowie Forschung im Bereich der supranationalen Säule. Geprägt wird die erste Säule von der Binnenmarkt- und Wettbewerbspolitik.

Die *Zweite Säule* (intergouvernemental) oder Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ermöglicht den Regierungen die Mitbestimmung im Bereich gemeinsamer Strategien, Aktionen und der Erarbeitung von Standpunkten (Einstimmigkeitsprinzip bzw. qualitative Mehrheit im Rat).

Die *Dritte Säule* (intergouvernemental) oder „Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen“ (PJZS) regelt die Kooperation der Mitgliedsstaaten in den Bereichen Justiz und Inneres. Die in dieser Säule intergouvernemental gefassten Beschlüsse müssen für ihre Inkraft-Setzung erst durch nationale Rechtsakte umgesetzt werden (vgl. Filzmaier u.a. 2006:260f).

Im politischen „Mehrebenensystem“, das durch diese Differenzierungsstufen (supranational-international-national-regional) entstanden ist („multi governance system“), genießt EU-Recht Vorrang vor nationalem Recht. Mit dem EU-Beitritt werden gemeinschaftliche Bereiche der EuGH-Rechtsprechung unterworfen (vgl. Falkner 2006:82). Es ergeben sich schließlich vier Handlungs- und Entscheidungsebenen innerhalb der EU: „Intra - gemeinschaftliches Handeln“ vollzieht sich zwischen den EU-Organen. „Inter- / Supranationales Handeln“ vollzieht sich zwischen den nationalen Akteuren (u.a. MinisterInnen) in Räten und Ausschüssen. „Intra – Nationales Handeln“ vollzieht sich in den Aktivitäten der nationalen Akteure auf nationaler Ebene (Standpunkte des Mitgliedslandes zur EU-Politik werden festgelegt). Das Handeln supranationaler Akteure auf nationaler Ebene vollzieht sich schließlich durch Vertretungen der EK in den Mitgliedsstaaten (vgl. Filzmaier u.a. 2006:262).

Die EU hat dabei einen „regierungs- und verwaltungslastigen Charakter“ (Falkner 2006:82), da v.a. die nationalen Exekutiven durch den Beitritt zur EU Kompetenzerweiterungen erhielt. Die Ressortchefs der Mitgliedsstaaten treten als Fachministerräte zusammen und entscheiden je nach Materie, wodurch mitgliedsstaatliche Exekutiven zur Legislative auf EU-Ebene ermächtigt werden. Kritik am institutionellen System umfasst neben ungleichen Kompetenz- und Machtverteilungen auch das Demokratiedefizit der EU, etwa das Spannungsfeld zwischen repräsentativer Demokratie und Stimmengewichtung, die Zuständigkeitslücken des EP, das Fehlen direktdemokratischer Verfahren und die mangelhafte Transparenz im politischen Prozess der EU (vgl. Falkner 2006:82ff).

Eine umfassende Institutionenreform (u.a. Stimmengewichtung, Machtverhältnisse der Institutionen, Mandatsaufteilung und Erweiterung der Gemeinschaftskompetenzen) wird bereits längere Zeit als unumgänglich angesehen und bestätigt den institutionell-dynamischen Charakter der EU (vgl. Filzmaier u.a. 2006:271; Maurer 1996:23ff).

IV.1.2 Lobbying als Einflussfaktor auf das institutionelle Feld

Bieling und Steinhilber (2000a) betonen, dass es von zentraler Bedeutung sei, Probleme, Triebkräfte und Motive der europäischen Integration nicht allein über Institutionen, Regulationsformen und Netzwerkstrukturen des Mehrebenensystems zu analysieren, sondern darüber hinaus die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sowie deren zugrunde liegende Akkumulations- und Krisendynamik mit zu denken und als Teil der Analyse zu erfassen (vgl. ebd.:13). Das Mehrebenensystem bleibt nach Overbeek (2000) in dominanten Theorien institutionalistisch verhaftet und es wird die Tatsache ignoriert, dass das Regieren im Mehrebenenansatz in ein Kräftefeld sozialer, ökonomischer, politischer und ideologischer Interessen eingebettet ist ³⁸ (vgl. ebd.:183).

Diese neogramscianische Ansicht von Overbeek (2000) entspricht der theoretischen Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie (NPÖ), die Verhaltensmodelle und Denkweisen moderner Wirtschaftstheorie auf politische Prozesse und Politikbereiche überträgt und vom Grundsatz des methodologischen Individualismus („homo oeconomicus“), also der persönlichen Nutzenmaximierung bei Akteuren des Lobbyings, ausgeht (vgl.

³⁸Die Analyse solcher Kräftefelder und deren Interessen ist nach Overbeek (2000) aktuelle Herausforderung für eine Kritische Theorie europäischer Integration (vgl. ebd.:183).

Buholzer 1998:78ff; Neck/ Schneider/Weck-Hannemann 2001:68). Gemäß der Feststellung von Markus Gilles (2007) über die „Ökonomisierung aller Lebensbereiche“ (ebd.:183) steht nach der NPÖ ein wirtschaftliches vor dem politischen Erklärungsmodell für Lobbyismus im Zentrum (vgl. Neck/Schneider/Weck-Hannemann 2001:68). Das Konzept des „homo oeconomicus“ als ein rationales, an der Mehrung des eigenen Nutzens orientiert handelndes Menschenbild wird auch vom Neorealismus und Neoliberalismus übernommen. Nutzen kann neben finanziellem Nutzen auch nicht-monetären Nutzen wie Macht, Anerkennung oder andere symbolische Effekte der Lobbyingstrategien miteinbeziehen. Die rationale Entscheidung („rational choice“) bestimmt das politische Verhalten einzelner oder von Kollektiven, wobei die Entscheidung eine Abwägung von individuellen Kosten und Nutzen ist, um den „Nettonutzen zu maximieren“ (vgl. Buholzer 1998:79ff; Druwe 1995:305ff).

Nach Georg Pfeifer (1995) setzen die Strategien des „Eurolobbyings“ (ebd.:19) dafür an zwei zentralen Punkten an: Dem Zeitfaktor und dem Mehrebenensystem. D.h., es muss so früh wie möglich auf so vielen nutzbaren Wegen wie möglich³⁹ interveniert werden (vgl. ebd.:75ff). Der Zeitfaktor ist v.a. im EU-Rechtsentstehungsprozess von Bedeutung: Adressaten sind die Institutionen mit Organqualität, dabei variiert die Lobbyingintensität von Organ zu Organ. Die EK ist aufgrund ihrer institutionell begünstigten Machtbefugnisse (Initiativrecht) und ihrer prinzipiellen Offenheit und Zugänglichkeit gegenüber organisierten Interessensgruppen primäre Anlaufstelle des Lobbyismus, während der EuGH kaum bis gar nicht lobbyiert wird (vgl. Chabera 2003:80; Pfeifer 1995:75ff).

Neben regelmäßigen Treffen mit institutionellen Vertretern der EU sichern sich Lobbyisten ihre Einflussnahme auch parallel dazu auf nationaler Ebene durch Treffen mit mitgliedsstaatlichen Regierungen ab (vgl. Grasser 2004:1). Die EU wird neben ihrer institutionellen Form des Mehrebenensystems durch diese Formen des Lobbyings zu einem noch komplexeren politischen Entscheidungs- und Handlungssystem. In Prozessen früh zu intervenieren, steigert den Einfluss auf die EU-Rechtsetzung. Schafft es die lobbyistische Intervention bereits in der Phase des ersten Entwurfs zur Durchsetzung der Interessen („intention gathering“)⁴⁰, werden diese Interessen effektiver einfließen, als erst im Kabinett

³⁹ „Multi-channel-Strategie“ (Chabera 2003:79), v.a. bei großen Konzernen

⁴⁰ Freundschaftliche Beziehungen spielen hier eine Rolle. Pfeifer (1995) spricht von einer nicht klaren Trennlinie zwischen Einfluss und Information, die neben Fakten auch Wertungen, Interpretationen und Sichtweisen enthält, dadurch aber seiner Ansicht nach auch funktional die Effizienz der Bürokratie steigere (vgl. ebd.:80f).

des Kommissars, wo Änderungen nur mehr schwierig und schleppend anzuregen sind (vgl. Pfeifer 1995:75ff).

Die „Mehrebenenstrategie“ wurde insbesondere in den 80er und 90er Jahren verstärkt von privaten Akteuren genutzt. Bernhard Chabera (2003) spricht vom „Einsetzen des Euro-Lobbying-Booms“ (ebd.:77) im Kontext der Binnenmarktverwirklichung. Konzerne verdrängten plötzlich etablierte Verbände von Schalthebeln der Macht. Der Globalisierungstrend der verstärkten Selbstrepräsentanz von Großunternehmen – in den USA schon lange Zeit zum Trend geworden – fand in Europa Einzug: Die multinationalen Konzerne mit dem Finanzvolumen ganzer Nationalstaaten waren nicht mehr auf eine Vertretung durch Dachverbände angewiesen (vgl. ebd.:77ff). Durch die Komplexität des Geschehens mit neuen Akteuren bekam das institutionelle Feld stärker den Charakter des Konkurrenzkampfes: Welche Interessen schaffen es, sich von Anfang (Agenda Setting) bis Ende (Entscheidung und Implementierung) durchzusetzen? Lobbying versteht sich dabei nach Pfeifer (1995) als Versuch, aus keiner Reglementierung oder Rechtsharmonisierung als Verlierer heraus zu gehen. Die Möglichkeit für das Lancieren einer Mehrebenenstrategie hängt unmittelbar mit den verfügbaren finanziellen Mitteln – in der Diskursarena mit den finanziellen Ressourcen (vgl. Keller 2004:70) – und dem Verhältnis zu den Lobbying-adressaten zusammen. Ein Ungleichgewicht der vertretenen Interessen ist somit vorhersehbar (vgl. ebd.:74ff).

Für das Thema dieser Arbeit interessant ist das Lobbyingmuster des ERT, der in seinem Handeln weder der pluralistischen Lobbyingstruktur, noch der korporatistischen Interessensvertretung ganz entspricht (vgl. van Apeldoorn 2000:196) und daher eher in das Lobbyingmuster der NPÖ eingeordnet werden kann (vgl. Buholzer 1998:82f)⁴¹. Das Verhalten der Akteure soll damit innerhalb eines Systems und dessen internen institutionellen „Spielregeln“ erklärt werden (wozu in der EU auch stark informeller Kontakt zählt), mitsamt der Integration der persönlichen Ziele der Akteure. Die NPÖ-Perspektive kann dabei Mikrofundierung sowie das Hineindenken in das großunternehmerische Denken des ERT und seine Akteursstrategien liefern (vgl. Buholzer 1998:90ff/358).

⁴¹Weiterer institutionalisierter Lobbyingfaktor des ERT ist die „Competitiveness Advisory Group“ (CAG), die im Februar 1995 vom ERT selbst initiiert und vom damaligen EK-Präsidenten Jacques Santer gegründet wurde. Sie ist offizielles Beratungsgremium der EU und hat institutionellen Status. Die CAG ist überwiegend mit ERT-Konzernchefs besetzt und erlaubt ihnen, Empfehlungen direkt in die Rechtsetzung einzubringen. Sie ist somit eines der deutlichsten und strategisch mächtigsten Beispiele der Verschaffung eines Zugangs von organisierten Lobbyinginteressen zu Entscheidungsstrukturen der EU im institutionellen Feld (vgl. Balányá u.a. 2001:69ff).

IV.2 Situativer Kontext der Aussageereignisse

IV.2.1 Akteure

IV.2.1.1 Europäische Kommission – EK

Das Selbstverständnis der EK beruht auf dem Bild des „Motors“ des institutionellen Systems der Union. Durch ihre Verkörperung und Vertretung der allgemeinen Interessen der Union⁴² sieht sie ihre Hauptaufgaben darin, dem EP und dem Rat Vorschläge für Rechtsvorschriften vorzulegen, die Unionspolitik zu verwalten und durchzuführen, das Unionsrecht in Zusammenarbeit mit dem EuGH zu vollziehen und internationale Vereinbarungen zu initiieren und auszuhandeln (vgl. Dobrev 2004:16f; EK 2008a).

Auch Chabera (2006) betont die Rolle der EK im Rechtserzeugungsprozess mit ihrer Kompetenz zur Politikinitiierung, dem „Initiativrecht“. Ohne einen Vorschlag der EK kann der Rat in der ersten Säule keine Rechtsakte beschließen⁴³. In den sensiblen Bereichen der GASP und der PJZS teilt sich die EK das Initiativrecht (noch) mit den Mitgliedsstaaten. Einschränkungen des Initiativrechts ergeben sich durch das „Subsidiaritätsprinzip“ und den „Grundsatz der Verhältnismäßigkeit“⁴⁴ (vgl. ebd.:12; Fischer 2005:45ff).

Die EK tätigt Entscheidungen und handelt als „Kollegialorgan“, d.h. alle wichtigen Entscheidungen werden als Gesamtkollegium durchgeführt und durch ein solches in gemeinsamer Verantwortung getragen. Abgestimmt wird mit einfacher Mehrheit bis vorzugsweise Einstimmigkeit. Absolutes Prinzip innerhalb des Kollegiums ist das Mittragen der EK-Beschlüsse in der Öffentlichkeit durch jedes einzelne Mitglied, also die Vertretung von „Konsens“ (vgl. Chabera 2006:11). Dabei haben *nicht* alle Kommissare und ihre Generaldirektionen gleiche politische Macht. So ist der Einfluss der Generaldirektionen für Außenhandel, Industrie und Binnenmarkt auf die Gestaltung der EU-Politik größer als der Einfluss von Generaldirektionen für Sozialpolitik oder Umwelt (vgl. Balanyá u.a. 2001:314f). Die ungleichen Machtverhältnisse in Politikbereichen wirken sich verstärkend

⁴²Durch die Wahrung allgemeiner Interessen der Union ist die EK als Organ von den nationalen Regierungen unabhängig, die Kommissaren sind also nicht an nationale Entschlüsse oder Stellungnahmen gebunden (vgl. EK 2006:20). Laut EG-Vertrag Art. 213 Abs. 2 muss die EK ihre Arbeit in voller Unabhängigkeit von den Nationalstaaten zum allgemeinen Wohl der Gemeinschaft ausführen, die EK wird dadurch zum „supra-nationalsten“ Organ der EU“ (Chabera 2006:10).

⁴³In der Wettbewerbspolitik besitzt die EK darüber hinaus ausgedehnte Befugnisse (vgl. Chabera 2006:14).

⁴⁴D.h. Maßnahmen müssen auf europäischer Ebene besser verwirklicht werden können als national, und dürfen das Ausmaß der Vertragsziele nicht überschreiten (vgl. Chabera 2006:12).

für das Lobbying aus, indem Positionen der Industrieverbände einflussreicher sind als die von Umweltorganisationen oder Gewerkschaften (vgl. Balanyá u.a. 2001:314f).

Jedem Kommissar steht zur Aufgabenerfüllung ein Kabinett zur Verfügung. Die Kabinettsmitglieder bereiten Vorschläge vor und nehmen wiederum die Funktion von „gatekeepers“ (Dobrev 2004:17) ein. Pro Kommissar werden eine oder mehrere Generaldirektionen zugeteilt. Diese bilden ihrerseits wieder einen eigenen hierarchischen Verwaltungsapparat⁴⁵. Die offiziell „administrativ-nichtpolitischen“ (Chabera 2006:11) Generaldirektionen nehmen durch ihre Vorbereitungsarbeit der Plenarsitzungen und durch ihre Entscheidungen, welche Punkte abgestimmt werden müssen – bzw. welche bereits im Vorfeld fertig ausgearbeitet werden (im Rahmen der „Interservice Consultation“) – eine doch sehr wichtige politische Funktion ein, u.a. auf Ebene des Diskurses, aber auch konkreter Exekutive (vgl. Chabera 2006:11f). Diese Rolle von Ausschüssen und Unterausschüssen in Hinblick auf die Diskursproduktion betont auch Falkner (2006): Nationale Beamte geben bereits mehr oder weniger bindende Ratschläge für die Politikimplementierung und -spezifikation. Dieses System von Ausschüssen und Unterausschüssen wird als „Komitologie“ bezeichnet und ist kontroverser Punkt der Exekutivbefugnisse der EK (vgl. ebd.:83f; Fischer 2005:51ff).

Es gibt im Bereich der Komitologie verschiedene Formen des Ausschussverfahrens: Die generelle Rechtsbasis besagt, dass die EK die Befugnis zur Durchführung der vom Rat angenommenen Rechtsakte besitzt. Die Ausschüsse entwickelten sich aus dem Selbstorganisationsrecht heraus (ohne vertragliche Ermächtigung) und wuchsen kontinuierlich in ihrer Beamtenzahl. Sie sind nach Pfeifer (1995) eine Form der Interessensvertretung, die an der Grenze zwischen formell und informell anzusiedeln sind. Bei den nicht-ständigen, technischen Ausschüssen dürfte der Einfluss höher sein als bei den ständigen Gremien (u.a. Mitgliedsstaaten), da externe ExpertInnenbefragungen weniger konfliktreich und somit auch weniger zeitaufwendig sind als umstrittene politische Optionsfestlegungen (vgl. ebd.:79)⁴⁶.

⁴⁵Falkner (2006) bezeichnet die EK als „kleine Bürokratie“ (ebd.:83).

⁴⁶Das Beispiel der Komitologie zeigt gut die Verwobenheit und Komplexität der hegemonialen Diskursverläufe sowie die Informalität der Entscheidungsmechanismen. Es zeigt auch die Abhängigkeit der EK in technischen Fragen von Konsultierungsmechanismen mit den Interessensgruppen. Die Tätigkeit der EK stieg v.a. seit Vollendung des Binnenmarktprogramms und mit ihr das rasche Wachstum der Komitologie seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts (vgl. Pfeifer 1995:79f).

Zentrale Figur in der Vertretung nach außen ist der Kommissionspräsident. Er gehört dem Europäischen Rat, dem politischen Leitungsgremium der EU, an und ist dort den Staats- und Regierungschefs gleichgestellt. Seit dem „Vertrag von Nizza“ kann er auch über die interne Organisation der EK entscheiden. Er kann Zuständigkeiten vergeben und ist befugt, einzelnen Mitgliedern – nach Übereinkommen mit dem Gesamtkollegium – eine verbindliche Aufforderung zum Rücktritt auszusprechen (vgl. Chabera 2006:11), wodurch sich ein Druckmittel für den „Konsens“ ergibt.

IV.2.1.2 European Round Table of Industrialists – ERT

Der ERT ist trotz seiner weitgehenden Unbekanntheit in der europäischen Öffentlichkeit mit seiner informellen und intransparenten Art seit über fünfzehn Jahren eine der machtvollsten politischen Kräfte im europäischen Feld (vgl. Balanyá u.a. 2001:47).

Der Klub präsentiert sich selbst als engagiertes, informales Forum, das über ein Gesamt von 1000 Milliarden Euro Umsatz innerhalb der EU verfügt. Der Klub setzt sich zusammen aus den größten multinationalen Unternehmen europäischer Industrie- und Technologiesektoren und ist dabei als Gremium auf die 45 Chefpositionen dieser Unternehmen konzentriert (vgl. ERT 2008a):

Chairman : Jorma Ollila – **Nokia** / Vice-Chairmen :Leif Johansson - **AB Volvo**; Peter Sutherland – **BP** / Secretary General: Wim Philippa

Paul Adams - **British American Tobacco**
César Alierta Izuel - **Telefónica**
Nils S. Andersen - **A.P. Møller - Maersk**
Belmiro de Azevedo - **SONAE, SGPS**
Jean-Louis Beffa - **Saint-Gobain**
Wulf Bernotat - **E.ON**
Carlo Bozotti - **STMicroelectronics**
Peter Brabeck-Letmathe - **Nestlé**
David Brennan - **AstraZeneca**
Martin Broughton - **British Airways**
Antonio Brufau - **Repsol YPF**
Patrick Cescau - **Unilever**
Gerhard Cromme - **ThyssenKrupp**
Rodolfo De Benedetti - **CIR**
Thierry Desmarest - **TOTAL**
Bülent Eczacıbaşı - **Eczacıbaşı Group**
John Elkann - **Fiat**
Jürgen Hambrecht - **BASF**
Antti Herlin - **KONE Corporation**

Henning Kagermann - **SAP**
Gerard Kleisterlee - **Royal Philips Electr.**
Bruno Lafont - **Lafarge**
Thomas Leysen - **Umicore**
Peter Löscher - **Siemens**
Gary McGann - **Smurfit Kappa Group**
Gérard Mestrallet - **Suez**
Aloïs Michielsen - **Solvay**
René Obermann - **Deutsche Telekom**
Benoît Potier - **Air Liquide**
Eivind Reiten - **Norsk Hydro**
Wolfgang Ruttenstorfer - **OMV**
Paolo Scaroni - **Eni**
Manfred Schneider - **Bayer**
Louis Schweitzer - **Renault**
Paul Skinner - **Rio Tinto**
Jean-François van Boxmeer - **Heineken**
Jeroen van der Veer - **Royal Dutch Shell**
Ben Verwaayen - **BT**

Zsolt Hernádi - MOL Franz Humer - F. Hoffmann-La Roche	Jacob Wallenberg - Investor AB Hans Wijers - Akzo Nobel
---	--

(ERT 2008d)

Dabei wird nur Mitglied, wen der ERT selbst durch Einladung dazu ermächtigt (vgl. Grasser 2004:1). Der ERT schreibt sich selbst “personal rather than corporate character” zu (ERT 2008b). Auffallend ist dabei die Zusammensetzung der Chefpositionen: Sie bilden einen „exklusive[n] Männerclub (100 Prozent)“ (Hoedeman/Wesselius 2006:69)⁴⁷. Van Apeldoorn (2000) bezeichnet den Klub als Elitenetzwerk, da er Eliten der Wirtschaft mit Schlüsselakteuren in Politik durch direkte Kontakte und Verbindungslinien auf supranationaler und nationaler Ebene verbindet (vgl. ebd.:199).

Die Unternehmen, die in 18 europäischen Staaten situiert sind, beschäftigen 4,5 Millionen Menschen (vgl. ERT 2008a). Die ökonomischen und symbolischen Diskurs- bzw. „Machtressourcen“ (Keller 2004:70) sind für den europäischen Raum daher beträchtlich.

Seit Beginn der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts, zunehmend durch die Konkurrenten USA und Japan verdrängt, erkannte die europäische Industrie die Möglichkeit zur Initiative auf europäischer Ebene. Da die Interessensvertretung der privaten Wirtschaft durch die „Union of Industrial and Employers’ Confederations of Europe“ (UNICE – seit 2007 Business Europe⁴⁸) als ineffektiv empfunden wurde, wollte man eine neue Vereinigung gründen, um europäische Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig zu machen. So wurde 1983 nach dem Vorbild des „Business Round Table“ (BRT) der einflussreichen US-Wirtschaftselite (vgl. Balanyá u.a. 2001:344) der ERT von anfangs 17 Industriellen gegründet. Anders als UNICE sollte er keine öffentliche und formelle (korporatistische) Rolle gegenüber der EK als Sozialpartner (im Dialog mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund) einnehmen, sondern einen durch seine Mitglieder bereits privilegierten Interessensverband darstellen. Der politische Zugang ergab sich durch direkte, meist informelle Treffen (mit Kommissaren, Staatschefs, etc.) aufgrund der Machtposition der einzelnen Mitglieder (vgl. van Apeldoorn 2000:194).

⁴⁷Eva Kreisky (2001) beschreibt in ihrem Aufsatz zum Neoliberalismus als maskuline Ethik den Neoliberalismus als das Politprojekt männlicher Eliten. Kreisky zeigt am Beispiel der „Mont Pelerin Society“, dass männlich besetzte Denkfestungen / „Think Tanks“ konsistent androzentristische Mentalitäten und Diskurse produzier(t)en, und Maskulinismus sowie Patriarchalismus marktgerecht erneuern und stärken (vgl. ebd.:76ff).

⁴⁸Geschichte des Industrieverbandes siehe: <http://www.besinesseurope.eu/Content/Default.asp> [Stand: 4.6.2008]

Im Gegensatz zu anderen „Pressure Groups“⁴⁹, die versuchen, von der europäischen Integration zu profitieren, wollte der ERT den Integrationsprozess von Anfang an vorantreiben und beschleunigen sowie nach seinen Interessen formen. Nicht Detailgesetzgebung, sondern die große europäische Rahmensetzung und die grundlegenden wirtschaftspolitischen Leitlinien waren seine Strategie (vgl. Balanyá u.a. 2001:49; Böhm 1995:40).

Der ERT musste sich nicht mit divergierenden Interessen und Kompromissen zu EU-Regulativen wie etwa UNICE befassen, da seine Mitglieder bereits eine deckungsgleiche, „konsensuale“ Meinung vertreten hatten und weiterhin vertreten (vgl. van Apeldoorn 2000:196f).

IV.2.2 Diskurskoalition EK-ERT

Lobbys der großen Unternehmen reagieren nicht nur, vorwiegend konstruieren sie: Der ERT nimmt durch seine strategische Partnerschaft mit der EK eine aktive Rolle bei Gestaltung und Beschleunigung von Politikprozessen innerhalb der EU ein. Ende der 80er und Beginn der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts wurde der ERT treibende Kraft marktorientierter Integration, „kritisch gesprochen“ des Vormarsches neoliberaler Reformen in Europa (vgl. Hoedeman/Wesselius 2006:59). Buholzer (1998) schreibt der EK eine besondere Rolle im Rahmen des „Eurolobbyismus“ zu, da sie mit ihrem Initiativrecht erste Anlaufstelle hinsichtlich des Zeitfaktors im Lobbying wird (vgl. ebd.:356; Dobrev 2004:16). Die EK profitiert von den Großunternehmen und dem direkten Kontakt: Neben finanzieller Unterstützung erhoffte sich die EK dadurch schnelles, effizientes ExpertInnenwissen, um fachlich breiter werdende Regelungsfelder trotz beschränktem Personalstock bewältigen zu können (vgl. Chabera 2003:77). Durch ihre institutionelle Schwächung zugunsten der Aufwertung von Rat- und EP-Kompetenzen im Rahmen der letzten Vertragsjahre ist die EK für die „machtvolle“ Unterstützung des ERT sehr aufgeschlossen (vgl. Dobrev 2004:16/38).

Der ERT schaffte es kontinuierlich, Politik nach seinen Vorstellungen mit zu prägen (vgl. Grasser 2004:1). Chabera (2003) spricht von „high politics horizontal forums“ (ebd.:78) als Strategie des ERT, um mit den Kommissaren grundsätzliche Fragen wie Osterweiterung, Forschung und Entwicklung und andere Rahmenthemen zu diskutieren. Diese Einbindung in

⁴⁹Definition „Pressure-Group“: „Interessensverband, der [oft mit Druckmitteln] auf Parteien, Parlament, Regierung u.a. Einfluß zu gewinnen sucht“ (Wissenschaftlicher Rat der Dudenredaktion 1973).

die politikformulierenden Tätigkeiten der EK brachte dem ERT eine äußerst gewichtige Stelle bei richtungsweisenden Entscheidungen ein (vgl. ebd.:78). Die verstärkte Kooperation und der partnerschaftliche Diskursverlauf können an klaren Eckpunkten bzw. Diskursereignissen (Keller 2005a:257) und ihren entsprechenden Wirkungen auf den hegemonialen Diskurs gemessen werden.

Das Bündnis EK-ERT und dessen Diskursstrategien spielten bereits für den Prozess zur Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) im Jahr 1986 eine zentrale Rolle. Das vorgestellte Paket der EK im Herbst 1984 enthielt Empfehlungen zur Beseitigung der Handelsschranken in Europa. Der Aktionsplan 1990 des ERT ("Europe 2000: An Agenda for Action") wurde vom damaligen EK-Präsidenten Jacques Delors in einer Rede vor dem EP fast wörtlich wiedergegeben. Das kurz darauf erschienene Weißbuch⁵⁰ der EK, das die Grundlage für die EEA und damit den Gesetzesrahmen für den Gemeinsamen Binnenmarkt bilden sollte, ähnelte dem ERT-Bericht.

Die EEA trat am 1. Juli 1987 in Kraft und der ERT setzte alle Anstrengungen daran, die Umsetzung schnell voran zu treiben, v.a. auch gegen die Skepsis der Mitgliedsstaaten hinsichtlich ihres Souveränitätsverlustes (vgl. Balanyá u.a. 2001:50f). Das Weißbuch mit seinen 300 Maßnahmen zur Beseitigung aller materiellen, technischen und steuerlichen Schranken zwischen den EG-Mitgliedsstaaten führte das Binnenmarktprogramm ein. Bis 1992 sollte der Binnenmarkt vollständig realisiert sein. Das ehrgeizige Projekt kann auch als Reaktion auf das technologische Hintertreffen gegenüber USA und Japan betrachtet werden (vgl. Pfeifer 1995:40).

Das „Binnenmarkt-Unterstützungskomitee“ des ERT (Internal Market Support Committee) hatte zwischen 1987 und 1992 regelmäßig Sitzungen mit Regierungs- und EK-Vertretern (vgl. Balanyá u.a. 2001:51f). Auch die EK bemühte sich mit „quasi-institutionalisierten Plattformen“ (Chabera 2003:80) um den direkten Kontakt zu den Großunternehmen⁵¹.

⁵⁰ „Weißbücher“ enthalten EK-Vorschläge für ein Tätigwerden der Union in einem spezifischen Bereich. Oft knüpfen sie an Grünbücher an, die bereits im Vorfeld einen Konsultationsprozess auf europäischer Ebene in Gang setzen. Während Grünbücher viele Ideen präsentieren und zur öffentlichen Diskussion gestellt werden, enthalten Weißbücher bereits förmliche Vorschläge für Politikbereiche und deren Entwicklung (vgl. EK 2008b).

⁵¹ Den Wünschen „der Wirtschaft“ wurden auch kritische Stimmen aus den eigenen Reihen der EK geopfert: Es wurde etwa 1989 eine Untersuchung durch die EK in Auftrag gegeben, die möglichen Auswirkungen des Gemeinsamen Binnenmarktes auf die Umwelt zu untersuchen. Die Untersuchung ergab ein hohes Ausmaß an Leerfahrten, überflüssigen Transporten, weniger streng kontrollierten Produkten, erhöhten Verkehrsaufkommen und entsprechenden Emissionsbelastungen. Untersuchungen wie diese wurden im weiteren hegemonialen Diskursverlauf aber ignoriert (vgl. Balanyá u.a. 2001:52).

Der „Vertrag von Maastricht“ wurde ebenfalls von aktiven Vorbereitungen des ERT begleitet, v.a. die geplante Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) war zentrales ERT-Interesse. Bereits 1985 forderte der ERT eine Einheitswährung zur Vervollständigung des Binnenmarktes. Der ERT war bei den Verhandlungen 1990/1991 vertreten und parallel dazu bei nationalen PolitikerInnen im Rahmen informeller Treffen. Der Vertrag hatte schließlich klare Ähnlichkeiten mit dem im Frühjahr 1991 vorgelegten ERT-Bericht „Reshaping Europe“ (vgl. Balanyá u.a. 2001:54; Grasser 2004:1).

Das bekannteste Beispiel, das die informelle Zusammenarbeit von ERT und EK in starker Ausprägung widerspiegelt, ist das Weißbuch 1993 des damaligen EK-Präsidenten Delors zu „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“. Die Entwürfe des parallel erstellten ERT-Berichts „Beating the Crisis“ wurden in der Vorbereitungsphase des Weißbuches mit der EK regelmäßig ausgetauscht. Das Weißbuch wurde Ende 1993 von den Staats- und Regierungschefs im Rahmen des Europäischen Rates positiv aufgenommen. Delors dankte dem ERT bei der Medienpräsentation des Weißbuches und bezog sich explizit auf die gemeinsame Erarbeitung (vgl. Balanyá u.a. 2001:55; vgl. Grasser 2004:1).

Delors wurde zu einer Schlüsselfigur im Umgang mit dem ERT; er „kultivierte“ sozusagen die strategische Partnerschaft mit der Wirtschaftselite. Der nachfolgende Kommissionspräsident Jacques Santer pflegte die Partnerschaft weiter: Die regelmäßigen Sitzungen wurden fortgeführt und die europäische Integration wurde vom ERT vorangetrieben. Der ERT-Zugang zu den europäischen Entscheidungsstrukturen wurde zunehmend institutionalisiert. So konnte der ERT bei verschiedenen Arbeitsgruppen (die teils erst auf seine Empfehlungen hin geschaffen wurden) direkten Einsitz nehmen. Die bedeutendste Gruppe, die der ERT initiierte, war die Beratungsgruppe für Wettbewerbsfähigkeit – „Competitiveness Advisory Group“ (CAG)⁵² –, die durch ihren Organstatus bald zum amtlichen Sprachrohr des ERT werden sollte.

Bei den Dokumenten von ERT und CAG gibt es markante bis wortwörtliche Ähnlichkeiten⁵³. Berichte des CAG werden jeweils halbjährlich ein paar Wochen vor den

⁵²Der ERT schaffte es, den Diskurspunkt „Wettbewerbsfähigkeit“ auf Platz eins der EU-Agenda zu platzieren (vgl. Hoedeman/Wesseliuss 2006:69), nicht zuletzt durch sein zweites – institutionelles – Standbein in der EU: die CAG seit Februar 1995 (vgl. Balanyá u.a. 2001:69).

⁵³Interessante Passagen der ersten vier CAG-Berichte (1995-1997) für das Thema dieser Arbeit sind: 1. Bericht I/III/IV, 2. Bericht III/V, 3. Bericht II/IV und 4. Bericht I/III (vgl. Jacquemin/Pench 1999:53ff). Santer (1999)

EU-Gipfeltreffen veröffentlicht. So deklarierte etwa der erste CAG-Bericht im Juni 1995 vor dem Gipfeltreffen in Cannes eine Forcierung der „Lerngesellschaft“ und des „Lebenslangen Lernens“ als Anpassung und Umschulung an sich ständig wandelnde Wirtschaftsbedürfnisse. Die (ERT-) Empfehlung wurde rasch umgesetzt (vgl. Balanyá u.a. 2001:56ff).

Im Mai 1997 wurde von Santer die zweite CAG vorgestellt. Diese veröffentlichte im November 1997 den Bericht „Competitiveness for Employment“, worin der hegemoniale Diskurs zur Wettbewerbsfähigkeit bestätigt und verstärkt wurde und die wirtschaftliche Globalisierung als ein irreversibler Prozess angepriesen wurde, der rasche und notwendige Veränderungen von allen Ländern der Welt verlange⁵⁴ (vgl. Balanyá u.a. 2001:72).

Nach der Vorstellung der Akteure EK und ERT und der Einführung in das diskursive Feld der Diskurskoalition EK-ERT komme ich nun zum inhaltlich-analytischen Teil der Wissenssoziologischen Diskursanalyse als Methode meiner Betrachtung und Behandlung der zentralen Forschungsfrage.

spricht der CAG die Fähigkeit zu, bei den kritischsten, sozio-ökonomischen Fragen unserer Zeit „Konsens“ zu erzielen, so z.B. Liberalisierung, öffentliche Dienste und Handelspolitik (vgl. ebd.:9f).

⁵⁴ „Sozialer Zusammenhalt“ als hinten gereihtes Ziel neben Beschleunigung struktureller Reformen und der Lockerung von Gesetzeslagen für die Wirtschaft kann im Rahmen der Durchsetzung von „individueller Verantwortung“ in Renten-, Gesundheits- und Arbeitslosigkeitsfragen nicht mehr als glaubwürdig gelten (vgl. Balanyá u.a. 2001:72).

V. INHALTLICHE ANALYSE

V.1 EK und ERT – Einzelanalysen

V.1.1 Zur Analyse

Ziel der Analyse ist das Erreichen einer *typisierbaren und typischen Aussage*, die nicht so sehr auf konkrete inhaltliche Details der Texte konzentriert ist, sondern nach dem Typischen in allen analysierten Dokumenten sucht. Durch Rekonstruktion zahlreicher verstreuter einzelner Äußerungen soll nicht deren Summierung erreicht werden, sondern ihr struktureller Zusammenhang als diskursives Ereignis interpretiert werden (vgl. Keller 2005a:230f). Davon zu unterscheiden sind „Sprechakte“ nach Donati (ebd. 2006:156) oder „Diskursfragmente“ nach Jäger (vgl. ebd. 2006:98f), die einen klaren Anfang und ein klares Ende haben (z.B. Textdokument) und ein bestimmtes Thema behandeln, das sich wiederum mit spezifischen Diskurssträngen, d.h. thematisch einheitlichen Diskursverläufen, verbindet (vgl. Jäger 2006:98f).

Keller (2005a) schlägt als Analysekonzepte für die typisierbare Aussage das *diskurstypische Interpretationsrepertoire* vor, das sich in narrative Struktur, Phänomenstruktur, Deutungsmuster und Klassifikation gliedert (vgl. ebd.:235).

Die *narrative Struktur* ist die Erzählstruktur („story line“, „plot“, „script“), die Aussageelemente strukturiert und zueinander in spezifische Beziehung setzt. Sie enthält Episoden von Einleitung bis Schlussfolgerung und folgt dabei einer spezifischen Argumentationslinie. Die Intention hinter der narrativen Struktur soll aufgrund der Argumentationslinie und der Argumentationseffekte analysiert werden (vgl. Keller 2005a:246f).

Die *Phänomenstruktur* befasst sich mit diskursiven Zuschreibungen. Diese umfassen neben der Problem- und Phänomenbeschreibung (Ursache-Folgen-Handlungsbedarf) auch die Subjektpositionierungen mit Verantwortlichkeit und Zuständigkeit. Sie stellen Subjektpositionen (Agenten des Diskurses oder Adressaten des Diskurses) mit Werten und Bildern (Retter, Helden, Schuldige) sowie Handlungsanweisungen aus. Der Handlungsauftrag (Appell) betrifft die materielle und ideelle Umsetzung des Diskurses. Ziel des Einsatzes einer

gut argumentierten Phänomenstruktur ist das Schaffen einer Konstruktion, die zu erfolgreicher Mobilisation von Zustimmung führt (vgl. Keller 2005a:243f).

Durch *Deutungsmuster* werden lose diskursive Zeichenpartikel zu Bedeutung gebündelt. In der wissenssoziologischen Tradition werden Deutungsmuster als kollektive Produkte begriffen, die durch ihr Vorhandensein im gesellschaftlichen Wissensvorrat und ihre Manifestation in sprachlichen Äußerungen Sinn stiften. Sie organisieren individuelle bzw. kollektive Erfahrungen und verbinden sie mit einer impliziten Vorstellung (Modell) von angemessenem Handeln. Interpretationsschemata müssen dabei auf ereignisbezogene Prozesse aktualisiert werden. „Muster“ meint daher auch die „Neu“-verknüpfung verschiedener Wissens- bzw. Deutungselemente (vgl. Keller 2005a:235). Die normative Geltungskraft von Deutungsmustern ist auf einer latenten tiefenstrukturellen Ebene angesiedelt und ist nur begrenzt reflexiv verfügbar (vgl. Lüders/Meuser 1997:59). Diskurse greifen nicht nur auf gesellschaftlich verfügbaren Wissensvorrat zurück, sie entwerfen diesen auch neu. Die Analyse der Generierung neuer Deutungsmuster und deren Platzierung auf der gesellschaftlichen/ politischen Agenda ist eines der Ziele der Diskursanalyse (vgl. Keller 2005a:238).

Die *Klassifikation* wird auf der Annahme aufgebaut, dass jeder Sprachgebrauch klassifiziert. Typisierungsprozesse in Verbindung mit Deutungsmustern/ sozial-historischen Typisierungsrastern (vgl. Stereotype) können zu basaler (vgl. Luhmann 2003:4ff/31ff) oder differenzierter Kategorienbildung führen. Neben der Einteilung von Sachverhalten und Gruppen spielt auch die moralische und ästhetische Bewertung eine zentrale Rolle (z.B. gut – böse, schön – hässlich). Foucault (1973) hat sich in seinem Werk zu Wahnsinn und Gesellschaft mit Klassifikationen zu Normalität und Anormalität beschäftigt. Auch die Identitätspolitik von Gruppen bedient sich der Konstruktion von „Wir“ und „den Anderen“. Diskurse enthalten nicht nur Klassifikationen, durch sie werden auch neue Klassifikationsschemata entworfen (z.B. neue Begriffe und deren Kontext). Sie stehen dabei im Wettstreit mit anderen Diskursen um die Interpretationsmacht. Die neue Wirklichkeit besteht dabei nicht nur aus dem Gesagten, sondern auch dem explizit Nicht-Gesagten und somit der selektiven Konstruktion von Wirklichkeit und Wahrnehmung (vgl. Keller 2005a:239ff).

V.1.2 Zu den Textdokumenten – Textformate

V.1.2.1 EK-Dokumente

Für die EK als Diskursproduzent des hegemonialen Bildungsdiskurses habe ich v.a. Mitteilungen zum Thema der Umstrukturierung der europäischen Bildungslandschaft verwendet und aus Gründen der thematischen Relevanz als zusätzliche Textformate ein Arbeitsdokument, einen Bericht und ein Diskussionspapier analysiert.

Durch die gegenseitigen Querverweise in den Dokumenten konnte ich im Sinne der minimalen Kontrastierung das relevante inhaltliche Feld in groben Zügen abdecken und so eine typisierbare Aussage zu den diskursiven Mustern und Argumentations- und Legitimierungsstrategien des hegemonialen Bildungsdiskurses, v.a. auch aufgrund des Vergleichs mit den ERT-Dokumenten, interpretieren.

Die ausgewählten Dokumente fallen nicht rechtlich ins Gewicht (sie sind noch keine verbindlichen Rechtsakte – etwa Verordnung, Richtlinie oder Entscheidung – am Ende des europäischen Rechtsentstehungsprozesses), jedoch politisch besitzen sie zentralen Diskurswert: Das Initiativrecht der EK erlaubt es, politisch neue Diskurspunkte zu setzen und Inhalte somit auf der politischen Agenda als „real“ bzw. relevant und prioritär zu positionieren (vgl. Fischer 2005:75). Die ausgewählten Dokumente sind an den Anfang des Rechtsentstehungsprozesses und der Meinungsbildung im EU-Entscheidungsprozess zu platzieren (vgl. Fischer 2005:47ff).

V.1.2.2 ERT-Dokumente

Als Formen der Stellungnahme listet der ERT “reports, position papers and face-to-face discussions” (ERT 2008e) auf, und zwar mit politischen Entscheidungsträgern auf nationaler und europäischer Ebene. Dabei sollen Erfahrungen weitergegeben werden: “ERT identifies important issues related to European competitiveness, analyses critical factors and examines how public policies could facilitate improvements” (ERT 2008e)⁵⁵.

⁵⁵Seine Ideen publiziert der ERT entweder sehr allgemein, betreffend die grundlegende Rahmensetzung der EU, oder sie beziehen sich auf ein spezielles Interesse innerhalb der EU-Agenda (vgl. van Apeldoorn 2000:198).

Neben den verschriftlichten Ansichten weist der ERT noch auf seine Diskussionen mit Mitgliedern der EK, des Rates und des EP hin, sowie auf die halbjährliche Diskussion von Prioritäten mit dem Regierungschef der jeweiligen EU-Präsidentschaft. Der enge Kontakt mit den EU-Institutionen wird hervorgehoben (vgl. van Apeldoorn 2000:198; ERT 2008e).

Für die Analyse habe ich Dokumente der ERT-Webseite verwendet, die unter der Rubrik “Working Groups” zu den Themen “Competitiveness” bzw. “Education” veröffentlicht wurden (vgl. ERT 2008c). Die Textformate teilen sich in Arbeitspapiere, offizielle Briefe, (informelle) Reden und Stellungnahmen bzw. umfassende Positionspapiere und decken v.a. inhaltlich repräsentativ die 1:1 Übernahme durch die EK im Sinne einer hegemonialen Diskurskoalition – minimal kontrastiert – ab.

Ich werde nun anfangs die EK-Analyse interpretieren. Anschließend werde ich die Diskurskoalition EK-ERT als hierarchische Diskurskoalition begründen und schließlich die gemeinsame hegemoniale „story line“ durch den Vergleich mit der ERT-Analyse darstellen.

V.1.3 EK – Narrative Struktur

In der Analyse der Daten konnte ich ein grobes, auf alle EK-Mitteilungen anwendbares Muster herausfinden, dass sich zwar mitunter in der Einteilung vermischt (vgl. Keller 2005a:235ff/243) – immer wieder Auftauchen des Szenarios der Einteilung, der kooperativen Schlussformel etc. –, aber dominierend in den Dokumenten auftritt:

Grafik 1: Narrative Struktur – Basisdesign EK

<u>Szenario</u> (Einleitung) ↓ <u>Lösung</u> ↓ <u>Umsetzung</u> (Hauptteil) ↓ <u>Kooperation beschwören</u> (Schlussformel)	<i>Moralisch</i> > <i>Hilfesuche / Orientierung</i> <i>Ästhetisch</i> > <i>Erleichterung</i> <i>Kognitiv</i> <i>Normativ</i> <i>Moralisch-Normativ-Ästhetisch</i> > <i>Identität / Identifikation - Konsens</i>
--	---

Dabei ist interessant, wie sehr sich die einzelnen Teile gegenseitig bedingen und legitimieren. Meist wird der durch einen Teil erzeugte emotional-affektive Effekt direkt auf den nächsten Argumentationsschritt übertragen.

Das „Szenario“ etwa schafft Legitimation für die darauf folgende, angebotene Lösung. Es konstruiert Szenen der „schwache[n] Leistungen“ (EK V:2) im „weltweiten Wettbewerb um Talente, Prestige und Ressourcen“ (EK IX:4), auf den man „schlecht vorbereitet“ (EK IX:4) sei. Durch Betonung von Zuständen wie „Rückstand“ (EK V:6) und „Mangel“ (EK V:13) sollen Emotionen und entsprechende Aktion bzw. Mobilisierung hervorgerufen werden. Diese affektiven Potenziale werden in der narrativen Struktur direkt auf die „Lösung“ und die „Umsetzung“ geleitet. Die Legitimation ergibt sich aus einer spontanen Zustimmung aufgrund von Ängsten, Unsicherheiten und dem Gefühl von Beklemmung in Kombination mit dem Zeitmotiv: Es sei „mehr als jemals zuvor“ (EK II:6) jetzt die „Zeit zum Handeln“ (EK II:5) gekommen. Die nach Orientierung suchenden Diskursadressaten werden in der strahlenden, weil mit starken und mächtigen Begriffen ästhetisierten „Lösung“ in ihrer kurzschlussartigen Suche fündig und von ihrer Verunsicherung erlöst. Mit dem Handlungsdruck werden moralische Verantwortlichkeit und Hektik verbunden konstruiert. Insgesamt wird mit existenziellem Stress ein „Szenario“ vermittelt, das unaufhaltbar ist und durch „das Ausmaß“ (EK IV:3) des Wandels die „Anpassungsfähigkeit“ (EK IV:9) aller Beteiligten „verlangt“ (EK IV:3).

Die „Lösung“ wird nie ohne Vor- oder Nachbereitung präsentiert, d.h. es gibt einerseits mobilisierende Elemente, die negative Antriebskraft wie zuvor angedeutet besitzen können, oder auch positiv-stimulierende Elemente, die ästhetisch bzw. normativ präsentiert werden. In diesem Bereich wird gerne die Einmaligkeit der „historische[n] Chance“ (EK I:4) bzw. der große Umbruch zur „digitale[n] Ära“ (EK I:3) und zum „Wissenszeitalter“ (EK VII:13) in Verbindung mit der Rhetorik des „Wandel[s]“ (EK IX:8) und des „grundlegende[n] Paradigmenwechsel[s]“ (EK IX:2) ausgespielt, um Bedeutsamkeit zu konstruieren. Dadurch wird auch die Forderung nach einer „radikal neuen Bildungs- und Berufsbildungskonzept[ion]“ (EK IV:3) und einer „tief greifenden Studienplanreform“ (EK IX:6) legitimiert, die sich als „wettbewerbsorientiertes Umfeld“ (EK V:17) mit „unterstützende[n] Wettbewerbsregeln“ (EK V:17) darstellt. Das „Szenario“ vom Anfang wird auch in diesem Teil immer wieder durch Wiederholungen ins Gedächtnis gerufen und soll v.a. in sensiblen Bereichen die konsensuale Zusicherung stabilisieren.

Die „Umsetzung“ wird durch das Verantwortlichkeitsmotiv gestützt. Der Diskurs nimmt starke, moralische Subjektpositionierungen vor, v.a. hinsichtlich der Regierungen der Mitgliedsstaaten, der nationalen Bildungssysteme und der Bevölkerung. Neben einem Trend zur Individualisierung – „von den Bemühungen des Einzelnen“ (EK II:6) – ist hier auch das Problem der Kompetenzfrage ein Spürbares. Wo supranationale Kompetenzen fehlen, müssen diese konsensual und informell geschaffen werden: „Veränderungen können nur in den einzelnen Mitgliedstaaten stattfinden und müssen von den Mitgliedstaaten ausgehen“ (EK II:6). Dasselbe gilt für die Abhängigkeit von der kooperativen Unterstützung und den ideellen Manifestationen in der Bevölkerung. Die Umsetzung spielt weit in die Lebensbereiche der Menschen hinein, und versucht diese Tatsache mit dem Bild „gemeinsame[r] Verantwortung“ (EK II:5) zu legitimieren, spricht aber von einer Implementierung des Diskurses „auf individueller und institutioneller Ebene in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens“ (EK II:3). Der rhetorische Stil der „Umsetzung“ ist gekennzeichnet durch viele Aussagesätze, die Zustände „behaupten“. Diese werden mit den Attributen „notwendig“ (EK VIII:11), „grundlegend[...]“ (EK IX:2) und „erforderlich“ (EK I:6) unterstützt. Die „Umsetzung“ soll expansiv umfassend (zeitlich „von der Wiege bis zum Grab“ (EK II:9) wie räumlich) und durchsichtig, da kontrollfähig und „kohärent“ (EK V:3) erfolgen. Europa sei mit der „Notwendigkeit konfrontiert, sich anpassen zu müssen“ (EK VIII:6).

Die „Umsetzung“ geht einher mit der „Kontrolle“, die sich v.a. kognitiv und quantitativ präsentiert. Als vorherrschender und in der Minderzahl befindlicher kognitiver Argumentationsteil wird hier die „Macht der Zahlen“ und der Statistik (vgl. EK VI:9ff; EK V:5ff; EK IX:3) ausgespielt, und in Zusammenhang mit dem „kollektive[n] Wille[n]“ (EK II:15) und dem Vergleich wird moralisch argumentiert, an „Beispielen guter Praxis“ (EK II:23) der „leistungsstärksten Länder“ (EK VI:8) zu lernen. Verbunden mit der Aufwertung von Akteuren ist naturgemäß auch eine Abwertung der darunter liegenden Akteure, die „weitaus größere Anstrengungen“ (EK VI:12/16/18/20) benötigen, da sie „nicht [...] erfahren“ (EK III:14) sind. Es werden Bilder der Starken und Schwachen eingesetzt, sowie des Rückstandes und des Fortschritts. An die Möglichkeit, Europa an der „Spitze“ (EK X:4) zu sehen, werden Bedingungen geknüpft: „wenn Europa sein Potenzial ausschöpfen will [...]“ (EK III:12). Diese Argumentationsweise ähnelt dem „Szenario“, auch in seiner emotional-affektiven Wirkung. Hier wird stark die ästhetisierende „Global Player“-Karte ausgespielt, die als gemeinsames Ziel präsentiert wird. Die Zahlen dienen in diesem Teil v.a.

als Legitimation und Untermauerung der bewertenden Aussagen und ihrer konstruierten Identität. Der Handlungsweg ist sozusagen durch „Zahlen und Fakten“ in realistisch orientierter Weise „belegt“. Ein starker Akzent wird auch auf „Überwachung“ (EK V:18), „Transparenz“ (EK IV:16) und damit verbunden auf „stärkere Koordinierung“ (EK V:12) gelegt, d.h. Vergleich und der dadurch entstehende Druckfaktor müssen standardisiert werden, um zu wirken. Interessant ist die reine, strahlende Zuschreibung von „Höchstmaß an Qualität“ (EK IV:4), „Effizienz“ (EK X:5), „Vertrauen“ (EK V:19) und „Glaubwürdigkeit“ (EK IX:11), die jedoch auch in Zusammenhang mit Kontrollmacht und einem negativen Menschen- und Systembild gesehen werden kann. Insgesamt ist der Umsetzungsteil gefüllt mit Subjektpositionierungen und Handlungsanleitungen für Akteure.

Die „Schlussformel“ ist eine Stütze von „Lösung“ und „Umsetzung“. „Kontrolle“ wird in diesem Bereich hinsichtlich ihrer moralischen Legitimierung mit „Partnerschaft“ (EK IV:31), „wirkungsvolle[r] und enge[r] Zusammenarbeit“ (EK VIII:8) sowie „Konsens“ (EK IV:9) argumentiert. Darüber hinaus wird die ideelle Umsetzung als „notwendig[er]“ (EK VIII:11) Bestandteil des Diskursprojektes betont, der umfassend und durch „uneingeschränktes Engagement“ (EK I:15) verwirklicht werden müsse. Hier kommen wieder Identität stiftende Elemente mit hinein wie „Europa näher an das Niveau der Besten in der Welt heranzuführen“ (EK VI:18), ein „erstklassiges Hochschulsystem“ (EK VIII:26) für die „besten Studenten und Wissenschaftler aus der ganzen Welt“ (EK VIII:25) zu etablieren, „Höchstqualität“ (EK X:7) und „Spitzenuniversitäten“ (EK X:7) für eine „Steigerung des Werts europäischer Bildung in der Welt“ (EK VII:28) zu erreichen sowie das Anstreben einer „Kultur der Spitzenleistungen“ (EK IX:5), um „als weltweites Vorbild anerkannt [zu] werden“ (EK VII:5). Der „Schluss“ wird also ästhetisch und affektiv untermauert. Auch das moralisch-konservative Element taucht im „Wir-Motiv“ wieder auf, wenn appelliert wird, „Erfolge und Fehlschläge zu teilen [...], um die europäischen Bürger und die europäische Gesellschaft erfolgreich in das neue Jahrtausend zu führen“ (EK III:17). Weiters tauchen das v.a. zu Beginn im „Szenario“ ausgespielte Zeitelement und das Leistungselement wieder auf, die auf ein „noch mehr“ und „schon im Prozess“ hinweisen: So werden die Maßstäbe schnell höher gesetzt als ursprünglich, etwa „infolge gewachsener europäischer Ambitionen, stärkerem Wettbewerb“ (EK VII:29) und der Forderung, „jetzt [...] auf diesem Erfolg aufbauen“ (EK III:12) zu müssen. Durch die Anspielung auf das „im Prozess“ befindliche hegemoniale Projekt wird eine bereits begonnene und nicht mehr aufzuhaltende bzw. zu hinterfragende Realität konstruiert. Die Richtung und die bereits durchgeführten Initiativen seien gut,

„reich[en] jedoch nicht aus“ (EK VI:12). „Die Arbeiten mit diesem Ziel sind begonnen worden, aber sie müssen verstärkt und beschleunigt werden“ (EK VII:27), die neuen Ziele seien „ehrgeizig, aber realistisch“ (EK V:3).

Das Gefühl der Sicherheit müsse also weiterhin hart umkämpft werden und durch „verstärkte Anstrengungen“ (EK V:10) etc. fortgeführt werden. Die Menschen müssten zur „noch aktiveren Mitwirkung“ (EK II:5) ermutigt werden. Da die Umstrukturierung „alle Ebenen“ (EK I:6) umfasse, müsse die ideelle Verantwortlichkeit für die „Vision“ (EK I:15) ebenso umfassend durchgesetzt werden. Hier wird also vermittelt, was bereits Realität ist und wie sie sich weiter zu entwickeln hat bzw. von den Diskursadressaten aktiv entwickelt werden soll.

V.1.4 EK – Phänomenkonstellation

Ich habe mich auf die grundlegende Phänomen- und Problemstruktur des „Szenarios“ konzentriert, da dieses für den weiteren Verlauf des hegemonialen Diskurses die Argumentationslegitimierung schafft.

Grafik 2: Phänomenkonstellation zu „Szenario“ und „Lösung“ bei EK

<i>Dimensionen</i>	<i>Inhaltliche Ausführung</i>
<i>Art des Problems</i>	Defizitäre Stellung im globalen Wettbewerb und Wettkampf (Vergleich USA und Japan) > Rückstand, Verliererposition
<i>Merkmale und kausale Zusammenhänge</i>	Globalisierung ist nicht aufzuhalten, „Anpassen“ als einziger Handlungsweg (Alternativlosigkeit), gewinnen vs. verlieren, emotional - affektives „Wir“; Global Player - Position an Bedingungen geknüpft (Innovation, Risiko, Kooperation)
<i>Folgen / Handlungsbedarf</i>	Notwendigkeit, rasch /dringend /ohne Zögern zu handeln (Zeitmotiv); Humankapital rasch an die sich rapide wandelnden Bedürfnisse des Marktes (Arbeits- und Bildungsmarkt) anpassen
<i>Handlungswege/ Problemlösung</i>	materielle und ideelle (engagierte, umfassende) Umsetzung der Diskursvorschläge, u.a. Private und Risikokapital fördern / öffentliche Gelder umstrukturieren / Wettbewerb / Bewusstsein und Anreize schaffen etc.
<i>Wertimplikationen /</i>	Risikoscheu vs. Risiko (Schwäche – Mut)

<i>Wertbezug</i>	verantwortungsvoll – verantwortungslos rückständig / defizitär – fortschrittlich
<i>Protagonisten – Verantwortung und Zuständigkeiten</i>	EK und europäische Institutionen; Regierungen der Mitgliedsstaaten; Akteure der unterschiedlichen nationalen Bildungssysteme (Universität, Schule, Berufs- und Fortbildung etc.); Beratungsakteure und „Lernförderer“; Individuen
<i>Selbstpositionierung</i>	Stärke, Mut, Führung, Fortschritt
<i>Fremdpositionierung</i>	Schwäche, Risikoscheu, Hilfsbedürftigkeit, Rückständigkeit

Das „Szenario“ deckt v.a. die *Problemstruktur* ab, während „Lösung“ und „Umsetzung“ v.a. die *Phänomenstruktur* (konstruierte Zusammenhänge) der Phänomenkonstellation liefern. Das zugrunde liegende Problem in Ursachen, Wirkungen und Handlungsbedarf wird präsentiert, um die argumentierte Phänomenstruktur (v.a. Handlungsanweisung) vorzubereiten.

Dabei wird die defizitäre Stellung im Wettkampf zentrales Motiv „eines enorme[n] und rasch wachsende[n] Abstand[es]“ (EK V:6) und eines „alarmierende[n]“ (EK I:5) „Attraktivitätsrückstand[es]“ (EK IX:7) zwischen EU und USA bzw. Japan. Um im „globalen Wettbewerb [...] bestehen zu können“ (EK VI:15) wird das „Vorbild“ USA präsentiert (das gleichzeitig stärkster Konkurrent ist), dessen überlegene Stellung im Wettkampf mit „mächtigen Zahlen“ legitimiert wird und mit der Betonung von „erhebliche[n] Schwächen und Rückständen im Vergleich mit den Vereinigten Staaten“ (EK I:5) hervorgehoben wird. Die Pole „Fortschritt“ (EK V:4) vs. „Rückstand“ (EK V:3) werden permanent verwendet. Die Identität bzw. Identifikation mit Positivem vs. Negativem und die damit verbundenen affektiv-emotionalen Reaktionen (die Angst, zu verlieren; die Lust, zu gewinnen) spielen hier also eine wichtige Rolle für die Vorbereitung des Diskursrahmens.

Die kausalen Zusammenhänge stehen im Kontext von Wertung und Verlustängsten. Die Emotionsträger fordern, sich mit „uneingeschränkte[m] Engagement“ (EK I:15) anzupassen und aufzuholen, möchte man auf der Gewinnerseite stehen, und nicht der Verliererseite der „schwache[n] Leistungen“ (EK IX:7) angehören. Wer „aus der Furcht heraus [...] nicht willig“ (EK X:2) ist, untergräbt das „Potenzial Europas“ (EK IX:2) und trägt zu weiterer „unzureichende[r] Wettbewerbsfähigkeit“ (EK IX:7) bei.

Der Handlungsbedarf wird mit einem konstruierten gemeinsamen Interesse verknüpft: Auf moralisch-ästhetische Weise wird argumentiert, „es dürfte im ureigensten Interesse der Gesellschaft sein, dieses⁵⁶ Interesse zu fördern und ihm nicht entgegen zu wirken“ (EK III:14). Man solle die eigene „Motivation“ (EK III:14) überprüfen, um „Schwachstellen“ (EK III:14) – fachlich und bezogen auf den Konsens – „ausfindig zu machen“ (EK III:14). So werden „alle interessierten Parteien [...] aufgefordert, [...] ‚vorbildliche Verfahren‘ mitzuteilen“ (EK VIII:26). Man solle bei der „Entwicklung in diese Richtung [...] helfen“ (EK VIII:26), gemeint ist die vorgegebene Diskursrichtung der EK. Darum wird die Koordination als sinnvolles Mittel angeführt, „kontraproduktive“ (EK V:22) Praktiken „zu verhindern“ (EK V:22). Es gehe darum, das „Image Europas [...] weltweit zu verbessern“ (EK VII:28). Bedingungen dafür werden vom Diskursproduzenten gestellt und Kritik scheint nicht erwünscht, da nur aktive Mitarbeit „begrüßt“ wird.

Es liege aber natürlich an den Mitgliedsstaaten und Individuen (Verantwortlichkeit) durch „Wille zur Anpassung und Modernisierung der Bildungs- und Ausbildungssysteme [...] Hindernisse schnell nach entsprechender Konzertierung [zu] beseitig[en]“ (EK I:4). Dabei „müssen alle Akteure des Bildungswesens bereit sein zu lernen“ (EK III:16), und zwar im Sinne der hegemonialen Diskursrichtung; es gilt, sich „so an[zu]passen und weiter[zu]entwickeln“ (EK III:17) wie „benötigt“ (EK III:17) und benötigte Kompetenzen „liefern [zu] können“ (EK III:17). An „Spitzenleistungen“ (EK IX:7) wird als Bedingung ein „kompetitive[s]“ (EK IX:7) Umfeld und Verfahren geknüpft. „Höchstqualität“ (EK X:7) lasse sich „nur durch Wettbewerb“ (EK X:7) erreichen. Es sei „eine dringende Mobilisierung auf allen Ebenen vonnöten, die sich an ehrgeizigen Aktionslinien und Zielsetzungen ausrichtet“ (EK I:4). Hier spielt neben dem Zeitmotiv auch stark das Leistungsmotiv als „größte Herausforderung“ (EK V:6), „Qualität“ (EK X:1) und „Exzellenz“ (EK V:10) mit hinein. Das unausgesprochene Gegenteil bei einer Verneinung des Konsens und der Kooperation wäre moralisch-abwertend, neben Verantwortungslosigkeit, gleichbedeutend mit Faulheit bzw. Arbeitsscheu. Das Arbeits- und Leistungsmotiv ist stark an konservativen Werten von „harter“ Arbeit und Leistung orientiert. Obwohl die EK die Ansicht vertritt, dass in den ehrgeizigen Zielen ein „ganz beträchtliches Arbeitsprogramm“ (EK III:16) steckt und die „Ziele für reichlich Arbeit [...] sorgen“ (EK III:16), bekräftigt sie moralisch-konservativ den „wertvolle[n] Weg“ (EK III:16).

⁵⁶Anm.: Es werden zuvor Wirtschaftsinteressen privater Investoren in Bildung und Ausbildung behandelt.

Das Zeitmotiv ist ein wesentliches Mobilisierungselement von Handlungsbedarf und Handlungsweg, viele Superlative werden verwendet wie etwa „höchste Zeit“ (EK II:5) oder „schnellstmöglich“ (EK V:25). Auch kennzeichnend ist das Totale, das umfassende Element des Wandels, „die Aufrechterhaltung des Status quo oder ein langsamer Wandel reich[e] natürlich nicht aus, um eine solche Herausforderung zu bewältigen“ (EK VII:12). Ein „Paradigmenwechsel“ (EK VII:12) sei erforderlich und es „erfordert grundlegende Reformen und große Entschiedenheit“ (EK VII:12) sowie „kollektive[n] Wille[n]“ (EK II:15). In Verbindung mit der Konstruktion einer unausweichlichen Situation, die den Handlungsbedarf auf die Ziele des Diskurses kanalisiert, sind Elemente der absoluten Realitätsbehauptung verknüpft, etwa „die Erkenntnis“ (EK IV:11) oder es ist „weithin anerkannt“ (EK VII:6), um auf einen „Konsens“ zu verweisen, der jedoch erst durch den Diskurs und dessen Diskursstrategien vermittelt wird. Das sich beschleunigende Tempo wird in der narrativen Struktur in Verbindung mit dem Handlungsbedarf zur „Notwendigkeit“ (EK VII:2) zu Handeln. Durch diese Argumentationsführung wird emotionale Hektik und Alternativlosigkeit erzeugt, die zu einer Suche nach schneller Lösung und „Wir“-Orientierung⁵⁷ führt.

Zusammen mit dem Angstmotiv vor Statusverlust – sei er prestigeträchtig motiviert in Hinblick auf „die Zukunft Europas in der Welt“ (EK VII:31) oder existenziell z.B. durch „unsicher[e] Wirtschaftslage“ (EK IV:3) und „geringe Anzahl von Arbeitsplätzen“ (EK IX:5) – wird so der Handlungsweg vorbereitet. „Wir riskieren, hinter die Wettbewerber zurückzufallen, wenn es nicht gelingt, den Wandel zu beschleunigen“ (EK VII:11). Die Diskurslinie gibt vor, dass die Angst erst durch „Anpassung“ (EK I:11) und das Forcieren von „Steigerungen“ (EK VII:17) im Wettbewerb gelöst werden könne. Moralisch-konservative Appelle und Zusprüche, einen „soliden Beitrag [zu] leiste[n]“ (EK III:17) und gemeinsam etwas „auf[zu]bauen“ (EK III:17), sollen hier einen Vertrauensgrundstein legen.

Universalistische Tendenzen sind in dem „ehrgeizige[n] Ziel“ (EK VII:10) erkennbar, „Bezugsgröße mit Weltgeltung werden“ (EK VII:10) zu wollen, „weltweit ein Beispiel“ (EK II:6) zu geben, zu den „Besten in der Welt“ (EK VI:18) gehören zu wollen und gemäß

⁵⁷Nach Kendra Briken (2008) geht mit Wissenskonkurrenz Distinktion und Selektion einher: Das konstruierte „Andere“ tritt dabei ebenso beim supranationalen EU-Diskurs zur globalen Wettbewerbsfähigkeit in Erscheinung, wie auch beim individualisierten Diskurs der „Arbeitskraft“ (selbst wettbewerbsfähiger, flexibler und dynamischer zu sein als die „Anderen“) (vgl. ebd.:97).

Gewinner-Verlierer-Logik in Bezug zu „Brain Drain“⁵⁸ „die größten Talente aus der ganzen Welt anzuziehen und zu halten“ (EK VIII:24).

Die Protagonisten sind durch Selbst- und Fremdpositionierung unterschieden: Die EK nimmt in ihrer Diskursproduktion eine mehr oder weniger hierarchische Stellung ein, d.h. sie verteilt Subjektpositionierungen, v.a. mit moralischer Begründung, teilweise mit Bezug auf konzertierte, konsensuale Absprache (v.a. bei den Mitgliedsstaaten). Bei den Universitäten, den Berufsbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen, den Schulen und bei den Beratungsakteuren sowie den verallgemeinerten Individuen als „alle“ (EK I:15) erteilt die EK diese Positionierung ohne jegliche Absprache, d.h. „von oben“ (hierarchisch).

Die EK selbst präsentiert sich aktiv, voll „Entschlossenheit“ (EK VII:6) und bereit, sich den „Herausforderungen, die gemeistert werden müssen“ (EK VII:2), zu stellen. Dafür bedingt es der „gemeinsame[n] Verantwortung“ (EK II:15).

Zu den Selbst- und Fremdpositionierungen komme ich im folgenden Analyseteil zu den EK-Klassifikationen.

V.1.5 EK – Klassifikationen

Zu den Norm- bzw. Normalitätsansprüchen und der damit verbundenen Sanktion des Anormen werden v.a. Bereiche der ideellen Umsetzung des Diskurses angesprochen: So wird z.B. die „Bereitschaft“ (EK VII:15) für ständige Fortbildung, um den Arbeitsplatz zu erhalten, als selbstverständlich konstruiert. Man muss „Lernen zu lernen, sich dem Wandel anzupassen“ (ERT II:13). Hier schwingt auch der Individualisierungsdiskurs mit und die „Verantwortlichkeit“ des Individuums zu „Risikobereitschaft [und] unternehmerische[n] Fähigkeiten“ (ERT II:13), denn „es wird von den Menschen erwartet, dass sie autonomer sind als früher“ (ERT II:13). Der Erwerb neuer Basisqualifikationen – u.a. Unternehmergeist, IT-Fertigkeiten, „Technologische Kultur“ (vgl. EK II:12) – „ist unerlässlich für alle Menschen“ (ERT II:13). Der Begriff „Basis- bzw. Grundqualifikation“ impliziert hier zugleich Mindestmaß, welches als Maßstab („Benchmarking“) gesetzt wird und zu menschlicher (Be-)Wertung anleitet.

⁵⁸ „Brain Drain“ bezeichnet eine Abwanderung von gebildeten Bevölkerungsschichten, v.a. aus Entwicklungsländern in Industrieländer (vgl. Filzmaier u.a. 2007:149).

Die materielle Umsetzung des Diskurses durch die Adressaten wird als zu erfüllende Norm konstruiert. Der Normalitätsanspruch wird hier durch die wiederholte Betonung auf „Gesamtheit“ (EK I:6), „für alle“ (EK II:12), „umfassend“ (EK IV:9) und „allgemein“ (EK I:4) gelegt, d.h. der Geltungsanspruch des konstruierten Maßstabes von Norm und Anorm ist total.

Damit verbunden wird die positive Sanktion – bezogen auf das „Gebot von Qualität und Spitzenleistungen“ (EK IX:5) (d.h. der diskursgerechten ideellen und materiellen Umsetzung) – der „leistungsstärksten Länder“ (EK VI:8) einer negativen Sanktion schwächer Länder entgegengesetzt, die durch den Vergleichsdruck und die entsprechende Bewertung „unerwartet schlechter Leistungen“ (EK VI:17) entsteht. Akteure „mit niedrigen Leistungswerten [müssen] weitaus größere Anstrengungen unternehmen [...] als andere“ (EK VI:18). Akteure mit „außerordentlich gute[n] Leistungen“ (EK VI:17) werden im „kompetitiven“ (EK IX:7) System als „Beispiele guter Praxis“ (EK III:16) und als „vorbildlich[...]“ (EK VIII:26) präsentiert, wodurch der Vergleichsdruck im Sinne eines Gruppendrucks erhöht wird. Abwertend wird statuiert, dass einige „nicht einmal die unterste Kompetenzstufe“ (EK VI:18) erreichen. Das Rückstandsmotiv wird moralisch-vorwurfsvoll ausgespielt: „Nicht alle sind gut darauf vorbereitet“ (EK IX:6). Das moralische Gemeinschaftsmotiv wird mit der Verantwortung verknüpft, dass ohne größere Anstrengungen „die gemeinsamen europäischen Benchmarks [nicht] erreicht werden können“ (EK VI:20).

Klassifikationen in den Begriffen sind v.a. im ästhetischen Bereich zahlreich: Die strahlenden, mutigen, starken Begriffe von „Exzellenz“ (EK V:10), „Spitzenleistungen“ (EK IX:7) und „Autonomie“ (EK IX:8) zur Beschreibung der anzustrebenden Identität der Selbstpositionierung des Diskursproduzenten werden den schwachen und hilfsbedürftigen Begriffen wie „Furcht“ (EK X:2) und „Abhängigkeit“ (EK IX:5) entgegengesetzt. Dadurch konstruiert sich auch das Selbstbild des moralischen „Retters“ als unterstützend, helfend und lenkend durch „Entschlossenheit“ (EK VII:6) und „Risikobereitschaft“ (EK II:13)⁵⁹.

Die positive Selbstposition (oft Superlative) legitimiert den Appell zur Diskursreproduktion an die Akteure (Fremdposition), um selbst Teil der strahlenden Klassifikation zu werden.

⁵⁹Anm.: In der ERT-Diskursstrategie ist diese Rolle v.a. die der ästhetischen Führung.

Dafür wird im Diskurs die ideelle und materielle Umsetzung des hegemonialen Projektes als Bedingung gesetzt.

Grafik 3: Klassifikation Selbst- vs. Fremdposition bei EK

<i>strahlend / Sympathieträger/ neu</i> „fortgeschrittensten“ (EK X:5); „erstklassige“ (EK VIII:24); „rigoros[...]“ (EK X:6) „herausragend[...]“ (EK VIII:13) „hochkarätig[...]“ (EK X:7)	<i>abwertend / unanstrebenswert / alt</i> „unerwartet schlechter“ (EK VI:17) „unzureichend“ (EK IX:11); „alt hergebrachte Methoden“ (EK IX:5); „nach wie vor“ (EK IX:4) „suboptimal“ (EK VII:26)
<i>mächtig / stark / mutig</i> „Entschlossenheit“ (EK VII:6) „Konsolidierung der Exzellenz“ (EK X:6) „Netz der besten Köpfe und Unternehmen“ (EK IX:14); „Konkurrenzfähigkeit“ (EK VIII:6); „Risikobereitschaft“ (EK II:13)	<i>schwach / ängstlich</i> „in einer relativen schwachen Position“ (EK X:2) „Stärkung“ (EK VIII:5) „aus der Furcht heraus [...] nicht willig sind“ (EK X:2); „wo jede Veränderung legislativ nachvollzogen werden muss“ (EK IX:4)
<i>rettend / helfend / unterstützend</i> „zu helfen“ (EK VIII:26) „in die Lage versetzen“ (EK X:1) „zu ermutigen“ (EK X:2)	<i>hilfsbedürftig / defizitär/rückständig</i> „effizienter“ (EK X:2); „Armut des Hochschulsektors“ (EK IX:5); „sobald diese reif genug sind“ (EK V:22); „Abhängigkeit“ (EK IX:5)
<i>leitend / lenkend / kontrollierend</i> „den Weg weisen“ (EK II:23); „Entscheider“ (EK X:2); „Überwachung“ (EK V:18) „Qualität und Exzellenz als Gebot“ (EK X:1)	<i>orientierungslos / hilflos</i> „nicht in der Lage“ (EK IX:2); „Bedarf an besserem Management“ (EK X:1); „langsamer und verspäteter Wandel“ (EK X:1)
<i>bedeutsam</i> „weltweite Exzellenz erreichen“ (EK X:5) „weltweit als die besten anerkannt werden“ (EK VIII:26); „unverzichtbare Rolle“ (EK VII:3); „enorme Bedeutung“ (EK IX:12)	<i>unbedeutsam / nichtig</i> „geringe Reformen möglich“ (EK IX:4) „eingefahren[...]“ (EK II:3) „reichen natürlich nicht aus“ (EK VII:12)
<i>ehrgeizig / strebsam</i> „Höchstqualität“ (EK X:7); „ehrgeiziges Ziel“ (EK VIII:26); „außerordentlich“ (EK VI:17); „Unternehmergeist“ (EK VII:7) „große Entschiedenheit“ (EK VII:12)	<i>faul / bequem / bürokratisch</i> „Überregulierung“ (EK IX:4); „wenn sie lernen wollen“ (EK II:9); „gering[e] Bereitschaft“ (EK VII: 15); „unflexibel“ (EK IX:4); „weil es ihnen an Motivation [...] fehlt“ (EK IX:5)

In Verbindung mit den mutigen und strahlenden Begriffen steht der *Fortschrittsdiskurs*⁶⁰, der „Steigerung“ (EK V:4) und „Innovation“ (EK V:4) zu einem Bild des „Fortschritts“ (EK I:11) verbindet. Explizit wird auch die gegenteilige Seite der Klassifikation als „Rückstand“ (EK V:6) und „Mangel“ (EK V:13) benannt, wodurch neben einer ablehnenden Haltung im Sinne der emotional-affektiven Identifizierung auch zugleich eine Legitimierung des hegemonialen Klassifikationsschemas erzeugt wird. Ein religiöses Element im Begriff des einzuhaltenden bzw. anzustrebenden Gebotes wird etwa in der Verbindung „Qualität und Exzellenz als Gebot“ (EK X:4)⁶¹ verwendet.

In Verbindung mit den starken und mächtigen Klassifikationen findet sich zentral der eurozentristische bzw. universalistische *Identitäts- und Identifikationsdiskurs* wieder: „nicht nur landesweit, sondern europaweit und sogar weltweit“ (EK VIII:19) soll Wirkung erzielt werden und Universitäten sollen „weltweit als die besten anerkannt werden“ (EK VIII:26). Auch das elitäre Element zur Konstruktion von Bedeutsamkeit sowie Führungsansprüchen kommt klar zum Vorschein, wenn festgelegt wird, dass es eine „Konzentration der Mittel“ (EK IX:6) erfordere auf „jene, die das Potenzial [Hervorhebung im Text] haben, hervorragende Leistungen zu erbringen [...] etablierte Führende herauszufordern“ (EK IX:6).

Starke Klassifikationen finden sich im Bereich „*Kooperation*“ (EK II:11) und „*Verantwortung*“ (EK VII:6):

Partnerschaften ermöglichen es, die Vorteile lebenslangen Lernens gemeinsam zu nutzen und gemeinsam Verantwortung für lebenslanges Lernen zu übernehmen. Je nach Ausgangssituation sind gemeinsame bzw. koordinierte Maßnahmen oft die wirksamste Lösung [...] Strategien für lebenslanges Lernen müssen alle Akteure zusammenführen und von allen Akteuren getragen werden (EK IV:11).

Hier findet sich einerseits das moralische Motiv von „partnerschaftlich zusammen“ (EK IV:5), „gemeinsam“ (EK V:4) und „kohärent“ (EK V:3) als sich ständig wiederholende ideelle Stabilisierungsstrategie, andererseits die nicht genannte Gegenseite dieser

⁶⁰Interessant und irritierend empfand ich hier den scheinbaren Widerspruch der merkbaren konservativen Argumentationslinie von Werten wie „harter Arbeit“, Leistung und dem Aufbauen auf bereits Geschaffenem (implizierte im Kontext auch Akkumulation vs. egalitäre Verteilung) im Kontrast zum Fortschrittsdiskurs. In der Literatur fand ich dazu etwa die Aussage Pierre Bourdieus (1997a), der dem „Mythos Globalisierung“ vorwirft, als Diskurs fortschrittliche Werte und Freiheitswerte zu präsentieren, die in Wirklichkeit konservativ und reaktionär sind (vgl. ebd.:15).

⁶¹Gerhard Stapelfeldt (2007) spricht in seinem Buch zur Kritik an neoliberalen Universitäten vom Neoliberalismus als „Ersatzreligion“, um Wettbewerb „Sinn“ zu verleihen und das „esoterische Bedürfnis“ sowie das Bedürfnis nach elitärer Abhebung zu befriedigen. Neoliberalismus trete das Erbe der Mythologie an und behaupte für sich das mythologische Schicksal und die Naturwüchsigkeit, sowie die Dogmatik der Ökonomie, die nicht bewiesen, sondern nur geglaubt werden kann (vgl. ebd.:75ff).

Konstellation als isoliert, allein, ausgeschlossen, verloren. Diese Klassifikation trägt auf emotional-affektiver Ebene erheblich zu einem moralischen Zwangselement bei, das explizit im Text als „Konsens“ (EK IV:9) bzw. „Beinahe-Konsens“ (EK IX:8) angesprochen wird. Weiters wird die Klassifikation zur Kooperation unterstützt mit der moralischen Untermauerung durch das Verantwortlichkeitsmotiv – von „gemeinsame[r] Verantwortung“ (EK II:5), „volle[r] Verantwortung“ (EK IX:8) und „wichtige[r] Verantwortung“ (EK VII:13) und den „neuen Rollen und Verantwortlichkeiten“ (EK VII:4) – gegenüber dem abwertenden moralischen Bild der Verantwortungslosigkeit nicht einstimmender Akteure. Hier taucht u.a. sogar der moralische Vorwurf der geringen „Motivation“ (EK VII:26) und fehlenden „Bereitschaft“ (EK V:13) auf, der wiederum in Gegensatz zu „gemeinsame[n] Anstrengungen“ (EK II:24) und den „ehrgeizige[n] Ziel[en]“ (EK VIII:26) gesetzt wird.

Da um Hegemonie kämpfende Diskursakteure im Wettstreit um Interpretationsmacht neue Wirklichkeit erzeugen wollen, müssen sie mit dem Alten brechen und durch *neue Sprache* eine selektive Konstruktion von Wirklichkeit und Wahrnehmung vornehmen (vgl. Keller 2005a:239ff). Diesen Punkt der Klassifikation werde ich in Hinblick auf positive vs. negative Handlungs- und Akteurspositionierungen exemplarisch andeuten, indem ich Begriffsneuschaffungen in ihrem diskursiven Kontext und ihrem Einsatz für den hegemonialen Diskurs in den Diskursstrategien erkläre.

Die positive Klassifikationsseite entwirft Begriffe des Fortschritts, der neuen Ära und des Wandels, das Neue wird also als erstrebenswert dargestellt. Neu geschaffene Begriffe sind hier etwa „Wissensindustrie“ (EK IX:12) oder „Wissenswirtschaft“ (EK V:18). Die gewünschte Verbindung von Inhalten (Wissen und Wirtschaft, Wissen = Wirtschaft) im Kopf wird durch diese Neuschöpfungen erreicht.

Neue Begriffe entstehen auch durch das Identitätselement, das mit Altem brechen soll und eine neue Identität für die neuen hegemonialen Ziele (u.a. Wettkampf, Wettbewerb, Weltklasse) konstruieren soll. Es tauchen neue Begriffe für bereits Bestehendes auf, z.B. werden Unterrichts- und Ausbildungsstätten (also die bekannte „Schule“ und „Universität“) in „polyvalente Zentren des Kenntniserwerbes“ (EK I:10) umbenannt. Dort werden zunehmend Beratungs- und Vermittlungsdienste „angeboten“, die „zugeschnitten auf das Interesse der Kunden“ (EK II:20) vermittelt und abgerufen werden. Durch eine Änderung der

Sprache können auch Rollenzuschreibungen und Handlungszuweisungen leichter umstrukturiert und legitimiert werden.

Die Bedeutsamkeit des Umbruchs wird durch Begrifflichkeiten wie „digitale Ära“ (EK I:3), „Wissenszeitalter“ (EK VII:13), Menschen „in das digitale Zeitalter“ (EK I:12) führen oder die einmalige „historische Chance“ (EK I:4) ästhetisch und symbolisch untermauert.

Der Kulturbegriff taucht besonders oft auf, interessant ist seine vielfältige Verwendung als Legitimierung für das gerade behandelte Thema. So wird aus der „Kultur der Spitzenleistungen“ (EK IX:5) die „Kultur des Vertrauens“ (EK V:13), wenn es um das Glaubwürdigkeitskriterium bei Investitionen geht und die „digitale Kultur“ (EK I:4), wenn es um die Schaffung neuer Märkte geht; ganz allgemein steht die „Kultur der Qualität“ (EK IX:7) für eine Überwindung der vorangehenden „Kulturphase“, die im linearen Geschichtsbild⁶² rückständiger war als die nach ihr kommende, innovatorische Phase. Es taucht die zweckorientierte „Kultur des Lernens“ (EK IV:10) auf, die für das angestrebte Diskursziel ideell mobilisieren soll und einen bereits bestehenden Konsens andeutet. Zentral sind für den Kulturbegriff also das Identitäts- und Bewusstseinsselement, aber auch die zeitliche Abgrenzung eines „kulturellen Wandels“ oder die klassifizierende Abgrenzung zu einer minderen bzw. rückständigen Kultur.

Als Begriffsbilder werden oft Traditionsbegriffe eingesetzt wie „Fundament“ (EK IV:12), „solide Grundlagen“ (EK X:4), „Aufbauen auf dem, was [...] bereits erreicht wurde“ (EK IV:27) oder der „Qualität und Exzellenz als Gebot“ (EK X:4). Auch „logische“ Mechanismen werden als gewissermaßen selbsterklärende Bilder eingesetzt, wie die oft wiederholte „Hebelwirkung“ (EK V:6) im Fortschritts- und Innovationsmotiv oder die „Triebfeder“ (EK II:22). Symbole wie „Schlüssel“ (EK II:5) in Verbindung mit „Schlüsselbotschaften“ (EK II:12), „Schlüssel zum Erfolg“ (EK II:5) oder „Schlüsselfaktor[en]“ (EK V:25) spielen mit Assoziationen im Kopf in Hinblick auf „die Lösung“ eine Rolle. Der „Weg“ (EK II:23), die „Vision“ (EK II:3) und der „Wandel“ (EK II:8) werden aufgrund ihres verwurzelten, mythischen Deutungsgehaltes verwendet. Auch Zahlendarstellungen werden als selbsterklärend präsentiert.

⁶²Lineares Geschichts- und Zeitverständnis (im Gegensatz zum zyklischen als dynamisch und phasenhaft) geht davon aus, dass Zeit individuellen und kollektiven Fortschritt bringt und dass durch Modernisierung Verbesserung eintritt, da u.a. wirtschaftliches Wachstum und Vermögen akkumuliert werden (vgl. Galtung 1997:93ff).

Es werden zahlreiche „Begriffscluster“, also assoziative Zusammenhänge von Begriffen konstruiert. Ein Beispiel wäre das „Kooperationscluster“ in Verbindung mit dem „Kontroll-, Kohärenz- und Transparenzcluster“.

Grafik 4: Beispiel Assoziationscluster EK

Das Kooperationscluster

Kooperation – Partnerschaft – gemeinsame Maßstäbe – zusammen – alle Akteure – alle Ebenen – umfassend – arbeiten – Anstrengungen – Herausforderungen – bedeutsam – Verantwortung – Beispiele guter Praxis – die Besten – kompetitiv – gegenseitige Motivation – Leistungssteigerung

Das Kontroll-, Kohärenz- und Transparenzcluster

Kohärenz – Transparenz – Kontrolle – Evaluation – Qualität – Effektivität – Vergleich – (offene) Koordinierung – Kooperation – Motivation – Vertrauen / Glaubwürdigkeit – Investitionssteigerung

Die Assoziationsketten verbinden die Begriffe zu neuen, vorherrschenden Denkkonstrukten und konstruieren Bedeutungsdimensionen: Partnerschaft motiviere zum Wettbewerb, Transparenz diene der Kooperation, Vergleich steigere die Motivation u.v.m.

V.1.6 EK – Deutungsmuster

Obwohl ich auf andere Deutungsmuster in der Analyse verweise, ist in dieser Arbeit nicht der Raum, alle vorkommenden Deutungsmuster in Themen, Motiven und ihrer ideengeschichtlichen Einbettung zu thematisieren (ich werde mich aber um Verweise auf andere Denkmodelle bemühen).

Relevant und zentral für mich waren die Deutungsmuster zu den Theorieansätzen Neorealismus (als politikwissenschaftliche Theorie Internationaler Politik), liberalistische politische Anthropologie (als Menschenbild in Verhältnis zur Gesellschaft), Neoliberalismus (radikale Marktideologie) und Neoklassik (als klassisches ökonomisches Volkswirtschaftsmodell) sowie die klassischen bildungsökonomischen Modelle. Diese politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Deutungsmuster werde ich neben ihren Grundaussagen auch in ihrem spezifischen „Muster“ (Keller 2005a:235) in den Dokumenten, also ihrer Verknüpfung zu einer gemeinsamen Erzählung und Handlungsanleitung darstellen.

Der Neorealismus als Theorie Internationaler Politik versteht die Weltordnung als Wettkampf der „Global Players“ in Anknüpfung an Grundgedanken des Realismus. In den 60er Jahren gegründet wurde er schnell zu einem dominanten Diskursstrang in der Internationalen Politik. Die Theorie besagt, dass durch das Fehlen durchsetzungskräftiger Institutionen auf globaler Ebene von einem informellen, anarchischen System ausgegangen werden muss. Machtpolitik und Machtverteilung finden aufgrund von Größe bzw. Stärke und v.a. aufgrund von militärischem bzw. ökonomischem Reichtum statt. Machtpolitik wird als ausdifferenziertes Regelwerk verschiedener Akteure verstanden (steigende Bedeutung der Wirtschaftsakteure, v.a. transnationaler Konzerne). Zentral ist der „Wettkampf“ der Staaten bzw. Staatenverbünde um die Rolle des „Global Players“, der sich expansiv und u.U. auch imperialistisch in der globalisierten Wirtschaft durchsetzt. Macht wird im Neorealismus als Bewegungskategorie begriffen. Das Machtspiel und der internationale (Wett-) Kampf treiben in dieser Weltsicht den Fortschritt voran (vgl. Filzmaier u.a. 2006:77f).

Die liberalistische Politische Anthropologie sieht das Individuum als vernünftig und in diesem Sinn frei und gleich an. Der methodologische Individualismus, der sich durch die gesamte liberalistische Theorie zieht, besagt, dass das Individuum immer Vorrang vor der Gesellschaft hat. Im Liberalismus ist der Mensch als Individuum unabhängiges Subjekt, das seine Ansichten und Ziele selbst bestimmt und auf sie rational und mit Fokus auf die Maximierung des eigenen Nutzens hinarbeitet (vgl. Druwe 1995:244ff). Kritik an diesem Denkmodell wurde durch den Kommunitarismus geübt, der sich gegen den „atomistischen Individualismus“ der Liberalisten wandte. Soziale Charaktere können nur in Gesellschaftszusammenhängen gedacht werden, die Individuen herausbilden. Die ausschließliche Betonung von Rechtsansprüchen des Individuums (liberalistische „Vertragstheoretiker“) führt zu einer Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhangs und zu sozialer Desintegration (vgl. Reese-Schäfer 2001:134ff). Liberalismus sieht das Individuum als eigenschaftslos und isoliert, berücksichtigt aber nicht seine existenzielle Eingebundenheit in die Gemeinschaft. In kommunitaristischer Sicht werden Regeln, Handlungsmuster und Sprache übernommen, der soziale Kontext bestimmt das individuelle Menschsein, selbst wenn innerhalb des gesellschaftlichen Rahmens Entscheidungen des Individuums möglich sind. Der Mensch ist soziales Wesen und dabei nur partiell autonom, wobei er an den vorherrschenden Sprach- und Handlungsrahmen gebunden bleibt⁶³ (vgl. Druwe 1995:247f).

⁶³Aufgrund der Nähe dieser Ansicht zur gewählten Theorie- und Methodenwahl habe ich das kommunitaristische Denken als Gegensatz zum liberalistischen Denken hier näher ausgeführt.

Der Neoliberalismus als Ideologie steht in der Tradition der deutschen und englischen Gegenaufklärung sowie der österreichischen Schule der Volkswirtschaftslehre (vgl. Stapelfeldt 2007:20). Das neoliberale Programm gründete sich als Denkschule in den 60er Jahren um die „Chicagoer Schule“⁶⁴, einen „Think Tank“ von Ökonomen (u.a. George J. Stigler, Gary Becker und Milton Friedman), die mit Mitteln privater Stiftungen ihre Ideen verbreiteten. Die Ideen der Ökonomen Friedrich von Hayek und Milton Friedman wurden dabei leitend (vgl. Plehwe/Walpen 1999:14ff). Internationale Institutionen der Wirtschafts- und Finanzsteuerung setzten den Diskurs später institutionell und universell durch (vgl. Lohmann 2005:252f). Das ursprünglich im Bereich der Bildung bildungsökonomische Konzept wurde im Neoliberalismus marktradikalisiert und für irrationale Übertragungen ökonomischer Konzepte auf alle Lebensbereiche („Ökonomismus“) verwendet (vgl. Volker 2005:21). Nach Briken (2008) wird der normativ aufgeladene Wissens- und Bildungsbegriff für eine ökonomische Überformung ohne Verschönerung missbraucht (vgl. ebd.:97). Die Wirkung und Reichweite des neoliberalen Diskurses ist nicht zuletzt auf die strategische Verbreitung des hegemonialen Gedankenmodells der marktradikalen elitären Netzwerke zurück zu führen, wie Plehwe und Walpen (1999) an der Entwicklung der „Mont Pèlerin Society“ aufzeigen: Das 1947 gegründete Netzwerk sollte von einer weitläufigen Unbekanntheit zu einer 50 Jahre späteren Breite von über 500 Mitgliedern und mehr als 70 „Think Tanks“ auf der ganzen Welt führen. Die Diskurskoalitionen sind im neoliberalen Diskurs weit verstreut und kennzeichnen sich durch eine gewisse Pluralität aus (neben „Chicagoer Schule“ u.a. „Freiburger Schule“, „Libertarismus“). Die enge Verbindung zu akademischen Lehren und Doktrinen ist im Neoliberalismus kennzeichnend, es existiert dabei aber ein widersprüchliches Ensemble wissenschaftlicher und ökonomischer Theorien, staatlicher und zivilgesellschaftlicher Politikformen sowie diverser Konzernstrategien und Selbstpraktiken, die sich jedoch alle untereinander – trotz inhärenter Willkür – stützen (vgl. ebd.:3f).

Die Bildungsökonomie umfasst die klassischen Bildungsplanmodelle, die das faktische Bildungsverhalten als ein Ergebnis des interdependenten Einflusses bildungsnachfrage- und bildungsangebotsseitiger Faktoren quantitativ zu bestimmen versuchen. Diese Modelle

⁶⁴Die „Chicagoer Schule“ kann als „bildungsökonomische Renaissance“ bezeichnet werden (vgl. Volker 2005:23). Die bildungsökonomischen Theorien, ursprünglich für Nationalstaaten konzipiert, wurden auf das internationale Feld ausgeweitet und marktradikalisiert. Das bildungsökonomisch „identitätsstiftende“ Konzept des „Humankapitals“ war zentral für die Internationalisierung, gerade auch im Kontext des „Sputnikschocks“ (Rückstand des Westens in Bezug auf naturwissenschaftliche und innovative „Humanressourcen“), also der Verbindung von Bildung und Wirtschaftswachstum (vgl. Dewe/Weber 2007:112f).

gliedern sich in das *Arbeitskräfte-Bedarfs-Konzept* (Manpower-Requirement-Approach), das *Nachfrage-Konzept* (Social-Demand-Approach) und den *Ertragsratenansatz* (Rate-of-Return-Approach). Während das Nachfrage-Konzept in den Mittelpunkt den Grundgedanken freier Bildungswahl stellt (die Nachfrage des zu Bildenden), stehen bei den anderen zwei Modellen die Kosten-Nutzen-Rechnung und der Arbeitsmarkt im Vordergrund: Das Arbeitskräfte-Bedarfs-Konzept richtet sich nach dem (voraussichtlichen) zukünftigen Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften, und zwar in quantitativer sowie qualitativer Perspektive. Das Bildungssystem muss dem Beschäftigungssystem entsprechen und ggf. an dieses angepasst werden. Der Ertragsratenansatz orientiert sich an der Humankapitaltheorie und berechnet Bildungsteilnahme als Kosten-Nutzen-Rechnung. Die Investition in Bildung muss sich rechnen (Output) (vgl. Helberger/Palamidis 1992:9f). Umstritten war anfangs ein Umdenken des menschlichen Geistes zu Humankapital. Der Begriff betont die utilitaristische, also zweckgebundene Seite der Bildung, sowie eine grundsätzliche, für alles Menschliche übertragbare Verwertbarkeit (vgl. von Recum 1978:32ff). Erich Ribolits (2004) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Mensch sich zunehmend zur „Selbstvermarktung“ organisieren müsse. Der Begriff verdeutliche, dass es nicht mehr um die Bildung des Menschen, sondern um die Bildung von Kapital gehe (vgl. ebd.:48). Die klassischen bildungsökonomischen Ansätze wurden in den 60er und 70er Jahren umfangreich diskutiert. Neben detaillierten Strategieüberlegungen zur praktischen Umsetzung kamen auch die Grundsatzfragen nach dem „Wert“ der Bildung bzw. nach den Bildungsrechten und der Berufswahlfreiheit auf. So wurde dem Arbeitskräfte-Bedarfs-Ansatz eine Einschränkung individueller und gesellschaftspolitischer Rechte vorgeworfen. Dem Ertragsratenansatz wurde die ökonomische Reduktion vorgeworfen, da nicht-ökonomische Entscheidungsfaktoren für die Studienwahl im Modell unberücksichtigt bleiben. Die Errechnung von „gesellschaftlichen Erträgen“ schien zudem höchst fragwürdig. Dem Nachfrage-Ansatz warf man vor, er gehe von einem verkärten Bild individueller Bildungsentscheidungen aus, da Bildungswahl nicht als autonome Größe (da u.a. gesellschaftlich determiniert) existiere (vgl. Helberger/Palamidis 1992:10f).

Die Neoklassik sieht vollständige Konkurrenz als wettbewerbspolitisches Leitbild. Abweichungen vom wohlfahrtsstaatlichen Marktgleichgewicht werden durch die Konzepte von Marktversagen (öffentliche Güter, externe Effekte, asymmetrische Information für öffentliche vs. private Anbieter – auch als Argument bei öffentlichen Bildungseinrichtungen) und Marktmacht (staatliche oder private Monopole, Kartelle) gerechtfertigt.

Wettbewerbspolitik müsse gemäß der Neoklassik für vollständige Konkurrenz sorgen und Marktmacht oder Marktversagen (staatliche Regulierung) „korrigieren“. Für Joseph A. Schumpeter (1912) ist wettbewerbspolitisches Leitbild der Wettbewerb um Innovation. Der Patentschutz für geistiges Eigentum ist daher zentraler Faktor der Aufrechterhaltung funktionsfähiger, konkurrierender Märkte. Für die Chicagoer Schule (siehe auch Neoliberalismus) ist das wettbewerbspolitische Leitbild ein funktionsfähiger und effizienter Marktmechanismus („survival of the fittest“) ohne staatliche Eingriffe, stattdessen sollen Preisabsprachen und Glaubwürdigkeitsverfahren Orientierung am Markt bieten. Dieses Konzept der Chicagoer Schule wird zum Vorreiter für Deregulierung. Die Rolle des Staates bzw. der Regulierungsmacht wird darauf beschränkt, Barrieren für den freien Handel abzubauen und durch Marktzutrittsregulierungen Wettbewerb zu schaffen, Anreize für Investitionen zu schaffen oder Qualität bei gleichzeitiger Kostenreduktion zu verbessern. Die EK vertritt dieses Konzept und versucht, „Wettbewerbsbeschränkung“ und „Wettbewerbsverzerrung“ umfassend abzubauen⁶⁵. Die Neoklassik bietet dafür eine Vielzahl an wettbewerbspolitischen Instrumenten (vgl. Bellack/Hofer/Tschmuck 2001:127ff).

Die ausgewählten Deutungsmuster verbinden sich in der typisierbaren Aussage der Texte zu einer spezifischen Erzählstruktur. Dabei werden zuerst die Deutungsmuster des Neorealismus verwendet, um das „Szenario“ als „Realität“ darzustellen und einen unumgehbaren und alternativlosen Wettkampf zu konstruieren, der Gewinner und Verlierer fordert und daher die Durchschlagung auf die Gewinnerseite (ohne Rücksicht auf globale Verlierer) legitimiert. Die Argumentation verbindet sich hier mit Elementen des sozialen bzw. „kommerziellen“ Darwinismus⁶⁶, der – wie auch in der Neoklassik der Fall – ein „survival of the fittest“ mit „naturgegebenen“ Argumenten rechtfertigt. Auch Eurozentrismus und Universalismus als kulturzentristische Denkmodelle finden sich in der Argumentationsweise, die stark mit der Konstruktion eines europäischen „Wir“ gegen die „Anderen“ spielt, um Identität mit europäischer Wettbewerbspolitik und Identifikation mit dem hegemonialen Diskurs zu erreichen, für die starke „Zukunft Europas in der Welt“ (EK VII:31). Expansion und Stärkung des „Europäischen“, elitäre „Führerrolle“ und Ausbeutung fremder (geistiger) Ressourcen sind dabei ausgesprochene Elemente, wenn mit „Brain Drain“ unter den besten

⁶⁵Paradoxerweise wird die *private* Erbringung von Gemeinwohlaufgaben als besonders förderungswürdig durch die EK behandelt und genießt die Stellung, trotz Subventionen nicht als Wettbewerbsverzerrung interpretiert zu werden (vgl. Fritz 2006:97).

⁶⁶Nach Robert Lloyd (2001), Vizepräsident von Enterprise und Small/Medium Lines of Business (LOB), ist das Grundprinzip des kommerziellen Darwinismus, dass nur jene überleben, die sich den Marktbedingungen am besten anpassen. Dies sei in der Natur so, war immer so und müsse auch in der Wirtschaft so sein. Überlebende sind jene, die sich im Streben nach Erfolg von anderen am schnellsten abheben (vgl. ebd.:90f).

Studierenden und Forschern“ (EK VIII:11) das einseitige Ziel forciert wird, „die größten Talente aus der ganzen Welt anzuziehen und zu halten“ (EK VIII:24), um „etablierte Führende herauszufordern“ (EK IX:6).

Die Theorie der Neoklassik schließt an das „Szenario“ an, ist aber auch stark in der „Umsetzung“ mit konkreten Vorschlägen zur materiellen Durchsetzung des Diskurses präsent (Instrumente der Deregulierung, Privatisierung, Glaubwürdigkeit etc.): Genannt werden „eine Vielzahl von Finanzinstrumenten [...] finanzielle Anreize, Garantieinstrumente und die staatliche Förderung von Risikokapital“ (EK V:21), um „die Wettbewerbsbedingungen“ (EK V:18) zu berücksichtigen und ein „wettbewerbsorientiertes Umfeld und unterstützende Wettbewerbsregeln“ (EK V:17) zu schaffen. Wie die Neoklassik (Verbindung) findet sich auch die rationale Logik bildungsökonomischer Zahlenmodelle in „Lösung“ als auch „Umsetzung“. In der „Lösung“ verbindet sich bildungsökonomische Logik mit Deutungsmustern von Utilitarismus (Zweckorientierung) des „effektiv nutzen und Erträge erzielen“ (EK V:9); die neoklassischen Innovationsgedanken spielen mit linearem Fortschrittsglauben (besser = „schneller-höher-weiter“): „Mit den Informationstechnologien wird es möglich, Austausch- und Kooperationsmaßnahmen von nie gekannter Intensität im europäischen Bildungs- und Kulturraum durchzuführen“ (EK I:10). Auch der kognitiv-argumentierende Teil der „Kontrolle“ hat durch seine stark quantitative Ausrichtung Elemente der Bildungsökonomie („Macht der Zahlen“) und auch des neoklassischen bzw. neoliberalen Vergleichs (zwischen den Mitgliedsstaaten im Sinne des Leistungsvergleichs bzw. neorealistisch als Vergleich mit den „Global Players“ USA und Japan): „Die Festlegung nationaler und europäischer Benchmarks ist in jedem Land unerlässlich, um die eigene Leistung im Vergleich zur Leistung anderer einschätzen zu können“ (EK VII:30) bzw. „Wettbewerbsfähigkeit und Dynamik sind zwei Aspekte, bei denen die EU derzeit hinter den USA zurückliegt“ (EK VII:7). Hier können auch andere Denkmuster gefunden werden, wie Positivismus (Quantitative Empirieorientierung) und Materialität vs. Immaterialität, es wird also die Gültigkeit der zahlenmäßigen Aussagen behauptet, ohne Schwachstellen von Statistik und quantitativer Erhebung in Betracht zu ziehen. Die Ergebnisse werden als gültige Wahrheit präsentiert⁶⁷.

⁶⁷Ulrich Druwe (1995) beschreibt Empirische Wissenschaft als Aussageform über „die“ Realität. Die Frage nach einer subjektiv gültigen Realität wird dabei nicht gestellt, gearbeitet wird auf Basis der ontologischen Konvention oder Hypothese namens „Realismus“. Dieser vertritt die Behauptung, es gäbe eine reale Welt, die wir alle gleich wahrnehmen. Um diese zu erfassen, benötige man empirische Begriffe, Methoden und Instrumente, z.B. Indizes und Skalen (vgl. ebd.:279ff).

In der „Schlussformel“ findet man stärker liberalistische Elemente. Der Nutzen des Einzelnen wird betont: „individuelle bedarfs- und interessensgerechte Lernwege [um] Vorteile [...] während des ganzen Lebens nutzen zu können“ (EK IV:11). Diese Elemente finden sich im Anfangsszenario auf existenzialistischer Ebene („Überlebenskampf“: Prekarität, Arbeitsmarkt, Konkurrenz eines „Nur die Besten kommen durch“ etc.) und in der „Umsetzung“ in Bezug auf die Betonung individueller Maßnahmen – wenn es „nicht zuletzt von den Bemühungen des Einzelnen“ (EK II:6) abhängt – sowie im rhetorischen Eingehen auf die eigentümlichen Bedürfnisse der Individuen (Anm.: Widerspruch zur sonst angekündigten Vereinheitlichung im Sinne der Kohärenz, Homogenisierung, Kompatibilität und Konvergenz bzw. zum sozialen Darwinismus der Neoklassik). Im Schlussteil haben wir stärker moralische Argumentationen, die jedoch in Hinblick auf ihr Nutzenkalkül des Individuums gelesen werden müssen: „Bist du nicht dabei, bist du draußen“ und „auf der falschen Seite der sich auftuenden [...] Kluft“ (EK II:13). Das Interesse der Individuen wird einberechnet, um den Konsens zu festigen. Interessant sind die oft konservativen Elemente, die eigentlich einen Widerspruch zur propagierten Fortschritts- und Innovationsgläubigkeit darstellen: „Aufbauen auf dem, was [...] bereits erreicht wurde“ (EK IV:27) im Sinne vom traditionsreichen „Fundament“ (EK IV:12) oder den „solide[n] Grundlagen“ (EK X:4). Diese konservativen Elemente dienen vermutlich dazu, Tradition als rhetorisches Mittel einzubauen, um hier Individuen in ihrem Sicherheitsbedürfnis und der Trägheit zu Veränderung anzusprechen, ebenso wie sie eine weitere Legitimierung des „aufgebauten“ Status (konservatives Arbeitsmotiv) eines „Nur die Besten kommen durch“ (konservatives Leistungsmotiv) präsentieren.

Die neoliberale Umstrukturierung zieht sich durch alle Teile der typisierbaren Aussage und könnte als „paradigmatisches Ziel“ der hegemonialen Diskursstrategie mit allen Feinheiten und Differenzierungen betrachtet werden. Insgesamt wird die umfassende neoliberale Umstrukturierung in sensiblen Bereichen wie der Bildung und der Forschung mit den Deutungsmustern (also mit Argumentationsstrukturen und abrufbaren Bildern) von Neorealismus als Bild vom Wettkampf, in dem es sich zu behaupten gilt, von Bildungsökonomie, als nüchterne rationale Berechnung („logische“ Argumentation) und mit der Neoklassik, die einen Paradigmenwechsel voraussagt, der durch Innovation zu allgemeinem Fortschritt führt und dafür die vollkommene Freiheit der Märkte benötigt, legitimiert. Die liberalistischen Elemente in den hegemonialen Diskursstrategien versuchen hier, das hegemoniale Interesse zu stützen und als ein den Adressaten-eigenes Interesse

darzustellen, indem durch moralische Bezüge individuelles Interesse und individueller Nutzen präsentiert werden.

V.2 Diskursive Formation EK-ERT

V.2.1 Hierarchisches Verhältnis

Das Diskursverhältnis ist hierarchisch strukturiert, da der ERT an die EK in autoritärer bis disziplinierender, aber auch moralisch-normativer Art diverse Handlungsanweisungen, Positionierungen und auch Sanktionsandrohungen verteilt, selbst jedoch nicht durch solche Druckpotenziale von der EK beeinflusst werden kann. Der ERT ist sich seiner machtvollen ökonomischen Diskursressourcen im europäischen Feld bewusst und spielt diese auch explizit in der hegemonialen Diskurskoalition aus: “spending will occur OUTSIDE Europe at the expense of jobs, enhanced competitiveness and future prosperity” (ERT VII:11).

Es werden viele Forderungen 1:1 übernommen, viele Forderungen werden aber auch für das EK-Publikum ummodelliert (andere Argumentationsstruktur aufgrund anderer Interessen und Emotionslagen).

Eine zentrale Begründung für das hierarchische Verhältnis der Diskursformation sind auch die Rollen- und Handlungszuschreibungen im Sinne der Fremdpositionierungen. Bei ERT finden sich (disziplinierend) die drohenden, autoritären oder richtenden Anweisungen an EK: “We urge agreement on this issue without further delay” (ERT IV:6). Oder der ERT spielt die moralische Karte des Drucks aus, indem “ERT commends these ideas to you” (ERT IX:3). Die Diskurssetzung des ERT wird als engagiert, vorausschauend und vorausarbeitend präsentiert, so wird etwa statiert, dass “ERT has identified ten areas as key priorities for implementation” (ERT VI:5), die von der EK inhaltlich meist 1:1 übernommen werden.

Bei der EK wiederum finden wir ein hierarchisches Verhältnis gegenüber den Mitgliedsstaaten, denen sie „nahe legt“, im Sinne der Verantwortlichkeit und der Gemeinschaft, gewisse Forderungen auszuführen und national umzusetzen: „Die Mitgliedsstaaten sollten jedoch ihre Verantwortung anerkennen“ (EK VI:11) / die „Mitgliedstaaten [tragen] die volle Verantwortung“ (EK VI:4), oder moralisch-behauptend:

„Es ist ebenfalls klar, dass Mitgliedsstaaten [...] erhebliche Anstrengungen unternehmen müssten, um weitere Verbesserungen zu erzielen“ (EK VI:9). Es wird dabei das hierarchische Muster von ERT-EK auf das Verhältnis von Union und nationalen Akteuren übertragen, um die hegemonialen Diskursinhalte in ihrer Reproduktion zu sichern.

Inhaltlich findet sich in der Diskurslinie zum hegemonialen Bildungsdiskurs die Übernahme von ERT-Elementen im Bereich der Deregulierungs- und Privatisierungsdiskurse: die Förderung privater Bildungsanbieter, die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen, Curricularreformen, Lebenslanges Lernen, ICT und e-learning sowie die erweiterte Forschungsfinanzierung aus der privaten Wirtschaft und entsprechende Kooperationen von Universitäten und Industrie („Wissensindustrie“). Ideell wird das „kulturelle Moment“ Europas und die „Neukonstruktion“ der europäischen Mentalität durch Unternehmergeist ausgespielt. Während ERT keine Scheu vor der Mithineinnahme der Grundschulbildung in die ideelle Manipulationsstrategie hat, konzentriert sich EK auf die Hochschul- und Weiterbildung.

Die hierarchische Übernahme von ERT-Forderungen in die EK-Diskurslinie kann am Beispiel der Umstrukturierung von Bildungslandschaft und Bildungsverständnis in einen globalen neoliberalen Bildungsmarkt exemplarisch veranschaulicht werden.

So wird etwa das Leistungsmotiv zentral, und aus den “true centres of excellence” (ERT VII:12) von “the best and the brightest” (ERT VII:3) wird im EK-Diskurs die „Forderung nach Exzellenz“ (EK VIII:2), da „die europäischen Universitäten [...] exzellente Leistungen“ (EK VIII:2) erbringen müssen.

Damit einher geht auch das Belohnungs- und Konkurrenzmotiv, das zu mehr „Motivation“ bei MitarbeiterInnen der Universitäten führen soll. Die Forderung des ERT, “to move away from a fixed-wage-earning society to a performance-linked compensation system” (ERT I:12), wird von der EK für die Universitäten übernommen: „Dies erfordert stärker differenzierte Systeme zur Bezahlung von Lehrenden und Forschern in der Erwartung, dass dies die Motivation des Personals vergrößern wird“ (EK X:5).

Damit einher geht die Individualisierungstendenz von Arbeit, Bildung und sozialen Problemen. Hegemonialer Diskurspunkt wird der ERT-Wunsch nach “employability”, also

dass “individuals [...] take greater responsibility for their own employability” (ERT V:6) durch “fostering a stronger sense of personal responsibility” (ERT I:12). Das individualisierte Verantwortlichkeitsmotiv wird von der EK übernommen, wenn sie fordert, dass die „Investitionen in Humanressourcen“ (EK II:15) dazu führen sollen, dass Menschen in die Lage versetzt werden, ihre Beschäftigungsfähigkeit „selbst in die Hand zu nehmen“ (EK II:15)

Diese Beschäftigungsfähigkeit soll u.a. auch durch Lebenslanges Lernen forciert werden. Der ERT wünscht sich, “to foster a more positive approach to lifelong learning” (ERT VI:11) und die EK sieht die Notwendigkeit und Verantwortung, dass „Strategien für lebenslanges Lernen [...] von allen Akteuren getragen werden“ (EK IV:11).

Neben der Förderung von “genuine job mobility” (ERT I:12), also der Förderung von „Mobilität [...] der Humanressourcen“ (EK V:19), sollen auch die Lehrpläne umfassend und tiefgreifend auf die neuen hegemonialen Diskursziele hin reformiert werden: “a profound reform of education systems in Europe is needed” (ERT I:18). Der ERT fordert, to “Build basic business education into school curricula” (ERT I:29) für “developing the entrepreneurs of tomorrow” (ERT I:18). Die EK übernimmt diese Forderung aus der Wirtschaft und stellt in Hinblick auf „Unternehmergeist“ (EK III:14) fest, dass „Schulen und Ausbildungseinrichtungen [...] dieses Element in ihren Lehrplänen aufnehmen [sollten] und sicherstellen, dass sich die jungen Menschen in diesem Bereich schon von klein auf entwickeln können“ (EK III:14).

Dabei solle laut ERT die Wirtschaft und Industrie stark einbezogen werden: “We cannot leave all action in the hands of the public sector. [...] Industry has also a role to play” (ERT I:18). Die EK übernimmt diese Annahme und fordert von den Mitgliedsstaaten, „verschiedene Arten von Partnerschaften zwischen öffentlichen Unternehmen und privater Wirtschaft zu entwickeln, um zusätzliche menschliche und finanzielle Ressourcen zu mobilisieren“ (EK VII:24).

Das Wunschkonzept des ERT vom radikal freien Markt soll auch “into the world of academia” (ERT I:14) getragen werden, da “greater clarity would assist capital markets in allocation of resources” (ERT I:23). Die geforderten “incentives” (ERT I:12) nimmt die EK

1:1 auf und spricht sich für „entsprechend konzipierte steuerliche Anreize“ (EK V:21) aus, um „flexible und reagible Marktallokation“ (EK V:21) zu fördern.

Trotz der scheinbar einseitig hierarchischen Struktur stützt sich das Verhältnis der strategischen Diskurspartnerschaft gegenseitig.

Von “working towards common goals” (ERT III:2) profitieren beide Seiten: So gehen mit Forderungen des ERT nach einem einheitlichen europäischen Markt und einer europäischen „Kultur“ und unternehmerischen Identität im ökonomischen Sinn zentrale Interessen der EK als „Motor der Union“ einher (nicht von ungefähr hat die Partnerschaft gerade in Zeiten des Europessimismus und der so genannten „Eurosklерose“⁶⁸ einen solchen Aufschwung erhalten, in der die EK großes Interesse daran hatte, europäischen Zusammenhalt zu stärken und eine europäische Identität herauszubilden, die sich über die nationale Identität stellt und die Union in ihren Kompetenzen erweitert und stärkt).

Die Stärkung supranationaler Kompetenzen vor nationalen – ebenso zentrales Interesse der EK – wird vom ERT im Sinne seiner marktwirtschaftlichen Interessen forciert und mit der Figur eines “Commissioner[s] politically committed to vibrant competition in free markets, possessing powers [...] and orchestrating speedier implementation at Union and – above all – at national levels” (ERT VIII:4) gefordert. Ein starker europäischer Markt, die Rolle der EU als „Global Player“ und die Konzentration von “stronger leadership from the Commission” (ERT VIII:4) sind ganz im Interesse der EK.

Dass Interessen des ERT hier explizit einfließen dürfen, ist Teil der Partnerschaft: “Business hopes its members will be specifically selected [...] ERT would like to see a single, senior Commissioner with responsibility to make sure business competitiveness gets top priority” (ERT VIII:4).

Die strategische Partnerschaft sieht sich also als “a strong basis for decisive action” (ERT IX:1), die von ERT als Akteur vorangetrieben bzw. „gestützt“ wird.

⁶⁸Dieser Begriff bezeichnet die Stagnation der Reformen im Bereich des Binnenmarktes bis Mitte der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts, die von der französischen Blockade europäischer Beschlussfassung Mitte der 60er Jahre ausgelöst wurde und durch den „Luxemburger Kompromiss“ 1966 (Einstimmigkeitsprinzip mit Vetorecht) als Verzögerung gemeinsamer europäischer Beschlussfassung durch nationale Interessen eingeleitet wurde (vgl. Chabera 2005:6).

V.2.2 ERT – Narrative Struktur

Die narrative Struktur deckt sich in großen Teilen mit der narrativen Struktur der EK, da diese gleiche Phänomenkonstellationen argumentieren wollen. Interessant in der ERT-Diskursstrategie empfand ich die zusätzlich stark ausgeprägten disziplinierenden Diskurselemente⁶⁹ und in Verbindung damit den abwertenden, populistischen Diskursstil, den ich in diesem Abschnitt detaillierter herausgreife.

Grafik 5: Disziplinierende narrative Struktur ERT

<u>Szenario</u> (Einleitung) ↓	Rückstand / Mangel > Wertung: schlecht, schwach
<u>Lösung</u> ↓	Mehr Anstrengungen, Wille, Einstellung
<u>Umsetzung</u> (Hauptteil)	ERT-Handlungsanweisungen befolgen, „handeln/tun, nicht reden“ („give the doer space“)
+ <u>Kontrolle</u>	„Kontrolle“ durch den globalen Markt Learn the lesson
↓ (Schlussformel)	„Life or Death“-Symbolik

Grafik 6: Verstärkung der disziplinierenden Diskurslinie durch populistische Abwertung

<u>Szenario</u> (Einleitung) ↓	leere Reden, nichts wird getan, <u>they</u> have failed (weil zu ängstlich, risikoscheu, langsam) – sind „umgefallen“, halten ihre Versprechen nicht – unehrlich / zweifelhafte Glaubwürdigkeit (Gegenteil: ERT als direkt, ehrlich, vertrauenswürdig)
<u>Lösung</u> ↓	jetzt muss der ERT handeln, Aktionen müssen <i>endlich</i> (Zeitmotiv) umgesetzt werden
<u>Umsetzung</u> (Hauptteil)	wenn die Anderen nichts tun, muss es der ERT selbst in die Hand nehmen (Legitimierung für Eingriffe in Politik, Bildung und Recht); Klassifikation: ERT als handlungs- und durchsetzungsfähig (Führung), weiß wovon er spricht (praktische Erfahrung), versteht „hart zu arbeiten“, nicht nur davon zu reden
+ <u>Kontrolle</u>	Zwang: Verlustmotiv; globaler Markt als „Richter“
↓ (Schlussformel)	<i>Wir</i> sind die Besten. <i>Wir</i> machen es besser. <i>Wir</i> müssen handeln.

⁶⁹ Ich lehne mich hier an den Begriff von Stephen Gill (2000) an (vgl. ebd.:42).

In der „Schlussformel“ des ERT steht meist ein drohendes Element, das bei Nichteinhaltung der Diskursbedingungen, Zeitverzögerung oder fehlendem Willen zur Anpassung eingelöst wird. Oft kommt hier das Naturmotiv der Globalisierung als nicht aufhaltbarer und richtender Prozess in Form der “competitive pressures of globalisation” (ERT IV:3) und als “judge” (ERT VIII:5) zum Einsatz oder auch das ERT-eigene Druckmittel des Vergleichs mit anderen Standorten, das durch eine Drohung von Abwanderung (v.a. Investitionen) zum Verlustmotiv – “fear of loss” (ERT IV:6) – überleitet.

Die „story line“ setzt hier in der narrativen Struktur bei ERT und EK gleiche Zielinteressen in der Mobilisierungsstrategie ein, es werden aber aufgrund des Publikums andere rhetorische Mittel eingesetzt (vorwiegend EK-Konsens vs. ERT-Zwang).

Die disziplinierende Diskursstrategie kommt bei ERT in unterschiedlichen Varianten vor: als autoritär- disziplinierende (Anm.: entmündigend), als richtende und als drohende Diskursstrategie. Einher geht mit allen Stilvarianten eine Bewertung, die sich stark der abwertenden Elemente bedient. “The EU ist not good at being fast” (ERT II:1). Man kann diese Abwertung in Verbindung mit Ehre und Stolz setzen (Identitätsmotiv des ERT).

Das „Szenario“ leitet meist ein mit der Vorführung einer Situation bzw. eines Zustandes, der als mangelhaft empfunden wird: “Europe is failing” (ERT VIII:2), “Europe is poorly positioned” (ERT VII:3). Oft werden hier „schlechte Zahlen“ vorgeführt, genauso oft werden aber auch Akteure des mangelhaften Verhaltens (etwa in Bezug zur Durchsetzung) beschuldigt. Auch die existenzialistische Symbolik von Leben und Tod wird zur Abwertung verwendet: “there is a poison in education all across Europe” (ERT I:17). Die Bewertung der Akteure inkludiert eine Subjektpositionierung von schwach, faul, langsam, ängstlich oder handlungsunfähig: “Despite all the data, most governments seem unable to implement the structural reforms needed” (ERT VIII:2)⁷⁰. Moralisch wird hinzu gesetzt: “Failure [...] undermines our potential” (ERT VIII:1). Man bedient sich hier des populistischen Rhetorikstils, der die eigene Position in ein strahlendes, heldenhaftes Licht mit „Potenzial“ rückt, das durch ehrliche, direkte und engagierte Aktion die Rolle des Retters einnimmt: “take corrective action” (ERT VII:12). Das Gegenüber aber wird der leeren Reden bezichtigt, denen keine Taten folgen; es ist demzufolge unehrlich und verdient keine Glaubwürdigkeit.

⁷⁰Das „Scheitern bei Reformen“ spielt v.a. auf die Implementierung der „Lissabon-Agenda“ im Jahr 2000 an, die in Verbindung mit dem „Bologna-Prozess“ und dessen Umstrukturierungen im europäischen Hochschul- und Forschungsraum sowie allgemeiner der umfassenden „Ökonomisierung“ innerhalb der EU zu sehen ist (vgl. Dewe/Weber 2007:125).

Man selbst sei dagegen durch langjährige Erfahrung in der Praxis und der harten Arbeit (Arbeitsmotiv) gewohnt, zu halten was man verspricht und „Taten sprechen zu lassen“.

Das traditionelle Arbeitsmotiv tritt ebenso wie bei EK in den Vordergrund und ist klares Argumentationselement der hegemonialen „story line“, um für Handlung zu mobilisieren, Aktion zu lenken und Identifikation und Konsens durch „harte gemeinsame Arbeit“ zu schaffen.

Es wird eine alternativlose „Lösung“ präsentiert: “the rest of the world is doing so: so must we” (ERT VIII:5). Ein „Mehr“ an Anstrengung und Arbeit – “work doubly hard this time” (ERT II:2) – sowie Wille und Engagement werden als “urgently need[ed]” (ERT IV:6) gefordert. Diese Aufgaben schreibt sich der ERT entsprechend des „Szenarios“ selbst zu und sieht sich verpflichtet (Führungsqualität), schnellstmöglich zu handeln, um die Situation und alle Beteiligten zu „retten“.

„Natürlich“ sei nun keine Zeit mehr zu reden, zu diskutieren oder gar zu verhandeln. Die „Lösung“ steht in der hegemonialen Diskurslinie bereits fest und wird als auszuführende „Realität“ präsentiert: “reality [...] on the near horizon” (ERT I:2). Aktionen müssen endlich durchgesetzt werden und gerade die gescheiterten Akteure dürften aufgrund ihrer Glaubwürdigkeit und deren Verlust (Verlustmotiv) – “losing credibility” (ERT VII:2) – nicht weiter zögern, endlich ihre großen Intentionen umzusetzen (Druck- bzw. Drohpotenzial): “Time for good intentions has run out” (ERT I:25).

Interessant im Bereich der „Lösung“ ist auch der dauernde Verweis auf das Wort “need”, das als “desperate need” (ERT VIII:4), “pressing need” (ERT I:25), “urgently needs” (ERT IV:6) oder auch “crying need” (ERT I:26) Bedarf und Bedürfnisse konstruiert. Sämtliche Interessen der Konzerne werden so Individuen, Regierungen oder auch Institutionen zugeschrieben: “Push through [...] to give certainty to businesses and consumers” (ERT III:4). Die Konstruktion legitimiert in Zusammenhang mit dem „überfälligen“ Zeitdruck die „notwendige“ Handlungsanweisung.

Auch bei EK finden sich Bedürfniskonstruktion zur Legitimation der hegemonialen Diskurslinie sowie das Festschreiben von „Realität“. Die hegemoniale „story line“ versucht sehr stark, allgemeinen Konsens für die Diskursziele zu vermitteln.

Die „Umsetzung“ enthält eine Reihe von Subjektpositionierungen mit Rollen- und Handlungszuschreibungen. Ins Gedächtnis gerufen werden noch einmal die drohenden Diskursmotive und das „Szenario“ als Scheitern der Akteure. Es wird also von vornherein klar gestellt, dass jetzt die „Zeit des Handelns“ gekommen sei und nicht mehr diskutiert werde: “Time is running out” (ERT VII:15), “We need to act now” (ERT I:2), “The Time has come” (ERT I:14), “There must be immediate action” (ERT I:6).

Bedeutsamkeit wird konstruiert und legitimiert so den Handlungsdruck. Kooperation und Zusammenarbeit sind dabei zwar erwünscht und gefordert, der Rahmen der Kooperation und deren Ziele sind aber bereits festgelegt. Zusammenarbeit passiert in Zusammenhang mit ERT-Interessen (selektiv). Dafür müssten alle Akteure ihren Beitrag zu selektiver Beeinflussung leisten: “Promote the spirit of enterprise throughout society, in industry, government, finance and in education” (ERT I:9). Der ERT sieht durch die im „Szenario“ legitimierte Besitznahme von Gestaltungsmacht und Führung seine Eingriffe in alle Gesellschaftssysteme als gerechtfertigt. Gesetze müssten in diesem Sinne entweder abgeschafft werden, wenn sie die ERT-Interessen behindern, oder neu implementiert werden, wenn sie diese stützen: “The need to lighten the burden of European legislation” (ERT I:24), “New markets should be allowed to grow free of legislation for legislation’s sake, untrammelled by controls and regulations” (ERT I:24); aber für ERT-Interessen sollte “a more supportive external and regulatory environment” (ERT I:16) geschaffen werden.

In der hegemonialen „story line“ wird also eine umfassende Umstrukturierung gefordert, um den hegemonialen Diskurs langfristig zu etablieren. Auch bei EK finden sich dementsprechend gehäuft die Forderungen zum tiefgreifenden „Wandel“.

Die „Kontrolle“ und die „Schlussformel“ des ERT sind vorwiegend durch drohende Zwangselemente bestimmt. Sie skizzieren “lesson[s]” (ERT II:2) bei Scheitern oder Nichteinhalten der Diskursforderungen (richtender Weltmarkt, richtende Globalisierung als Mythos): “the world marketplace will be our judge” (ERT VIII:5). “Frozen regulations and frozen attitudes will be swept aside by global markets” (ERT II:2). Auch das historische Motiv in Zusammenhang mit dem Verlust der Ehre bzw. Glaubwürdigkeit wird verwendet: “Lisbon process will be judged by history as one of the many unfulfilled promises and intentions” (ERT VII:5). Eine Beschwörung des „Wir-Gefühls“ und von Kooperation ähnlich der EK-Diskursstrategie können auftauchen, indem Kooperation verstanden wird als “co-operating closely to ensure the success” (ERT I:14).

Obwohl ERT und EK hier also andere rhetorische Mittel verwenden, um Zustimmung zu gewinnen (vorwiegend EK-Konsens vs. ERT-Zwang), wird die gleiche „story line“ verfolgt, um die strategischen Diskursziele von Handlungsbedarf und Zeitdruck durchzusetzen.

Interessant ist auch die ERT-Verwendung existenzialistischer Symboliken von Leben und Tod, um das Gesagte in Dramatik, Notwendigkeit und Legitimierung der Bedeutsamkeit zu stützen: “survive” (ERT I:19), “life blood” (ERT VII:3), “poison” (ERT I:17), “major injection of competition” (ERT VIII:4), “suicide” (ERT II:2), “creation” (VII:13), “breed[...]” (ERT III:1); und die „wahren“ und „reinen“ Absolutheitsmotive von “truly unified” (ERT X:3), “pure” (ERT X:3) oder “to create truly European centres of excellence” (ERT VIII:7)⁷¹. Diese absoluten Motive treten auch bei EK auf und unterstützen die „story line“ in ihren radikalen Forderungen.

V.2.3 ERT – Phänomenkonstellation

Grundlegend ist wiederum das Problem des Innovationsrückstandes in Europa sowie “a shortage of scientists and engineers” (ERT VII:7) in der “knowledge-based economy” (ERT VII:2).

Grafik 7: Phänomenkonstellation zu ideellem und materiellem Handlungsbedarf bei ERT

<i>Dimensionen</i>	<i>Inhaltliche Ausführung</i>
<i>Art des Problems</i>	Innovationsrückstand, zu wenig Risiko, zu wenig Anerkennung und Verständnis für UnternehmerInnen, Ziel Europas wäre eine neue Kultur des „Unternehmergeistes“
<i>Merkmale und kausale Zusammenhänge</i>	Europa zu ängstlich, hält an alten Mustern fest, wehrt sich gegen „notwendige“ Veränderungen, EuropäerInnen müssen „überzeugt“ werden (auf allen Ebenen, allen Bildungsstufen etc.)
<i>Folgen / Handlungsbedarf</i>	Unternehmergeist und Risikofreude müssen – schnellstens

⁷¹Diese Wahrheits- oder Echtheitsmotive irritieren bereits bei den EK-Dokumenten, da sie oft gänzlich unerwartet auftreten und Fragen aufwerfen: Was ist „nicht echt“? Auch das Ziel, „ein echtes Europa des Wissens zu schaffen“ (EK VIII:11), lässt die Vermutung zu, Europa hätte noch kein „echtes“ Wissen hervorgebracht (selektive Definitionsmacht), dies scheint angesichts europäischer DenkerInnengeschichte eine sehr fragwürdige Aussage. Wenn sich Universitäten auf ihre „echten Stärken“ (EK X:6) konzentrieren sollen, kann man hier ebenso davon ausgehen, dass diese nicht so einfach definiert und festgelegt werden können (selektiv).

	(Zeitmotiv) – in allen Lehr- und Studienplänen implementiert werden und darüber hinaus gesetzlich und politisch gefördert werden (Anweisungen an Recht, Ausbildung / Erziehung, Politik)
<i>Handlungswege / Problemlösung</i>	<i>ideell</i> : Kooperation im Sinne des ERT-Konsens, durch alle zur Verfügung stehenden Vermittlungsmöglichkeiten; “enthusiasm” schaffen, “understanding” fördern etc.; <i>materiell</i> : Liberalisierung, Implementierung, Lehr- und Studienpläne
<i>Wertimplikationen / -bezug</i>	Anerkennung für die Personen, die „Wohlstand schaffen“
<i>Protagonisten - Verantwortung und Zuständigkeiten</i>	ERT / “business world” (ERT IV:6); Politik (nationale Regierungen, EU-Organe: Rat, EK); Rechtserzeugungsquellen; (Aus-) Bildungsinstitutionen; Individuen
<i>Selbstpositionierung</i>	(Wohlstand) schaffend, hart arbeitend, engagiert, rettend
<i>Fremdpositionierung</i>	müssen erst verstehen lernen > ausführend, anpassend

Der ERT bringt Rückstand in Verbindung mit der “risk aversion” (ERT II:2) und der fehlenden Anerkennung für UnternehmerInnen sowie dem mangelhaften und „willkürlichen“ (“unpredictable” (ERT I:24)) Rahmen gegenüber Innovation in Erziehung, Politik und Recht: “Radically reduce unjustified regulatory constraints (environmental, administrative etc.) which hold back the development, production and introduction to market of new products and technologies” (ERT VII:13). Forschung habe im Europäischen Hochschulraum ein prioritäres Ziel: Neue Produkte erfolgreich auf den Markt zu bringen.

Ziel wäre laut ERT eine neue Kultur, eine “entrepreneurial culture” (ERT VII:7) zu schaffen verbunden mit einem “spirit of enterprise” (ERT I:9), der “throughout society, in industry, government, finance and in education” (ERT I:9) beworben werden müsse. EuropäerInnen seien zu borniert – “inward-looking all the time” (ERT I:10) –, um “enthusiasm” (ERT I:29) zu entwickeln “for the creation” (ERT I:6) des Neuen (Gestaltungs- und Fortschrittsmotiv). Die hegemoniale „story line“ bedient sich also sowohl bei ERT als auch EK des Kulturmotivs, um umfassende Veränderungen einzuleiten und emotional-affektiv durch Identifikation und Klassifikationen (Wertungen) vorzubereiten.

“You know, the European Union has no choice but to act” (ERT VIII:5). Veränderungen müssen auf allen Ebenen umfassend vorangetrieben werden. Alle Akteure müssen schnellstmöglich (Zeitmotiv) vom Modell überzeugt werden. “Urgency is acute” (ERT VI:5).

Modelle von “School-industry cooperation” (ERT I:18) und Implementierung der “basic business education” (ERT I:29) müssen nicht nur in allen Lehrplänen und Fachdisziplinen Eingang finden (vgl. EK I:19), sondern auch von der Politik und den Medien verbreitet werden sowie durch die Legislative stabilisiert werden. Das “institutional deficit” (ERT II:1) müsse durch “stronger leadership” (ERT VIII:4) und “decisive action” (ERT IX:1) beseitigt werden. Der „Unternehmergeist“ bzw. der “spirit of enterprise” (ERT I:9) dürfe nicht weiter unterdrückt werden (konstruierte Bedürfnisse), sondern müsse aktiv gefördert und öffentlich mit Anerkennung gewürdigt werden.

Die hegemoniale „story line“ ist also durch ihre starken Subjektpositionierungen ein allumfassendes, ideell wie materiell angelegtes hegemoniales Projekt der Diskurskoalition.

Für die öffentliche Anerkennung fordert der ERT (aber auch die EK) stärkere “incentives” (ERT I:12) und “rewards” (ERT V:26), um “prizing success” (ERT II:3) zu ermöglichen. Es zeigt sich v.a. bei ERT durch die Klassifikation eine autoritär-disziplinierende Diskursstrategie von Belohnung und – inhärenter Negativseite – von Bestrafung (positive vs. negative Sanktion). Dieser führt nicht nur zu Entmündigung, sondern auch zu fremddeterminierter, extrinsischer Motivation⁷².

Für den Europäischen Hochschulraum wird vom ERT gefordert, “to extend the Single Market concept into the world of academia” (ERT I:15) – andererseits erkennen die hegemonialen Diskursakteure ERT und EK auch, dass es um mehr geht als bloße materielle Umstrukturierung: “not merely a matter of knowledge infrastructure, but crucially of mentality” (ERT VIII:2). Der ERT wünscht sich mehr Anerkennung: “personal success should no longer be signed out” (ERT I:9), “initiative and take risks naturally expect to be rewarded” (ERT I:12). Erfolg, Risiko und Kapitalakkumulation werden als neue Ideale präsentiert – “engine” (ERT VII:2), “positive driver” (ERT I:8), “a ‘can do’ culture” (ERT I:8) – die auch steuerlich belohnt werden sollen: “Adjust tax rewards for those bearing the highest risks” (ERT I:23). Legitimiert wird die Forderung also durch die moralische Positionierung der „ertragenen“ Risikoübernahme und der ästhetischen Selbstdarstellung des Risikofreudigen und Mutigen.

Sowohl EK als auch ERT erkennen die Bedeutung einer parallel-ideellen Stabilisierung des hegemonialen Diskurses an und führen eine „story line“, die mit wertenden Klassifikationen und Identifikationen für ein allgemeines Interesse, „zum Wohle aller“, argumentiert.

⁷²(vgl. dazu auch Ribolits 1995:127ff)

Die moralisch-normative Variante der Selbstpositionierung besagt, dass “financial advantage should accrue to those who generate wealth” (ERT I:22). Die Selbstposition ist also rettend, wohlwollend und hart arbeitend, daher „wohlverdient“. Die Reichen und Erfolgreichen sollen noch reicher werden können, indem “raising the variable part of personal income should be permitted and encouraged” (ERT I:12). Andererseits wird dadurch auch Konkurrenz und Prekarität erzeugt, etwa auch bei den Gehältern der Lehrenden auf Universitäten, die von den Diskursstrategien miterfasst werden. „Engagement“ und Leistung sollen dabei belohnt werden – “increase the rewards and incentives” (ERT I:26) – wodurch auch Abhängigkeit von Definitionsmächten („Leistung“, „Exzellenz“ etc.) entsteht.

Die Fremdposition wird gekennzeichnet durch ein “lack of understanding” (ERT VIII:2) und außerdem Irrtum: “they are wrong” (ERT VIII:2). Dadurch wird die eigene transportierte Wahrheit als einzig und absolut untermauert.

Diese richtet sich an die Fremdposition als Auftrag “to radically alter the climate” (ERT VIII:2). Die Fremdposition soll Anweisungen befolgen, da sie selbst noch nicht versteht – “Probably the most difficult thing [...] to understand is the dual concept of risk and reward” (ERT I:25) – und erst verstehen lernen muss. Sie wird also mit dem „Bedürfnis“ der Lenkung, Leitung und Orientierung zu Anpassung und Ausführung ausgestattet.

Auch bei EK finden wir diese Strategie der „story line“, sich selbst als lenkend, leitend und „unterstützend“ zu präsentieren. Bevormundung wird konstruiert, um so Anweisungen hegemonial durchzusetzen.

Auch das Motiv der „Ermutigung“ der EK-Diskursstrategie (konstruierter Wunsch, leitende Selbstposition) findet sich im “encouragement” (ERT III:4) des ERT wieder.

An die Prinzipien “Innovation, benchmarking, upskilling, customer focus and speed-to-market” (ERT I:15) müssen sich auch die europäischen Forschungsakteure anpassen, da diese Prinzipien als “top priorities in Europe’s research establishments” (ERT I:15) definiert werden, “to keep alive the concept of competitiveness” (ERT I:15). Die Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung dürften damit jedoch schwer beeinträchtigt werden, v.a. wenn es heißt, dass “research was targeted from the start to develop a product that was fast, low cost” (ERT I:15) und allgemeiner, dass “education is a major growth sector with a Europe-wide potential and a growing export market” (ERT I:19).

In der hegemonialen „story line“ werden neue Werte für Wissenschaft und Forschung definiert: “Good science must take place close to the market“ (ERT I:15). Der Wert des Wissens allgemein wird bei ERT mit der Annahme konstruiert, dass “Knowledge has value when it is relevant to the business” (ERT V:29).

V.2.4 ERT – Klassifikationen

Es werden ähnliche Klassifikationsschemen wie bei EK verwendet. Die Begriffe sind zahlreicher, unterschiedlicher und strategisch verstärkend eingesetzt. Abschnitte zur Konstruktion von Abwertung können unterschiedlichste Negativwörter enthalten und fallen dabei durch ihre große rhetorische Vielfalt und Varietät auf. Zur Illustration greife ich einen Absatz von sechs Sätzen heraus, der bereits zehn unterschiedliche Begriffe zur Konstruktion abwertender Klassifikation enthält: “still suffers”, “relatively low”, “highly fragmented”, “very little”, “too weak”, “little”, “fails”, “highly unsatisfactory”, “rigidities”, “unnecessary duplication” (ERT VI:6). Der Einfallsreichtum in der Rhetorik könnte mit dem Ziel langfristiger und breiter Stabilisierung von Denkmustern und Assoziationen eingesetzt werden. Steigerungsformen sind vor allem bei den strahlenden Positivwörtern zu finden, z.B. bei “completely new” (ERT I:3), “massively exciting” (ERT I:24) oder “the best and brightest” (ERT VII:3).

Populistische Elemente tauchen auch in der Abwertung des Gegenübers durch den ERT auf: “The same people who are raising this concern [...] are failing to implement it! Surely we can do better than this?” (ERT VIII:2). Ähnlich einer Oppositionsdebatte werden Akteure als unfähig, nicht engagiert und durchsetzungs- bzw. handlungsunfähig dargestellt. Das eigene Selbstbild konstruiert demgegenüber den handlungsfähigen, starken Akteur, der „hält was er verspricht“ – “Permit me” (ERT VIII:2) – und „nicht nur redet, sondern handelt“: “The point is: Enough diagnosis!” (ERT VIII:2), “Solve problems, not identify them” (ERT VI:5). Weiteres populistisches Element ist die Identifikation mit der „harten Arbeit“, mit der praktischen Erfahrung gegenüber „willkürlicher“ und fauler/ „verkopfter“ Bürokratie und vom kleinen Mann und seiner unternehmerischen Erfolgsstory (ähnlich dem amerikanischen Arbeitsmythos vom Tellerwäscher zum Millionär): So wird aus “rather behind” (ERT V:18) in Zusammenhang mit dem hart arbeitenden “took pains” (ERT I:18) die Erfolgsstory zum “global leader” (ERT I:17). Auch die Rolle des Vorreiters, Wagemutigen und Visionärs wird konstruiert, wenn z.B. “at a time when venture capital was scarce” (ERT I:22) ein

Unternehmen, das risikobereite Schritte wagt, schließlich zur “largest [...] company in Europe” (ERT I:22) wird. Da man selbst “frank” (ERT II:2), “precise” (ERT IV:5) und “ambitious” (ERT II:2) ist – während die Gegenposition unglaublich, rigide bürokratisch und “leisurely” (ERT I:5), also sozusagen „arbeitsfaul“ ist – sind diese Erfolge, vom Kleinen zum ganz Großen, „wohl verdient“.

Das Ehrlichkeitsmotiv des “frank” (ERT II:2), “real” (ERT I:18), “genuine” (ERT I:12) und “truly” (ERT VII:7) ist ein zu absolutistischen Ansprüchen auf Wahrheit und Reinheit ausuferndes Element der Diskursstrategie, das totalistische Züge trägt. Es wird dadurch klassifiziert in Echtes, Reines, Gutes – und dessen Gegenteil.

Auch bei EK treten diese Motive auf. Die hegemoniale „story line“ bedient sich allgemein einer auffällig stark wertenden Klassifikationsstrategie.

Die verstärkte Konstruktion von Bedeutsamkeit wird durch ein visionäres, historisch einzigartiges und herausragendes Möglichkeits- und Chancenmotiv konstruiert, um die entsprechend einschneidenden, totalitären Bewusstseinsbedingungen und radikalen Umstrukturierungsforderungen des hegemonialen Diskurses ausreichend – und betont „langfristig“ – zu legitimieren.

Auch bei der EK finden wir diese ERT-„story line“, die mit Geschichtlichkeit ein Druckmittel bezogen auf Handlungsnotwendigkeit / -bedarf und Zeitrahmen konstruiert und die negative Klassifikation der selbstverschuldeten, „verspielten Chance“ bei Nicht-Handeln einsetzt, um zu mobilisieren.

Die Selbstposition wird dabei sowohl bei EK als auch bei ERT als das Anzustrebende, das Bedeutsame präsentiert.

Grafik 8: Klassifikationen Selbstbild – Fremdbild ERT

<i>strahlend / führend / Weitblick / aktiv</i> “truly essential” (ERT II:1); “need excellence, breed excellence, nurture excellence” (ERT VIII:5); “it invites us to look with fresh eyes” (ERT I:3); “long-term results” (ERT I:18) “real stimulus” (ERT VIII:5)	<i>ausführend / kurzsichtig / borniert / passiv</i> “from passive into an active and far more productive process” (ERT I:18); “inward-looking all the time” (ERT I:10); “‘walk the talk’ ” (ERT IX:3); “unless the EU wakes up” (ERT III:1)
<i>mächtig / stark / mutig / rettend</i> “stale and hidebound ways of thinking and	<i>schwach / ängstlich / rückständig / zu wenig</i> “severely weakened” (ERT IV:6)

acting” (ERT I:3); “As ERT members we are convinced that this situation can be put right” (ERT I:2); “without delay” (ERT I:18)	“deficit” (ERT II:1) “still underdeveloped” (ERT I:18) “persistent mismatch” (ERT I:18)
<i>bedeutsam / wichtig / fähig</i> “tremendous opportunity” (ERT IV:6) “extraordinary possibilities” (ERT IV:7) “real motor” (ERT X:1); “paramount importance” (ERT IV:3); “potential” (ERT X:1) “fundamentally important” (ERT IV:3)	<i>unbedeutsam / unwichtig / unfähig</i> “too little has been achieved until now” (ERT VII:5) “poorly equipped university” (ERT VII:7) “not be able to achieve” (ERT X:1) “declining” (ERT VIII:1)
<i>ehrgeizig / praktisch arbeitend / engagiert</i> “ambitious” (ERT II:2); “much can be done” (ERT IV:7); “extensive preparatory work” (ERT IV:7); “wholehearted support” (ERT II:1) “practical priorities” (ERT IX:3)	<i>faul / bürokratisch / nicht engagiert</i> “risk aversion” (ERT II:2); “resistance to change” (ERT I:7); “the pace of progress remains leisurely” (ERT I:5); “low” (ERT VIII:1); “under-motivated” (ERT VII:2)

Als zentrales neoliberales Klassifikationsschema für die Rechtfertigung von Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung (als strategische Interessen der „story line“) taucht bei ERT (und auch EK) immer wieder der Gegensatz von Staat vs. Markt auf. Während staatliche Gesetze und Verwaltung als kompliziert, (unnötig) hinderlich, praxisfern und langsam dargestellt werden, ergibt sich auch für den Europäischen Hochschulraum ein direkteres, ehrlicheres, durchsetzungs- und handlungsfähigeres sowie an der „realistischen“ Praxis orientiertes Gegenbild der Privatwirtschaft und privater Anbieter, das von Engagement und harter Arbeit sowie Leistung gekennzeichnet ist.

Grafik 9: Privatisierungs- / Deregulierungs- / Liberalisierungsmotiv bei ERT-Diskursstrategie

privat

öffentlich

<i>durchsetzungs- und handlungsfähig / sofort</i> “time is a luxury we can’t afford” (ERT II:1) “Business says <i>Do it NOW!</i> ” (ERT VIII:5) “Urgency is acute” (ERT VI:5); “corrective action” (ERT VII:12); “decisive” (ERT IX:1)	<i>langsam / rückständig / unfähig</i> “failed to keep step with the pace of innovation” (ERT I:13); “go for the quiet life” (ERT II:3) “ERT is concerned at the slowness of Europe’s economic and social progress” (ERT VII:1)
<i>freisetzend / befreiend / dynamisch</i> “self-regulation” (ERT III:4); “New markets should be allowed to grow free of legislation”	<i>hinderlich / verhindernd / starr</i> “immeasurable harm” (ERT II:2); “weaken growth” (ERT III:1); “barriers and rigidities”

(ERT I:24); “flexible forms” (ERT II:2); “move forward” (ERT IV:7); “freeing” (ERT VIII:2) “a brisk dose of competition” (ERT VIII:4)	(ERT III:2); “frozen regulations and frozen attitudes” (ERT II:2); “penalise” (ERT I:29) “strangles” (ERT VII:13); “burden” (ERT III:3)
<i>Handlung / Aktion / Tat / Praxiserfahrung</i> “match deeds to words” (ERT II:2); “We need to give the doer space” (ERT I:28); “Solve problems, not identify them” (ERT VI:5); “It’s time to get real” (ERT VI:4)	<i>leere Worte / Theorie / praxsifern</i> “not just declaration” (ERT VII:1); “The point is: Enough diagnosis!” (ERT VIII:2); “ideas are nothing without implementation” (ERT VIII:1) “unfulfilled promises” (ERT VII:5)
<i>ehrlich / direkt / konkret / genau</i> “frank” (ERT II:2); “precise” (ERT IV:5); “real” (ERT I:18); “genuine” (ERT I:12); “focus” (ERT IV:3); “truly” (ERT VII:7), “well, I’ll be frank” (ERT VIII:3); “clear goal” (ERT VIII:1) “Let’s come clean: [...]” (ERT II:4)	<i>unehrlich / kompliziert / willkürlich</i> “too complex and inappropriate” (ERT VIII:4) “unnecessary and excessive rigidities” (ERT VII:7); “drastically reduce the demands” (ERT I:12); “regulations in Europe are increasingly unpredictable” (ERT I:24)

Dieses Schema wird in der hegemonialen Diskursstrategie auch auf den Bildungssektor übertragen, da z.B. Universitäten eine „Monopolstellung“ – “Universities no longer have the monopoly on disseminating knowledge” (ERT I:18) – besitzen, die nach neoklassischer Ansicht beseitigt werden müsse: “education is a market opportunity and should be treated as such” (ERT I:18). Die neoklassische Perspektive sieht durch öffentliche Güter eine „Verzerrung“ am Markt: “Nowadays there are far more players in the higher education market [...] We cannot leave all action in the hands of the public sector [...] Industry has also a role to play” (ERT I:18). Bildung und Wissenschaft werden als Marktchancen und Marktlücken begriffen, die eine “transformation of scientific breakthroughs [...] into commercial success” (ERT I:13) schaffen sollen.

Der hegemoniale Bildungsdiskurs wird also von den Diskursproduzenten – EK und ERT – in eine neoklassische bzw. neoliberale Richtung gesteuert.

V.2.5 ERT – Deutungsmuster

Die im EK-Teil dargestellten Deutungsmuster sind auch in der ERT-Diskursstrategie vorzufinden. Es ergibt sich wiederum ein spezifisches Muster und es ergeben sich auch Widersprüche.

Bevor ich die bereits vorgestellten Deutungsmuster von EK auch bei ERT analysiere, werde ich noch explizit auf ein auffälliges Deutungsmuster der ERT-Diskursstrategie hinweisen, das in den EK-Dokumenten aufgrund anderer Publikumszentrierung nicht auftritt, bei ERT jedoch viele rhetorische Stilmittel erklärt. Nach Eva Kreisky (2002) ist nämlich die radikale Ideologie des Neoliberalismus in Verbindung mit dem „Maskulinismus“ zu sehen.

Der Maskulinismus produziert eigene kulturelle Ikonen und Rollenbilder (vgl. Lang 2001:91). Als in den 70er Jahren die neoliberale Offensive stattfand, wurde diese zuvor bereits durch männlich besetzte neoliberale „Think Tanks“ vorbereitet, die konsistent androzentristische Mentalitäten und Diskurse generierten. Werte von männlicher Risikobereitschaft, Mut, Robustheit, Tüchtigkeit, Härte und Beharrlichkeit wurden als Flexibilität, Aktivität und Leistungsstärke stilisiert (Anm.: ERT-Besetzung). „Wilder Kapitalismus“ entspricht somit „wilder Männlichkeit“, wobei nicht nur Frauen, sondern auch nicht dem Bild entsprechende Männer diskriminiert werden. Über- und Unterordnung betrifft zunehmend auch Männer und „Männlichkeiten“, Konkurrenz ereignet sich nicht nur zwischen den Geschlechtern, sondern auch innerhalb der Genusgruppe. Dabei zählt nicht mehr soziale Gerechtigkeit als Zielwert, sondern der „faire Sportsgeist“ vom Gewinnen, Verlieren und widerspruchslösen Annehmen der „selbstverschuldeten“ Ordnung. Führungsrhetorik wird dabei mit „Scheinkonsensualität“ abgeschwächt. Der „Kult des Winners“ erfasst alle Lebensbereiche und rechtfertigt den Kampf jede(r) gegen jede(n), v.a. am Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Dabei treiben „imperiale Männerphantasien“ (Kreisky 2002:85) die Ökonomisierung der Welt voran. Die zugrunde liegenden Machtasymmetrien erzeugen Ungleichheiten sowie ökonomisches Wachstum und Prosperität für wenige. Sie verschweigen die Lebensinteressen von Minderheiten, darunter auch zum Großteil von Frauen (vgl. Kreisky 2002:80ff). Sabine Lang (2001) erkennt in der Reprivatisierung von Geschlechterverhältnissen in vielen bereits frauenrechtlich erkämpften gesellschaftlichen Bereichen ein Wiedererstarken von Patriarchat und Maskulinismus (vgl. ebd.:91ff). Männlichkeitskonstruktion als „maskuline *Mächtigkeit*“ wird in gesellschaftlichen Diskursen erzeugt und in sozialen Praktiken generiert und verdichtet. Die Hegemonialität unterliegt dabei historischen Aktualisierungen, so wird etwa der pflichterfüllende Soldat des Nationalstaats zum innovativen, wagemutigen, risikofreudigen Unternehmer als Männlichkeitsideal bürgerlicher Eliten in Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung (vgl. Kreisky 2002:85f). Bourdieu (1997b) sieht den „männlichen Habitus“ v.a. in „Spielen“ des Wettbewerbs realisiert, also den gesellschaftlichen Feldern, die Frauen, aber auch andere

Männer ausgrenzen und einem kleinen „mächtigen“ Männerzirkel vorbehalten bleiben (Anm.: ERT als wirtschaftliche Elite) (vgl. ebd.:203ff). Die Hegemonie des Finanzsektors generiert dabei neue Praxisfelder und -formen. Internationale Machtzirkel bilden ein komplexes Ensemble auffällig maskuliner Figuren, mit verschärfender asymmetrischer Geschlechtertendenz (vgl. Kreisky 2002:86ff). Maskuline Rhetorik findet sich in der ERT-Diskursstrategie sehr stark bei den Klassifikationen, aber auch bei dem Anbieten von Lösungen und der Darstellung der heroisierten, „männlichen“ Unternehmer-Selbstposition als erfahrene, handlungs- und durchsetzungsfähige „starke Führung“ mit Weitblick und „korrigierender“ Praxis.

Das neoliberale Konzept der „story line“ ist bei ERT deutlicher ausgedrückt als bei EK. Zentrale Elemente des Neoliberalismus – etwa Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung – werden schon fast formelhaft in allen Dokumenten wiederholt und ausdrücklich gefordert. Die Ausprägung der neoliberalen Richtung erreicht eine Radikalität, die sie in der EK-Diskursstrategie nicht hat, da die EK den Neoliberalismus abschwächen muss und mit sozialen Kompromissen in Verbindung setzt (Publikum, Konsultationsprozesse). Der ERT kann die Ideologie des Neoliberalismus voll ausspielen, und spielt auch mit allen Mythen, wie etwa Naturmotiven oder Alternativlosigkeit: “That is the way of the world” (ERT I:24), “You know, the European Union has no choice but to act” (ERT VIII:5), sowie dem Druck durch Vergleich und Standortwettbewerb: “This means less regulation for us, because it cannot mean more regulation for them” (ERT II:5). Es wird explizit der Konnex zur Darwinschen Theorie der sozialen Selektion und dem „Recht des Stärkeren“ hergestellt, u.a. durch das plakative Zitieren einer Aussage Charles Darwins aus dem Werk zu “The Origin of Species by means of Natural Selection” (ERT V:2) am Beginn des Arbeitspapiers zur Vorbereitung auf den EU-Stockholm Gipfel 2001.

In Verbindung mit der sozialen Selektion des neoliberalen Marktradikalismus findet sich auch das Gewinner-Verlierermotiv – “There have to be winners and losers” (ERT VIII:4) – des neorealistischen Nicht-Nullsummenspiels in der „story line“ wieder. Dabei wird bei ERT auch die Angst vor Abhängigkeit und dem Verlust der Gestaltungsmacht ausgespielt: “If we don’t pull it off, then the American model will take us” (ERT I:24). Es werden prestigeträchtige oder auch normative Werte von Führung und Stärke sowie Größe und Ausdehnung konstruiert: “optimism [...] growth [...] creation [...] largest in the world [...] widen [...] greater [...] Enlargement” (ERT I:4). Stark ausgeprägt ist auch das

Potenzialmotiv des „Global Players“: “ability to be a global winner” (ERT IV:6), “Europe still has an opportunity to [...] compete successfully with the current US leadership” (ERT VII:15), “our unique potential” (ERT III:2). Während das Verlustmotiv – “loss of leadership” (ERT VIII:2) – die verspielten Chancen und Potenziale betont und die Abwanderung von Investitionen und intellektuellen Potenzialen ins Ausland (v.a. USA) als Verlustkarte ausspielt, die weitere Handlungsanweisungen legitimieren soll, spielt das Potenzialmotiv gerade mit dem gegenteiligen positiven Mobilisierungseffekt, wenn es die aufregenden, spannenden, “massively exciting” (ERT I:24) Möglichkeiten betont, die der Fortschritt bringt, wenn Europa sein Potenzial „richtig“ (Bedingung und Handlungsanweisung) nützt: “Liberalisation of services and utilities” (ERT VI:8), auch der Bildungsdienstleistungen.

Im „Global Player“- Rennen ist noch interessant, welche „Ansprüche“ gegenüber den “rivals” (ERT VIII:1) vertreten werden und in Verbindung mit Stolz bzw. Ehre gelten könnten: So wird gedroht mit dem „Abfall“ Europas zum “Rest of the World” (ERT VII:10) (davon ausgenommen USA) bzw. muss die EU sich mit anderen Gegnern messen, die „plötzlich“ Ansprüche auf die „Global Player“- Karte stellen (explizit hervorgehoben als „überraschende“ Gegner werden China, Indien und Malaysien (vgl. ERT VIII:3)). Die Angst vor dem „Abfall zum Durchschnitt“ scheint sehr groß – “it risks not only being left behind, but condemned to playing an increasingly declining economic and political role” (ERT VII:4) – und sie stabilisiert das starke neorealistische Führungsmotiv: “We have to be the best” (ERT VIII:5).

Die bildungsökonomische Komponente der „story line“ wird bei ERT durch den radikalen Neoliberalismus erweitert. Nicht nur Kosten-Nutzen Rechnungen, sondern zentral auch Profitrechnungen stehen im Vordergrund. Das *Angebot-Nachfrage-Konzept* taucht wie bei der EK-Diskursstrategie auch bei der ERT-Linie in der selektiven Förderung von ICT, Life Sciences, Naturwissenschaften und Technik (vgl. EK I:7) als nachgefragte Disziplinen am „neuen“ Markt auf. Weiters soll der „Unternehmergeist“ in allen Lehr- und Studienplänen implementiert werden. Die freie Bildungswahl wird bereits mit einem Rahmen versehen, in dem Wissen/Bildung nur dann wertvoll ist, “when it is relevant to the business” (ERT V:29). “The higher the usefulness of the knowledge, the higher the reward is” (ERT V:23) gilt auch für die Entlohnung von WissenschaftlerInnen und deren Forschung.

Das Innovationsmotiv der Neoklassik ist zentraler Diskurspunkt von ERT und EK. Patentschutz und geistiges Eigentum sind bei ERT klare neoklassische Interessen in der „Wissensindustrie“ (EK IX:12) und es kommt im Diskurs zu Forderungen nach einem “cost-effective Community Patent” (ERT VI:6) für den Europäischen Forschungsraum. Das Ziel, “setting up active research and innovation policies and maintaining a high level of intellectual property protection” (ERT X:3) ist stärker prestigeträchtig motiviert als bei EK, da das Verlustmotiv stärker betont wird.

Marktregulierungen sollen als “burden” (ERT III:3) bekämpft werden und stattdessen müssten “incentives” (ERT I:12) für Investitionen geschaffen werden. Andernfalls, “in the absence of attractive framework conditions [...] more and more companies will increasingly prefer to grow outside the EU” (ERT VII:10) (Verlustmotiv). Moralisch wird argumentiert, dass öffentliche Gelder Private fördern sollen und diese nicht an ihrer Konkurrenzfähigkeit hindern dürfen. Die Rolle des Staates wird also neoklassisch darauf beschränkt, Barrieren für den freien Handel abzubauen – “fighting over-regulation” (ERT VI:8) – und durch Marktzutrittsregulierungen Wettbewerb zu fördern: “Establish impact assessment mechanisms to evaluate current and proposed new regulation” (ERT VI:8).

Die neoklassische Komponente der „story line“ argumentiert also auf mehreren Ebenen (ideell, materiell), um zentrale Diskursinteressen durchzusetzen. Die Diskursstrategie bedient sich dabei verschiedener Akteure (zentral auch des Staates), um den hegemonialen Diskurs zu reproduzieren und zu stabilisieren.

Die liberalistische Anthropologie wird bei ERT mit dem negativen Menschenbild des Realismus verbunden und es wird v.a. das eigene Nutzenkalkül des Individuums betont: “Getting a person to enhance other people’s knowledge by voluntarily contributing his or her own does not happen easily” (ERT V:23). Moralisch wird der Respekt vor dem Individuum betont, jedoch explizit eingebettet in bestimmte Zusammenhänge (KonsumentInnenorientierung): “The new culture values customer satisfaction, respect for the individual, achievement and continuous learning” (ERT I:17).

Trotz der Betonung individueller Verantwortung für Ausbildung und Beschäftigungsfähigkeit, ganz im Sinne der Individualisierungstrends – “individuals need to take greater responsibility for their own employability” (ERT V:6) –, widerspricht sich der ERT bei der „Freiheit“ und „Selbstbestimmtheit“ der Individuen, wenn er diese neu kreieren will und dabei eine vollkommene Determination und Gleichmachung vornehmen möchte: to create “The New European” (ERT IV:4). Das Individuum als Einzelkämpfer mit individueller

Erfolgsstory („Tellerwäschermythos“) wird ausgespielt, um auf die individuelle Verantwortlichkeit für Erfolg und Misserfolg hinzuweisen: „Its success has its origin in the willingness [...] to take risks“ (ERT I:20).

Es scheint, als benütze die ERT-Diskursstrategie das liberalistische Modell zur Legitimierung von Liberalisierungen im Sozialbereich (Anm.: z.B. um Risikokapital durch Privatpensionen freizusetzen), während die liberalistische Anthropologie bei zentralen Punkten wie freiem Willen oder freier Bildungswahl deutlich beschnitten wird. Medien, Bildung und Politik werden gleichgeschaltet – „commonsense information“ (ERT I:9) – und Lehr- / Studienpläne selektiv mit benötigten Kompetenzen in ICT und Naturwissenschaften gefüllt. Droh- bzw. Druckpotenziale (Arbeitsmarkt) werden parallel für die Anpassung eingesetzt. Es geht dem ERT um „fundamental change in the behaviour and attitudes“ (ERT I:14) des Kollektivs, d.h. für die Erziehungs- und Bildungsinstitutionen, dass „Europe’s education leaders also need to embrace innovation“ (ERT I:18) und „messages must be underlined in the classroom and reinforced through career advisers“ (ERT V:6).

Die hegemoniale „story line“ zeigt deutlich, wie radikal die Umstrukturierung und die umfassende Umsetzung sowohl von ERT als auch EK forciert werden.

V.2.6 Gemeinsame „Story Line“, doch Unterschiede im Argumentationsstil

EK und ERT verfolgen in zentralen Punkten eine gemeinsame „story line“, die sich jedoch aufgrund des unterschiedlichen Publikums (vgl. Keller 2005a:229) in der Art und Weise der Vermittlung der Botschaft durch die Dokumentarten unterscheidet. Publikum, Ressourcen und die damit verbundene Strategieorientierung müssen auch in Verbindung zu den Eigenheiten der Sprecherpositionen⁷³ gesehen werden: Der ERT als informelles „konsensuales“ Interessensforum steht dem öffentlich-transparenten EU-Organ EK gegenüber, das einen institutionellen Rollenauftrag zu erfüllen hat. Die Unterschiede der beiden Diskursstrategien beziehen sich also weniger auf die Inhalte (diese werden von ERT an EK dirigiert und großteils übernommen, sie entsprechen also einer hierarchischen Diskursformation), sondern eher auf die rhetorischen Mittel der Diskursführung.

⁷³Nach Keller (2005a) sind Regeln diskursiver Formationen (Feld) und Ressourcenverteilung (Symbolik etc.) zentral für die formulierbaren Inhalte: „Wer darf legitimerweise wo sprechen? Was darf/ kann dort wie gesagt werden? Welche Konsequenzen sind damit verbunden?“ (ebd.:228).

So forciert die EK als Strategie einen *moralischen Angstdiskurs*, der aufgrund von „Notwendigkeit“ und „Dringlichkeit“ (Zeit- und Hektikmotiv) die tradierten Strukturen und Verhaltensmuster (vgl. den auf Neuerungen träge reagierenden Alltagsverstand bei Gramsci⁷⁴) aufbrechen will und zwar durch emotional-affektive Reaktionen auf existenzielle Bedrohungsszenarien (Arbeitslosigkeit, Unsicherheiten am Arbeitsmarkt, Konkurrenz etc.). Die Diskursstrategie stützt ihre moralische Argumentation mit *kognitiv-nüchternen* Zahlenargumenten, die jedoch nicht so ästhetisiert und prestigeträchtig aufgeladen werden wie bei ERT. EK möchte moralisch überzeugen und baut daher vermehrt auf das *Konsens-Element*.

Die ERT-Diskursstrategie möchte ebenso wie die EK-Strategie alte Muster aufbrechen und argumentiert dabei sogar noch stärker mit “radically change” (ERT I:7) und “dramatic turnaround” (ERT VIII:4), um eine tief greifende und langfristige Umstrukturierung – “strong long term commitments” (ERT VII:4) – zu sichern. „Weitblick“ wird mehrmals betont: “leadership and competitiveness in the longer-term” (ERT X:3). Der ERT bedient sich dafür v.a. eines positiven Neuerungs- und Fortschrittsmotivs von “move forward” (ERT IV:7), “renewal” (ERT VII:2) und “enjoy real enterprise experience” (ERT I:18), um zu mobilisieren: “We are on the brink of something massively exciting” (ERT I:24). Je nach Publikum wird in den eigenen Reihen strahlende Führung, für die Akteure in Politik und Recht autoritäre Führung – “take corrective action” (ERT VII:12) – präsentiert. Diese Führung wird ästhetisch und normativ untermauert mit der “challenge” (ERT X:3) “to change society” (ERT I:7) und “change the world” (ERT II:3) (*ästhetisch-normatives Führungsmotiv*). Selten wird auch ein moralisches Element ausgespielt, das in Verbindung zum Normativen steht und Bedeutsamkeit sowie Verantwortlichkeit zur Ausführung transportiert: “We owe this to our citizens, young and old” (ERT I:6), “How we respond to the changes now will determine the kind of world we leave to our children in the 21st century” (ERT I:3). Diese ermutigende, Ehrgeiz verbreitende Diskursführung – “excite and attract” (ERT I:3) – soll eigene Reihen in der Wirtschaftselite zu mehr Selbstwert und stärkeren Forderungen mobilisieren, sowie anderen Adressaten die Führungsqualität und -kapazitäten der europäischen kapitalistischen Klasse vor Augen führen. Bedenkt man die männliche Zusammensetzung des ERT und die große Dominanz männlicher Unternehmer bei Business-Foren sowie die Vielzahl männlicher Regierungschefs als Teil des Adressatenpublikums, kann man einen – man könnte sagen – „Testosteron- und

⁷⁴Nach Gramsci (1929-1933) ist der Alltagsverstand durch Konservatismus, Neuerungsfeindlichkeit und Widersprüchlichkeit gekennzeichnet (vgl. Bernhard 2005:145).

Andrenalindiskurs“ sehen: “it’s the thrill and excitement of doing business in a fast changing world which today’s Europeans have to enjoy” (ERT II:5). Es tauchen Motive des sportlichen Wettkampfes auf – “a global game [...] on a playing field” (ERT II:5), “a new game with new [...] rules” (ERT II:5) – bzw. des Krieges⁷⁵ – “combat” (ERT I:2), “new rivals” (ERT VIII:1), “time bomb” (ERT VII:15) –, der Eroberung und der Gewinner-Verlierer-Logik – “There have to be winners and losers” (ERT VIII:4) –, sowie dem Reiz des Risikos: “feel-good-factor” (ERT I:3), “risk-taking and success” (ERT I:12). Der positiv-formulierte, angreifende Stil von Ehrgeiz und Konkurrenz – “it makes the workplace more competitive and also more satisfying” (ERT I:3) – steht im Widerspruch zum defensiven Negativstil der EK, der vorwiegend ausführend und anpassend wirkt. Es geht nicht mehr zentral um Existenz, sondern um Prestige. Fraglich bleibt, wieweit Frauen, Familien oder Menschen mit speziellen Bedürfnissen im globalen Wettkampf einen „gerechten“ Kampf führen sollen, v.a. in Hinblick auf die totale, geforderte Flexibilität: “Our aim is all-round individuals with strong interpersonal skills, capable of living with uncertainty” (ERT I:17).

Die neoliberale Ausprägung ist bei der ERT-Diskursstrategie sehr viel deutlicher. Vorherrschend sind *Zwang*-Elemente in Form des autoritär- disziplinierenden Zwangs – “And rightly so. This has to be the first lesson of the global economy” (ERT II:2) –, des drohenden Zwangs – “Make no mistake” (ERT II:2) –, oder auch des richtenden Zwangs: “will be judged by history” (ERT VII:5), “the world market place will be our judge” (ERT VIII:5). Konsens wird bereits vorausgesetzt bzw. zwangsgestützt durchgesetzt. Das Zwangspotenzial der Diskursressourcen (Standortkonkurrenz, Abwanderung, Investitionsrückgang) wird offen ausgespielt und mit Drohungen, Forderungen und Bedingungen verknüpft.

Die EK-Diskursstrategie bemüht sich um Zustimmung, spürt jedoch selbst den Druck internationaler Vorgaben durch Liberalisierungsabkommen und Wettbewerbslobbying. Auch wenn die EK andere Sichtweisen nicht grundlegend verneint wie das der ERT tut – “they are wrong” (ERT VIII:2) –, versucht die EK durch weite Bögen von den Kernpunkten und den Maßnahmen sowie Folgen materieller Umsetzung des Diskurses abzulenken. Andere Sichtweisen werden zum „Konsens“ und zur „Kooperation“ moralisch beschwichtigt. Es scheint, als wüsste die EK sehr wohl, dass ihr Publikum dem (radikal) neoliberalen Diskursstil nicht zustimmen würde, wären nicht ausschmückende und verlockende

⁷⁵Auch bei EK findet man jedoch vereinzelt verstecktes Kriegsvokabular: etwa „ganz vorne an der Wissensfront“ (EK IX:7) stehen oder in der „relativ schwachen Position, [...] zu kämpfen“ (EK X:2).

Schlüsselwörter und Konzepte enthalten. Anders als der ERT, der seinem Publikum gerade den Neoliberalismus als Ziel vor Augen hält und direkt alle Maßnahmen und Folgen anspricht, die er als anstrebenswert und als „Potenzial“ präsentiert, verfolgt die EK eine Diskursstrategie, die in ihrer Rhetorik versucht, den Inhalt so neutral und unauffällig wie möglich, und darüber hinaus „notwendig“ – “really necessary” (ERT I:14) – zu präsentieren.

Unterschiedlich dazu ist die ERT-Diskursstrategie bereits beim Verständnis von Konsens. Dieser wird disziplinierend-autoritär eingefordert (Strafe – Belohnung) und mit totalitären Gleichschaltungsmaßnahmen stabilisiert: Für die „kritischen“ Medien gilt, dass “powerful media messages reach a wide public immediately and exert a pervasive effect. This can influence national attitudes” (ERT I:9). Politik soll diese Manipulation unterstützen (Verantwortlichkeit) und „vermarkten“⁷⁶: “It is also up to politicians to market the opportunities of change and of entrepreneurship to the public [...] in newspapers and journals, on radio and TV, and on the INTERNET” (ERT I:9).

Für die Erziehung gilt, “the ‘new European’ will need a ‘new teacher’ ” (ERT IV:5). Durch “competitive salaries [...] in order to attract and retain highly qualified and motivated personnel” (ERT IV:5) kann auch eine Druckmaßnahme entstehen, spezifische Inhalte lehren zu müssen, um den Job im Vergleichs-/ Leistungsdruck des „Benchmarking-Prozesses“ zu behalten. Der ERT fordert auch, selektive Inhalte zu implementieren, und zwar “basic business education into school curricula” (ERT I:29), mit den Zielen: “winning the hearts and minds of schoolchildren” (ERT I:18) sowie “developing the entrepreneurs of tomorrow” (ERT I:18). Neben einseitiger Manipulation besteht also auch die Gefahr der selektiven (Aus-)Bildung.

Auch die Legislative soll „Spielball“ der ERT-Interessen werden: “Legislation ought to be appropriate, simple and easy to use” (ERT I:25), “market-led and implemented in a uniform way” (ERT I:25). Generell wird für “a lighter approach to legislation” (ERT I:26) plädiert, d.h. (Gestaltungs-)Macht soll sich an anderen, „neuen“ Orten konzentrieren. Deregulierung von Sicherheitsstandards wird moralisch-ästhetisch argumentiert: “New markets should be allowed to grow free of legislation” (ERT I:24) (Wachstums- und „Freiheits“-Motiv).

⁷⁶Das gesellschaftliche Funktionssystem Politik soll „neu gestaltet“ und für wirtschaftliche Zwecke ausgerichtet werden – “a new kind of politics in Europe” (ERT I:24).

„Kooperation“ hat in diesem Kontext den Sinn, “a strong basis for decisive action” (ERT IX:1) zu bilden. “We invite you to act with us to help bring these ideas to reality” (ERT I:2). Ideen und Ziel sind dabei schon vorgegeben.

Stärke wird bei ERT zum Vorbild, während Schwäche und mangelnde Größe als “depressingly small” (ERT I:22) dargestellt werden. Das Führungsmotiv – “European leadership” (ERT X:3) – ist in vielen Passagen explizit oder implizit präsent; es geht darum, Führung zu erlangen bzw. zu erhalten und auszubauen: “compete globally” (ERT X:3), “A clearer leader role would help here” (ERT VI:4). Stärke ist zugleich auch Größe. Je mehr Expansion, je größer etwas ist, desto stärker und zugleich „besser“ ist es (inklusive Abwertung des Gegenteils – Größe vs. Kleinheit auch bei Minderheit vs. Homogenisierung). Das Diskursmotiv der Expansion erinnert an „Heerscharen“ und „Imperien“, die vergrößert und verbessert werden sollen:

Indeed we have ground for optimism. We have a Single Market of 350 million people, the largest in the world. It will be significantly reinforced [...] Enlargement [...] will add a new Germany in the first phase and a new France in the second, in population terms (ERT I:4).

Ich würde so weit gehen, der ERT-Diskursstrategie aufgrund ihrer ästhetisierten und ideologisch aufgeladenen Reinheits-, Kurations- und Populismus motive einen totalitären Charakter⁷⁷ zu- zuschreiben. Die existenzialistische Diskursführung enthält viel Symbolik von Leben, Tod und Geburt – “life blood” (ERT VII:3), “survive” (ERT I:10), “breed[...]” (ERT III:1), “suicide” (ERT II:2) –, die sich in Zusammenhang mit dem richtenden Diskursstil und dem disziplinierenden Zwangselement zu einer Allmachtsfantasie und zu Größenwahn verbinden. Weiters ist die „Vision“ gesetzt, einen neuen Menschen zu kreieren. Diese Kurationsfantasie setzt sich nicht nur über alle Rechte des Menschen auf freien Willen und körperliche Freiheit hinweg, sondern stützt sich darüber hinaus auch auf ein Bild „strahlender“, „reiner“ Führung und Elite der “fresh eyes” (ERT I:3), die sich mit Attributen von “real” (ERT I:18), “genuine” (ERT I:12) oder “truly” (ERT II:1) als absolute und elitäre Diskursstrategien entpuppen: “true centres of excellence” (ERT VII:12), “the best and the brightest” (ERT VII:3), “truly unified” (ERT X:3).

Absolutheitsansprüche sind meiner Ansicht nach eine grundlegende Gefahr, v.a. wenn sie sich mit überhöhten Idealen, Beweisungsmythen und Anerkennungsfantasien sowie der

⁷⁷(vgl. dazu auch u.a. Ribolits 1995:150)

Sehnsucht nach Prestige und v.a. (historischer) Bedeutsamkeit verbinden. “Increasing the effectiveness” (ERT VIII:4) wird dabei mit “stronger leadership” (ERT VIII:4) gleichgesetzt und die Einschränkung von Partizipationsrechten wird als „ineffizient“ argumentiert: “We urge agreement on this issue without further delay” (ERT IV:6), “decision-making processes in both public and private sectors have to be significantly abbreviated” (ERT III:2).

Das Verlustmotiv der ERT-Diskursstrategie findet sich auch bei der EK wieder, jedoch stärker auf den Arbeitsplatzkontext bezogen und nicht so stark auf die Führungsrolle. Beide Diskursstrategien, bei EK und bei ERT, haben jedoch das Motiv von der Angst um den Verlust der Stellung in der Welt. ERT setzt diesen Verlust noch stärker mit „Versagen“ in Verbindung, wodurch auch das disziplinierende und das richtende Zwangselement wieder zum Zug kommen, wenn es autoritär heißt, man müsse seine “lesson” (ERT II:2) lernen.

Grafik 10: Gemeinsame „Story Line“

Rückstandsszenario – globaler Wettbewerb, globale Märkte
 Handlungsbedarf; Zeitdruck
 Ideelle / „kulturelle“ Veränderung der Einstellungen und Haltungen
 Materielle Deregulierung, Privatisierung und beschleunigte Liberalisierung
 Bildung als Mittel zu neuer „Kultur“ / Wandel etc.

Grafik 11: Typisierte Unterschiede EK - ERT

moralisch-kognitiv	ästhetisch-normativ
Angstdiskurs	Führungsdiskurs
Konsens	Zwang
entmündigend – behütend	richtend – drohend – disziplinierend
beschwichtigend, verschleiern	„männlich“, Stärke / Größe

VI. EINBETTUNG IN HISTORISCH-SOZIALEN KONTEXT

VI.1 Phänomene des sozialen Wandels zur Wissensgesellschaft

VI.1.1 Produktionsformen in Fordismus und Postfordismus

Wie bereits im Kapitel zum theoretischen Rahmen dargestellt, vollzog sich nach der Krise des Fordismus in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts ein Wandel in der Arbeits- und Produktionsweise: Die so genannte „dritte industrielle Revolution“ brachte eine grundlegende Veränderung bisheriger Arbeitsorganisation durch neue Technologien und den Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch datenverarbeitende Maschinen. Normierbare Arbeitsabläufe wurden zunehmend maschinell statt mit Routinearbeit erledigt, und ein neues Arbeitsfeld brachte gesellschaftlich-kulturellen Wandel: die „Wissensgesellschaft“ (vgl. Ribolits 1995:97ff).

Die Wissensgesellschaft als soziologischer Gesellschaftsbegriff ist gekennzeichnet durch die Durchdringung von Prozessen und Strukturen der materiellen und symbolischen Reproduktion einer Gesellschaft durch wissensabhängige Operationen. Informationsverarbeitung, symbolische Analyse und Expertensysteme werden gegenüber anderen Faktoren der Reproduktion vorrangig. Neben dem Strukturwandel in der Arbeit (weg vom tayloristischen Prinzip der Industriearbeit) werden auch die „Ubiquität“ intelligenter Produkte (d.h. wesentlicher Wert durch Intelligenz der Herstellung) und die intelligenten Organisationen zum Kennzeichen der „Wissensarbeit“ (vgl. Willke 2001:380f).

Der kulturelle Wandel erfordert Veränderungen in Tätigkeitsstrukturen und Qualifikationsanforderungen. Dienstleistungsarbeit im Gegensatz zur klassischen Produktionsarbeit wird forciert und die Ausbildung für die „Dienstleistungsgesellschaft“ wird zentrales Augenmerk von Wirtschaft und Politik (vgl. Ribolits 1995:112ff). Es kommt zu veränderten Strategien in Aus- und Weiterbildung sowie bei Qualifizierung und Umschulung (vgl. Willke 2001:384). Das Paradoxe des Begriffs der „Wissensgesellschaft“ liegt darin, dass Wissen auf eine rein ökonomische Bedeutung für Wertschöpfung und Wettbewerb reduziert wird und auf eine „Belehrungs- und Lerngesellschaft“ abzielt (vgl. Lenz 2004:115ff). So streicht das auch der ERT hervor, indem er davon ausgeht, dass „Knowledge has value when it is relevant to the business“ (ERT V:29). In der „Wissenswirtschaft“ (EK V:18) bringt Wissen „Erträge für Einzelpersonen (private Rendite) und für die Gesellschaft (gesellschaftliche Rentabilität)“

(EK VII:6), der immaterielle Wert von Bildung ist dabei zweitrangig. Die Ausbildungsstätten „müssen beginnen, sich stärker darauf vorzubereiten“ (EK IX:11) und Bildungsinhalte an Wettbewerbsmechanismen zu orientieren.

Auch das Menschenbild wandelt sich mit dem Diskurs der Wissensgesellschaft. „Was in erster Linie zählt, ist die Fähigkeit der Menschen, Wissen zu produzieren“ (EK II:8). Menschen erleben zunehmenden Druck zur „Selbstoptimierung“ (vgl. Lenz 2004:115ff). Die selbstverantwortliche „Autonomie“ ersetzt die Überwachung und Kontrolle von innen. Ideologische Vereinnahmung führt zu Selbstdisziplinierung in allen Lebenslagen und einer umfassenden Hereinnahme kapitalistischer und unternehmerischer Prinzipien in alle Lebensbereiche (vgl. Ribolits 1995:152): Die Implementierung der diskursiven Anpassungsstrategie soll „auf individueller und institutioneller Ebene in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens“ (EK II:3) geschehen, um “hearts and minds” (ERT I:18) zu gewinnen.

VI.1.2 Globalisierung und Individualisierung in der Wissensgesellschaft

Globalisierung ist ein komplexer, historischer Prozess und bezeichnet den wachsenden Wegfall nationaler Grenzen, z.B. für wirtschaftliche Tätigkeit (vgl. Bendl/Fürst 2001:9), aber auch in Hinblick internationaler Verflechtung und Verdichtung in politischer und kultureller Hinsicht (vgl. Brunner 2005:57). Sie ist nicht als neue Entwicklung der Moderne, sondern als deren Quantitäts- und Qualitätssprung der internationalen Netzwerke zu verstehen (vgl. Rohn 2000:13), die ihren Antrieb in direkter globaler Kommunikation und Massenverkehr fand (vgl. Giddens 1997:23). Lloyd (2001) betont den Zusammenhang von rasant zunehmender Globalisierung und dem Ende des Kalten Krieges Ende der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts, da politische und wirtschaftliche Grenzziehungen auf der Weltkugel verschwanden (vgl. ebd.:77).

Globalisierung gestaltet neben globalen auch lokale und individuelle Kontexte der gesellschaftlichen Erfahrung um⁷⁸ und schafft parallel zu diesem Prozess umfassende Systeme. Alltagsaktivitäten, Netzwerke und Individuen auf lokaler Ebene sind immer stärker

⁷⁸Der „Globalisierungsmythos“, also die Mystifizierung des Modeworts aufgrund fehlender Definitionsschärfe, wird nach Jessop (1998) effektiv dafür eingesetzt, in Diskursen wirtschaftliche, politische und soziale Umwälzungen zu naturalisieren und zu legitimieren (vgl. ebd.:278).

in globale Prozesse eingebunden und sind von globalen Ereignissen betroffen (vgl. Giddens 1997:23). Die Transformationsprozesse der Globalisierung verstärken die Prozesse der „Enttraditionalisierung“: Traditionen werden in ihrer Dogmatik zunehmend hinterfragt und es werden neue Orientierungsmaßstäbe gesucht. Individualisierung als (zwingende) Autonomie der Lebensführung und der lebenstechnischen Entscheidungen ist gesellschaftliche Entwicklungsreaktion auf diesen Wertewandel (vgl. Giddens 1997:25ff).

Individualisierung ist also wesentliches Begleitphänomen der Globalisierung. Neben den positiven Effekten des Autonomiezuwachses hinsichtlich der gesteigerten Reflexion durch neue Möglichkeiten der Kommunikation, der selbstständigen Interpretation und dem Wunsch nach individueller Gestaltung (vgl. Giddens 1997:25ff) sieht Jürgen Habermas (1998) auch negative gesellschaftliche Effekte in Bezug auf das soziale Netz des Kollektivs: die fortschreitende funktionale Integration (Märkte, Kommunikations- und Transportnetze) führt zu einer Verdrängung bzw. Zurückdrängung sozialer Integration. Der soziale Zusammenhalt wird zunehmend fragmentiert (vgl. kommunitaristische Sichtweise „Atomisierung“). Nach Habermas (1998) nützt der Neoliberalismus die perspektivenlose Anpassung an Imperative des Standortwettbewerbs zu seinen Gunsten, und treibt mit Liberalisierungsschüben Anomie und Atomie des Gesellschaftlichen voran. Dabei werden Individuen und Standorte gleichermaßen gegeneinander ausgespielt (vgl. ebd.:122ff).

Durch den Wandel zur individualisierten Lebenswelt wird das Individuum zur Selbstbehauptung gezwungen, wodurch auch eine gewisse „Ellenbogenmentalität“ der Entsolidarisierung einhergeht (vgl. Lenz 2004:118): Die Selbstbehauptung der Individuen führe dazu, dass diese „ständig neue Kenntnisse und Kompetenzen erwerben [müssen]“ (EK IV:6), um „für das Bestehen im Wettbewerb“ (EK IV:6) gerüstet zu sein. Aber auch Universitäten werde geraten, „dauerhaft Spitzenleistungen zu gewährleisten“ (EK VIII:4) und „notwendige Exzellenz“ (EK VIII:21) sowie „Konkurrenzfähigkeit“ (EK VIII:6) anzustreben. Zur Selbstvermarktung gehöre auch „vergrößerte Präsenz und Marketing im Ausland, um die besten Talente anzuziehen“ (EK X:6). Schließlich gehe es um „Prestige, Geld und Talente“ (EK X:6), Legitimierung genug für eine Kommerzialisierung der (Aus)Bildungsstätten. Dafür seien „Labels“ (EK X:6) und „Unternehmensstrategien und Management“ (EK V:24) sinnvolle Mittel. „We have to be the best“ (ERT VIII:5) unterstützt das „Einzelkämpfertum“.

Netze im traditionellen Sinne verlieren an Wert, „networking“ im gegenwärtigen Sinn bezeichnet hingegen v.a. einen ausgewählten Kreis derjenigen, die es „geschafft“ haben (vgl. Lenz 2004:118): Als „etablierte Führende“ (EK IX:6) im Sinne von „Exzellenznetzen“ (EK VIII:11) werden diese Kreise bevorzugt, wenn die „Suche nach Exzellenz zu einer starken Konzentration von Forschungsmitteln auf eine kleine Zahl von Einrichtungen, die zur weltweiten Spitze gehören“ (EK X:4), führen soll. Die „Steigerung [...] und die Konsolidierung der Exzellenz“ (EK X:6) führt dabei natürlich auch zu einer Reduktion der Mittel für die „breite Masse“ mit „durchschnittlichen“ (EK X:6) Aktivitäten und „durchschnittliche[m] Niveau“ (EK X:4). Wer „den ‚Einstieg‘ und den ‚Aufstieg‘ schaffen will“ (EK II:11), muss sich vom Durchschnitt „abheben“ und „erstklassig[]“ (EK VII:24) werden.

Soziale Probleme und Misslagen werden durch Individualisierungsdiskurse zunehmend ins Private verlagert und die Notwendigkeit struktureller Umschichtung und sozialpolitischer Entscheidungen wird durch die „Global Players“ negiert, obwohl gerade hier Verantwortungsübernahme für globale, aber auch in Folge regionale Ungleichheiten liegen müsste⁷⁹ (vgl. Brunner 2005:64f). Vorherrschend ist, dass „die Menschen bereit und in der Lage sein [müssen], ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen“ (EK II:8), das sei „für alle der beste Weg“ (EK II:8). Lang (2001) kritisiert, dass Probleme medial als individuell und privat dargestellt werden und dadurch als subjektiv erlebt werden. Durch die Auslassung kollektiv politisierbarer Gesichtspunkte von Problemen führe Individualisierung (und Privatisierung) zunehmend zu einer Entpolitisierung in der Gesellschaft (vgl. ebd.:94f).

VI.1.3 Prekäre Arbeitsverhältnisse und „Digital Divide“

Die Prekarität ist im privaten und im öffentlichen Sektor – auch bei Universitäten (vgl. u.a. Demirovic 2005:38f und Krätke 2007:92f) – in Form zunehmender Teilzeitstellen, Werkverträge oder befristeter Beschäftigungsverhältnisse eingekehrt. Nach Pierre Bourdieu (1998) führt ständige Unsicherheit über den Arbeitsplatz bei ArbeitnehmerInnen zu der Unfähigkeit, Zukunft zu planen; Streiks und Lohnforderungen werden gemieden. Damit einher geht auch die berechnende und individualistische Sichtweise („wenn nicht ich, dann die anderen“). Dadurch wird die Mobilisierungsmöglichkeit gegen ausbeutende Verhältnisse

⁷⁹ManagerInnen und UnternehmerInnen von Elitenetzwerken werden sogar zunehmend diskursive Vorbilder zur „korrekt“-stilisierten Lebensführung für die atomisierten Individuen (vgl. Lenz 2004:120).

eingeschränkt, da weder politische Projekte entworfen werden, noch die Furcht überwunden wird, selbst die unterbezahlte Stelle unter schlechten Bedingungen an die große Reserve an ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen zu verlieren (vgl. ebd.:96ff).

Dieses Ausbeutungsverhältnis trifft v.a. marginalisierte Gruppen. Bob Jessop (1998) und Brigitte Young (1998) sprechen über „unsichtbare“ Frauen als neue Gruppe der „working poor“, also den Menschen, die zu Mindestlöhnen (und oft ohne ausreichende soziale Absicherung, oft zu längeren Arbeitszeiten und schlechteren Arbeitsbedingungen) ihren Lebensunterhalt verdienen und damit der Weltwirtschaft bzw. den Industrieländern als Importeure von Billigwaren zu ihrem Aufschwung verhelfen (vgl. Jessop 1998:281f; Young 1998:138ff). Nicht Emanzipation leitet dabei die vermehrte Integration von Frauen in den weltweiten Arbeitsprozess, sondern deren schlechte gewerkschaftliche Organisation und der erhöhte Bedarf der Weltwirtschaft an unterbezahlten Arbeitskräften. Die tendenzielle „Feminisierung“ von Armut schlägt sich in schlechter Ernährung, Gesundheit, Bildungsverlust und unsicherer Lebenslage nieder, die wiederum durch „Strukturanpassungsmaßnahmen“ internationaler Geldgeber (Weltbank, Weltwährungsfonds) aufgrund der Restriktionen öffentlicher Ausgaben im Gesundheits- und Sozialsektor verschärft werden (vgl. Locher-Dodge 1998:442).

Entsolidarisierung und (wortlose) Gewalt sind Folgen der umfassenden Prekarisierungs-konkurrenz. Diese als „Motivationsfaktor“ darzustellen, sei nach Alex Demirovic (2005) Blasphemie: Statt „produktiver Zusammenarbeit“ erzeuge Wettbewerbskonkurrenz Angst und auch Neid, da Leistungen auf Kosten anderer belohnt und bewertet werden (vgl. ebd.:37). Dabei werden Standortwettbewerb und die ArbeitnehmerInnenkonkurrenz als vermeintlich naturgegebene Mechanismen dargestellt, sind nach Bourdieu (1998) jedoch verdeckte Strategien zur Brechung von Widerständen und Rechten durch Unsicherheit. Die Ausweitung der Konkurrenz auf Weltmaßstab vergleicht er mit dem „wildem Kapitalismus“ aus den Frühzeiten der Industrialisierung. „Netzwerkunternehmen“ sind dabei nicht mehr an staatliche Vorgaben gebunden, sondern haben freies Spiel und freie Wahl am globalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Kostensenkung wird möglich, wenn ArbeitnehmerInnen permanenter Drohung des Arbeitsplatzverlustes ausgesetzt sind. Bourdieu (1998) sieht im „flexiblen Unternehmen“ eine Prekarisierungsstrategie, um Arbeitsverhältnisse systematisch auszubeuten (vgl. ebd.:96ff).

Wissen muss in dieser prekären Situation „lebenslang“ neu erworben werden, um den (gleichen) Arbeitsplatz zu „halten“. Der unfertige, lebenslang lernende Mensch wird gefügig gemacht durch lebenslange Entmündigung und Konkurrenzszenarien (vgl. Lenz 2004:115ff; Ribolits 1995:161ff). Die „Generation der permanenten Weiterbildung“ schwört selbst auf das hegemoniale Rezept, und nimmt dessen Spirale in ihr persönliches Selbstverständnis auf. Damit steigt auch die Bereitschaft, für Weiterbildung zunehmend höhere eigene Finanzmittel zu investieren (vgl. Lenz 2004:116). Die „individuelle Lernmotivation“ (EK II:9) ist wichtiger Faktor bei der Marktimplementierung neuer Produkte und Dienstleistungen. Es komme daher „entscheidend darauf an, sowohl die Nachfrage nach als auch das Angebot an Lernmöglichkeiten zu erhöhen“ (EK II:9). Es müssten in Bezug auf „das berufliche Fortkommen“ (EK II:9) Bewusstsein und Anreize geschaffen werden, „Zeit, Mühe und Geld in die Weiterbildung investieren [zu] wollen“ (EK II:9). Die Möglichkeit zur aktiven Teilnahme an (kostenpflichtiger) Weiterbildung ist jedoch ungleich verteilt⁸⁰ (vgl. Lenz 2004:122). Soziale Segregation setzt sich im Bereich der Weiterbildung fort und verschärft sich sogar. Ironisch bringt Hans Pechar (2007) diese Situation auf den Punkt, wenn er davon spricht: ‚wer hat, dem wird gegeben‘ (vgl. ebd.:77f).

Wissen als Steuerungsressource gewinnt an Bedeutung und verändert soziale Ordnung kontinuierlich. Besondere Stellung nimmt dabei die „Expertise“ und ihr systematisches und organisiertes Wissen sowie die Schaffung „neuen“ Wissens ein (vgl. Willke 2001:380). Da ExpertInnenwissen in der Wissensgesellschaft an die Stelle der Tradition tritt und sozusagen deren Lenkungsposition übernimmt, wird „Information“ zum bedeutendsten Schlüssel für Entscheidung (vgl. Giddens 1997:126f).

„Wissensmacht“ (Definitions- bzw. Informationsmonopole) und realpolitische sowie ökonomische Macht sind dabei dicht mit den neuen Technologien verknüpft. Technische Fortschritte im Bereich des Lernens werden für das Wirtschaftswachstum erforderlich. Durch neue Techniken wächst die Wissensklüft: Neben den europäischen und nationalen Unterschieden von Bevölkerungsschichten wird v.a. der Süden (v.a. Afrika) wieder zu einer Imitation nordwestlicher Industrienationen gezwungen (vgl. Dewe/Weber 2007:124f). Der

⁸⁰Neben den finanziellen Faktoren spielen hier auch Vorbildung, Geschlecht und soziale Herkunft eine zentrale Rolle. Viele Menschen scheiden bei Fortbildung im „Rennen“ um den guten Arbeitsplatz aus („Brüche“ bzw. „Ausfälle“ in der Weiterbildungsspirale) (vgl. Pechar 2007:77f).

„Digital Divide“⁸¹ wird in diesem Kontext voraussichtlich die problematische Kluft zwischen Nord und Süd, Zentrum und Peripherie verschärfen (vgl. Fritz/Scherrer 2002:78ff). Während die Diskurskoalition EK-ERT inhaltlich fordert, dass „schon sehr bald [...] alle europäischen Bürger die mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien verbundenen Kulturtechniken beherrschen“ (EK I:15) müssen, werden Entwicklungsländer nicht von den moralisch-normativen Ansätzen erfasst. In der „digitale[n] Kultur“ (EK I:4) der „globalisierten Wirtschaft“ (EK III:12) hat diese „Aufrüstung“ zur „digitale[n] Ära“ (EK I:3) natürlichen Auswirkungen für die, die sich „auf der falschen Seite der sich auftuenden digitalen Kluft“ (EK II:13) befinden. Selbst der hegemoniale Diskurs leugnet nicht, dass „die Gefahr größerer Ungleichheiten und sozialer Ausgrenzung“ (EK IV:6) besteht.

VI.2 Implementierung des globalen Bildungswettbewerbes

VI.2.1 Neoliberale Globalisierung und „Transnationaler Bildungsmarkt“

Die wirtschaftlichen Seiten der Globalisierung sind nach Walter Rohn (2000) eindeutig neoliberal geprägt. Durch internationale und nationale Deregulierung werden die Rahmenbedingungen für diese Globalisierung geschaffen (vgl. ebd.:12f). Transnationale Unternehmen bilden einen wesentlichen Aspekt wirtschaftlicher Globalisierung und stehen in Zusammenhang mit der Gefahr, dass mächtige Monopole mitsamt negativen ökonomischen und politischen Auswirkungen (hohe Preise, schlechte Leistung; Machtkonzentration) gebildet werden (vgl. Marterbauer 2001:46). In der marktradikalen Wirtschaftspolitik stehen Techniken der Profitmaximierung (Deregulierung, Ökonomisierung, Informalisierung) im Vordergrund, sozialpolitische Gestaltungsräume werden abgebaut (vgl. Brunner 2005:68ff). Bindende Erklärungen werden dabei ebenso als Machtinstrument gebraucht (vgl. Radtke 358), wie auch der „Mythos“ Globalisierung (vgl. Bourdieu 1997a:13ff; Young 1998:140), der als Rechtfertigung⁸² bzw. Drohung gebraucht wird, um den europäischen Wohlfahrtsstaat zurückzudrängen, das Arbeits- und Sozialrecht zu verschlechtern und den Einfluss des Staates zu schmälern bzw. schließlich ganz abzubauen (vgl. Marterbauer 2001:47).

⁸¹Als „Digital Divide“ wird die Schere zwischen Nord und Süd bzw. generell zwischen zentralen und peripheren Regionen im Zugang zu digitalen Informationstechnologien bezeichnet (vgl. Filzmaier u.a. 2006:149).

⁸²Nach Bourdieu (1997a) rechtfertigt der „Mythos Globalisierung“ die Transformation von konservativer Welt-sicht in Schicksal. Der Diskurs bedient sich dafür der Begriffe, die Befreiung vortäuschen („Deregulierung“, „Flexibilität“, „Elastizität“, „Autonomie“), jedoch das Gegenteil bewirken (vgl. ebd.:14).

Durch transnationale Fusionen und Übernahmen kommt es zu einer stetigen Internationalisierung von Konzernen, die global agieren können und durch einen Abbau nationaler Schranken auch zunehmend Arbeitsprozesse, Ausbildungsinhalte, staatliche Interventionspolitik und Marktliberalisierung neben Produktions- und Preismonopolen bestimmen können (vgl. Zenker 2004:15). Globalisierung bedeutet in diesem Kontext also eine Neuordnung der Unterschiede und Komplementaritäten auf unterschiedlichen wirtschaftsräumlichen Ebenen aufgrund von Wettbewerbsvorteilen (vgl. Jessop 1998:29). International haben sich bereits große Konzerne zu „Pressure-Groups“ zusammengeschlossen, die neben der Diskurssetzung auf Messen zum globalen Bildungsmarkt auch zur Teilnahme an internationalen Verhandlungen im Rahmen der WTO berechtigt sind. Die Führungsposten am Weltbildungs- und Evaluationsmarkt sind derzeit die amerikanischen Konzerne „Sylvan Learning System“ (SLS) und „Educational Testing Service“ (ETS). Es sind aber auch Markennamen bildungsferner Konzerne wie „Coca Cola“, „Microsoft“ oder „Thyssen-Krupp“ in der Liste vertreten (vgl. Bethge 2004:85). Charakteristika der neuen globalen Märkte sind Rasanz der Umwälzung und räumliche Entgrenzung (vgl. Kager 2001:65ff). Da die Globalisierung den Wettbewerb verschärft, wird ein „marktkonformes Qualifizierungsprogramm“ (Seitz 2002:337) als entscheidender Faktor für das Bestehen im Wettbewerb propagiert. Schlüsselkonzepte wie „Lebenslanges Lernen“ sind für Seitz (2002) jedoch vorrangig der Beginn einer gigantischen Kommerzialisierung von Bildung und Weiterbildung (vgl. ebd.:337).

Im Rahmen der „pädagogischen Globalisierung“ (Seitz 2002.:335) müssen sich Bildungssysteme an den Druck anpassen und sich auf ökonomische Leitziele umorientieren. Bildung hat die neue Aufgabe, im Standortwettbewerb zu bestehen, u.a. durch Durchsetzung zentral bestimmter Curricula, Standardisierung von Prüfungsverfahren, Bericht- und Kontrollsysteme sowie stärkerer Gewichtung mathematischer, naturwissenschaftlicher und technologischer⁸³ Fächer und Lehrinhalte. Es kommt zur Umgestaltung für den freien Markt

⁸³Seitz (2002) vergleicht diese Konzentration und Selektion in der Bildungsförderung mit dem „Sputnikschock“ der USA in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts, der auch eine Welle von Bildungsreformen und -geldern auslöste (vgl. ebd.:338). Zu den Stichworten selektive Förderung und Naturwissenschaften muss auch die selektive Frauenförderung in der hegemonialen Diskursstrategie von EK-ERT erwähnt werden: Geschlechterverhältnisse und Frauenbedürfnisse werden in den Dokumenten zum Europäischen Hochschulraum nur in Verbindung mit „Mathematik, Naturwissenschaften und Technik“ (EK VI:15) erwähnt, nicht jedoch bei Zugangserschwernissen zum Studieren durch Gebühren oder MA-Beschränkungen und im Kontext diskriminierender Geschlechterverhältnisse an Universitäten im allgemeinen. Es verstärkt sich der Eindruck, es werde gefördert, wo es von der Wirtschaft temporär benötigt wird (vgl. Sputnikschock), was nicht unter den Aspekt „Gender“ fallen sollte (dieser wird dadurch aber augenscheinlich – moralisch – „abgehakt“). „Damit die Mitgliedstaaten im globalen Wettbewerb auf diesem Gebiet bestehen können, muss vor allem die Zahl der Frauen erhöht werden“ (EK VI:15), jedoch eben nur selektiv und nicht bei der Förderung eigener Bildungswahl.

und der Überführung des öffentlichen Bildungssystems in einen Dienstleistungssektor mit marktwirtschaftlichen Mechanismen und fortschreitender Liberalisierung (vgl. Seitz 2002:335f). KritikerInnen neoliberaler Transformation sehen die Garantie für öffentliche Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen und für allgemeine Zugänge zu Informationen nicht mehr gewährleistet. Die marktförmige Preisbildung könnte sich so hoch entwickeln, dass der Zugang zu Information von individueller Zahlungsbereitschaft und -möglichkeit abhängig gemacht wird (vgl. Lohmann 2005:251).

Im Bildungsbereich hat sich bereits eine lukrative „Bildungsindustrie“ (Radtke 2005:355) ausgebreitet, die neben Beratungs- und Orientierungsdiensten auch Evaluationsmärkte sowie Märkte für innovative Produkte im Lehrmittelbereich (vorwiegend neue digitale Technologien) vertreibt (vgl. Radtke 2005:355). Für diese Produkte muss ein Markt in Europa geschaffen werden, der von Bedarf und Nachfrage abhängt: „sicherstellen, daß hochwertige europäische Multimediaprodukte und -dienste zur Verfügung stehen und schließlich [...] alle Akteure dazu zu bringen, [sie] einzusetzen“ (EK I:4). Folglich müssen Bedürfnisse hegemonial konstruiert werden: „ständiger Hunger nach neuen Erkenntnissen und Informationen“ (EK III:8), „Versorgung mit Material“ (EK III:10), „Mangelware“ (EK III:12), „there is a pressing need“ (ERT I:25), „a much-needed push“ (ERT X:3).

Seitz (2002) weist darauf hin, dass durch die Privatisierungs- und Deregulierungsprozesse die Kosten der bislang öffentlich finanzierten Bildung schlagartig ins Private, also auf die „BildungskonsumentInnen“ übertragen werden⁸⁴ (vgl. ebd.:336).

VI.2.2 Der Handel mit (Aus-) Bildung: Gescheitertes MAI, GATS 1995 und EU-Dienstleistungsrichtlinie

Bildungsdienstleistungen werden auch grenzüberschreitend zu einem profitablen Geschäft. Seitz (2002) gibt Zahlen in Höhe von 2 Billionen Dollar an, auf die der Weltbildungsmarkt von der WTO veranschlagt wird. Da der Bildungssektor aufgrund seiner Funktion für die Allgemeinheit starken staatlichen Handelsbeschränkungen unterworfen ist, sind staatliche Dienstleistungen ein zentrales Interesse der großen Konzerne in ihrer umfassenden, globalen Liberalisierungsstrategie (vgl. ebd.:337).

⁸⁴So hat sich etwa in Dänemark die Privataufwendung für Bildung von 1990-1996 mehr als verdoppelt, in Australien ist sie im selben Zeitraum auf 68% angestiegen (vgl. Seitz 2002:336).

Das „Multilateral Agreement on Investment“ (MAI) etwa wurde von der „Organisation for Economic Co-operation and Development“ (OECD) initiiert und im Zeitraum der Jahre 1996 bis 1998 verhandelt. Die zwischenstaatliche Organisation der reichsten Industrieländer der Welt wollte mit diesem Abkommen einen internationalen Vertrag zu globalen Investitionsregeln schaffen, der zwar nur von den OECD-Ländern ausgehandelt wurde, der den Nicht-OECD-Ländern jedoch als „freier“ internationaler Vertrag nach seiner Festschreibung zur Unterzeichnung vorgelegt werden sollte (vgl. Balanyá u.a. 2001:185ff). Das MAI sollte alle Sektoren der Wirtschaft in allen Ländern der Welt öffnen und den transnationalen Konzernen das Recht einräumen, bei einer Missachtung dieser Regeln die nationalen Regierungen bei (intransparenten) internationalen Schlichtungsstellen zu klagen. Nationale und lokale (u.a. existenzielle) Bedürfnisse der Bevölkerung sollten somit den Wünschen von Investoren nachgestellt werden. Dadurch wären auch die weniger entwickelten Länder um die Chance einer Politik beraubt worden, die eine ausgeglichene Wirtschaft fördert oder Exportabhängigkeit und Rohstoffausbeutung durch transnationale Konzerne eindämmen könnte. Lokaler Gemeinschaftsnutzen von Investitionen wurde durch das MAI ebenso gefährdet wie lokale Produzenten u.a. in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Medien oder Landwirtschaft. Weiters verletzte das MAI die Klimakonvention und das Kyoto-Protokoll, die Basler Giftmüll-Konvention, die Konvention über die Biodiversität sowie die Konvention über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten gemäß der UN-Charta. Die Verhandlungen zum MAI wurden im Dezember 1998 nach heftigen zivilgesellschaftlichen Protesten⁸⁵ und Rücktritten Frankreichs, Kanadas, Australiens und Großbritanniens schließlich endgültig abgebrochen (vgl. Balanyá u.a. 2001:191ff).

Die Interessen der großen Konzerne blieben aber auch nach dem gescheiterten MAI bestehen. Ingrid Lohmann (2005) sieht in der Beschlussfassung des „General Agreement on Trade in Services“ (GATS) ein Jahr später die schleichende Fortführung des MAI. Es sei in großen Teilen in das GATS eingeflossen (vgl. ebd.:253). Das GATS wurde im April 1994 nach dem Abschluss der „Uruguay Runde“ der WTO⁸⁶ in Marrakesch unterzeichnet und trat im Jänner 1995 in Kraft. Es wurde damals – als „Anhang 1B“ – Teil des WTO-Gründungsvertrages und sollte Regelungen für multilaterale und rechtlich bindende

⁸⁵Die weltweiten Proteste gegen das MAI förderten die Herausbildung der globalen sozialen Bewegung (vgl. Schmelzer 2005:7ff).

⁸⁶Die WTO will “rules of trade between nations at a global or near-global level” (WTO 2008) schaffen, verneint dabei aber Folgen ihrer einseitigen Politik für die ärmsten Länder; siehe etwa “misunderstandings” im Rahmen des GATS auf: http://www.wto.org/english/tratop_e/serv_e/gatsfacts1004_e.pdf [Stand: 14.06.2008].

Übereinkommen für den internationalen Handel liefern (vgl. Anthofer 2005:38). Der GATS-Diskurs taucht auch in den hegemonialen Diskursstrategien der Diskurskoalition EK-ERT auf, v.a. in Hinblick auf die „Glaubwürdigkeitskriterien“: Man müsse „Relevanz und Glaubwürdigkeit [...] und ihre Kompatibilität mit den in anderen europäischen Ländern verwendeten Systemen erhöhen [...] [es würden] Qualitätskriterien benötigt, um so Transparenz, Vergleichbarkeit und Kompatibilität sicherzustellen“ (EK VII:27). Neben Kriterien für Investitionssicherheit werden auch Forderungen nach Deregulierung, Privatisierung – „Private Schenkungen können eine wesentliche Einnahmequelle der Universitäten bilden“ (EK VIII:15), „Einkünfte aus dem Verkauf von Leistungen [...] vor allem an Unternehmen“ (EK VIII:15) – und Liberalisierung positioniert: “We cannot leave all action in the hands of the public sector [...] education is a market opportunity and should be treated as such” (ERT I:18). Da „Internationale Harmonisierung [...] entscheidend für die Entwicklung des Handels“ (EK V:14f) sei, sollen „weniger Eingriffe in den Markt“ (EK V:15) ganz im Sinne einer „Öffnung zur Welt“ (EK IX:6) nach GATS erfolgen.

Das GATS bezieht sich auf den internationalen Handel mit Dienstleistungen, ist in Bezug auf die Frage nach der Abgrenzung der Dienstleistungen, die in seinen Regelungsbereich fallen, jedoch sehr unscharf. Dadurch wird ein großer Freiraum für Interpretationen gelassen, die zu Lasten der öffentlichen Dienstleistungen gehen könnten (vgl. Anthofer 2005:87)⁸⁷. Auch derzeitige Reformen im Bereich des Europäischen Hochschulraumes deuten auf eine zunehmende Wettbewerbs-positionierung hin, die zu einer „Neudefinition“ von öffentlicher Bildung führen könnten: Es ist noch nicht klar, wie weit etwa die zukünftige Entwicklung von Studiengebühren den Charakter von Bildungsdienstleistungen verändert. Durch zunehmende Privatisierung und das Steigen der Studiengebühren können Grenzen zwischen öffentlichen und privaten Bildungsangeboten zunehmend verschwimmen (vgl. Dickhaus/Scherrer/Kunze 2006:32). Auch Seitz (2002) sieht durch die gemischten Angebotsformen im Hochschul-, aber auch im allgemeinbildenden Schulbereich die Ausnahmeregelung bezüglich nicht-kommerzieller Dienstleistungen gefährdet (vgl. ebd.:337). Die allgemeinen Verpflichtungen, die mit dem GATS verbunden sind (u.a. Meistbegünstigung, Transparenz, „Streitbeilegung“/Sanktionsmaßnahmen) können also auch auf den Bildungssektor wirksam werden (vgl. Anthofer 2005:89).

⁸⁷Private Anbieter unterliegen unbestritten dem GATS-Abkommen. Ausnahmeregelungen existieren nur für Dienstleistungen hoheitlicher Gewalt (vgl. GATS Artikel I:3 (b)), die weder zu kommerziellen Zwecken diverse Dienstleistungen erbringen noch im Wettbewerb mit einem oder mehreren Dienstleistungserbringern stehen (vgl. GATS Artikel I:3 (c)) (vgl. Anthofer 2005:26f).

Für den EU-Raum interessant wurde auch die im Dezember 2000 vorgelegte „Binnenmarktstrategie für den Dienstleistungssektor“ der EK, deren Ziel es ist, ein horizontales Regelungswerk zu schaffen, um sämtliche Hindernisse für umfassende Liberalisierung zu beseitigen. Der darauf folgende Vorschlag für eine Richtlinie über Dienstleistungen wird von Cornelia Staritz und Petra Ziegler (2006) als das radikalste Deregulierungsprojekt der EK bezeichnet, das ein Maximum an Freiheit für transnationale Unternehmen gewährleistet (vgl. ebd.:107).

Trotz laufender Diskussionen zur Frage der öffentlichen Dienstleistungen wurden mit der Richtlinie der EK Fakten geschaffen, die sich über die kontroverse Diskussion in Europa hinwegsetzten. Alle Dienstleistungen, die als „wirtschaftliche Tätigkeiten“ gesehen werden, sind von der Richtlinie betroffen, ausgenommen unentgeltliche Tätigkeiten (d.h. der Staat würde sie absolut *unentgeltlich* erbringen aufgrund sozialer, kultureller, bildungspolitischer oder rechtlicher Verpflichtungen). Diese Ausnahme schützt öffentliche Dienstleistungen wie allgemeinen Bildungszugang, aber auch Trinkwasser, Gesundheit oder Personennahverkehr nicht hinreichend. Öffentliche Dienstleistungen sind nicht generell ausgenommen und werden zunehmend ökonomischen Maßstäben (vgl. Steigerung der Studiengebühren) angepasst (vgl. Staritz/Ziegler 2006:113).

VI.2.3 Einbettung von EK-ERT in internationale Diskurskoalitionen

Der „Transatlantic Business Dialogue“ (TABD) vereinigt die größten transnationalen Konzerne von EU und USA und wurde im Jahr 1995 als gemeinsame Initiative des US-Handelsministeriums und der EK gegründet. Auch der ERT gilt als treibende Kraft der Initiative und ist zentraler Postenbesitzer. Ziel des TABD sind raschere und weiter gehende Handelsliberalisierung sowie die umfassende Beseitigung von Handels- und Investitionshindernissen (Abbau von Regeln, v.a. des Umwelt- und Konsumentenschutzes z.B. europäischer Zertifizierungsregeln). Die Konzepte zur Schaffung eines „New Transatlantic Market“ (NTM)⁸⁸ konnten Jahre lang direkt bei den halbjährlichen EU-USA

⁸⁸Die Konzepte zum NTM im Jahr 1998 handelten von einer EU-USA Freihandelszone, die bis 2010 alle Schranken bei Dienstleistungen, Handel und Warenzöllen beseitigen sollte, inkl. der Einrichtung eines Schlichtungsmechanismus als Druckapparat zur Deregulierung. Neben der Blockierung durch die französische Regierung waren auch viele andere Mitgliedsstaaten empört über die neoliberale Radikalität der NTM-Konzepte (vgl. Balanyá u.a. 2001:167f).

Gipfeln präsentiert werden⁸⁹. Aktuelle Forderungen des TABD konnten sogar als Punktekarte mit Prioritäten (inkl. Abschlusstermine für Regierungen) bei den Gipfeln vorgelegt werden, ohne dass diesen „Empfehlungen“ eine Kompetenzfrage gestellt wurde. EK und US-Regierung stehen fest hinter der „engagierten Gruppe“ der Firmen, die nicht einmal formal-rechtlichen Organisationsstatus innehat. Eine hohe Anzahl der TABD-Empfehlungen (bis zu 80%) wurden in offizielle Politik umgesetzt. Die hochrangige Besetzung des TABD schafft mit ihrem Druckpotenzial, dass ihre Interessen auch gegen Hindernisse (Regierungen, Zivilgesellschaft, rechtliche Schutzmaßnahmen) von den „institutionellen“ Partnern durchgesetzt werden (vgl. Balanyá u.a. 2001:167ff).

Die „Transatlantic Economic Partnership“ (TEP) sollte bei ihrer Gründung 1998 Plattform für Verhandlungen von EU und USA zur Reduktion und Eliminierung von Handelsbarrieren und einer gesetzlichen Harmonisierung der Handels- und Investitionsbereiche werden. Die umfassende Handelsinitiative sollte sowohl bilateral als auch multilateral⁹⁰ voran getrieben werden. Die Beeinträchtigung von „Marktchancen“ (v.a. Dienstleistungsbereich, geistiges Eigentum, Investitionen, öffentliche Ausschreibungen, Landwirtschaft) sollte „stufenweise“ beseitigt werden und sollte durch diese sensible Herangehensweise das umstrittene Abkommen zu NTM ersetzen (wobei das Ziel das gleiche blieb). Strategisch war die TEP aber besser verpackt, sowohl durch die Absicherung (scheinbarer) Beteiligung der Gewerkschaften und Vertreter der Zivilgesellschaft sowie eine Rhetorik der „Harmonisierung“ und des „Gemeinsamen“, anstatt offener neoliberaler Konzepte. Folgen liegen v.a. in den Bereichen Demokratie, Umwelt-, Gesundheits- und Sozialpolitik, aber auch in Bezug auf wirtschaftliche Machtkonzentration und Mega-Fusionen (vgl. Balanyá u.a. 2001:167ff).

Interessant ist die Beziehung von TABD und TEP: Die legitimierte Bewegung hin zu fortschreitender Liberalisierung im Rahmen des TEP sieht der TABD als Feld zur Positionierung seiner Wünsche und er erhält auch eine sehr einflussreiche Rolle in der Politikbestimmung. Biotechnologie und gegenseitige Anerkennungsverfahren im Rahmen des „Mutual Recognition Agreements“ (MRA)⁹¹ sind nur zwei Beispiele der sehr umfassenden Liberalisierungswunschliste des TABD (vgl. Balanyá u.a. 2001:167ff).

⁸⁹Im Jahr 1998 händigte ein Mitglied des TABD (Daimler Chrysler) persönlich die Wunschliste an den EU-Vorsitzenden Blair und den US-Präsidenten Clinton aus (vgl. Balanyá u.a. 2001:183).

⁹⁰Die Märkte „offen zu halten“, um „Protektionismus zu widerstehen“, verschleiert nach Balanyá, Doherty, Hoedeman und Ma'anit (2001) durch Idealisierung eine imperiale Rhetorik (vgl. ebd.:170f).

⁹¹Das MRA betrifft gegenseitige Anerkennung von Prüfungs- und Bewilligungsverfahren auf dem kleinsten Nenner der gemeinsamen Standards (niedrigste Standards). Es wurde bereits 1998 über wichtige Bereiche

Das GATS – institutionell durch die „World Trade Organisation“ (WTO) initiiert – wurde maßgeblich durch erfolgreiche Lobbyarbeit verwirklicht (vgl. Lohmann 2005:253). Während die EK⁹² bei den internationalen Verhandlungsrunden von ERT und UNICE beraten wurde, wurden das US-Wirtschaftsministerium und der US-Handelsbeauftragte regelmäßig von „Industrial Sector Advisory Committees“ (ISA) beraten (vgl. Fritz/Scherrer 2002:11). Bereits Jahre vor dem Start der GATS-Verhandlungen wurden gemeinsame Positionen zu den WTO-Themen in der „Vierer-Gruppe“ EU, USA, Japan und Kanada sowie auf den bilateralen EU-USA-Gipfeltreffen ausgehandelt. Die weltgrößten Wirtschaftsmächte konnten durch ihre Koalitionen Interessen durchsetzen, die zu Lasten der restlichen WTO-Länder gehen sollten und die eigenen Interessen der nördlichen Regierungen und ihrer transnationalen Konzerne einseitig förderten (vgl. Balanyá u.a. 2001:171).

Im Zuge einer Weiterverhandlung des GATS im Jahr 1999 wurde das „European Services Forum“ (ESF) gegründet. Die privatwirtschaftliche Organisation arbeitet eng mit der EK zusammen und versucht, Wirtschaftspolitik gemäß ihren Vorstellungen zu steuern. In den USA übernimmt diese Rolle die „Coalition of Services Industry“ (CSI) und in Japan das „Japan Services Network“ (JSN). Eine Übereinstimmung in der Verhandlungsrunde scheint nicht verwunderlich, da die neoliberalen Interessen im Rahmen des TABD aufeinander abgestimmt werden (vgl. Fritz/Scherrer 2002:11f). Nach Plehwe und Walpen (1999) basieren die unterschiedlichen Richtungen des Neoliberalismus trotz pluraler Ausrichtung auf geteilten Grundsätzen: „Freier Markt“, Rolle des Staates im Verhältnis zu privaten Anbietern, unangefochtenes privates Eigentum an den Produktionsmitteln und die Prinzipien des privatwirtschaftlichen Unternehmenswettbewerbes (vgl. ebd.:4).

VI.3 Neoliberale Umstrukturierung des europäischen Hochschul- und Bildungsraumes

VI.3.1 „Bologna-Prozess“ und Kontext seines Diskurses

Im Jahr 1998 wurde in Paris anlässlich einer Jubiläumsfeier der Sorbonne Universität eine Erklärung zur „Harmonisierung“ des europäischen Hochschulsystems von MinisterInnen aus Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Italien verkündet. Im Jahr darauf wurde die

verabschiedet und in „Paketen“ abgestimmt, wodurch sich die Intransparenz erhöhte (vgl. Balanyá u.a. 2001:174f).

⁹²Auf den Verhandlungsrunden zum internationalen Handelsgeschehen ist die EK Repräsentant der EU und ihrer Mitgliedsstaaten (vgl. Fritz/Scherrer 2002:11f).

„Bologna-Erklärung“ zur Reform des Europäischen Hochschulraumes (EHR) von MinisterInnen aus 29 europäischen Ländern unterzeichnet (vgl. Teichler 2005:7). Deklarierte Ziele des initiierten „Bologna-Prozesses“ sollten weltweite Wettbewerbsfähigkeit, Bewusstseinsbildung für Zusammengehörigkeit, Austausch, Mobilität und Transparenz bzw. Vergleichbarkeit sein (vgl. Sidler 2005:30), um bis 2010 ein kohärenter, kompatibler und wettbewerbsfähiger Hochschulraum zu werden (vgl. Stapelfeldt 2007:17). Die Nachfolgetreffen zu Bologna fanden 2001 in Prag, 2003 in Berlin, 2005 in Bergen und 2007 in London statt (vgl. BM.W_F 2008) und bestätigten bzw. erweiterten das EHR- Konzept.

Der „Bologna-Prozess“ ist nach Christian Aigner (2004) Ausdruck des „informellen“ europäischen Weges, der in rasanter Weise voranschreitet und Kompetenzbereiche zunehmend verschwimmen lässt. Trotz inhaltlicher und organisatorischer Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedsstaaten im Bereich der Bildung wird der „unterstützende Charakter“ der Gemeinschaft immer einflussreicher und bindender (vgl. ebd.:19).

Auslöser für den Prozess war nicht so sehr eine unbewältigbare Menge an Hochschulstudien bzw. -abschlüssen innerhalb Europas (Stichwort: arbeitslose AkademikerInnen), die national zu dieser Zeit intensiv diskutiert wurde, sondern die Internationalisierung und Europäisierung der Hochschulen, um den Hochschulraum im Wettbewerb zu stärken (vgl. Teichler 2005:18).

Torsten Bultmann (2007) ordnet den „Bologna-Prozess“ weiter in den Rahmen neoliberaler Deutungshoheit bzw. Hegemonie ein (vgl. ebd.:149). Auch Markus Gilles (2007) sieht die Umstrukturierung nach „Bologna“ als nachholende Entwicklung allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungen, die er als umfassende Ökonomisierung aller Lebensbereiche zusammenfasst. Zuerst in der Arbeitswelt etabliert, konnte sich die „Totalität ökonomisierter Lebensformen“ (ebd.:183) schließlich auf andere gesellschaftliche Bereiche ausbreiten und ist aktuell in der Form von Humankapitallogik und Marktnachfrage als Studien- und Lebensplanungsorientierung in der Hochschulpolitik eingekehrt. Nach Gilles (2007) lässt sich der „neoliberale Umbau der Hochschullandschaft“ in den Rahmen der im Jahr 2000 beschlossenen „Lissabon-Agenda“ einfügen und entsprechend mit den Prioritäten Wettbewerbsfähigkeit und globale Attraktivität verbinden (vgl. ebd.: 175ff).

Kernaussage der „Lissabon-Strategie“ ist ein viel zitierter Satz, der in allen analysierten Dokumenten dieser Arbeit auftaucht, bei ERT jedoch noch mehr „gelobt“ wird – u.a. „admirable ambition in Lisbon“ (ERT VII:3) – als bei EK. Es geht darum, die „Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen“ (Europäischer Rat 2000:3). Die Prioritäten werden durch die „Lissabon-Strategie“ neu gesetzt: Wettbewerbsfähigkeit erhält Toppriorität. Mobilität und Flexibilität werden in dieser Betrachtung zu Instrumenten der Ökonomisierung von Bildung. Durch die „Lissabon-Agenda“ kommt es auch zu einem Umdenken, was „Bildung“ zu sein habe, bezogen auf Inhalte, Möglichkeiten und Bedingungen (vgl. Gilles 2007:175).

Heinz Steinert (2007) bringt den „Bologna-Prozess“ in Verbindung mit GATS und dessen Forderung zur Marktöffnung von Dienstleistungen, und sieht v.a. profitversprechende Investitionen und dementsprechend „Kapitalisierung“ als Interessen hinter der europäischen Hochschulraumvereinheitlichung. Gerade das „lebenslange Lernen“ im Bereich der Fortbildung an der Universität könne für Privatunternehmen profitable neue Märkte schaffen (vgl. ebd.:22). Auch Michael R. Krätke (2007) betont, dass bereits ein Großteil des universitären Budgets für wachsende Verwaltungs- und Managementkosten (u.a. Werbung, „vergrößerte Präsenz und Marketing“ (EK X:6)) investiert werde, während Lehrende und Forschende statt Vollzeitstellen zunehmend prekäre, befristete und Teilzeitbeschäftigungen angeboten bekommen bzw. sogar akademische Leiharbeiter in steigender Tendenz beschäftigt werden (vgl. ebd.:92f).

Die Dokumente des „Bologna-Prozesses“ können auch in Verbindung mit der hegemonialen Diskursstrategie von EK-ERT gut verglichen werden: Es finden sich die zentralen neoliberalen Kernpunkte wieder, jedoch nicht mehr in der Dichte der ERT-Diskurslinie und weit stärker „verwässert“ als bei der EK-Diskursstrategie. Grund für diese zunehmende Verschwommenheit ist wiederum die Abstimmung auf das Adressatenpublikum (vgl. Keller 2005a:260) sowie das (oft pro-forma) Einfließen der zahlreichen Kompromisse und Konsultationen. Es ist jedoch hervorzuheben, dass die zentralen Forderungen des ERT immer noch dominieren: Gerade detailreiche Abstufungen in der Sprache manifestieren mehr oder weniger festgeschriebene Verbindlichkeit⁹³.

⁹³Es „liegt uns daran“ (BMBF 2005:6) besitzt weniger Verbindlichkeit als „wir fordern [und] wir beauftragen“ (BMBF 2005:6).

Häufigstes „Schlüsselwort“ in den Deklarationen zum „Bologna-Prozess“ ist die bereits zu Beginn auftauchende „Notwendigkeit“ (BMBF 1999:1; BMBF 2001:2; BMBF 2003:1; BMBF 2005:2; BMBF 2007:1), die in Zusammenhang einerseits mit moralischen Angstelementen der EK gesehen werden kann, andererseits auch mit den drohenden Zwangsszenarien des ERT (Strafe bei Nichterfüllung der „Notwendigkeit“).

„In der Überzeugung, daß die Errichtung des europäischen Hochschulraumes [...] Überwachung und Anpassung bedarf“ (BMBF 1999:5) wird Konsens eingefordert: „Wir erwarten, daß die Hochschulen wiederum prompt reagieren und aktiv zum Erfolg unserer Anstrengungen beitragen“ (BMBF 1999:5).

Bedenklich ist das nicht verschwundene demokratiedefizitäre Element des „starken“, effizienten Führungs- und Lenkungsmotivs. So wird das letzte Dokument des Treffens der HochschulministerInnen in London mit der Aussage beendet, dass „im Blick behalten werden sollte, dass die derzeitigen informellen Kooperationsformen gut funktionieren und einen noch nie dagewesenen Wandel herbeigeführt haben“ (BMBF 2007:8).

VI.3.2 Materielle Umstrukturierung: Verschulung kritischer, freier Wissenschaft

Bei der Umsetzung der „Bologna“-Richtlinien werden Studiengänge „verschlinkt“, beschleunigt und eingeschränkt. Die Verkürzung der Studiendauer dient v.a. auch der längeren Lebenszeit auf dem Arbeitsmarkt. Beschleunigung soll durch Modularisierung der Studienorganisation erreicht werden, womit jedoch gleichzeitig eine restriktive Verschulung des Studiums und soziale Selektion einhergehen (vgl. Gilles 2007:175).

Andreas Keller (2005) sieht die Zweiteilung des Hochschulstudiums in einen dreijährigen Bachelorstudiengang (BA) und einen zweijährigen Masterstudiengang (MA) als problematisch an, da er in bloße Berufsausbildung und eine kleine Gruppe elitärer BildungsempfängerInnen – der „Exzellenz“ gegenüber der „Masse“ – differenziere (vgl. ebd.:255). Auch die Frage der Durchlässigkeit von BA zu MA wirft Kritik auf, da der verkürzte, arbeitsmarkttechnisch orientierte BA-Abschluss zum Regelabschluss wird (Anm: im Englischen spricht der Begriff „undergraduate“ für BA bereits für sich), während der Zugang zum MA-Abschluss nur mehr einer Minderheit vorbehalten bleibt. Gilles (2007)

verwendet den Begriff einer neuen Formierung von „Bildungsklassen“ (ebd.:177), die einem Großteil der Studierenden eine ausreichende Regelstudienzeit verwehrt (vgl. ebd.: 176f; Welbers 2005:278). Die „Bestenauslese“ als Legitimation für Chancengleichheit und „Gerechtigkeit“ ist dabei per se diskriminierend: Neben einer Diskriminierung von Frauen treten auch soziale Fragen erneut in den Vordergrund, da sich bei einer Überfülle an Anwesenheitspflicht, starren Stundenplänen und Konkurrenzdruck bei Stipendien sowie der finanziellen Langzeitbelastung von Bildungskrediten⁹⁴ gerade bildungsferne Schichten schneller von einem Hochschulstudium abhalten lassen bzw. dieses auf Dauer einfach nicht finanzieren können (vgl. ebd.:177f).

Auch die Studiengänge und Abschlüsse werden starker Hierarchisierung unterworfen, wobei die „Durchökonomisierung“ (Hirsch 2007:243) der Hochschulen mit betriebswirtschaftlichen Kriterien legitimiert wird. Ökonomisch nicht unmittelbar brauchbares Wissen fällt den Rationalisierungen zum Opfer. Joachim Hirsch (2007) schätzt die Lage als eine Umstrukturierung der Universitäten hin zu Forschungs- und Qualifikationsunternehmen ein, die standortoptimalen Produktionsverfahren folgen und betriebswirtschaftlich „gemanagt“ werden (vgl. ebd.:243). Gerhard Stapelfeldt (2007) sieht hier Probleme für die Sozialwissenschaften: Die neoliberale Universität bedarf der Naturwissenschaften für technisch und somit ökonomisch verwertbares Wissen. Da aufklärende Wissenschaften (Sozialphilosophie, Gesellschaftstheorie u.a.) meist keine konkrete ökonomische Verwertbarkeit nachweisen können und zudem in vielen Fällen herrschaftskritisch und selbstkritisch sind, fallen sie unter die ökonomische Rubrik „Verlust“ (bzw. Gefährdung der Funktionselite). Durch eine Anpassung der Sozialwissenschaften an den neoliberalen „Zeitgeist“ würden sie sich jedoch selbst von innen heraus „entwerten“, auflösen und schließlich vor der Abschaffung stehen (vgl. ebd.:22). Alexander Demirovic (2005) weist darauf hin, dass eine Vermittlung von „standardisiertem Wissen“ keine Wissenschaft ersetzen und sogar zu wissenschaftlicher Zensur degenerieren könne. Auch ein impliziter, „heimlicher Lehrplan“ oder das Definitionsmonopol auf gute Wissenschaft sind Gefahrenquellen der Verkürzung und Modularisierung (vgl. ebd.:31ff).

⁹⁴Frauen zahlen länger zurück aufgrund niedrigerer Einkommen: Hirsch und Brand (2007) stellten eine Hochrechnung zum australischen System nachlaufender Studiengebühren an, bei dem Männer im Durchschnitt 17 Jahre, Frauen hingegen 51 Jahre ihre Bildungsschulden zurückzahlten (vgl. ebd.:235). Durch eine Eigenfinanzierung eröffnen sich für Produkte wie Bildungssparen und Bildungsversicherung neue Märkte, womit Finanzierung in den Familien früh- und langfristig vorbereitet werden soll (vgl. Demirovic 2005:29).

Als letzten Kritikpunkt der neoliberalen Umstrukturierung von Hochschullandschaft möchte ich noch die Evaluation und Bewertung wissenschaftlicher Arbeit anführen: Demirovic (2005) fragt zu Recht: „Wer evaluiert die EvaluiererInnen?“ (ebd.:39). Mushaben (2002) thematisiert als nur einen Punkt von quantitativer Bewertung von Wissen und Wissenschaft die Lohndiskriminierung von Professorinnen in den USA durch leistungsbezogene Entlohnung: Die Bewertung von Publikationen wird etwa nach dem „impact“ der Journale abgestuft. „World Politics“ (geringster Anteil von Frauenartikeln) bekommt eine hohe Bewertung von 4 vs. „Women and Politics“ eine niedrige Bewertung von 54 Punkten. Insgesamt führt Mushaben (2002) eine Zahl von nur 433 Artikeln zu Genderthemen in den Top 15 politologischen US-Zeitschriften in den letzten 100 Jahren an (vgl. ebd.:114ff). Minderheitenthemen und deren ForscherInnen werden also von vornherein unterbewertet und diskriminiert, auch Kritische Theorie als Herrschaftskritik könnte zu einem verschwindenden Theoriezweig in der neoliberalen Universität werden: Gilles (2007) vermutet u.a. eine Reproduktion von „Herkunftseliten“ (soziale Selektion), die nicht an einem herrschaftskritischen Studium interessiert sind (vgl. ebd.:178).

VI.3.3 Ideelle Umstrukturierung: Verändertes Bewusstsein zu Bildung und Studium durch Ökonomisierung

Nach Hirsch (2007) ist die Umstrukturierung der Hochschulen nicht mehr von Werten wie „Bildung“ und „Demokratie“ bestimmt, sondern von der Strategie zur Durchsetzung der Wissensgesellschaft. Er sieht dieses Ziel eng mit der Tatsache verbunden, dass der neoliberal transformierte Kapitalismus in großem Ausmaß „wissensbasiert“ ist. Wissen wird dementsprechend als Ware und Universitäten werden als Dienstleistungsbetriebe behandelt, die Wissen gemäß den Wünschen der „Warenabnehmer“ passgenau zu liefern haben. Diese Umstrukturierung verankert sich auch in den einzelnen Disziplinen, so sind z.B. die Sozialwissenschaften, die in der „68er-Bewegung“ für Freiheit, Demokratisierung und die gesellschafts- und herrschaftskritische Rolle der Universitäten standen, nach Hirsch (2007) nun zunehmend als Beratungs- und Legitimationswissenschaften akzeptiert (vgl. ebd.:243).

Wissenschaftliche Bildung wird auf administrative und technisch standardisierbare „Kenntnisse“ beschränkt. Trotz der Verweise auf den „Praxisbezug“ bezweifelt Bultmann (2007), dass durch zerstückeltes, modularisiertes Wissen ohne Querverbindungen und

Gesamtzusammenhang komplexe Praxis umfassend verstanden werden könne (vgl. ebd.:149). Bildung als Sinnhorizont und Orientierung über Fachdisziplinen hinaus wird durch Zerstückelung von ganzheitlichem Wissen verhindert. Dadurch geht nach Holz (2005) gesellschaftspolitische Kompetenz, aber auch die viel beschworene Innovationskraft verloren, die erst durch Assoziationen, Querverbindungen und freies Denken entstehen könne (vgl. ebd.:13ff).

Das Eintrainieren eines instrumentell abrufbaren Wissens, das für den Arbeitsmarkt in einzelnen Sparten relevant ist, wird als (Aus-)Bildungsziel vor die selbstständige, kritische Urteilskraft wissenschaftlicher Arbeit gestellt (vgl. Bultmann 2007:148). Dadurch verliere Wissenschaft ihr eigentliches Profil und es werde „wissenschaftliche Halbbildung“ (Demirovic 2005:27) produziert, die einerseits junge, interessierte Menschen in ihren Erwartungen von Wissenschaft desillusioniere und von weiterer Wissenschaft abhalten könnte, andererseits die Gefahr birgt, das Studium nur mehr als Erwerb eines Diploms anzusehen, als Mittel zum Zweck, um auf dem Arbeitsmarkt eine gute Position einzunehmen. Das Studium als Lebensabschnitt der Mündigkeit und intellektuellen Erfahrungen werde aus dem Bewusstsein gestrichen. Die Notwendigkeit des kritisch-wissenschaftlichen Verständnisses von „Welt“ und von kritischer Reflexion des „Selbst“ wird nicht mehr im modularisierten Stundenplan vermittelt, die vorstrukturierte Zielorientierung verhindert freie Gedanken bzw. lässt für diese auch keine Zeit mehr. Bewertung folgt anderen Maßstäben und diese folgen den schulischen „heimlichen Lehrplänen“ von Belohnung und Bestrafung sowie Vergleich und Konkurrenz (vgl. Demirovic 2005:28ff).

Das (Aus-)Bildungsziel kann dann als Errungenschaft neoliberaler Arbeitsmarkt- und Konkurrenzorientierung gelten, wenn es in den Köpfen der Studierenden und Lehrenden, aber auch in der Gesellschaft und im gesellschaftlichen Diskurs und Alltagsverstand als „Mittel zum Zweck“ akzeptiert und reproduziert wird. Die mentalen Barrieren, die es dafür überwinden muss, zeigt Ribolits (2004) sehr anschaulich an einem Plädoyer an die Bildung, die über den zweckorientierten „homo oeconomicus“ hinaus geht:

Aber auch die Kriterien des verantwortungsvollen Lebens sind dem Menschen nicht vorgegeben, sie können nur im gesellschaftlichen Diskurs entwickelt werden. Nur gebildete Menschen, die bereit sind, Wissen selbstreflexiv und nicht bloß zum eigenen materiellen Vorteil einzusetzen, können zu einem derartigen Diskurs beitragen. In diesem Sinne meint Bildung ein Heraustreten aus der Sphäre des bloßen Nutzens (ebd.:47).

VII. SCHLUSSFOLGERUNGEN

VII.1 Hegemoniale Diskursstrategien zum Europäischen Bildungsraum

Allgemein lässt sich zu den hegemonialen Diskursstrategien von EK-ERT sagen, dass diese in einem größeren neoliberalen Umstrukturierungsrahmen betrachtet und analysiert werden müssen, um den strategischen Stil und ihre inhaltliche Reichweite richtig einzuordnen. Ähnliche Rhetorik und Argumentationsstruktur finden sich auch in vielen anderen Diskursstrategien zu gesellschaftlichen Bereichen, die von fortschreitender Liberalisierung betroffen sind, z.B. bei sozialen Diensten wie Gesundheit oder Pensionsvorsorge. Zu dieser Feststellung äußert sich auch Frigga Haug (2004) bestätigend, indem sie neoliberale Verantwortungs- und Rechtfertigungslogik in allen vermeintlich abgesicherten Dimensionen nun zu Kampfplätzen um neoliberale Hegemonie werden sieht (vgl. ebd.:447).

Spezifisch für die hegemonialen Diskursstrategien ist sicher ihre Konzentration auf die langfristige Beeinflussung und somit nachhaltige Veränderung von kollektivem Bewusstsein, also den Einstellungen und Haltungen gegenüber dem Neoliberalismus als Ideologie. Dazu passt das Verständnis von Bildung und Erziehung als Herrschaftssicherung als Gegensatz zum emanzipativen Bildungsideal der Selbstbestimmung und Reflexion:

Der sozialisationspädagogische Instrumentalismus [...] wäre hier die Errichtung einer Erziehungsdiktatur, um ein bestimmtes Gesellschaftsideal durchzusetzen. Er tritt sozialgeschichtlich insbesondere in Phasen und Projekten revolutionärer Beschleunigung sozialen Wandels in den Vordergrund, ist aber dabei in der Regel verbunden mit weiterreichenden Zielvorstellungen, deren Verwirklichung er durchsetzen soll (Harten 1997:264).

Für dieses Ziel werden nach Harten (1997) Machtmittel in der Gesellschaft geschaffen, um das Innere des Menschen umzuwandeln und einen „neuen Menschen“ zu schaffen (vgl. ebd.:282).

Allgemeine Akzeptanz und Anerkennung sollen durch die hegemonialen Diskursstrategien für die „neuen“ neoliberalen Werte der Wirtschaft für den Menschen „umfassend“ geschaffen werden, um die Hegemonie langfristig zu stabilisieren und zu reproduzieren.

Die Diskursstrategien sind für ihre Etablierung mit pseudomoralischen Argumenten ausgestattet, die in ihren sozialen Versprechungen dem eigentlichen Gedankenfundament – der neoliberalen Ideologie als Akkumulation und nicht Verteilung von Chancen – widersprechen.

Weiters sind die Strategien durch populistische und drohende Mobilisierungsszenarien gekennzeichnet, die wiederum eine Gefährdung von Demokratie implizieren. Die entmündigende Argumentationsführung „von oben“ unterstützt diese Tendenz und konzentriert Gestaltungsmacht bei den Definitionsmonopolisten des hegemonialen Diskurses.

Aufgrund der bereits stattfindenden materiellen Transformationen, etwa bei Universitäten, Studienplänen oder Karriereständen, sowie der wachsenden ideellen Reproduktionen in den Köpfen der Betroffenen im diskursiven Feld und in der Gesellschaft kann festgehalten werden, dass sich die diskursiven Strategien der hegemonialen Diskurskoalition bereits erfolgreich in den gesellschaftlichen Diskursen manifestieren. Durch ihre Etablierung können sie wiederum Gestaltungsmacht hegemonial beanspruchen. Zahlreiche Forderungen der Diskurskoalition EK-ERT haben unter diesen Voraussetzungen gute Aussicht auf Erfolg.

VII.2 Zum Bogen der Arbeit und offenen Fragen

In dieser Arbeit habe ich anfangs theoretisch und methodisch in die Strategien hegemonialer Diskurse eingeführt, um den Rahmen der Forschungsfrage und schließlich der Analyse zu klären.

Bei der Recherche zu den Diskursproduzenten EK und ERT konnte ich erkennen, wie stark Querverbindungen der Interessen bestehen und dass mein gewähltes institutionelles Feld der EU um viele andere, Einfluss nehmende Akteure erweitert gedacht werden muss. Hier bin ich an Grenzen der Wissenssoziologischen Diskursanalyse gestoßen, die sich stark an Institutionen orientiert, und habe gerne das neogramscianische Theoriekonzept von van Apeldoorn (2000) zur transnationalen kapitalistischen Klasse in die Arbeit aufgenommen. Die recherchierten Netzwerke habe ich schließlich in Zusammenhang mit der sozialhistorischen Einbettung dargestellt.

Die Analyse brachte eine unerwartete Dichte an Ergebnissen, v.a. bei den Strategien des ERT. Dieser arbeitet stark mit existenzialistischen Symbolen, totalitären Normen und Drohgebärden sowie Prestigesehnsüchten; für mich ein einmaliges Erlebnis der Interpretation zu Deutungsmustern, Klassifikationen u.v.m. Die diskursive Argumentation der EK gestaltete sich demgegenüber eher „brav“. Neutral, moralisch und „solide“ wurden europäische Werte nur so weit entfremdet, wie es nötig war, um den neoliberalen Forderungen des ERT „Gehorsam“ zu leisten. Die Analyse stellte sich als Bestätigung meiner Vermutung heraus, dass zentrale Diskursstränge des ERT („story line“) von der EK übernommen wurden.

Im sozialhistorischen Kontext konnte ich erkennen, dass die Diskurskoalition zentrale soziologische Phänomene westlicher Industriegesellschaften aufgreift (Wissensgesellschaft, Individualisierung, Prekarität, globale liberalisierte Märkte etc.), um zu argumentieren. Hier muss wiederum bedacht werden, dass gerade hegemoniale (neoliberale) Diskurse diese soziologischen Phänomene (z.B. Prekarität als „Flexibilität“, „Mobilität“, „Standortwettbewerb“, „Konkurrenz“ etc.) erst schufen, und daher die Rolle der Diskurskoalition zugleich eine aufnehmend-passive als auch eine konstruierend-aktive darstellt. Der neoliberale Diskurs von MAI, GATS und anderen „Think Tanks“ wird durch die Diskurskoalition EK-ERT reproduziert und aktualisiert.

Nicht in dieser Arbeit behandelt werden konnten aufgrund der Beschränktheit des Rahmens das Thema der Dispositive nach Keller (2005a) auf nationaler Ebene in Form von Gesetzen (für ein Beispiel der Umsetzung der hegemonialen Diskursziele wäre für Österreich das Unterrichtsgesetz 2002 interessant), reformierten Studienplänen, räumlichen und administrativen Veränderungen in Universitäten (neue Zentren, andere Prioritäten bei Raumplatzierung, aber auch Selbstpräsentationen im Internet, Service- und Karrierestationen u.ä.), sowie supranational die zahlreichen Ministerien, Arbeitsgruppen und Plattformen.

Weitere interessante Punkte für den Themenbereich der Forschungsfrage wären die gramscianischen Konzepte der Zivilgesellschaft und des Alltagsverstands.

Die Zivilgesellschaft als eine ebenfalls um Hegemonie strebende Gruppe wird in der Diskursstrategie von EK und ERT nur als passiv, anpassend und ausführend dargestellt. Mit Hilfe der Analyse von Gegendiskursen könnte die Frage aufgeworfen werden, wieweit der

hegemoniale Diskurs von EK und ERT auf Widerstand stößt und welche Argumentationsstrategien, rhetorischen Diskursmittel und u.a. Deutungsmuster diskursive Gruppen der Zivilgesellschaft in den Kampf um Hegemonie einbringen und wie sie sich legitimieren⁹⁵.

Das gramscianische Konzept des Alltagsverstandes wäre eine sehr spannende Perspektive für die Analyse der Diskursreproduktion, also auch in Zusammenhang mit der ideellen Manifestation/ den ideellen Dispositiven nach Keller (2005a). Beschränken müsste man diese Untersuchung auf ein nationales, wenn nicht regionales Beispiel (z.B. Universität Wien). Aus dieser Arbeit geht nicht hervor, wie weit die hegemoniale Diskurslinie bereits im Alltagsverstand von Menschen des diskursiven Feldes manifestiert wurde, ob sie auf Widerstände stößt oder als allgemeines Interesse aufgenommen wird. Interviews, teilnehmende Beobachtung und eine Diskursanalyse mit anderem Korpusfokus wären hier spannende Felder zum Weiterforschen und dem Verfolgen des Diskursverlaufes bzw. seiner Transformation und Aktualisierung.

VII.3 Gedanken zum theoretischen Rahmen

Der theoretische Rahmen der Arbeit ist klares Element in den Diskursstrategien der Diskurskoalition EK-ERT, stärker findet man das Hegemoniekonzept aber bei ERT ausgeprägt: Die auf Langfristigkeit angelegte Hegemoniestrategie des ERT versucht erfolgreich, alle ideologischen Apparate⁹⁶ zu kontrollieren und so auf Dauer den Konsens zu stabilisieren. Der Kampf um Hegemonie wird vom ERT und der “business world” (ERT IV:6) dabei bewusst auf materieller und ideeller Ebene angesetzt. Nach van Apeldoorn (2000) könnte man hier die transnationale kapitalistische Klassenfraktion in ihrem Kampf um Hegemonie vermuten, die Forderungen zu Privatisierung und Akkumulation privaten Eigentums, Deregulierungsdiskurse und fortschreitende Liberalisierung global durchsetzen möchte. Auf den Konnex zu verschiedenen internationalen Abkommen wirtschaftlicher Blöcke wurde bereits in der sozialhistorischen Einbettung hingewiesen, die ERT-Diskursstrategie und die inhaltliche Komponente des ERT-Diskurses spiegeln diese Entwicklungen und Konzentrationen von Gestaltungsmacht sehr gut wieder.

⁹⁵Mit Strategien, Perspektiven und Organisation globaler sozialer (u.a. Bildungs-)Bewegungen befasst sich Ulrich Brand (2005, 2007) im Kontext von gramscianischer Hegemonie und Gegen-Hegemonie.

⁹⁶siehe dazu auch Althusser (1977)

Könnte der geforderte radikale Wandel und die Neukreierung Europas sowie der EuropäerInnen in Verbindung mit dem historischen Block (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:105) stehen? Da die tief greifende Umstrukturierung mit neuen Einstellungen und Haltungen – “changing European attitudes to risk and success is now an absolute priority” (ERT II:3) – so oft betont wird, liegt die Vermutung nahe. Der Versuch, Altes auszulöschen und radikal Neues zu schaffen, erinnert an den Kampf um Hegemonie (vgl. Bieling/Steinhilber 2000b:108; GH 8:1045). Normative Visionen stützen die Mobilisierung zum Hegemoniestreben und stabilisieren den allgemeinen Konsens mit „Mythen“.

Die zentrale Bedeutung von zwanghaft durchgesetztem Konsens erinnert einerseits stark an den von Gill (2000) attestierten „disziplinierenden Neoliberalismus“, der auch in der ERT-Diskursstrategie in Zusammenhang mit den Forderungen zu „neuem Konstitutionalismus“ in Bezug auf Gestaltungskompetenzen, Hierarchisierung und Umstrukturierung von Entscheidungsprozessen auftaucht (vgl. ebd.:42ff). Konsens im gramscianischen Sinn, dass das Interesse der Herrschenden als allgemeines Interesse dargestellt wird, finden wir in zahlreichen Passagen explizit und implizit. Durch die Kontrolle aller ideologischen Apparate (Erziehung, Medien, Politik, Legislative) geht der ERT so weit, Konsens durch selektive Information (systemische lebenslange Manipulation, Ausschaltung der Kritik) zwanghaft durchzusetzen, während die EK auf moralische Argumente baut, um Gruppendruck für den Konsens einzusetzen. Globalisierungsmythen (Unausweichlichkeit, Naturmotiv, richtendes Diskursmotiv) und Bedrohungsszenarien (Existenz, Verlust, Abhängigkeit) werden dafür verwendet, Akteuren den Konsens „nahe zu legen“. Oft wird Ehre und Stolz oder auch Glaubwürdigkeit zusätzliches Druckmittel. Am Ende sind sowohl ERT als auch EK moralisch-normativ: “We owe this our citizens” (ERT I:6), „für alle der beste Weg“ (EKII:8), „Gesamteuropa zugute“ (EK IX:7).

„Organische Intellektuelle“ finden wir wieder in der stärker auf Hegemonie gerichteten Diskursstrategie des ERT: Der Verweis auf gleich geschaltete Expertise wird permanent zur Untermauerung der eigenen Aussagen verwendet, um „Realität“ zu transportieren. Die Bedeutsamkeit dieser ExpertInnensichtweise wird durch Zitieren von Aussagen der ERT-Mitglieder unterstrichen, denen damit neben Charles Darwin oder Francis Bacon „historischer Charakter“ verliehen wird. Auch die strategischen Partner EK und Rat werden lobend erwähnt, wenn sie Interessen des ERT durchgesetzt haben – “ERT applauds” (ERT X:3), “ERT wholeheartedly agrees” (ERT IX:3) –, abwertend gerichtet werden aber auch sie

bei einer Nichterfüllung von ERT-Vorgaben (Druck durch negative Sanktion). Weitere Stützen auf „ExpertInnenebene“, etwa OECD (vgl. ERT VII:8), werden zur Untermauerung eigener Argumente herangezogen.

VII.4 Gedanken zur Methode

Man kann Kellers (2005a) Überlegungen zur sozial-räumlichen Entgrenzung von Diskursen (vgl. ebd.:273ff) an den EK- und ERT-Diskursstrategien sehr deutlich erkennen: Während EK einen supranationalen bzw. internationalen Diskurs führt, spürt man beim ERT sogar noch über den supranationalen Rahmen hinaus sehr stark die globalen Diskurselemente. Interessant sind hier wieder Brückenschläge zur Theorie in Bezug auf die Möglichkeit einer transnationalen kapitalistischen Klasse (van Apeldoorn 2000:192ff) als Erklärung für die globale Ausrichtung beim ERT.

Aufgrund des unterschiedlichen Publikums (vgl. Keller 2005a:260) forcieren EK und ERT differenzierte Diskursstrategien⁹⁷: ERT versucht die „eigenen Reihen“ mit einem positiven, strahlenden Führungsmotiv für das hegemoniale Ziel zu mobilisieren; der Selbstwert der kapitalistischen Klasse soll erhöht werden, um kapitalistische Forderungen resoluter und geschlossen zu stellen⁹⁸. Die EK hingegen muss sich mit neoliberaler Führungsrhetorik etwas zurück halten, weiß sie doch, dass ihr Publikum v.a. an Sicherheit interessiert ist, und auch am sozialen Wohlfahrtsstaatsmodell und dessen Verteilungsgerechtigkeit festhält. Um Traditionen und Alltagsverstand zu brechen, bedient sich die EK verunsichernder Elemente, die zu passivem Anschluss und Anpassung bewegen sollen. Viele ERT-Diskurslinien, die den deutlichen neoliberalen Diskurs des freien Marktes und den „Kampf“ des Besseren gegen den Schlechteren um des Prestiges Willen – “more competitive and also more satisfying” (vgl. ERT I:3) – kennzeichnen, werden ausgespart. Gerade bei diesen von der EK mitbedachten europäischen Dispositionen setzt der ERT mit seiner Strategie an, „EuropäerInnen“ grundlegend zu ändern: “The new European [...] needs to be able to bring a spirit of enterprise to life as an employee and a citizen” (ERT IV:4). Beide

⁹⁷Die diskursive Ausrichtung am Publikum erklärt auch die bereits erwähnten Unterschiede in der Diskursführung zu vermehrten Konsens- bzw. Zwangselementen, zu Existenz vs. Prestige, Angst vs. Führung und Moral vs. Norm und Ästhetik.

⁹⁸Weiteres interessantes Element bei den ERT-Dokumenten ist der populistische Diskursstil, der v.a. in informellen Treffen („unter sich“) ausgespielt wird (vgl. ERT VIII) und das Gegenüber abwertet, um sich selbst aufzuwerten.

Diskursproduzenten sind sich also der europäisch-kritischen Einstellung gegenüber Risikokapital, Aktienspekulationen (statt staatlichen Pensionssystemen) und den Werten gegenüber Universitätstradition, der freien Wissenschaft und Bildung bewusst. Trotzdem wird mit „Konsens“ und „Bedürfnissen“ argumentiert. ERT greift alte Werte bewusst an – „main thrust remains safeguarding the old“ (ERT II:4) – , während EK versucht, sie moralisch zu umgehen.

Die von Keller (2004) erwähnten Diskursressourcen (vgl. ebd.:70) tauchen v.a. in der ERT-Diskursstrategie sehr stark wieder auf und werden gekonnt als diskursives Machtmittel eingesetzt. Neben Verweisen auf Standortwettbewerb wird auch die Selbstposition immer wieder mit „mächtigen Zahlen“ und Symbolik untermauert.

Wissensgesellschaft und sozialer Wandel als zentrale Motive der Wissenssoziologischen Diskursanalyse prägen sowohl die EK- als auch die ERT-Diskurslinie. „Knowledge-based Society“ (ERT V:4) und „Europa des Wissens“ (EK VIII:2) sollen dabei mit historischer Bedeutsamkeit den Wandel legitimieren, der sich als eine neoliberale Umstrukturierung (Deregulierung etc.) entpuppt. Das ExpertInnenwissen als neues Machtzentrum (vgl. Keller 2005a:275f) wird besonders vom ERT benutzt, um Aussagen zu untermauern und „Realität“ vs. „Nicht-Realität“ zu transportieren.

Durch beide Diskursstrategien zieht sich die Wissenssoziologische Annahme von hegemonialen Diskursen (vgl. Fairclough 2006:347f; Keller 2005a:308). Diese sollen Inhalte materiell und ideell verfestigen. Während sich v.a. ideelle Dispositive im Sinne von „Think Tanks“ herausbilden (wiederum im Sinne der „Wissensgesellschaft“ und der „Wissensmacht“), zentral bei EK durch neue Ministerien, Arbeitsgruppen, Plattformen u.ä., findet die ideelle Manifestation von Diskurszielen in den Forderungen des ERT einen Höhepunkt: „They should be taught how to ‘think’ and ‘do’ ” (ERT V:7).

VII.5 Zu den Hypothesen

Durch die Analyse zeigte sich in beiden Diskursstrategien ein klares Überwiegen von Zwangselementen, die sehr oft mit „Konsens“ (auch wörtlich) argumentiert werden. Dieser Konsens basiert aber v.a. auf Zwangsmaßnahmen wie Gruppendruck, Drohung des Verlustes

(von Glaubwürdigkeit, Prestige, Partnern, Investitionen u.a.) oder Verantwortlichkeit vs. Verantwortungslosigkeit (Wertung). Das Wort wird also missbräuchlich verwendet.

Stark ist das gramscianische Konsenselement im Ziel des Diskurses angelegt: Sämtliche Akteure sollen vom allgemeinen Interesse des hegemonialen Diskurses überzeugt werden und sich mit „uneingeschränktem Engagement“ für dessen materielle Umsetzung und Stabilisierung einsetzen. Diese Taktik ersetzt eine Kontrolle durch die Diskursproduzenten, da sämtliche Adressaten selbst zu Diskursreproduzenten (in Bildung, Medien, Politik, Recht etc.) gemacht werden. Sie sollen den Diskurs fortsetzen und ihn als „Eigeninteresse“ stabilisieren, und dabei als besten, da „einzigen“ Weg akzeptieren (u.a. Globalisierungsmythos).

Moralische Legitimation findet sich dabei dominant bei der EK-Strategie, bei ERT tritt sie in den Hintergrund. Zwangselemente werden bei ERT direkter ausgespielt und treten als richtend, drohend oder autoritär - disziplinierend in Erscheinung.

Während die EK wie vermutet stark auf das Ausspielen von Bedrohungsszenarien setzt, gemäß moralisch-affektiver Argumentationsstrategie für ein Publikum, das einschneidende Veränderungen im Lebensrhythmus großteils meiden möchte (vgl. Trägheit des Alltagsverstandes bei Gramsci), ändert sich das Bild bei ERT. Ein unvermutet positives Bild wird von derselben Situation (Globalisierung, Standortwettbewerb etc.) gezeichnet, da Chancen für Aufstieg ermöglicht werden, „wenn man sie nützt“. Die Strategie von „besser, schneller, höher“ des Fortschrittsmotivs wird dramatisch ausgebaut: “More effective [...] Maximised [...] Improved [...] Better [...] Higher [...] Greater” (ERT V:26f). Interessant sind das starke Prestigemotiv, die zentralen Verlustängste (Rang, Prestige, Geld, Macht) und die Gewinner-Verlierer-Logik des „Alles oder Nichts“. Hier wird also viel stärker Symbolik verwendet als bei der EK-Strategie. Auch wird Prestige bei der EK v.a. durch Existenz ersetzt. Kognitive Argumente finden sich in beiden Diskursstrategien vorwiegend bei Statistiken, die mit Zahlen argumentieren und Forderungen „ohne Worte“ legitimieren.

Die angenommenen Mythen treten bei beiden Akteuren deutlich hervor, v.a. aber bei der ERT-Strategie im Bereich von Glorifizierung und Überhöhung. Sie spielen mit starken Subjektpositionierungen, die durch ihre totalistischen Zuschreibungen gefährliche Klassifikationen zeichnen. Neben individuellen Persönlichkeitsmythen treten auch die

globalen Mythen von (Standort-)Wettbewerb, Alternativlosigkeit und der „strafenden“, da „gnadenlosen“ Globalisierung auf, um Vorschläge und Vorgehen zu rechtfertigen und emotional die Basis für Ausführung und Mittragen des so genannten „Konsens“ zu schaffen.

Die Vorannahmen bezogen sich vorwiegend auf die Diskursstrategien der EK, da gerade diese öffentlich verbreitet werden. Diese Tatsache ist mit zu bedenken, da die Forderungen des ERT meist informell bleiben, aber als Grundlage wirken. Gerade für ein Verständnis der Richtung und der Ziele des hegemonialen Bildungsdiskurses der Koalition EK-ERT ist das Wissen um beide Diskursstrategien von Bedeutung, da die neoliberalen Inhalte von der EK ausgesprochen werden, aber nicht als solche benannt bzw. „demaskiert“ werden.

Ich möchte die Interpretationserkenntnisse mit der persönlichen Einschätzung und dem Ausblick abschließen, dass durch zunehmende Etablierung des hegemonialen Diskurses von EK und ERT (mitsamt Begrifflichkeiten, Denkmustern und u.a. neoliberalen Argumentationsweisen) die radikale Rhetorik des ERT in Bezug auf Bildung und Wissen bald offen ausgesprochen werden könnte, ohne weiter zu schockieren. Die zunehmende „Normalisierung“ und Integration bzw. Etablierung der hegemonialen Diskurslinie, wie wir sie heute bereits erleben, führt zu materiellen Dispositiven und ideellen Umstrukturierungen in unserem Denken.

Die hegemonialen Diskursinhalte fassen in vielen Bereichen des Bildungswesens und des Bildungsverständnisses bereits erfolgreich Fuß und die diskursiven Strategien tragen Früchte. Ideelle und materielle Umsetzung bedingen sich dabei gegenseitig und neoliberale Umstrukturierungen gemäß dem Interesse der Diskurskoalition EK-ERT sind bereits eingeleitet; nicht nur als diskursive Intentionen, sondern darüber hinaus auch als realpraktische Umstrukturierungspläne.

Diese Wirkmächtigkeit der Diskurskoalition gilt es zu reflektieren: Setzt sich der inhaltliche hegemoniale Diskurs mithilfe der Diskursstrategien im Bildungsbereich so durch, wie von seinen Produzenten geplant, würde das für den Alltagsverstand bedeuten, neorealistische Führungsansprüche von „strahlender Elite“ und einem Wettkampf um „Alles oder Nichts“ sowie die Darwinsche Logik von Gerechtigkeit und dem „Recht“ des Stärkeren im Anspruch um den Erwerb von Bildung und Wissen schließlich als „natürlich“ und „real“ zu akzeptieren.

VIII. LITERATURVERZEICHNIS

Aigner, Edith (2002): Der Bologna-Prozess. Reform der europäischen Hochschulbildung. Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologie. Reihe A – Rechtswissenschaften. Linz: Universitätsverlag Rudolf Trauner.

Althusser, Louis (1977): Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie. Hamburg: VSA.

Anderson, Perry (1979): Antonio Gramsci. Eine kritische Würdigung. Berlin: Olle & Wolter.

Anthofer, Helmut (2005): GATS und die Liberalisierung von Bildungsdienstleistungen. Eine Bestandsaufnahme. AK-Schriftenreihe „Zur Zukunft Öffentlicher Dienstleistungen“ Bd. 5. Wien: AK Wien.

van Apeldoorn, Bastiaan (2000): Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists. In: Bieling, Hans-Jürgen / Jochen Steinhilber (Hg.): Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Atteslander, Peter (2000): Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin: de Gruyter Studienbuch.

Balanyá, Belén / Ann Doherty / Olivier Hoedeman / Adam Ma'anit / Erik Wesselius (2001): Konzern Europa: Die unkontrollierte Macht der Unternehmen. Zürich: Rotpunktverlag.

Bank, Volker (2005): „Ihr aber habt daraus eine Räuberhöhle gemacht.“ Ökonomie und Ökonomismus in der Bildung. In: Bank, Volker (Hg.): Vom Wert der Bildung. Bildungsökonomie in wirtschaftspädagogischer Perspektive neu gedacht. Bern: Haupt.

Bank, Volker (2005): Bildungsgüter oder Bildungs-Güter? Ökonomische Eigenheiten eines Begriffes und deren Rückwirkungen in die ökonomische Theorie. In: Bank, Volker (Hg.): Vom Wert der Bildung. Bildungsökonomie in wirtschaftspädagogischer Perspektive neu gedacht. Bern: Haupt.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich (1996): Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne. In: Beck, Ulrich / Anthony Giddens / Scott Lash: Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bellack, Christian / Reinhold Hofer / Peter Tschmuck (2001): Wettbewerbs- und Strukturpolitik. In: Neck, Reinhard / Ewald Nowotny / Georg Winckler (Hg.): Grundzüge der Wirtschaftspolitik Österreichs. Wien: Manz.

Bendl, Erwin / Erhard Fürst (2001): Der Wirtschaftsstandort Österreich im internationalen Benchmarking. In: Bendl, Erwin / Gerhard Fürst / Markus Marterbauer / Marianne Kager / Robert Lloyd: Europa im globalen Wettbewerb. Brennpunkte. St. Pölten: Niederösterreichisches Pressehaus.

Berger, Peter / Thomas Luckmann (1969): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Fischer.

Bernhard, Armin (2005): Antonio Gramscis Politische Pädagogik. Grundrisse eines praxisphilosophischen Erziehungs- und Bildungsmodells. Hamburg: Argument.

Bernhard, Armin (2006): Antonio Gramscis Verständnis von Bildung und Erziehung. In: URL: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/183Bernhard.pdf [Stand: 20.05.2008]

Bethge, Horst (2004): Krise des Bildungssystems: Privatisierung als Ausweg? In: Renner, Elke / Erich Ribolits / Hannes Zuber (Hg.): Wa(h)re Bildung: Zurichtung für den Profit. Schulheft 113/2004. Innsbruck: Studienverlag.

Bieling, Hans-Jürgen / Jochen Steinhilber (2000a): Einleitung: Theorie und Kritik der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen / Jochen Steinhilber (Hg.): Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Bieling, Hans-Jürgen / Jochen Steinhilber (2000b): Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen / Jochen Steinhilber (Hg.): Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Blatter, K. Joachim / Frank Janning / Claudius Wagemann (2007): Qualitative Politikanalyse. Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

BMBF Bundesministerium für Bildung und Forschung (1999): Der Europäische Hochschulraum. Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister 19. Juni 1999, Bologna. In: URL: http://www.bmbf.de/pub/bologna_deu.pdf [Stand: 16.06.2008]

BMBF (2001): Auf dem Wege zum europäischen Hochschulraum. Communiqué des Treffens der europäischen Hochschulministerinnen und Hochschulminister am 19. Mai 2001 in Prag. In: URL: http://www.bmbf.de/pub/prager_kommunique.pdf [Stand: 16.06.2008]

BMBF (2003): „Den Europäischen Hochschulraum verwirklichen“. Communiqué der Konferenz der europäischen Hochschulministerinnen und -minister am 19. September 2003 in Berlin. In: URL: http://www.bmbf.de/pub/berlin_communique.pdf [Stand: 16.06.2008]

BMBF (2005): Der europäische Hochschulraum – die Ziele verwirklichen. Communiqué der Konferenz der für die Hochschulen zuständigen europäischen Ministerinnen und Minister, Bergen, 19.-20. Mai 2005. In: URL: http://www.bmbf.de/pub/bergen_kommunique_dt.pdf [Stand: 16.06.2008]

BMBF (2007): Londoner Communiqué. Auf dem Wege zum Europäischen Hochschulraum: Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung. In: URL: http://www.bmbf.de/pub/London_Communique_Bologna_e.pdf [Stand: 16.06.2008]

BM.W_F Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (2008): Europäischer Hochschulraum – Der Bologna-Prozess im Überblick. Beschreibung der Entwicklungsschritte. In: URL: <http://www.bmwf.gv.at/euinternationales/bolognaprozess/ueberblick/> [Stand: 20.06.2008]

Böhm, Thomas (1995): Lobbyismus im Entscheidungsprozess der Europäischen Union. Herausforderungen und Perspektiven für Österreich. Unveröffentlichte Diplomarbeit Universität Wien.

Borg, Erich (2001): Steinbruch Gramsci. Hegemonie im internationalen politischen System. In: URL: <http://www.sopos.org/aufsaetze/3bbdcd9ea0c9f/1.html> [Stand: 19.04.2008]

Bourdieu, Pierre (1997a): Die fortschrittlichen Kräfte. In: Bourdieu, Pierre / Claude Debons / Detlef Henschel / Burkart Lutz u.a. (Hg.): Perspektiven des Protests. Hamburg : VSA.

Bourdieu, Pierre (1997b): Die männliche Herrschaft. In: Dölling, Irene / Beate Krais (1997) (Hg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktionen in der sozialen Praxis. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion. Edition discours Bd.23. Konstanz: UVK Universitätsverlag Konstanz.

Brand, Ulrich (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg: VSA.

Brand, Ulrich (2007): Inside-Out – Alternative Formen und Orte der Wissensproduktion und die Rolle von „Bildungsbewegungen“. In: Brüchert, Oliver / Alexander Wagner (Hg.): Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven Kritischer Theorie. Forum Wissenschaft Studien Bd.53. Marburg: BdWi.

Briken, Kendra (2008): Hirn und Muskeln. Arbeit in der Wissensgesellschaft. In: *polar: Zeitschrift für politische Philosophie und Kultur: Tun und Lassen. Über Arbeiten* (4). S 95-97.

Brunner, Verena (2005): Neoliberale Globalisierung als Missachtung von Menschenrechten? Die Menschenrechte im Konzept der Globalisierungskritik am Beispiel der Weltsozialforen. Unveröffentlichte Diplomarbeit Universität Wien.

Bublitz, Hannelore (2006): Differenz und Integration. Zur diskursanalytischen Rekonstruktion der Regelstrukturen sozialer Wirklichkeit. In: Keller, Reiner / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. 2. akt. und erw. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Buholzer, René P. (1998): Legislatives Lobbying in der Europäischen Union. Ein Konzept für Interessensgruppen. St. Galler Studien zur Politikwissenschaft Bd.21. Bern: Haupt.

Bultmann, Torsten (2007): Künftige Perspektiven von Wissenschaft und Beruf – Widersprüche und Konfliktlinien des Bolognaprozesses und der Reorganisation der Hochschulen. In: Brüchert, Oliver / Alexander Wagner (Hg.): Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven Kritischer Theorie. Forum Wissenschaft Studien Bd.53. Marburg: BdWi.

Bührmann, Andrea D. (2005): Chancen und Risiken angewandter Diskursforschung. In: Keller, Reiner / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hg.): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung. Konstanz: UKW Verlagsgesellschaft.

Business Europe (2008): About us – History. In: URL: <http://www.besnesseurope.eu/Content/Default.asp> [Stand: 04.06.2008]

Chabera, Bernhard (2003): Die Einflussnahme nichtstaatlicher Akteure auf die Entscheidungsprozesse der EU. Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Universität Wien.

Chabera, Bernhard (2006): Grundlagen und Institutionen der Europäischen Union. Manuskript. Brüssel. In: URL: [http://homepage.univie.ac.at/peter.gerlich/material/Chabera_\(2004\)_-_Grundlagen_und_Institutionen_der_Europaeischen_Union.pdf](http://homepage.univie.ac.at/peter.gerlich/material/Chabera_(2004)_-_Grundlagen_und_Institutionen_der_Europaeischen_Union.pdf) [Stand: 26.04.2008]

Demirovic, Alex (2005): Wissenschaft oder Dummheit. Die Zerstörung wissenschaftlicher Rationalität durch Hochschulreform. In: Wernicke, Jens / Michael Brodowski / Rita Herwig (Hg.): Denkanstöße. Wider die neoliberale Zurichtung von Bildung, Hochschule und Wissenschaft. Münster: LIT.

Deppe, Frank (2000): Zum Wandel kritischer Integrationstheorien. In: Bieling, Hans-Jürgen / Jochen Steinhilber (Hg.): Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Dewe, Bernd / Peter J. Weber (2007): Wissensgesellschaft und Lebenslanges Lernen. Eine Einführung in bildungspolitische Konzeptionen der EU. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

Dickhaus, Barbara / Christoph Scherrer / Caren Kunze (2006): Gutachten zu den potentiellen Auswirkungen der aktuellen GATS Verhandlungen sowie der europäischen Dienstleistungsrichtlinie auf den Bildungssektor in Deutschland. Gutachten für die Max-Traeger-Stiftung Oktober 2006. In: URL: http://www.gew.de/Binaries/Binary29240/GATS_DLRL.pdf [Stand: 26.06.2008]

Donati, Paolo R. (2006): Die Rahmenanalyse politischer Diskurse. In: Keller, Reiner / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. 2. akt. und erw. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Dobrev, Dimitri (2004): Lobbying in der Europäischen Union. Unveröffentlichte postgraduale Master-These Universität Wien.

Druwe, Ulrich (1995): Politische Theorie. Politikwissenschaft aktuell Bd.2: Reihe Lehre. Neuried: ars una.

ERT (2008a): Home. In: URL: <http://www.ert.be/home.aspx> [Stand: 26.04.2008]

ERT (2008b): About ERT – ERT Structure. In: URL: <http://www.ert.be/structure.aspx> [Stand: 26.04.2008]

ERT (2008c): Working Groups. In: URL: http://www.ert.be/working_groups.aspx [Stand: 26.04.2008]

ERT (2008d): Members A-Z. In: URL: http://www.ert.be/members_a_to_z.aspx [Stand: 20.05.2008]

ERT (2008e): About ERT – ERT Communications. In: URL: <http://www.ert.be/communications.aspx> [Stand: 14.06.2008]

EK (2006): Wie funktioniert die Europäische Union? Ihr Wegweiser zu den Organen und Einrichtungen der EU: Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

EK (2008a): Über diese Webseite. In: URL: http://ec.europa.eu/about_de.htm [Stand: 25.04.2008]

EK (2008b): Dokumente der einzelnen Institutionen. In: URL: http://europa.eu/documents/comm/index_de.htm [Stand: 12.04.2008]

Europäischer Rat (2000): Europäischer Rat 23. und 24. März 2000. Lissabon. Schlussfolgerungen des Vorsitzes. In: URL: http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm?textMode=on [Stand: 16.06.2008]

Fairclough, Norman (2006): Globaler Kapitalismus und kritisches Diskursbewußtsein. In: Keller, Reiner / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. 2. akt. und erw. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Falkner, Gerda (2006): Zur „Europäisierung“ des österreichischen politischen Systems. In: Dachs, Herbert (Hg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: Manz.

Filzmaier, Peter / Leonore Gewessler / Otmar Höll / Gerhard Mangott (2006): Internationale Politik. Eine Einführung. Wien: Facultas.

Fischer, Klemens H. (2005): Lobbying und Kommunikation in der Europäischen Union. 2. Auflage. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.

Fleck, Ludwik (1935): Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv. Basel: Schwabe.

Flick, Uwe (2007a): Konstruktivismus. In: Flick, Uwe / Ernst von Kardoff / Ines Steinke (Hg.): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Hamburg: Rowohlt.

Flick, Uwe (2007b): Design und Prozess qualitativer Forschung. In: Flick, Uwe / Ernst von Kardoff / Ines Steinke (Hg.): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Hamburg: Rowohlt.

Flick, Uwe (2007c): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Flick, Uwe / Ernst von Kardoff / Ines Steinke (2007): Was ist qualitative Forschung? Einleitung und Überblick. In: Flick, Uwe / Ernst von Kardoff / Ines Steinke (Hg.): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Hamburg: Rowohlt.

Foucault, Michel (1973): Wahnsinn und Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, Michel (1988): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Fritz, Thomas / Christoph Scherrer (2002): GATS: Zu wessen Diensten? Öffentliche Ausgaben unter Globalisierungsdruck. Attac Basistexte 2. Hamburg: VSA-.

Fritz, Thomas (2006): Schleichende Privatisierung. Öffentliche Dienstleistungen in Binnenmarktgefahr. In: Attac (Hg.): Das kritische EU-Buch. Warum wir ein anderes Europa brauchen. Wien: Deuticke.

Galtung, Johan (1997): Der Preis der Modernisierung. Struktur und Kultur im Weltsystem. Wien: Promedia.

Gebhardt, Eike (1992): Kreativität und Mündigkeit. Zum gesellschaftspolitischen Stellenwert kreativen Verhaltens. Weinheim: Deutscher Studienverlag.

Genser, Bernd / Robert Holzmann (2001): Öffentlicher Sektor: Finanz- und Sozialpolitik. In: Neck, Reinhard / Ewald Nowotny / Georg Winckler (Hg.): Grundzüge der Wirtschaftspolitik Österreichs. Wien: Manz.

GH 8/10/12 Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte, hgg. von Bochmann, Klaus / Wolfgang Fritz Haug / Peter Jehle. Hamburg und Berlin: Argument.

Giddens, Anthony (1997): Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Gill, Stephen (1993): Neo-Liberalism and the Shift towards a US-centered Hegemony. In: Overbeek, Henk (Hg.): Restructuring Hegemony in the Global Political Economy. London und New York.

Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neogramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen / Jochen Steinhilber (Hg.): Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Gilles, Markus (2007): Die total verwaltete Uniwelt – Zur Auswirkung der Bologna-Reform auf die Möglichkeiten eines kritischen Studiums. In: Brüchert, Oliver / Alexander Wagner (Hg.): Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven Kritischer Theorie. Forum Wissenschaft Studien Bd.53. Marburg: BdWi.

Glatz, Lorenz (2004): Von der Herrenbildung zur Begabungswirtschaft. Vier Betrachtungen über Menschsein und Bildung zum Zwecke der Skandalisierung diverser Fortschritte. In:

Renner, Elke / Erich Ribolits / Hannes Zuber (Hg.): Wa(h)re Bildung: Zurichtung für den Profit. Schulheft 113/2004. Innsbruck: Studienverlag.

Gris, Francois (2005): Grundzüge der volkswirtschaftlichen Bildungsökonomie. In: Bank, Volker (Hg.): Vom Wert der Bildung. Bildungsökonomie in wirtschaftspädagogischer Perspektive neu gedacht. Bern: Haupt.

Grasser, Sebastian (2004): ERT - der runde Tisch der Wirtschaftskapitäne. In: URL: <http://www.europa-digital.de/text/aktuell/dossier/lobby/ert.shtml> [Stand: 30.04.2008]

Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. Bd. 2. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (1998): Die postnationale Konstellation. Politische Essays. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Harten, Hans-Christian (1997): Kreativität, Utopie und Erziehung: Grundlagen einer erziehungswissenschaftlichen Theorie sozialen Wandels. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Haug, Frigga (2004): Hochtechnologische Produktionsweise. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bd.6.1. Hegemonie bis Imperialismus. Hamburg: Argument.

Helberger, Christof / Helene Palamidis (1992): Die Nachfrage nach Bildung. Theorien und empirische Ergebnisse. Sozialwissenschaftliche Schriften Heft 17. Berlin: Duncker & Humblot.

Hirsch, Nele / Ortrun Brand (2007): Durchlässigkeit des Bildungssystems und kritische Wissenschaft. In: Brüchert, Oliver / Alexander Wagner (Hg.): Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven Kritischer Theorie. Forum Wissenschaft Studien Bd.53. Marburg: BdWi.

Hirsch, Joachim (2007): Die Universität: Elfenbeinturm, Wissensfabrik oder Ort kritischer Theoriebildung? In: Brüchert, Oliver / Alexander Wagner (Hg.): Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven Kritischer Theorie. Forum Wissenschaft Studien Bd.53. Marburg: BdWi.

Hoedeman, Olivier / Erik Wesselius (2006): Lobbyismus in Brüssel. Gehen wir essen, Herr Kommissar? In: Attac (Hg.): Das kritische EU-Buch. Warum wir ein anderes Europa brauchen. Wien: Deuticke.

Holz, Hans Heinz (1992): Philosophische Reflexion und politische Strategie bei Antonio Gramsci. In: Holz, Hans Heinz / Guisepppe Prestipino (Hg.): Antonio Gramsci heute. Aktuelle Perspektiven seiner Philosophie. Bonn: Pahl-Rugenstein.

Holz, Hans Heinz (2005): Zweckfreiheit, Nutzen und Inhalt von Bildung. Soll, darf oder muss Wissenschaft ‚kritisch‘ sein? In: Wernicke, Jens / Michael Brodowski / Rita Herwig (Hg.): Denkanstöße. Wider die neoliberale Zurichtung von Bildung, Hochschule und Wissenschaft. Münster: LIT.

Jacquemin, Alexis / Lucio Pench (1999) (Hg.): Europa im globalen Wettbewerb. Berichte des Rats für Wettbewerbsfähigkeit. Baden-Baden: Nomos.

Jäger, Siegfried (2006): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Keller, Reiner / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. 2. akt. und erw. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Jessop, Bob (1998): Nationalstaat, Globalisierung und Gender. In: Kreisky, Eva / Birgit Sauer (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Jopp, Mathias / Otto Schmuck (1996) (Hg.): Die Reform der Europäischen Union: Analysen–Positionen–Dokumente zur Regierungskonferenz 1996/97. Analysen 11. Bonn: Europa Union Verlag.

Kager, Marianne (2001): E-Commerce – „New-Land und New-Finance“. In: Bendl, Erwin/ Gerhard Fürst / Markus Marterbauer / Marianne Kager / Robert Lloyd: Europa im globalen Wettbewerb. Brennpunkte. St. Pölten: Niederösterreichisches Pressehaus.

Keller, Andreas (2005): Unternehmen Uni? Ambivalenzen der gegenwärtigen Hochschulpolitik. In: Wernicke, Jens / Michael Brodowski / Rita Herwig (Hg.): Denkanstöße. Wider die neoliberale Zurichtung von Bildung, Hochschule und Wissenschaft. Münster: LIT.

Kebir, Sabine (1980): Die Kulturkonzeption Antonio Gramscis. München: Damnitz.

Kelle, Udo (1997): Empirisch begründete Theoriebildung. Zur Logik und Methodologie interpretativer Sozialforschung. 2. Auflage. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.

Keller, Reiner (2006): Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Keller, Reiner / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. 2. akt. und erw. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Keller, Reiner / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (2005) (Hg.): Autorinnen und Autoren. In: Keller, Reiner / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hg.): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung. Konstanz: UKW Verlagsgesellschaft.

Keller, Reiner (2005a): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Keller, Reiner (2005b): Wissenssoziologische Diskursanalyse als interpretative Analytik. In: Keller, Reiner / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hg.): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung. Konstanz: UKW Verlagsgesellschaft.

Keller, Reiner (2004): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. 2. Auflage. Qualitative Sozialforschung Bd. 14. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Knoblauch, Hubert (2006): Diskurs, Kommunikation und Wissenssoziologie. In: Keller, Reiner / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. 2. akt. und erw. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Krätke, Michael R. (2007): Die Universität als Unternehmen auf dem Bildungsmarkt. In: Brüchert, Oliver / Alexander Wagner (Hg.): Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven Kritischer Theorie. Forum Wissenschaft Studien Bd.53. Marburg: BdWi.

Kreisky, Eva (2001): Die maskuline Ethik des Neoliberalismus – Die neoliberale Dynamik des Maskulinismus. In: *femina politica. Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft: Feministische Perspektiven in der Politikwissenschaft* (2): S 76-89.

Lang, Sabine (2001): Reprivatisierungen im neoliberalen Geschlechterregime. In: *femina politica. Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft: Feministische Perspektiven in der Politikwissenschaft* (2): S 91-103.

Lassnigg, Lorenz (2003): Bildungspolitik zwischen Ökonomisierung und öffentlichem Gut? Fakten, Widersprüche, Kontroversen. Reihe Soziologie 61. Wien: Institut für Höhere Studien (IHS).

Lenz, Werner (2004): Lebenslanges Lernen – Lebensgestaltende Bildung. In: Lebenslanges Lernen in der Wissensgesellschaft. Voraussetzungen und Rahmenbedingungen. Schulentwicklung Bd. 36. Innsbruck: Studienverlag.

Link, Jürgen (2006): Diskursanalyse unter besonderer Berücksichtigung von Interdiskurs und Kollektivsymbolik. In: Keller, Reiner / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. 2. akt. und erw. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Link, Jürgen (2005): Warum Diskurse nicht von personalen Subjekten ‚ausgehandelt‘ werden. Von der Diskurs- zur Interdiskurstheorie. In: Keller, Reiner / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hg.): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung. Konstanz: UKW Verlagsgesellschaft.

Lloyd, Robert (2001): Natürliche Auslese in der Internet – Economy. In: Bendl, Erwin / Gerhard Fürst / Markus Marterbauer / Marianne Kager / Robert Lloyd: Europa im globalen Wettbewerb. Brennpunkte. St. Pölten: Niederösterreichisches Pressehaus.

Locher-Dodge, Birgit (1998): Internationale Politik – geschlechtsneutrale Paradigmen? In: Kreisky, Eva / Birgit Sauer (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Lohmann, Ingrid (2005): Der totale Bildungsökonomismus. Schulische und gesellschaftliche Folgen. In: Bank, Volker (Hg.): Vom Wert der Bildung. Bildungsökonomie in wirtschaftspädagogischer Perspektive neu gedacht. Bern: Haupt.

Luhmann, Niklas (2003): Macht. 3. Auflage. Stuttgart: Lucius & Lucius.

Lüders, Christian / Michael Meuser (1997): Deutungsmusteranalyse. In: Hitzler, Ronald / Anne Honer (Hg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Opladen: Leske + Budrich.

Macchiavelli, Niccolò (1940): Der Fürst. 2. Auflage. Leipzig: Meiner.

Marterbauer, Markus (2001): Herausforderungen für das europäische Modell im globalen Wettbewerb. In: Bendl, Erwin / Gerhard Fürst / Markus Marterbauer / Marianne Kager / Robert Lloyd: Europa im globalen Wettbewerb. Brennpunkte. St. Pölten: Niederösterreichisches Pressehaus.

Marx, Karl (1964): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd.3. Berlin.

Marx, Karl / Friedrich Engels (1964): Werke Bd.30. Institut für Marxismus – Leninismus beim ZK der SED. Berlin: Dietz.

Maurer, Andreas (1996): Reformziel Effizienzsteigerung und Demokratisierung: Die Weiterentwicklung der Entscheidungsmechanismen. In: Jopp, Mathias / Otto Schmuck (Hg.): Die Reform der Europäischen Union: Analysen – Positionen – Dokumente zur Regierungskonferenz 1996/97. Analysen 11. Bonn: Europa Union Verlag.

Merkens, Andreas (2006): Hegemonie und Gegen-Hegemonie als pädagogisches Verhältnis. Antonio Gramscis politische Pädagogik. Hamburger Skripte 15. Hamburg: Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Hamburg e.V.

Mushaben, Joyce Marie (2002): „A Chilly Climate“ – Geschlechterverhältnisse und Besoldungspolitik an amerikanischen Universitäten. In: *femina politica. Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft: Engendering der Makro-Ökonomie* (1): S 114-121.

Neck, Reinhard / Friedrich Schneider / Hannelore Weck-Hannemann (2001): Theorie und Empirie der österreichischen Wirtschaftspolitik. In: Neck, Reinhard / Ewald Nowotny / Georg Winckler (Hg.): Grundzüge der Wirtschaftspolitik Österreichs. Wien: Manz.

Nowotny, Ewald (2001): Das Wirtschaftssystem Österreichs. In: Neck, Reinhard / Ewald Nowotny / Georg Winckler (Hg.): Grundzüge der Wirtschaftspolitik Österreichs. Wien: Manz.

Nullmeier, Frank (2006): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse? In: Keller, Reiner / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. 2. akt. und erw. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Overbeek, Henk (2000): Auf dem Weg zu einer neo-gramscianischen Theorie der europäischen Integration – das Beispiel der Steuerharmonisierung. In: Bieling, Hans-Jürgen / Jochen Steinhilber (Hg.): Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Pechar, Hans (2007): Heterogenität, Gerechtigkeit und Exzellenz in der Wissensgesellschaft, Länderbericht Österreich. In: Dobart, Anton (Hg.) im Rahmen des OECD/CERI - Regionalseminar für die deutschsprachigen Länder: Heterogenität, Gerechtigkeit und Exzellenz. Lebenslanges Lernen in der Wissensgesellschaft. Schulentwicklung Bd. 38. Innsbruck: Studien Verlag.

Pfeifer, Georg (1995): Eurolobbyismus. Organisierte Interessen in der Europäischen Union. Europäische Hochschulschriften: Reihe 31, Politikwissenschaft; Bd. 271. Frankfurt am Main: Peter Lang - Europäischer Verlag der Wissenschaften.

Piaget, Jean (1937): *La construction du réel chez l'enfant*. Neuchâtel: Delachaux & Niestlé.

Pijl, Kees van der (1984): *The Making of an Atlantic Ruling Class* (Verso).

Pijl, Kees van der (1998): *Transnational Classes and International Relations* (Routledge).

Plehwe, Dieter / Bernhard Walpen (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung. In: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft. Heft 115, 29.Jg. Nr.2, II-II.

Radtke, Frank-Olaf (2005): Die Schwungkraft internationaler Vergleiche. In: Bank, Volker (Hg.): *Vom Wert der Bildung. Bildungsökonomie in wirtschaftspädagogischer Perspektive neu gedacht*. Bern: Haupt.

von Recum, Hasso (1978): *Bildungsökonomie im Wandel: Umriss einer Ortsbestimmung und Plädoyer für mehr bildungspolitische Rationalität*. Braunschweig: Westermann.

Reese-Schäfer, Walter (2001): *Kommunitarismus*. Frankfurt am Main: Campus.

Ribolits, Erich (1995): *Die Arbeit hoch? Berufspädagogische Streitschrift wider die Totalverzweckung des Menschen im Post-Fordismus*. Bildung-Arbeit-Gesellschaft Bd.18. München: Profil.

Ribolits, Erich (2004): Die Zukunft der Schule unter dem Kuratel der Ökonomie. In: Renner, Elke / Erich Ribolits / Hannes Zuber (Hg.): *Wa(h)re Bildung: Zurichtung für den Profit*. Schulheft 113/2004. Innsbruck: Studienverlag.

Ribolits, Erich (2004): Vom sinnlosen Arbeiten zum sinnlosen Lernen. In: Renner, Elke / Erich Ribolits / Hannes Zuber (Hg.): *Wa(h)re Bildung: Zurichtung für den Profit*. Schulheft 113/2004. Innsbruck: Studienverlag.

Richter, Rudolf (2001): *Soziologische Paradigmen. Eine Einführung in klassische und moderne Konzepte*. Wien: WUV-Universitätsverlag.

Riechers, Christian (1967) (Hg.): *Antonio Gramsci. Philosophie der Praxis. Eine Auswahl*. Frankfurt am Main: S. Fischer.

Rohn, Walter (2002): *Regelung versus Nichtregelung internationaler Kommunikationsbeziehungen. Das Beispiel der UNESCO-Kommunikationspolitik*. ISR-Forschungsbericht 26. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Roth, Gerhard (1972): *Gramscis Philosophie der Praxis. Eine neue Deutung des Marxismus*. Düsseldorf: Patmos.

Santer, Jacques (1999): Vorwort. In: Jacquemin, Alexis / Lucio Pench (Hg.): *Europa im globalen Wettbewerb. Berichte des Rats für Wettbewerbsfähigkeit*. Baden-Baden: Nomos.

Schmelzer, Matthias (2005): Das Weltsozialforum. Kultureller Raum oder politische Kraft? Institut für soziale Dreigliederung. In: URL: [http://www.dreigliederung.de/ essays/2005-03-006.html](http://www.dreigliederung.de/essays/2005-03-006.html) [Stand: 28.04.2008]

Schröer, Norbert (1997): Wissenssoziologische Hermeneutik. In: Hitzler, Ronald / Anne Honer (Hg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Opladen: Leske + Budrich.

Schumpeter, Joseph Alois (1912): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung : Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus. 9. unveränd. Auflage (1997). Berlin: Duncker & Humblot.

Schütz, Alfred (1971): Gesammelte Aufsätze. Bd.1 – Das Problem der sozialen Wirklichkeit. Den Haag: Nijhoff.

Schwab-Trapp, Michael (2006): Diskurs als soziologisches Konzept. Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse. In: Keller, Reiner / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. 2. akt. und erw. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Seitz, Klaus (2002): Bildung in der Weltgesellschaft. Gesellschaftstheoretische Grundlagen des Globalen Lernens. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.

Simonis, Georg / Helmut Elbers (2003): Studium und Arbeitstechniken der Politikwissenschaft. Opladen: Leske + Budrich.

Stapelfeldt, Gerhard (2007): Der Aufbruch des konformistischen Geistes. Thesen zur Kritik der neoliberalen Universität. Hamburg: Verlag Dr. Kovac.

Staritz, Cornelia / Petra Ziegler (2006): Dienstleistungsrichtlinie. Die letzte Stufe des Standortwettbewerbs. In: Attac (Hg.): Das kritische EU-Buch. Warum wir ein anderes Europa brauchen. Wien: Deuticke.

Steinert, Heinz (2007): Die Universität als Ort von Kritischer Theorie? In: Brüchert, Oliver / Alexander Wagner (Hg.): Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven Kritischer Theorie. Forum Wissenschaft Studien Bd.53. Marburg: BdWi.

Teichler, Ulrich (2005): Gestufte Studiengänge und Studienabschlüsse: Studienstrukturen im Bologna-Prozess. In: Hanft, Anke / Isabel Münkens (Hg.): Bologna und die Folgen für die Hochschulen. Reihe Hochschulwesen – Wissenschaft und Praxis. Bielefeld: UVW Universitätsverlag Webler.

Tillmann, Klaus-Jürgen (2000): Sozialisationstheorien. Eine Einführung in den Zusammenhang von Gesellschaft, Institution und Subjektwerdung. 10. erw. und überarb. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Welbers, Ulrich (2005): Gestufte Studiengänge als Experimentalraum für die Studienreform. Chancen und Probleme gegenwärtiger Strukturreformen. In: Wernicke, Jens / Michael Brodowski / Rita Herwig (Hg.): Denkanstöße. Wider die neoliberale Zurichtung von Bildung, Hochschule und Wissenschaft. Münster: LIT.

WTO (2001): GATS – Fact and fiction. In: URL:
http://www.wto.org/english/tratop_e/serv_e/gatsfacts1004_e.pdf [Stand: 14.06.2008]

WTO (2008): What is the World Trade Organization? In: URL:
http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/fact1_e.htm [Stand: 14.06.2008]

Viehöver, Willy (2006): Diskurse als Narrationen. In: Keller, Reiner / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. 2. akt. und erw. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Willke, Helmut (2001): Wissensgesellschaft. In: Kneer, Georg / Armin Nassehi / Markus Schroer (Hg.): Klassische Gesellschaftsbegriffe der Soziologie. München: Fink.

Wimmer, Rudolf (1979): Die historische Entwicklung der Politischen Bildung in Österreich. In: Grossmann, Ralph / Rudolf Wimmer (Hg.): Schule und Politische Bildung I. Klagenfurter Beiträge zur bildungswissenschaftlichen Forschung. Bd.6. Klagenfurt: Kärntner Druck- und Verlagsgesellschaft.

Wissenschaftlicher Rat der Dudenredaktion (1973) (Hg.): Duden. Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter. 17. Auflage. Mannheim: Bibliographisches Institut/Dudenverlag.

Young, Brigitte (1998): Politik und Ökonomie im Kontext von Globalisierung. Eine Geschlechterkritik. In: Kreisky, Eva / Birgit Sauer (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Zenker, Tibor (2004): Monopolkapital, Markt und Macht. Bedürfnisse und Zwänge des Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Renner, Elke / Erich Ribolits / Hannes Zuber (Hg.): Wa(h)re Bildung: Zurichtung für den Profit. Schulheft 113/2004. Innsbruck: Studienverlag.

Ziltener, Patrick (2000): Die Veränderung von Staatlichkeit in Europa – regulations- und staatstheoretische Überlegungen. In: Bieling, Hans-Jürgen / Jochen Steinhilber (Hg.): Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Zogholy, Andre (2002): Kulturpolitische Strategien der FPÖ und die Hegemonietheorie nach Antonio Gramsci. Linz: Universitätsverlag Rudolf Trauner.

IX. ANHANG

Quellenverzeichnis der analysierten Textdokumente

ERT [I] (1998): Job Creation and Competitiveness through Innovation.
In: URL: <http://www.ert.be/doc/0093.pdf> [Stand: 22.05.2008]

ERT [II] (2000): European Business Summit. Speech by Morris Tabaksblat: How to achieve what was set out in Lisbon. In: URL: <http://www.ert.be/doc/0096.pdf> [Stand: 22.05.2008]

ERT [III] (2000): Enhancing European Competitiveness - our core concern.
In: URL: <http://www.ert.be/doc/0139.pdf> [Stand: 22.05.2008]

ERT [IV] (2001): Actions for Competitiveness through the Knowledge Economy in Europe.
In: URL: <http://www.ert.be/doc/0097.pdf> [Stand: 22.05.2008]

ERT [V] (2001): Task Force's working paper.
In: URL: <http://www.ert.be/doc/0095.pdf> [Stand: 22.05.2008]

ERT [VI] (2002): Will European Governments in Barcelona keep their Lisbon promises?
In: URL: <http://www.ert.be/doc/0098.pdf> [Stand: 22.05.2008]

ERT [VII] (2003): The European Challenge.
In: URL: <http://www.ert.be/doc/0099.pdf> [Stand: 22.05.2008]

ERT [VIII] (2004): "Excellence of Enterprises": Speech by Gerhard Cromme - Informal Competitiveness Council in Maastricht.
In: URL: <http://www.ert.be/doc/0101.pdf> [Stand: 22.05.2008]

ERT [IX] (2004): Letter to the November 2004 European Council.
In: URL: <http://www.ert.be/doc/0102.pdf> [Stand: 22.05.2008]

ERT [X] (2005): How to put economic reform on the front burner - a business view.
In: URL: <http://www.ert.be/doc/0103.pdf> [Stand: 22.05.2008]

EK [I] (2000): eLearning – Gedanken zur Bildung von Morgen. KOM (2000) 318 endgültig.
In: URL:
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2000:0318:FIN:DE:PDF>
[Stand: 15.05.2008]

EK [II] (2000): Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen: Memorandum über Lebenslanges Lernen. SEK (2000) 1832.
In: URL: <http://ec.europa.eu/education/policies/III/life/memode.pdf> [Stand: 15.05.2008]

EK [III] (2001): Bericht: Die konkreten künftigen Ziele der Bildungssysteme. KOM (2001) 59 final. In: URL:
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0059:FIN:DE:PDF>
[Stand: 15.05.2008]

EK [IV] (2001): Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen. KOM (2001) 678 endgültig. In: URL:
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0678:FIN:DE:PDF>
 [Stand:15.05.2008]

EK [V] (2002): Mehr Forschung für Europa. Hin zu 3% des BIP. KOM (2002) 499 endgültig. In: URL:
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2002:0499:FIN:DE:PDF>
 [Stand: 15.05.2008]

EK [VI] (2002): Europäische Benchmarks für die allgemeine und berufliche Bildung: Follow-up der Tagung des Europäischen Rates von Lissabon. KOM (2002) 629 endgültig. In: URL:
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2002:0629:FIN:DE:PDF>
 [Stand: 15.05.2008]

EK [VII] (2002): Wirkungsvoll in die allgemeine und berufliche Bildung investieren: eine Notwendigkeit für Europa. KOM (2002) 779 endgültig. In: URL:
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2002:0779:FIN:DE:PDF>
 [Stand: 15.05.2008]

EK [VIII] (2003): Die Rolle der Universitäten im Europa des Wissens. (KOM 2003) 58 endgültig. In: URL:
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2003:0058:FIN:DE:PDF>
 [Stand:15.05.2008]

EK [IX] (2005): Das intellektuelle Potenzial Europas wecken: So können die Universitäten ihren vollen Beitrag zur Lissaboner Strategie leisten. KOM (2005) 152 endgültig. In: URL:
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2005:0152:FIN:DE:PDF>
 [Stand:15.05.2008]

EK [X] (2005): Diskussionspapier: Die europäischen Hochschulen in die Lage versetzen, ihren vollen Beitrag zur Wissensgesellschaft und –wirtschaft zu leisten (2005). In: URL:
http://ec.europa.eu/education/policies/2010/doc/conferencepaper_de.pdf [Stand:15.05.2008]

Zusammenfassung

Diese Arbeit beschäftigt sich mit den Umstrukturierungen im europäischen Bildungs-, im speziellen Hochschulwesen seit der Bologna-Erklärung im Jahr 1999 bzw. dem Vertrag von Lissabon im Jahr 2000. Im Rahmen einer Wissenssoziologischen Diskursanalyse wird der Argumentationsstil (Argumentationslinien und -muster) der Diskurskoalition Europäische Kommission – European Round Table of Industrialists (europäischer Unternehmerverband) untersucht, um deren Intentionen in der Umstrukturierung der europäischen Hochschullandschaft näher zu erforschen.

Insgesamt werden 20 Dokumente als Aussagedaten der Akteure analysiert, und zwar zentral in Hinblick auf narrative Struktur, Phänomenkonstellation, Klassifikationen und Deutungsmuster. Durch einen Vergleich der Argumentationsstrukturen werden Rückschlüsse auf eine strategische Diskurskoalition geschlossen. Es geht um die zentrale Forschungsfrage, welche diskursiven Strategien die Diskurskoalition anwendet, um Diskursinteressen hegemonial durchzusetzen und sie dabei als allgemein akzeptierte und gewollte Denkmuster zu etablieren.

Die Diskurskoalition wird in ihren Intentionen auf ein Durchsetzen hegemonialer Interessen mit dem (neo-)gramscianischen Hegemoniebegriff analysiert und weiters in Hinblick auf u.a. neoliberale Interessen im Sinne transnationaler kapitalistischer Eliten im Rahmen Kritischer Integrationstheorien und Kritischer Internationaler Politik beleuchtet.

Die Analyseerkenntnisse werden in einen sozial-historischen Gesellschaftskontext eingebettet, um trans-, inter- bzw. supranationale Entwicklungen zu berücksichtigen und die Ergebnisse der Analyse in ihrer Reichweite entsprechend einordnen zu können.

Bildungspolitisch stehen die Themen freie kritische Wissenschaft vs. Privatisierung und Kommerzialisierung von Wissen, freier Bildungszugang und Verteilungsgerechtigkeit von Bildungs- und Lebenschancen im Zentrum des Analysekontextes.

Abstract

This thesis handles the structural reforms in the European education sector, especially the area of Higher Education since the Declaration of Bologna in the year 1999 and the Lisbon Treaty in the year 2000. With the methodological framework of discourse analysis the style of argumentation (argumentative line and models) of the discourse coalition European Commission – European Round Table of Industrialists (club of European entrepreneurs) gets focus of the research, to find out more about the intentions of the coalition in context of the European Higher Education sector.

All in all 20 documents are analysed as data of speech, especially in the context of narrative structure, phenomena constellation, classifications and symbolic/interpretation models. Through comparison of argumentation structures a strategic discourse coalition can be recognised. The central research question of this work asks about the discursive strategies that are used by the discourse coalition to push through hegemonial interests and make them “accepted” and “wished” by society.

The discourse coalition is analysed with the (neo-)gramscian concept of hegemony. Under the aspect of - among others - neoliberal interests of transnational capitalist elites the hegemonial discourse strategies are looked at by the concepts of Critical Integration Theory and Critical International Politics.

The outcomes of the data analysis are therefore put in a socio-historical context to realize trans-, inter- and supranational processes and reflect the broad range of their effectiveness.

In the field of education politics the questions of independent critical science contra privatizing and commercializing knowledge, the free access to knowledge and the just distribution of life opportunities through education are centre of the analysis context.

LEBENS LAUF

(Wissenschaftlicher Werdegang)

Daten zur Person:

Zuname: Winkler
Vorname: Birgit
Titel: Dipl. Pädⁱⁿ
Geburtsdatum: 08.04.1984

Schulbildung:

1994 – 2002 Akademisches Gymnasium am Rainberg / Salzburg (humanistisch)
Abschluss mit Auszeichnung

Studium:

2002-2003 Diplomstudium Universität Salzburg: Pädagogik
2003-2006 Diplomstudiengang Pädagogische Akademie des Bundes in Salzburg
Abschluss mit Auszeichnung
2004-2005 Manchester Metropolitan University: Erasmusaufenthalt
2004-2006 Zusatzdiplom Interkulturelles Lernen: 2-jähriger Lehrgang (DaF/DaZ)

2006-2008 Diplomstudium Universität Wien: Politikwissenschaft
(Spezialisierungsmodule u.a.: Politische Bildung, Internationale Politik)

Stipendien:

Leistungsstipendium der Pädagogischen Akademie 2006
Leistungsstipendium Mittel der Stiftungen und Sondervermögen der Univ. Wien 2007
Leistungsstipendium der Universität Wien 2007/08
Leistungsstipendium Mittel der Stiftungen und Sondervermögen der Univ. Wien 2008